

MONATSBERICHT

**SEPTEMBER
2004**

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER

JANUAR

56. Jahrgang
Nr. 9

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-1
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 5601071

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 17. September 2004.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Kurzberichte	5
<hr/>	
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
<i>Zur aktuellen Diskussion über den</i>	
<i>Stabilitäts- und Wachstumspakt</i>	9
Wertpapiermärkte	10
Zahlungsbilanz	12
Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2003	15
<hr/>	
Mehr Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt	43
<hr/>	
Die Bonitätsanalyse von Wirtschaftsunternehmen durch die Deutsche Bundesbank	59
<hr/>	
<i>Modellgestützter Teil des Bonitäts- beurteilungsverfahrens</i>	70
Neue Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II)	75
<hr/>	
<i>Auswirkungen der reinen UL-Kalibrierung und weiterer Entscheidungen des Baseler Ausschusses bis Juni 2006</i>	93
Statistischer Teil	1*
<hr/>	
Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems Banken	16*
	20*

Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Kurzberichte

Konjunkturlage

Industrie

Die Industrie befindet sich nach den jüngsten Daten weiterhin auf einem Aufwärtstrend. Sowohl die Auftragseingänge als auch die Produktion sind im Juli nach den schwächeren Ergebnissen im Juni saisonbereinigt wieder deutlich gestiegen. Allerdings ist die Zunahme insofern überzeichnet, als der Juli vergleichsweise wenig von den Sommerferien berührt wurde. Diese konzentrierten sich – wie schon im vergangenen Jahr – sehr stark auf den August. Bei der Nachfrage haben insbesondere die Bestellungen aus dem Ausland merklich expandiert, während die Aufträge aus dem Inland verhalten blieben. Der Produktionsanstieg war am stärksten bei den Herstellern von Gebrauchsgütern. Im Bereich der Vorleistungen war demgegenüber nur eine leichte Ausweitung der Erzeugung zu verzeichnen. Die Bestellungen insgesamt übertrafen im Juli den vergleichbaren Vorjahrsstand um 7 ½ %, bei der Produktion waren es 3 ½ %.

*Bestellungen
und
Erzeugung*

Bauhauptgewerbe

Die Situation des Baugewerbes blieb zur Jahresmitte 2004 ungünstig. Zwar sind die Aufträge saisonbereinigt im Juni gegenüber dem Vormonat, in dem es insbesondere beim gewerblichen Bau nur zu geringen Geschäftsabschlüssen gekommen war, wieder etwas gestiegen. Das Niveau der Auftragsvergaben war aber weiterhin deutlich niedriger als in den ersten Monaten des Jahres. Das vergleichbare Vorjahrsergebnis wurde um 6 ½ %

*Auftrags-
eingang und
Produktion*

Zur Wirtschaftslage in Deutschland *)

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2000 = 100			
	Industrie 1)			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2003 4. Vj.	100,5	95,7	106,5	79,5
2004 1. Vj.	101,2	95,9	107,7	78,8
2. Vj.	102,9	96,1	111,4	73,3
Mai	104,6	96,1	115,2	70,8
Juni	101,1	95,4	108,2	74,0
Juli	104,1	96,4	113,8	...
Produktion; 2000 = 100				
	Industrie 2)			Bau- haupt- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorleis- tungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten 3)	
2003 4. Vj.	101,0	101,1	104,2	85,7
2004 1. Vj.	101,0	102,1	103,1	82,1
2. Vj.	102,4	102,4	106,2	77,3
Mai	103,3	102,7	107,9	77,2
Juni	101,9	102,2	105,4	77,5
Juli	103,7	103,6	107,5	77,7
Arbeitsmarkt				
	Erwerbs- tätige 4)	Offene Stellen	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in % 5)
	Anzahl in 1 000			
2003 4. Vj.	38 282	325	4 372	10,5
2004 1. Vj.	38 234	305	4 305	10,3
2. Vj.	38 208	287	4 366	10,5
Juni	38 204	284	4 378	10,5
Juli	...	280	4 390	10,6
Aug.	...	277	4 414	10,6
	Einfuhr- preise	Erzeu- ger- preise gewerb- licher Pro- dukte 6)	Bau- preise 7)	Ver- braucher- preise
	2000 = 100			
2003 4. Vj.	95,5	104,3	100,3	104,8
2004 1. Vj.	95,6	104,3	100,5	105,4
2. Vj.	97,0	105,3	101,4	106,1
Juni	97,2	105,4	.	106,1
Juli	97,6	106,0	.	106,3
Aug.	...	106,4	.	106,6

* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschl. Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-
teilen. — 4 Inlandskonzept. — 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 6 Im Inlandsabsatz. — 7 Eigene Berechnung; nicht saisonbereinigt. Stand zur Quartalsmitte.

Deutsche Bundesbank

unterschritten. Die Produktion des Bauhauptgewerbes hielt sich – saisonbereinigt betrachtet – im Juli weitgehend auf dem niedrigen Stand der Vormonate.

Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnete sich bis zuletzt keine Besserung der Lage ab. Die Zahl der Erwerbstätigen stagnierte nach der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Juni mit saisonbereinigt 38,204 Millionen praktisch auf dem Vormonatsstand. Das Minus im Vorjahrsvergleich, das in den vorangegangenen Monaten bis auf rund 100 000 zurückgegangen war, hat sich auf gut 120 000 vergrößert. Folgt man der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die im Juni ebenfalls nur geringe Veränderungen aufgewiesen hatte, so deutet sich für die kommenden Monate ein erneuter Rückgang der Beschäftigung an. Es ist nicht auszuschließen, dass die stabile Beschäftigungslage im Juni – wie auch schon im vergangenen Jahr – mit der Konzentration der sommerlichen Urlaubszeit auf den August zusammenhängt. Vor Beginn der Ferienzeit kommt es nämlich erfahrungsgemäß verstärkt zu Entlassungen.

Beschäftigung

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen hat sich im August weiter auf saisonbereinigt 4,414 Millionen erhöht. Das waren rund 35 000 Personen mehr als Ende Juni. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs um gut 30 000 beziehungsweise 110 000, wenn man auch im August 2003 die seit Anfang dieses Jahres nicht mehr einbezogenen Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen heraus-

Arbeitslosigkeit

rechnet. Zur Mitte des Jahres war der Abstand noch merklich geringer gewesen. Die Arbeitslosenquote belief sich zuletzt nach der Rechnung der Bundesagentur saisonbereinigt auf 10,6 %, in der standardisierten Definition der EU waren es 9,9 %.

Preise

Verbraucherpreise

Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich im August verstärkt. Saisonbereinigt belief sich die Zunahme auf 0,3 % gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahrsvergleich erhöhte sich der Anstieg auf 2,0 %, nach 1,8 % im Juli. Wesentlich hierfür waren vor allem höhere Preise für Benzin und Heizöl, die den Weltmarktnotierungen folgten. Nahrungsmittel haben sich im August zwar verbilligt. Die Preisabschläge sind aber geringer ausgefallen als jahreszeitlich üblich. Die Preisveränderungen bei den gewerblichen Waren waren weiterhin sehr gering. Wenn gleichwohl die Vorjahrsrate mit 1,8 % einen Preisanstieg signalisiert, so lag das an den Nachwirkungen der Anhebung der Tabaksteuer zum 1. März 2004 und der Verteuerung von Medikamenten im Rahmen der Gesundheitsreform. Klammert man die administrativen Einflüsse auf die Verbraucherpreise aus und lässt auch die zu einem guten Teil weltmarktbestimmten Energiepreise sowie die besonders preisvolatilen Saisonnahrungsmittel außen vor, so blieb die Jahreststeuerung im August mit gut ½ % praktisch unverändert.

Erzeugerpreise der Industrie und Importpreise

Die Erzeugerpreise der deutschen Industrie sind im August saisonbereinigt kräftig gestiegen, und der Vorjahrsabstand hat sich auf 2,2 % ausgeweitet. Auch ohne Energieträger

gerechnet, die sich deutlich verteuert haben, stiegen die Preise nur wenig langsamer. Besonders stark war die Verteuerung im Bereich der Vorleistungen, wo sich der von den Weltmärkten ausgehende Preisschub für Stahl niedergeschlagen hat. Die Einfuhrpreise insgesamt waren im Juli – aktuellere Angaben liegen noch nicht vor – um 2,2 % höher als ein Jahr zuvor. Auch hier gingen die wesentlichen Impulse von Energieträgern sowie Stahl und Stahlerzeugnissen aus.

Öffentliche Finanzen

Verschuldung der Gebietskörperschaften

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften stieg im Juli stark um 20,5 Mrd €. In den ersten sieben Monaten 2004 betrug die Nettokreditaufnahme 74,9 Mrd € (gegenüber 62,5 Mrd € im entsprechenden Vorjahrszeitraum). Maßgeblich für den starken Schuldenzuwachs im Juli war die Entwicklung beim Bund, der seine Verschuldung per saldo um 17,3 Mrd € ausweitete. Dem stand allerdings auch eine deutliche Zunahme der Einlagen am Geldmarkt um 7,1 Mrd € gegenüber. Am Kapitalmarkt verschuldete sich der Bund um 12,8 Mrd €. Hierfür war an erster Stelle der Absatz von Bundesanleihen ausschlaggebend. Aufstockungen der letzten zehn- und dreißigjährigen Titel erbrachten 6,7 Mrd € beziehungsweise 4,5 Mrd €. Einschließlich der Marktpflegetransaktionen ergab sich nach Abzug der Tilgung einer zehnjährigen Anleihe im Volumen von 5,1 Mrd € ein Netto-Absatz von 7,9 Mrd €. Bei Emissionsrenditen von 4,25 % beziehungsweise

Juli

Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Mrd €

Kreditnehmer	2003		2004	
	insgesamt ts)	darunter: Jan./Juli	Jan./ Juli ts)	Juli ts)
Bund 1)	+ 42,4	+ 35,0	+ 53,5	+ 17,3
Länder	+ 31,6	+ 23,1	+ 18,4	+ 2,6
Gemeinden 2) ts)	+ 7,7	+ 4,1	+ 3,5	+ 0,4
ERP-Sondervermögen	- 0,1	- 0,0	- 0,7	-
Fonds „Deutsche Einheit“	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 81,2	+ 62,5	+ 74,9	+ 20,5

1 Einschl. der hier nicht ausgewiesenen Sondervermögen. —
2 Einschl. Zweckverbände.

Deutsche Bundesbank

4,89 % waren die Finanzierungsbedingungen deutlich günstiger als bei dem ausgelaufenen Papier, das noch mit 6,75 % bedient werden musste. Auch der Umlauf von Bundesschatzanweisungen erhöhte sich kräftig (+ 5,4 Mrd €). Dabei entfielen 5,1 Mrd € auf eine Aufstockung der Emission vom Juni und 0,3 Mrd € auf Marktpflegeoperationen. Planmäßig getilgt wurden 1,1 Mrd € Schuldverschreibungen des Ausgleichsfonds „Währungsumstellung“. Am Geldmarkt beschaffte sich der Bund 4,5 Mrd €.

Bei den nicht in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen erhöhten sich die Kassenkredite des Fonds „Deutsche Einheit“ um 0,2 Mrd €. Die Länder weiteten im Juli ihre Verbindlichkeiten per saldo um 2,6 Mrd € aus. Dabei beschafften sie sich 3,7 Mrd €

über Kassenkredite. Dagegen sank der Umlauf an Schatzanweisungen um 1,4 Mrd €. Die Verschuldung der Gemeinden dürfte sich im Juli weiter leicht erhöht haben.

Kreditaufnahme des Bundes

Im August nahm der Bund den Kapitalmarkt mit brutto 22,4 Mrd € in Anspruch, wovon 11,3 Mrd € zur Refinanzierung fällig werden- der Schuldtitel benötigt wurden. Am Geldmarkt wurde das Volumen ausstehender Kredite um 6,9 Mrd € zurückgeführt. Per saldo betrug die Nettokreditaufnahme des Bundes damit 4,2 Mrd €. Erneut stand der Fremdmittelbeschaffung eine Ausweitung der Geldmarkteinlagen (+ 2,3 Mrd €) gegenüber. Bedeutendste Einzelposition bei der Bruttokreditaufnahme war die Neuemission einer Bundesobligation, deren Kupon gegenüber der letzten Serie um einen viertel Prozentpunkt auf 3,5 % angehoben wurde. Im Tenderverfahren zugeteilt wurden 6,9 Mrd € bei einer leicht gesunkenen Emissionsrendite von 3,41 %. Planmäßig getilgt wurden Bundesobligationen in Höhe von 5 Mrd € mit einem noch etwas höheren Kupon von 4,125 %. Einschließlich der Marktpflegeoperationen erhöhte sich der Umlauf um 2,5 Mrd €. Durch die weitere Aufstockung der im Mai emittierten zehnjährigen Bundesanleihe wurden zusätzlich 6,6 Mrd € Erlöst. Gegenüber der Ausgabe im Juli sank die Durchschnittsrendite um 20 Basispunkte auf 4,05 %. Unter Berücksichtigung der Marktpflegeoperationen stieg der Umlauf von Bundesanleihen um 8,1 Mrd €. Der Verkauf von Bubills erbrachte brutto 5,6 Mrd €. Dabei sank die durchschnittliche Emissionsrendite leicht gegenüber dem Vormonat

August

Zur aktuellen Diskussion über den Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Bundesbank verfolgt aus ihrer besonderen stabilitätspolitischen Verantwortung die aktuelle Reformdiskussion über das fiskalische Regelwerk in der Gemeinschaft mit Sorge. Sie hat die am 3. September von der Europäischen Kommission unterbreiteten Vorschläge eingehend analysiert und sich am 7. September mit der folgenden Pressemitteilung gegen jede materielle Aufweichung des Paktes und der Verfahren ausgesprochen.

Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht schwächen

Die EU-Kommission hat am 3. September 2004 ihre Vorschläge für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts erläutert. Nach Auffassung der Bundesbank würde der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch die vorgeschlagenen Änderungen insgesamt nicht gestärkt, sondern geschwächt. Damit würden sich die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik in der Währungsunion verschlechtern. Der Anreiz zu einer soliden Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten der Währungsunion würde vermindert und zugleich ein falsches Signal an jene Länder gesendet, in denen die Gemeinschaftswährung bislang noch nicht eingeführt worden ist.

Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist es, in der Wirtschafts- und Währungsunion solide öffentliche Finanzen zu erreichen und zu sichern. Die finanzpolitische Flexibilität der Mitgliedstaaten wird dabei keineswegs über Gebühr eingeschränkt. Ein mittelfristig zumindest annähernd ausgeglichener Haushalt ermöglicht grundsätzlich das Wirkenlassen der automati-

schen Stabilisatoren. Solide öffentliche Finanzen fördern Wachstum und Beschäftigung und helfen, die demographischen Herausforderungen zu bewältigen, die zu einer erheblichen Belastung der sozialen Sicherungssysteme führen werden. Gesunde Staatsfinanzen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das Europäische System der Zentralbanken Preisstabilität bei relativ niedrigen Zinsen dauerhaft gewährleisten kann. In der öffentlichen Debatte in Deutschland bildeten die finanzpolitischen Regeln in Europa eine wichtige Voraussetzung für die Einführung des Euro.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat kein Ausgestaltungs-, sondern ein Umsetzungsproblem. Zwar zielen einige Kommissionsvorschläge auf eine konsequentere Anwendung des Paktes im Rahmen des gegebenen Regelwerks, doch warnt die Bundesbank davor, die festgelegten Regeln für die Finanzpolitik zu verändern. Viele der jetzt von der EU-Kommission zur Diskussion gestellten Vorschläge würden das Regelwerk komplizierter und unübersichtlich machen und damit seine Durchsetzbarkeit beeinträchtigen. Einige Vorschläge laufen auch auf weniger Regelbindung und mehr Ermessensspielraum hinaus. Einen solchen Richtungswechsel hält die Bundesbank für falsch. So sollte insbesondere das Überschreiten der 3%-Grenze für die Defizitquote nach unserer Überzeugung auch weiterhin nur in den im Stabilitäts- und Wachstumspakt spezifizierten Ausnahmefällen erlaubt sein. Der Zeitraum für die Korrektur übermäßiger Defizite sollte nicht ausgedehnt werden.

Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Mrd €; 2004

Position	August		Januar/August	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Veränderung der Geldmarktverschuldung	-6,9	-6,9	4,9	4,9
Veränderung der Kapitalmarktverschuldung insgesamt ¹⁾	22,4	11,1	161,1	52,9
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,6	-0,4	47,7	0,3
Finanzierungsschätze	0,0	-0,0	0,6	-0,2
Schatzanweisungen	0,7	0,7	34,6	10,7
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,5	-2,3
Anleihen	8,1	8,1	46,5	33,3
Bankkredite	0,3	0,1	4,9	-2,0
Darlehen von Nichtbanken	-	-	-	1,8
Sonstige Schulden	-	-	-	-1,2
Kreditaufnahme insgesamt	15,5	4,2	166,0	57,8

¹ Nachrichtlich: Kreditaufnahme gemäß Planungen des Bundes im Gesamtjahr 2004: brutto 215,4 Mrd €, netto 29,3 Mrd €. — ² Einschl. Aufnahme für FDE: 46,8 Mrd €.

Deutsche Bundesbank

auf 2,04 %. Per saldo wurden jedoch insgesamt 0,4 Mrd € getilgt. Der Umlauf von Bundesschatzanweisungen erhöhte sich durch Marktpflegeoperationen um 0,7 Mrd €.

Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

Absatz von Rentenwerten

Der Absatz am deutschen Rentenmarkt war im Juli lebhaft. Der Kurswert der von inländischen Schuldner begebenen Schuldverschreibungen übertraf mit 112,1 Mrd € den Absatz im Juni (97,9 Mrd €) deutlich. Der Netto-Absatz erhöhte sich nach Abzug der Tilgungen und Eigenbestandsveränderungen von 4,8 Mrd € auf 20,0 Mrd €. Ausländische Rentenwerte wurden in Deutschland per sal-

do für 12,5 Mrd € abgesetzt. Das gesamte Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt lag damit bei 32,5 Mrd €.

Die Unternehmen nahmen am inländischen Kapitalmarkt im Juli Mittel über längerlaufende Industrieobligationen im Umfang von 10,6 Mrd € (netto) auf. Das ausstehende Volumen von Commercial Paper fiel um 1,9 Mrd €, so dass die inländischen nichtfinanziellen Unternehmen den Anleihemarkt mit insgesamt 8,7 Mrd € in Anspruch nahmen. Allerdings sind in diesen Zahlen auch Papiere enthalten, die aus der Verbriefung der Russland-Forderungen des Bundes resultieren und deren Erlöse daher nicht direkt dem Unternehmenssektor zugute kamen.

Unternehmensanleihen

Die Kreditinstitute nahmen den Rentenmarkt mit 6,9 Mrd € in Anspruch, nachdem sich der Umlauf von Bankschuldverschreibungen im Vormonat um 0,7 Mrd € verringert hatte. Der weitaus größte Teil des Mittelaufkommens entfiel mit 10,6 Mrd € auf die Sonstigen Bankschuldverschreibungen. Titel von Spezialkreditinstituten und Hypothekenpfandbriefe wurden in Höhe von 3,7 Mrd € beziehungsweise 0,9 Mrd € begeben. Der Umlauf Öffentlicher Pfandbriefe nahm um 8,4 Mrd € und damit in ähnlichem Umfang ab wie im Vormonat.

Bankschuldverschreibungen

Die öffentliche Hand erhöhte ihre Verbindlichkeiten am Anleihemarkt gegenüber Juni um 4,4 Mrd €. Hierzu trug primär der Bund bei, der Mittel in Höhe von 6,9 Mrd € aufnahm. Im langfristigen Laufzeitsegment stockte er dreißigjährige Bundesanleihen um 5,0 Mrd € und zehnjährige Bundesanleihen

Anleihen der öffentlichen Hand

um 2,9 Mrd € auf. Im kurzfristigen Bereich standen die zweijährigen Schatzanweisungen mit 5,9 Mrd € im Vordergrund, die im Vormonat noch für 3,2 Mrd € getilgt worden waren. Der Umlauf von Bundesschatzbriefen und unverzinslichen Schatzanweisungen reduzierte sich um 0,2 Mrd € beziehungsweise um 0,3 Mrd €. ¹⁾ Außerdem wurde eine Anleihe des Ausgleichsfonds Währungsumstellung für 1,1 Mrd € zurückgezahlt. Die Länder verringerten ihre Rentenmarktverschuldung im Berichtsmonat um 1,3 Mrd €.

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen*

Auf der Erwerberseite des Rentenmarkts engagierten sich die ausländischen Investoren im Juli mit 13 Mrd €, nachdem sie im Juni Papiere im Wert von 12,1 Mrd € abgegeben hatten. Deutsche Kreditinstitute erwarben für 5,6 Mrd € inländische und für 6,2 Mrd € ausländische Schuldverschreibungen. Die Nichtbanken fragten mit 7,8 Mrd € deutlich weniger Schuldverschreibungen nach als im Vormonat (21,2 Mrd €). Sie reduzierten ihre Bestände an Papieren öffentlicher Emittenten um 9,8 Mrd € und nahmen im Gegenzug Titel inländischer privater und ausländischer Schuldner im Volumen von 11,3 Mrd € beziehungsweise 6,4 Mrd € in ihre Portefeuilles.

Aktienmarkt

*Aktienabsatz
und -erwerb*

Inländische Unternehmen emittierten im Juli mit 0,2 Mrd € deutlich weniger Aktien als im Vormonat (1,3 Mrd €). Bei den ausländischen Dividendenwerten waren sogar Mittelabflüsse in Höhe von 2,1 Mrd € zu verzeichnen. Auf der Käuferseite des Aktienmarkts dominierten im Berichtsmonat die ausländischen Anleger, die deutsche Aktien im Wert von 3,6

Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Mrd €	2004		2003
	Juni	Juli	Juli
Absatz inländischer Rentenwerte ¹⁾	4,8	20,0	16,1
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 0,7	6,9	11,3
Anleihen der öffentlichen Hand	3,3	4,4	4,5
Ausländische Rentenwerte ²⁾	12,9	12,5	- 3,1
Erwerb			
Inländer	29,8	19,6	13,9
Kreditinstitute ³⁾	8,6	11,8	6,0
Nichtbanken ⁴⁾	21,2	7,8	8,0
darunter:			
inländische Rentenwerte	14,9	1,5	7,9
Ausländer ²⁾	- 12,1	13,0	- 1,0
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	17,7	32,5	13,0

¹ Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — ² Transaktionswerte. — ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. — ⁴ Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Mrd € erwarben. Die inländischen Nichtbanken und Kreditinstitute reduzierten ihre Aktienportefeuilles um 1,3 Mrd € beziehungsweise 4,2 Mrd €.

Investmentzertifikate

Inländische Fondsgesellschaften konnten im Juli Zertifikate im Wert von 1,5 Mrd € (netto) platzieren. Nach einer Abnahme von 0,9 Mrd € im Juni nahm der Umlauf an Zertifikaten von Publikumsfonds um 3,5 Mrd € zu. Die Geldmarktfonds konnten erstmals seit über einem Jahr wieder Mittelzuflüsse (3,8 Mrd €) verbuchen, während Aktien- und Ren-

*Absatz von
Investment-
zertifikaten*

¹ Die Unterpositionen für den Bund werden als Nominalwerte gemeldet und liegen auf Grund der im Juli außergewöhnlich hohen Eigenbestandsveränderungen über dem Gesamt-Nettoabsatz zu Kurswerten.

tenfonds Rückläufe im Ausmaß von 0,2 Mrd € beziehungsweise 0,9 Mrd € verzeichneten. Der Umlauf von Zertifikaten anderer Publikumsfonds veränderte sich hingegen kaum. Die institutionellen Investoren vorbehaltenen Spezialfonds verzeichneten Abflüsse in Höhe von 2,1 Mrd €. Der Umlauf ausländischer Fondsanteile erhöhte sich um 0,1 Mrd €.

*Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Erworben wurden Investmentzertifikate im Juli per saldo ausschließlich von ausländischen Anlegern (3,7 Mrd €), während die beiden inländischen Anlegergruppen Anteilscheine zurückgaben. Die Kreditinstitute reduzierten ihre Bestände an Zertifikaten inländischer und ausländischer Fonds um jeweils 0,6 Mrd €. Die Nichtbanken verkauften für 1,6 Mrd € inländische Anteile, erwarben aber für 0,8 Mrd € Anteilscheine ausländischer Fonds.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Juli einen Überschuss von 3,1 Mrd € auf, verglichen mit 7,7 Mrd € im Monat davor. Hinter diesem Rückgang stand eine deutliche Ausweitung des Defizits im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie laufende Übertragungen umfassen. Zudem war der Überschuss in der Handelsbilanz rückläufig.

Außenhandel

Das Plus im Außenhandel verringerte sich im Juli nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,2 Mrd € gegenüber Juni auf 13,5 Mrd €. Nach Ausschaltung

von Saisoneinflüssen verminderte sich der Überschuss in der Handelsbilanz um ½ Mrd € auf knapp 13 Mrd €, da die Wareneinfuhren stärker expandierten als die Warenausfuhren. So stiegen die Exporte im Juli um 3½ % gegenüber dem Vormonat an, während die Importe um 6 % zunahmen. Auch in den drei Monaten Mai bis Juli zusammen genommen legten die Ausfuhren saisonbereinigt um 3½ % gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum zu. Der wertmäßige Zuwachs der Importe war im Dreimonatsvergleich zwar leicht höher (+ 4 %). Dies war jedoch zum Teil preisbedingt.

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen nahm im Juli gegenüber dem Vormonat um 3,1 Mrd € auf 9,2 Mrd € zu. Dieser Anstieg ging vor allem auf die höheren Netto-Ausgaben bei den grenzüberschreitenden Faktorentgelten zurück. Infolgedessen wies die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen im Juli ein Minus von 2,5 Mrd € auf, das um 1,8 Mrd € über dem Passivsaldo vom Juni lag. Gleichzeitig erhöhte sich der Minus-Saldo in der Dienstleistungsbilanz um 1,0 Mrd € auf 3,6 Mrd €. Auch die Netto-Ausgaben bei den laufenden Übertragungen wurden im Juli weiter ausgeweitet und betragen 3,1 Mrd €, nach 2,9 Mrd € im Vormonat.

Im Kapitalverkehr mit dem Ausland kam es im Juli 2004 bei den Wertpapiertransaktionen mit einem Netto-Kapitalimport in Höhe von 9,6 Mrd € zu einem recht deutlichen Umschwung, nachdem in den vier Monaten davor insgesamt 36,2 Mrd € ins Ausland abgeflossen waren. Ausschlaggebend war, dass

*„Unsichtbare“
Leistungstrans-
aktionen*

*Wertpapier-
verkehr*

ausländische Anleger höhere Beträge in hiesige Wertpapiere investierten (20,2 Mrd €, nach 5,0 Mrd € im Juni). Vor allem Anleihen (14,0 Mrd €) – darunter zum ganz überwiegenden Teil Rententitel der öffentlichen Hand (12,1 Mrd €) – profitierten von dem gewachsenen Interesse. Daneben nahmen Ausländer auch heimische Aktien (3,6 Mrd €) und Investmentzertifikate (3,7 Mrd €) in ihre Portfolios auf, während sie sich von Geldmarktpapieren per saldo trennten (1,0 Mrd €). Hiesige Investoren engagierten sich weiterhin recht rege an den ausländischen Finanzplätzen (10,6 Mrd €, nach 13,2 Mrd €). Hoch in ihrer Gunst standen dabei ebenfalls Schuldverschreibungen (10,4 Mrd €), und zwar ausschließlich auf Euro lautende Anleihen aus EU-Partnerländern (11,0 Mrd €). Außerdem kauften sie für 2,2 Mrd € Geldmarktpapiere ausländischer Emittenten, während sie dividendentragende Papiere per saldo abgaben (2,0 Mrd €).

Direktinvestitionen

Im Bereich der Direktinvestitionen sind im Juli netto gerechnet 1,2 Mrd € aus Deutschland abgeflossen. Inländische Eigner zogen dabei 0,6 Mrd € von ihren gebietsfremden Töchtern ab, größtenteils in Form von Beteiligungskapital. Umgekehrt verminderten aber auch ausländische Unternehmen ihre Direktinvestitionsbestände in Deutschland, und zwar um 1,8 Mrd €.

Kreditverkehr

Im statistisch erfassten unverbrieften Kreditverkehr führten die Dispositionen von Unternehmen und Privatpersonen im Juli zu Mittelabflüssen in Höhe von netto 2,9 Mrd €, und zwar sowohl durch die Aufstockung von Sichtguthaben bei Banken jenseits der Lan-

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd € Position	2003		2004	
	Juli	Juni ¹⁾	Juli	
I. Leistungsbilanz				
1. Außenhandel ¹⁾				
Ausfuhr (fob)	58,0	62,9	62,5	
Einfuhr (cif)	43,6	48,2	49,0	
Saldo	+ 14,4	+ 14,7	+ 13,5	
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte				
Ausfuhr (fob)	55,8	59,8	61,9	
Einfuhr (cif)	42,6	46,4	49,1	
2. Ergänzungen zum Warenverkehr ²⁾	- 0,7	- 0,8	- 1,2	
3. Dienstleistungen				
Einnahmen	9,9	10,0	9,4	
Ausgaben	13,6	12,7	13,0	
Saldo	- 3,6	- 2,6	- 3,6	
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 5,4	- 0,7	- 2,5	
5. Laufende Übertragungen				
Fremde Leistungen	1,2	1,3	0,9	
Eigene Leistungen	4,2	4,2	4,0	
Saldo	- 3,0	- 2,9	- 3,1	
Saldo der Leistungsbilanz	+ 1,7	+ 7,7	+ 3,1	
II. Vermögensübertragungen (Saldo) ³⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)				
Direktinvestitionen	+ 0,3	- 3,1	- 1,2	
Deutsche Anlagen im Ausland	- 3,4	- 1,2	+ 0,6	
Ausländische Anlagen im Inland	+ 3,7	- 1,9	- 1,8	
Wertpapiere	- 0,4	- 8,3	+ 9,6	
Deutsche Anlagen im Ausland	+ 0,4	- 13,2	- 10,6	
darunter:				
Aktien	- 2,6	+ 0,2	+ 2,0	
Rentenwerte	+ 2,7	- 10,1	- 10,4	
Ausländische Anlagen im Inland	- 0,7	+ 5,0	+ 20,2	
darunter:				
Aktien	+ 0,9	+ 17,6	+ 3,6	
Rentenwerte	+ 3,4	- 13,4	+ 14,0	
Finanzderivate	+ 1,0	+ 0,5	- 0,5	
Kreditverkehr	+ 2,5	- 6,7	- 8,2	
Monetäre Finanzinstitute ⁴⁾	+ 23,1	- 25,7	- 2,8	
darunter kurzfristig	+ 25,5	- 26,3	+ 0,5	
Unternehmen und Privatpersonen	- 4,4	- 2,9	- 2,9	
Staat	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,1	
Bundesbank	- 16,6	+ 21,0	- 2,4	
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,3	- 0,5	- 0,2	
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	+ 3,1	- 18,0	- 0,5	
IV. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁵⁾	+ 0,2	- 0,3	+ 0,8	
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	- 5,1	+ 10,5	- 3,6	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 2 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 4 Ohne Bundesbank. — 5 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

desgrenzen als auch durch die Tilgung von Krediten. Die Auslandstransaktionen öffentlicher Stellen schlossen dagegen nahezu ausgeglichen ab (0,1 Mrd €). Die Netto-Auslandsposition des gesamten Bankensystems (ohne Währungsreserven der Bundesbank) – in der sich die übrigen Transaktionen des Leistungs- und Kapitalverkehrs spiegeln – nahm im Berichtsmonat um 5,3 Mrd € zu.

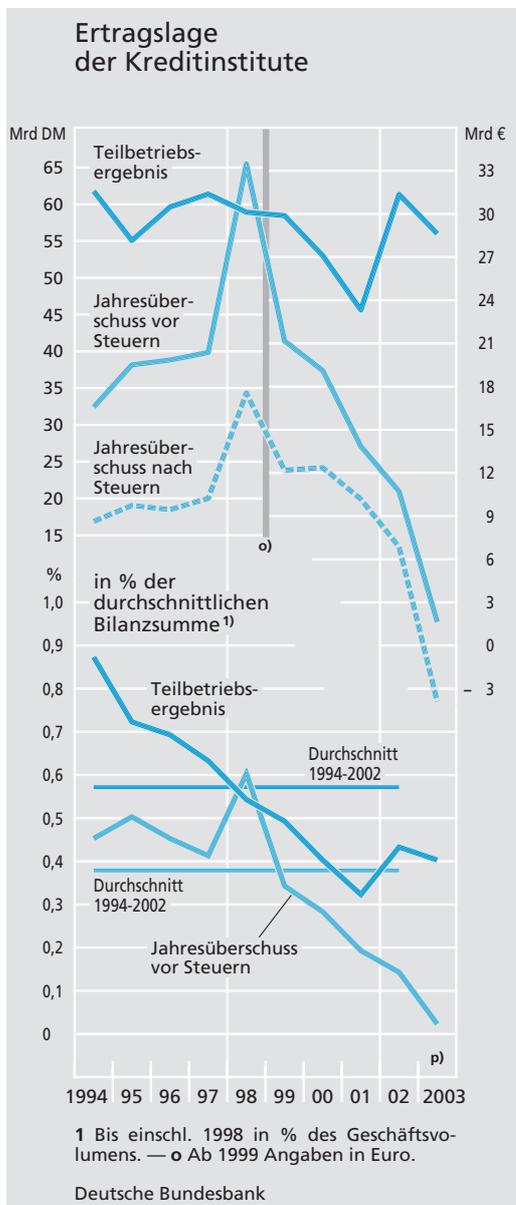
Dabei flossen sowohl von der Bundesbank (2,4 Mrd €) – in erster Linie über das Zahlungsverkehrssystem TARGET – als auch über die hiesigen Kreditinstitute Gelder ins Ausland ab (2,8 Mrd €).

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im Juli – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,8 Mrd € abgenommen.

*Währungs-
reserven*

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2003

Die Ertragslage in der deutschen Kreditwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr noch nicht durchgreifend erholt. Die schleppende konjunkturelle Entwicklung und die notwendigen Restrukturierungsprozesse im Bankensektor lasteten auf der Rentabilität vieler Institute, wenn auch merkliche Unterschiede in der Ertragsentwicklung der verschiedenen Bankengruppen zu beobachten waren. Auf der Basis ihrer veröffentlichten Einzelabschlüsse verbuchten die deutschen Banken insgesamt im Berichtsjahr weiterhin nur schwache Netto-Erträge im operativen Geschäft. Dabei konnten sie allerdings Fortschritte in ihren Bemühungen um Kostendämpfungen verzeichnen, und im Eigenhandel erzielten sie merkliche Ertragssteigerungen. Zudem war auch eine gewisse Entspannung bei der Risikovorsorge zu beobachten. Jedoch schmälerte der Einbruch der „außerordentlichen Rechnung“ das Gesamtergebnis in erheblichem Maße. Dadurch sank der Jahresüberschuss vor Steuern deutlich; unter Berücksichtigung der ertragsabhängigen Steuern war er sogar negativ. Für das Geschäftsjahr 2004 zeichnet sich jedoch eine Entspannung ab, da insbesondere auf der Aufwandsseite vermehrt Verbesserungen erkennbar werden und sich auch die realwirtschaftliche Erholung positiv auf den Ertrag der Kreditinstitute auswirken dürfte.



Ertrag aus dem zinsabhängigen Geschäft

Zinsüberschuss wieder schwächer

Die Entwicklung im zinsabhängigen Geschäft war im Jahr 2003 maßgeblich vom Bemühen der Banken geprägt, durch eine konsequente Bereinigung der Bilanzen um Risikoaktiva die Voraussetzungen für eine strukturelle Verbesserung der Ertragslage zu schaffen. Der Rückgang des Geschäftsvolumens, und zwar insbesondere im Bereich der risikoreicheren und

daher höherverzinslichen Kredite, belastete aber den Zinsüberschuss. Nach dem verbesserten Vorjahrsergebnis im zinsabhängigen Geschäft fiel der Zinsüberschuss 2003 um 3,8 Mrd € auf 81,8 Mrd €. Anders als 2002 konnte dabei der abermals deutliche Rückgang des Zinsertrags (um 35,7 Mrd € auf 308,8 Mrd €) nicht durch den Rückgang des Zinsaufwands (um 31,9 Mrd € auf 227,0 Mrd €) wettgemacht werden. Im Ergebnis ist dadurch die Zinsspanne – der Zinsüberschuss in Relation zur Bilanzsumme der Banken – von 1,20 % im Geschäftsjahr 2002 auf 1,16 % in 2003 gesunken.

Auf der Passivseite profitierten die Banken zwar von der hohen Liquiditätspräferenz der Anleger, die ihre Sichteinlagen deutlich aufstockten und damit den Zinsaufwand spürbar dämpften. Mit über 10 % erreichten die täglich fälligen Einlagen der inländischen Nichtbanken einen so hohen Anteil an der Bilanzsumme wie seit Ende der sechziger Jahre nicht mehr. Letztlich hat aber die schwache Entwicklung des Zinsertrags, die durch den anhaltenden Abbau von zumeist höherverzinslichen Risikoaktiva seitens der Banken bestimmt war, das Bild geprägt. So war im Geschäftsjahr 2003 die Kreditvergabe an den inländischen Privatsektor in Relation zur Bilanzsumme erneut rückläufig. Dabei ging vor dem Hintergrund der schwachen Investitionstätigkeit vor allem der Anteil der Unternehmenskredite am Geschäftsvolumen weiter zurück. Mit zuletzt 12 ½ % lag er deutlich unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre von knapp 16 ½ %. Die im Volumen bedeutsameren Kredite an Privatpersonen stiegen zwar in Relation zur Bilanzsumme im Berichtsjahr auf

Schwacher Zinsertrag wegen rückläufiger Bedeutung der Unternehmenskredite

Ertragslage der Bankengruppen im Jahr 2002/2003 ^{p)} im Überblick

Mio €

Bankengruppe	Teilbetriebs- ergebnis ¹⁾		Betriebsergebnis ²⁾		Jahresüberschuss vor Steuern ³⁾		Nachrichtlich: Bilanzsumme ⁴⁾	
	2002	2003 ^{p)}	2002	2003 ^{p)}	2002	2003 ^{p)}	2002	2003 ^{p)}
Alle Bankengruppen	31 571	28 836	6 997	17 353	10 920	1 850	7 129 090	7 027 988
Kreditbanken	8 847	5 141	3 472	4 793	909	- 5 683	2 309 650	2 251 587
Großbanken	4 328	266	58	649	- 1 931	- 7 315	1 601 526	1 533 976
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	4 423	4 741	3 357	4 016	2 789	1 506	676 254	689 268
Zweigstellen ausländischer Banken	96	134	57	128	51	126	31 870	28 343
Landesbanken	4 327	5 110	- 2 098	2 340	1 302	- 2 233	1 644 026	1 639 615
Sparkassen	8 996	9 374	2 641	4 615	3 427	4 805	975 490	974 186
Genossenschaftliche Zentralbanken	582	176	120	130	309	49	213 520	203 899
Kreditgenossenschaften	4 157	4 492	945	2 555	2 517	2 895	548 026	553 146
Realkreditinstitute	2 293	2 332	593	1 198	1 285	830	929 571	877 381
Banken mit Sonderaufgaben	2 369	2 211	1 324	1 722	1 171	1 187	508 807	528 174

¹ Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich allgemeine Verwaltungsaufwendungen. — ² Teilbetriebsergebnis zuzüglich Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften, Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen und

Bewertungsergebnis (ohne Finanzanlagengeschäft). — ³ Betriebsergebnis zuzüglich Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen. — ⁴ Im Jahresdurchschnitt.

Deutsche Bundesbank

knapp 29 % geringfügig an, lagen damit aber ebenfalls immer noch unter ihrem langfristigen Durchschnitt.

Wesentlichen aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen einer großen deutschen Bank im Vorjahr.

*Rückläufige
Zinsspanne bei
Kreditbanken*

Der Zinsüberschuss ging vor allem bei den Kreditbanken zurück. In dieser Bankengruppe verzeichneten insbesondere die Großbanken, die im Vorjahr noch maßgeblich zum Anstieg beim zinsabhängigen Geschäft beigetragen hatten, einen deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses. Im Ergebnis mussten sie ein Absinken der Zinsspanne um 0,25 Prozentpunkte auf 0,85 % verkraften. Dabei konnte der stark verminderte Zinsaufwand den erneuten Rückgang des Zinsertrags aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie die spürbaren Einbußen bei den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen nicht ausgleichen. Letztere ergaben sich im

Gerade bei den Kreditbanken – und hierunter vor allem bei den Großbanken – ist der schwache Zinsertrag offenbar im Zusammenhang mit dem kräftigen Abbau von Risikoaktiva zu sehen. Während des seit Ende der neunziger Jahre anhaltenden deutlichen Rückgangs der Buchkredite in Relation zur Bilanzsumme sank der entsprechende Anteil von Krediten an inländische Unternehmen und Privatpersonen bei Großbanken von 40 % im Jahr 1999 auf 27 ½ % im Berichtsjahr. Gleichzeitig konnten die Großbanken auf der Passivseite nicht in der gleichen Weise wie andere Bankengruppen vom Anstieg der Sichteinlagen von Nichtbanken profitieren.

*Determinanten
des schwachen
Zinsüber-
schusses der
Großbanken*

Zinserträge der Kreditinstitute

Position	2001	2002	2003 ¹⁾
	Mrd €		
Zinserträge (insgesamt)	382,4	344,5	308,8
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	298,1	266,0	243,6
aus festverzinslichen Wert- papieren und Schuldbuch- forderungen	65,0	57,9	50,7
Laufende Erträge (zusammen)	17,4	17,4	11,0
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	9,8	7,2	6,5
aus Beteiligungen ¹⁾	2,2	1,8	1,2
aus Anteilen an verbun- denen Unternehmen	5,4	8,4	3,3
Erträge aus Gewinngemein- schaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungs- verträgen	1,9	3,1	3,5
	Veränderungen gegen- über Vorjahr in % ²⁾		
Zinserträge (insgesamt)	+ 3,4	- 9,9	- 10,4
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	+ 2,5	- 10,8	- 8,4
aus festverzinslichen Wert- papieren und Schuldbuch- forderungen	+ 7,2	- 10,9	- 12,5
Laufende Erträge (zusammen)	+ 2,3	+ 0,4	- 37,0
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	+ 23,9	- 26,6	- 9,7
aus Beteiligungen ¹⁾	- 2,3	- 15,4	- 33,5
aus Anteilen an verbun- denen Unternehmen	- 21,4	+ 56,4	- 61,2
Erträge aus Gewinngemein- schaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungs- verträgen	+ 37,3	+ 62,2	+ 14,5
	% der durchschnittlichen Bilanzsumme		
Zinserträge (insgesamt)	5,39	4,83	4,39
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	4,20	3,73	3,47
aus festverzinslichen Wert- papieren und Schuldbuch- forderungen	0,92	0,81	0,72
Laufende Erträge (zusammen)	0,25	0,24	0,16
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,14	0,10	0,09
aus Beteiligungen ¹⁾	0,03	0,03	0,02
aus Anteilen an verbun- denen Unternehmen	0,08	0,12	0,05
Erträge aus Gewinngemein- schaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungs- verträgen	0,03	0,04	0,05

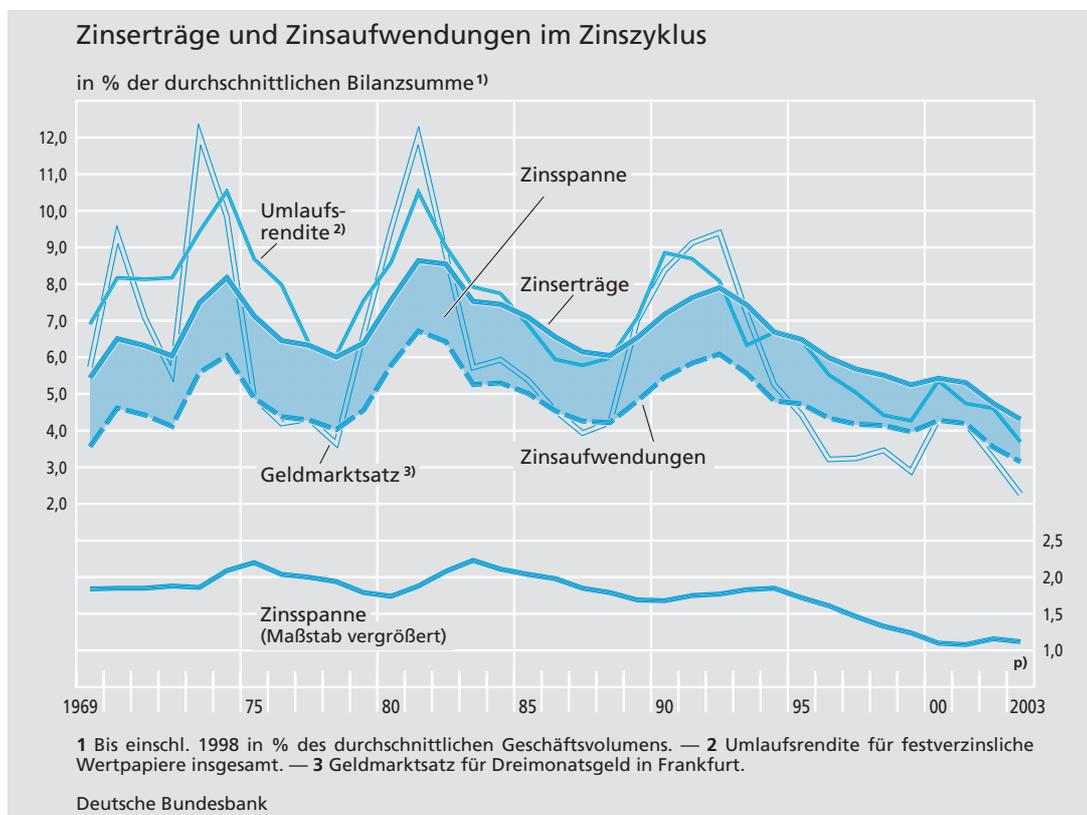
1 Einschl. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften. — 2 Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet.

Deutsche Bundesbank

Wie auch in den vergangenen Jahren lag der Bilanzanteil der täglich fälligen Einlagen mit knapp 12 % um 3 ¼ Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der letzten 30 Jahre.

Aber auch bei den Bankengruppen, bei denen der Anteil des Zinsüberschusses am operativen Geschäft traditionell weitaus dominanter ist, ging er im Geschäftsjahr 2003 zurück. So sank er im Vorjahrsvergleich bei Sparkassen von 81,3 % auf 80,6 % und bei Kreditgenossenschaften von 79,1 % auf 75,4 %. Dabei konnten allerdings sowohl die Sparkassen als auch die Kreditgenossenschaften von einem leicht gestiegenen Zinsüberschuss profitieren (+ 0,3 Mrd € auf 23,5 Mrd € bzw. + 0,4 Mrd € auf 14 Mrd €). Die Zinsspanne, die bei beiden Bankengruppen traditionell deutlich höher liegt als bei den übrigen Institutsgruppen, blieb hierdurch im Geschäftsjahr 2003 sowohl bei den Sparkassen als auch bei den Kreditgenossenschaften nahezu unverändert bei 2,42 % beziehungsweise 2,53 %. Bei den Sparkassen trug hierzu allerdings auch ein erstmalig seit über zehn Jahren rückläufiges Geschäftsvolumen bei. Unter den Bankengruppen, die auf Grund ihrer Konzentration auf das Interbanken- und Großkundengeschäft typischerweise eine geringere Zinsspanne aufweisen, konnten die Landesbanken mit 10,3 Mrd €, nach 9,7 Mrd € im Jahr 2002, erneut einen moderaten Anstieg des Zinsüberschusses erzielen. Die Genossenschaftlichen Zentralbanken mussten dagegen einen deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses um 0,5 Mrd € auf 0,9 Mrd € verzeichnen. Bei einem leichten Anstieg des Geschäftsvolumens reduzierte sich die Zinsspanne um 0,2 Prozentpunkte auf 0,46 %.

Leichter Anstieg der Zinsspanne bei Sparkassen und Kreditgenossenschaften



Provisionsergebnis

Provisionsüberschuss stagnierte

Nach dem bereits schwachen Vorjahrsergebnis stagnierte der Provisionsüberschuss der deutschen Banken im Geschäftsjahr 2003 weitgehend bei 24,4 Mrd €. Die leichte Zunahme der Provisionserträge wurde im Wesentlichen vom Anstieg der Provisionsaufwendungen kompensiert.

Determinanten des schwachen Provisionsergebnisses

Dabei ist allerdings positiv zu vermerken, dass die Stabilisierung des Provisionsergebnisses bei insgesamt weiter rückläufigen Umsätzen im deutschen Aktienhandel und im Emissionsgeschäft erfolgte. Vor allem auf Grund der seit dem zweiten Quartal 2003 wieder gestiegenen Aktienkurse konnten die Banken ihre Erträge aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft im weiteren Jahresverlauf wieder

etwas ausweiten. Auch die Provisionserträge aus dem Zahlungsverkehr wurden zum Teil nennenswert gesteigert. Dagegen entwickelte sich das Provisionsgeschäft für Tochtergesellschaften rückläufig.

Bei den Kreditbanken, die knapp 55 % des Provisionsüberschusses der inländischen Kreditinstitute erwirtschafteten, fielen die Provisionsüberschüsse aber mit 13,2 Mrd € um 0,6 Mrd € unter ihr Vorjahrsniveau. Dies war allerdings weniger auf das rückläufige Provisionsgeschäft der Großbanken zurückzuführen als auf das der übrigen Kreditbanken. Von einem höheren Überschuss aus dem Provisionsgeschäft konnten dagegen die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften profitieren. Bei den Sparkassen nahm der Provisionsüberschuss um 0,4 Mrd € auf 5,2 Mrd € zu; bei

Provisionsüberschuss nach Bankengruppen



den Kreditgenossenschaften stieg er um 0,3 Mrd € auf 3,4 Mrd €. Allerdings spielen diese Erträge bei diesen beiden Bankengruppen mit einem Anteil von weniger als 20 % am operativen Geschäft nach wie vor eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften

Deutliches Plus im Eigenhandel

Angesichts der sich wieder erholenden Kurse an den internationalen Aktienmärkten konnten die inländischen Banken im Geschäftsjahr 2003 ihr Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften erneut deutlich verbessern. Mit einem Überschuss von 6,4 Mrd € knüpften die deutschen Kreditinstitute im Eigenhandel an das Rekordergebnis aus dem Jahr 2000 an und erzielten im Jahr 2003 ein um 3,5 Mrd € höheres Netto-

Ergebnis aus Finanzgeschäften als im Vorjahr. Im Wesentlichen ging diese Entwicklung erneut auf die Großbanken zurück. Nach dem außergewöhnlich schlechten Ergebnis in 2002 verdoppelten sie ihren Netto-Ertrag aus Finanzgeschäften und realisierten mit 4,9 Mrd € den höchsten je erzielten Überschuss im Eigenhandel. Die übrigen Bankengruppen profitierten im Eigenhandel dagegen nur vergleichsweise moderat von den verbesserten Aktienkursen. Die Landesbanken verzeichneten sogar einen leichten Rückgang des Netto-Ergebnisses aus Finanzgeschäften.

Verwaltungskosten

Die Kostensenkungsprogramme gerade der großen deutschen Kreditinstitute haben sich im Geschäftsjahr 2003 erneut positiv beim Verwaltungsaufwand bemerkbar gemacht; im Vergleich zum Vorjahr fiel ihre Wirkung aber deutlich geringer aus. Mit 77,3 Mrd € lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr nur um 1,0 Mrd € unter ihrem Vorjahrsniveau. Im Jahr 2002 hatten die inländischen Banken ihre Verwaltungskosten bereits um 2,7 Mrd € reduziert. Wesentliche Kosteneinsparungen im Verwaltungsbereich erzielten dabei die Großbanken. Sie verringerten ihre allgemeinen Verwaltungskosten von 21,8 Mrd € auf 21,0 Mrd €. Gleichwohl führte gerade bei dieser Institutsgruppe die deutliche Verringerung der Bilanzsumme zu einem Anstieg der Verwaltungskosten relativ zum Geschäftsvolumen. Sparkassen und Kreditgenossenschaften verzeichneten dagegen auch im Geschäftsjahr 2003 eine weitere Zunahme der allgemeinen Verwaltungskosten.

*Entlastung auf der Kosten-
seite...*

Strukturdaten der deutschen Kreditwirtschaft

Bankengruppe	Zahl der Institute 1)			Zahl der Zweigstellen 1)			Zahl der Beschäftigten 2)		
	2001	2002	2003 p)	2001	2002	2003 p)	2001	2002	2003 p)
Alle Bankengruppen	2 518	2 419	2 294	37 585	35 340	33 753	734 350	717 150	690 350
Kreditbanken	304	355	356	5 576	5 122	5 105	3) 220 700	3) 209 850	3) 192 900
Großbanken	4	4	4	2 369	2 256	2 221	.	.	.
Regionalbanken	221	245	231	3 194	2 849	2 861	.	.	.
Zweigstellen ausländischer Banken	79	106	121	13	17	23	.	.	.
Landesbanken	13	13	13	604	553	571	42 800	41 850	40 500
Sparkassen	534	519	489	16 648	15 628	14 757	282 850	278 800	271 900
Genossenschaftliche Zentralbanken	2	2	2	18	12	12	6 950	6 050	5 400
Kreditgenossenschaften	1 621	1 490	1 394	14 584	13 889	13 201	4) 169 900	4) 168 950	4) 168 250
Realkreditinstitute	28	25	25	136	117	76	.	.	.
Banken mit Sonderaufgaben	16	15	15	19	19	31	5) 11 150	5) 11 650	5) 11 400
Nachrichtlich:									
Bausparkassen	29	28	27	3 694	2 843	2 822	6) 21 450	6) 20 950	6) 20 600
Postbank	1	1	1	12 792	12 667	10 645	.	.	.

1 Quelle: Bankstellenstatistik, in: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 104. Kreditinstitutsbegriff auf KWG bezogen, insoweit Abweichungen zu Angaben in der „Bilanzstatistik“ und der „Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen“. — 2 Ohne Bundesbank und Postbank; Quellen: Angaben aus Verbänden. Teilzeitbeschäftigte nach „Köpfen“

gerechnet. — 3 Beschäftigte im privaten Bankgewerbe, einschl. der Realkreditinstitute in privater Rechtsform. — 4 Nur im Bankgeschäft hauptberuflich Beschäftigte. — 5 Beschäftigte bei öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute in öffentlicher Rechtsform) und bei öffentlich-rechtlichen Banken mit Sonderaufgaben. — 6 Nur im Innendienst Beschäftigte.

Deutsche Bundesbank

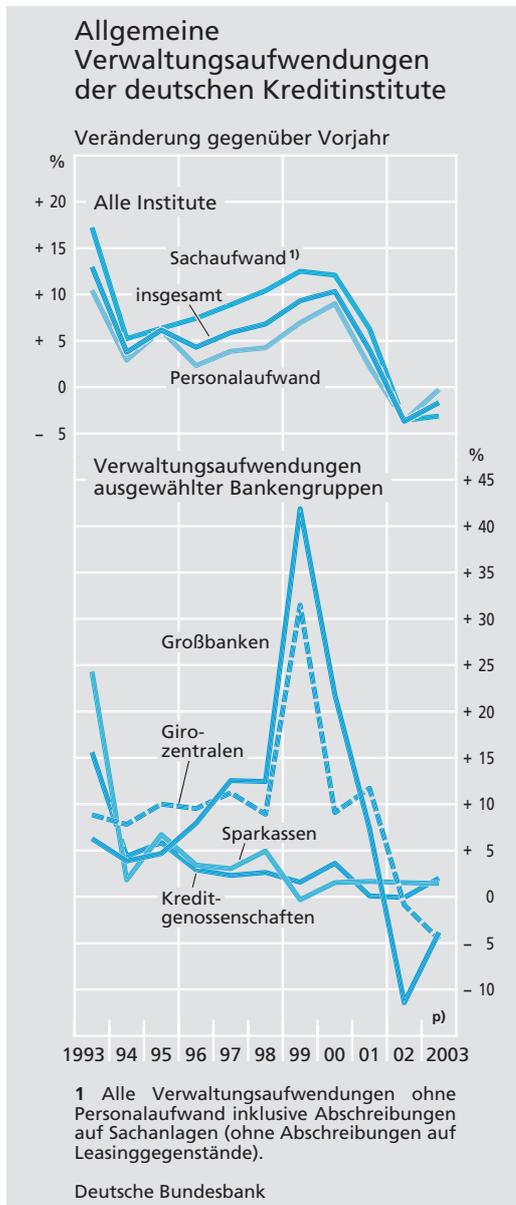
... nicht auf Grund sinkenden Personalaufwands, ...

Obwohl die inländischen Banken die Zahl ihrer Beschäftigten im Jahr 2003 nochmals deutlich stärker abbauten als im Vorjahr, konnte im Berichtszeitraum der Personalaufwand vor dem Hintergrund umfangreicher Abfindungszahlungen nicht weiter zurückgeführt werden. Während die Beschäftigtenzahl um 27 000 oder 3,7 % reduziert wurde, stagnierten die Personalkosten im Geschäftsjahr 2003 bei 41,6 Mrd €. Dabei entfiel mit einer Einsparung von 17 000 Stellen erneut das Gros auf das private Bankgewerbe. Dennoch konnten die Kreditbanken ihre Personalkosten nur um 0,4 Mrd € auf 17,0 Mrd € senken. Die Sparkassen hatten sogar einen leichten Anstieg der Personalkosten (um 0,4 Mrd € auf 11,7 Mrd €) zu verzeichnen, obwohl sie Stellen abbauten. Ebenso nahmen die Personalkosten bei den Kreditgenossenschaften im

Geschäftsjahr 2003 leicht zu, wobei in dieser Bankengruppe der Personalabbau vergleichsweise moderat ausfiel. Den stärksten relativen Rückgang der Personalkosten erzielten mit 5,6 % auf 3,4 Mrd € die Landesbanken.

Der leichte Rückgang der allgemeinen Verwaltungskosten war im Geschäftsjahr 2003 auf die Entwicklung bei den anderen Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen, die im Wesentlichen Sachaufwand, Aufwendungen für externe Dienstleistungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen ausmachten. Insgesamt konnten die inländischen Kreditinstitute diese Aufwendungen um 1,0 Mrd € auf 35,7 Mrd € reduzieren. Einsparungen in diesem Bereich realisierten vor allem die Kreditbanken. Neben den Großbanken konnten auch die Regionalbanken hier Fortschritte erzielen.

... sondern durch Einsparungen bei anderen Verwaltungskosten



Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Positiver Ergebnisbeitrag der sonstigen Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen lieferte auch im Geschäftsjahr 2003 einen außergewöhnlich hohen positiven Ergebnisbeitrag. Mit 3,8 Mrd € übertraf er sogar noch leicht den bereits sehr hohen Vorjahrswert. Neben den Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken, die wie

auch in den vergangenen Jahren mit 1,4 Mrd € den höchsten Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen erzielen konnten, erwirtschafteten hier im Geschäftsjahr 2003 auch die Kreditgenossenschaften einen deutlich positiven Beitrag zum Betriebsergebnis (1,0 Mrd €, nach 0,5 Mrd € im Vorjahr).

Betriebsergebnis vor Bewertung

Insgesamt wurde der Rückgang des Teilbetriebsergebnisses – der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie den allgemeinen Verwaltungskosten – durch den deutlichen Anstieg des Netto-Ergebnisses aus dem Eigenhandel überkompensiert, so dass es letztlich zu einem leicht verbesserten Betriebsergebnis vor Bewertung kam, das von 38,2 Mrd € im Vorjahr auf 39,1 Mrd € im Berichtszeitraum stieg. Damit verbesserte sich im Berichtsjahr auch die Aufwand/Ertrag-Relation etwas. Verglichen mit 2002 fiel die Verringerung dieser Relation im Berichtszeitraum jedoch deutlich geringer aus. Außer den Großbanken und den Genossenschaftlichen Zentralbanken verzeichneten alle Institutsgruppen eine leichte Verbesserung. Besonders ausgeprägt fiel sie aber bei den Kreditgenossenschaften und den Landesbanken aus.

Verbesserte Aufwand/Ertrag-Relation...

Ein etwas anderes Bild ergibt sich allerdings bei der auf den Rohertrag bezogenen Aufwand/Ertrag-Relation. Hier schlug auf der Ertragsseite der spürbar rückläufige Zinsertrag durch. Dies führte letztlich zu einem Anstieg der Relation zwischen allgemeinen Verwaltungskosten und dem als Summe aus Zins-

... allerdings nicht bezogen auf den Rohertrag

überschuss und Provisionsüberschuss definierten Rohertrag um 1,5 Prozentpunkte auf 72,8 % nach einem Rückgang um 6,2 Prozentpunkte im Vorjahr. Auf Grund ihres deutlich gesunkenen Zinsüberschusses konzentrierte sich dieser Anstieg jedoch auf die Großbanken und Genossenschaftlichen Zentralbanken.

Bewertungsergebnis

Risikovorsorge rückläufig, aber weiterhin stark ertragsbelastend

Nachdem die deutschen Banken im Vorjahr ihre Risikovorsorge kräftig ausgeweitet hatten, führten sie diese im Berichtsjahr zurück. Dennoch verblieb die Risikovorsorge auf hohem Niveau und belastete die Ertragslage erneut stark. Der Netto-Aufwand für die Bewertung von Krediten, Forderungen und Wertpapieren lag im Jahr 2003 bei 21,8 Mrd € und damit unter dem entsprechenden Vorjahrswert. Dabei gingen einerseits die Abschreibungen und Wertberichtigungen um 10,9 Mrd € auf 23,4 Mrd € zurück; andererseits sanken jedoch auch die Zuschreibungen und Auflösungen von Rückstellungen um 1,4 Mrd € auf 1,6 Mrd €. ¹⁾ In der Summe verblieb gleichwohl ein spürbarer Rückgang des Bewertungsaufwands, der im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme nach 0,28 % im Jahr 2001 und 0,44 % in 2002 im Berichtsjahr bei 0,31 % lag. Darüber hinaus wurden dem „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ (gemäß § 340 g HGB) im Jahr 2003 per saldo 1,9 Mrd € zugeführt. Die Aufstockung des Fonds schlägt sich jedoch im Rahmen der vor-

¹ Innerhalb dieser Positionen wurde bereits von der nach § 340 f Abs. 3 HGB zulässigen Überkreuzkompensation Gebrauch gemacht.

Aufwand/Ertrag-Relation nach Bankengruppen

Bankengruppe	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Relation		
	2001	2002	2003 ^{p)}
zum Rohertrag ¹⁾			
Alle Bankengruppen	77,5	71,3	72,8
Kreditbanken	91,6	80,2	87,0
Großbanken	101,3	83,4	98,7
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	79,0	75,9	73,7
Zweigstellen ausländischer Banken	66,7	64,6	57,3
Landesbanken	64,4	62,5	57,4
Sparkassen	70,9	67,9	67,4
Genossenschaftliche Zentralbanken	71,8	66,1	86,2
Kreditgenossenschaften	78,9	75,2	74,2
Realkreditinstitute	35,7	37,0	37,6
Banken mit Sonderaufgaben	31,7	31,7	34,7
zu den Erträgen aus dem operativen Bankgeschäft ²⁾			
Alle Bankengruppen	71,4	67,2	66,4
Kreditbanken	80,4	74,2	74,0
Großbanken	83,8	77,9	79,5
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	75,4	69,2	66,9
Zweigstellen ausländischer Banken	56,1	57,8	53,7
Landesbanken	57,1	56,1	53,1
Sparkassen	69,9	66,5	66,2
Genossenschaftliche Zentralbanken	62,5	52,5	63,1
Kreditgenossenschaften	76,7	73,1	69,5
Realkreditinstitute	33,4	35,6	37,8
Banken mit Sonderaufgaben	30,4	31,4	32,8

¹ Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss. — ² Rohertrag zuzüglich Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

Betriebsergebnis vor Bewertung *)

Bankengruppe	2001		2002		2003 p)	
	Mio €	% 1)	Mio €	% 1)	Mio €	% 1)
Alle Bankengruppen	32 443	0,46	38 214	0,54	39 107	0,56
Kreditbanken	9 512	0,40	12 506	0,54	12 131	0,54
Großbanken	4 753	0,29	6 177	0,39	5 400	0,35
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	4 637	0,69	6 201	0,92	6 576	0,95
Zweigstellen ausländischer Banken	122	0,33	128	0,40	155	0,55
Landesbanken	5 441	0,34	5 648	0,34	6 094	0,37
Sparkassen	8 058	0,85	9 568	0,98	9 862	1,01
Genossenschaftliche Zentralbanken	788	0,33	1 025	0,48	644	0,32
Kreditgenossenschaften	3 824	0,72	4 632	0,85	5 661	1,02
Realkreditinstitute	2 800	0,30	2 436	0,26	2 308	0,26
Banken mit Sonderaufgaben	2 020	0,42	2 399	0,47	2 407	0,46

* Teilbetriebsergebnis zuzüglich Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge

und Aufwendungen. — 1 In % der durchschnittlichen Bilanzsumme.

Deutsche Bundesbank

liegenden Ertragsanalyse nicht in einem geringeren Jahresüberschuss nieder, da diese Mittel zur Gewinnverwendung (Rücklagenbildung) gerechnet werden.

Wie bereits in den Vorjahren dürfte auch 2003 der weitaus größte Teil der Risikovorsorge der deutschen Banken im Zusammenhang mit dem inländischen Kreditgeschäft gestanden haben. Hier sahen sich die Kreditinstitute einer nach wie vor hohen Zahl von Unternehmensinsolvenzen gegenüber: Diese nahmen im Berichtsjahr sogar nochmals um 4,9% auf 39 470 zu. Allerdings waren Kleinbetriebe in stärkerem Maße als im Vorjahr betroffen. Der Anteil der Großinsolvenzen, der im Jahr 2002 kräftig angestiegen war, ging demgegenüber im Jahr 2003 zurück. Die Tatsache, dass die Risikovorsorge trotz zunehmender Insolven-

zen zurückgefahren werden konnte, könnte neben anderem auch ein stärkeres Risikobewusstsein der deutschen Kreditinstitute bei der Kreditvergabe widerspiegeln. Wegen des vergleichsweise geringen Anteils der Verbraucherkredite an den gesamten Ausleihungen der Banken an inländische Unternehmen und Privatpersonen dürften die Verbraucherinsolvenzen auch im Jahr 2003 nur eine untergeordnete Rolle für die Risikovorsorge der Banken gespielt haben. Angesichts ihres sehr starken Wachstums, das auch im Berichtsjahr dasjenige der Unternehmensinsolvenzen deutlich überstieg, könnte jedoch in Zukunft die Risikovorsorge für Verbraucherkredite die Ertragslage der Banken spürbarer belasten. Die Kurswertabschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere, die teilweise in das Bewertungsergebnis eingehen, beliefen

*Bewertungs-
aufwand im
inländischen
Kreditgeschäft*

Relative Bedeutung wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen für einzelne Bankengruppen 2003 ²⁾

in % der Summe der Überschüsse im operativen Geschäft

Position	Alle Bankengruppen	Großbanken	Regionalbanken	Landesbanken	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute
Zinsüberschuss	70,3	49,3	66,1	79,0	80,6	53,6	75,4	102,2
Provisionsüberschuss	20,9	31,2	24,6	13,4	17,7	19,6	18,3	- 1,6
Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften	5,5	18,6	2,3	2,7	0,8	21,2	0,7	0,1
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	3,3	0,9	7,0	4,9	0,9	5,6	5,6	- 0,7
Summe aller Überschüsse im operativen Geschäft	100	100	100	100	100	100	100	100
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 66,4	- 79,5	- 66,9	- 53,1	- 66,2	- 63,1	- 69,5	- 37,8
davon:								
Personalaufwand	- 35,7	- 41,5	- 30,2	- 26,0	- 40,1	- 29,9	- 41,0	- 17,9
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 30,7	- 38,0	- 36,7	- 27,1	- 26,1	- 33,2	- 28,5	- 20,0
Bewertungsergebnis	- 18,7	- 18,0	- 12,9	- 28,9	- 18,0	- 29,4	- 16,7	- 29,9
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 13,3	- 30,2	- 12,6	- 35,2	0,7	- 4,6	1,8	- 9,9
Nachrichtlich:								
Jahresüberschuss vor Steuern	1,6	- 27,7	7,6	- 17,2	16,5	2,8	15,6	22,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 4,8	1,9	- 3,8	- 3,7	- 10,4	7,0	- 8,0	- 6,9
Jahresüberschuss nach Steuern	- 3,2	- 25,9	3,8	- 20,9	6,0	9,8	7,6	15,5

Deutsche Bundesbank

sich 2003 auf 1,9 Mrd €, nach 1,0 Mrd € im Vorjahr. ²⁾

Banken mit Massengeschäft besonders betroffen

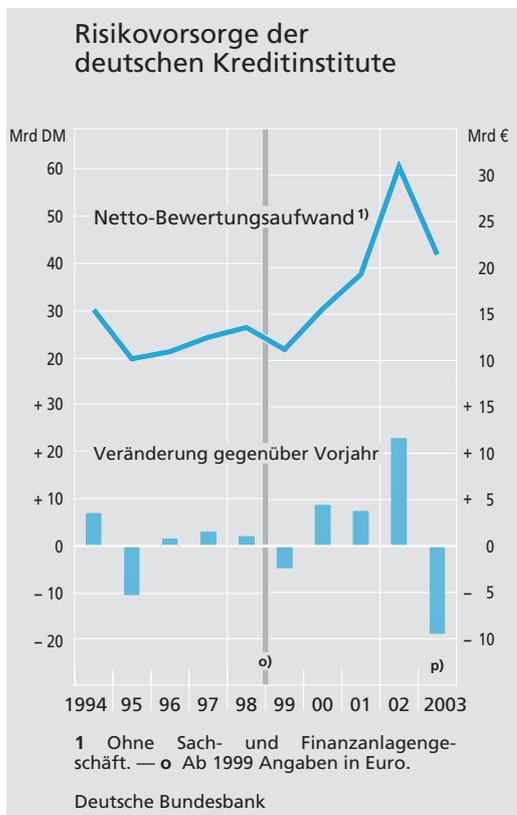
Nach Bankengruppen betrachtet fiel die Abnahme der Risikovorsorge für diejenigen Gruppen, die im Vorjahr eine vergleichsweise kräftige Steigerung zu verzeichnen hatten, besonders ausgeprägt aus. Dies waren zunächst einmal diejenigen Kreditinstitute, die wie etwa die Großbanken und die Landesbanken im Großkundengeschäft tätig sind und die im Jahr 2002 in besonderem Maße von den Großinsolvenzen betroffen waren. Daneben haben auch die im Massengeschäft tätigen Sparkassen und Kreditgenossenschaften ihren Netto-Bewertungsaufwand merklich zurückgeführt. Gleich-

wohl hatten diese beiden Bankengruppen im Jahr 2003 – wie auch in den vergangenen Jahren – eine im Verhältnis zu ihrer durchschnittlichen Bilanzsumme vergleichsweise hohe Risikovorsorge zu verkräften. Der entsprechende Anteil betrug für die Sparkassen 0,54 %, nach 0,71 % im Jahr 2002; für die Kreditgenossenschaften belief er sich auf 0,56 %, nach 0,67 % im Vorjahr.

Trotz der nach wie vor hohen Risikovorsorge führte die nachlassende Belastung aus dem Netto-Bewertungsergebnis dazu, dass sich das Betriebsergebnis der gesamten deutschen Kreditwirtschaft nach 7,0 Mrd € im Vorjahr auf 17,4 Mrd € für das Jahr 2003 weit mehr als verdoppelte. Dabei konnten alle Bankengruppen ihr Betriebsergebnis zum Teil merklich verbessern.

Betriebsergebnis spürbar gestiegen

²⁾ Auf Grund einer Umstellung des Berichtswesens sind die Ergebnisse für 2002 und 2003 nur eingeschränkt vergleichbar.



Andere und außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Saldo der „außerordentlichen Rechnung“ belastete Gesamtergebnis

Der Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen minderte das Ergebnis im Berichtsjahr ungewöhnlich stark; nach 3,9 Mrd € in 2002 sank er im Jahr 2003 auf – 15,5 Mrd €. Auffallend sind dabei aber erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bankengruppen. Zwar verschlechterte sich der Ergebnisbeitrag der „außerordentlichen Rechnung“ bei allen Bankengruppen; vor allem jedoch schmälerten die Großbanken (– 8 Mrd €, nach – 2 Mrd € im Vorjahr) und die Landesbanken (– 4,6 Mrd €, nach 3,4 Mrd € 2002), bei denen der Rückgang jeweils besonders ausgeprägt war, hierdurch ihr Gesamtergebnis. Auch bei den Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken schlug der Saldo

der „außerordentlichen Rechnung“ mit – 2,5 Mrd € (nach – 0,6 Mrd € im Vorjahr) merklich zu Buche. Ähnliches gilt auch für die Realkreditinstitute sowie die Genossenschaftlichen Zentralbanken. Dagegen konnten die Sparkassen sowie die Genossenschaftsbanken ihr Ergebnis mit Hilfe der „außerordentlichen Rechnung“ leicht stützen.

Ausschlaggebend für den Einbruch war ein beachtlicher Rückgang des Ergebnisses aus dem Finanzanlagengeschäft der Kreditinstitute; es sank von 8,6 Mrd € im Vorjahr um 13,9 Mrd € auf – 5,3 Mrd € im Jahr 2003. Dabei gingen auf der einen Seite bei denjenigen Instituten, die (Netto-)Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und aus den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren auswiesen, die Ergebnisse aus dem Finanzanlagengeschäft um 9,9 Mrd € stark zurück;³⁾ auf der anderen Seite stiegen bei den übrigen Instituten die Aufwendungen im Zusammenhang mit den entsprechenden Abschreibungen und Wertberichtigungen um 4,1 Mrd €. Das per saldo negative Ergebnis aus dem Finanzanlagengeschäft spiegelt vor allem Wertanpassungen des Anteilsbesitzes wider und konzentrierte sich nahezu ausschließlich auf die Großbanken sowie auf die Landesbanken. Zwar wurde das Ergebnis der meisten Institute in diesen beiden Gruppen durch den Beitrag ihres Finanzanlagengeschäfts belastet; doch war die durchschnittliche Entwick-

Wertanpassungen dominieren Ergebnis aus Finanzanlagengeschäft

3 Bei den Erträgen und Aufwendungen aus dem Finanzanlagengeschäft machten die Kreditinstitute wie üblich Gebrauch von der Verrechnungsmöglichkeit der beiden Positionen. In diese Verrechnung dürfen nach § 340 c Abs. 2 HGB auch Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit Finanzanlagen einbezogen werden.

lung durch besonders kräftige Rückgänge bei einzelnen Instituten geprägt.

Zunahme der Aufwendungen und Rückgang der Erträge in der „außerordentlichen Rechnung“

Hinzu kam der Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen im engeren Sinne (– 4,2 Mrd €, nach 1,5 Mrd € in 2002), der über alle Bankengruppen rückläufig war. Während er jedoch bei den meisten keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertragsentwicklung hatte, minderte er den Ertrag der Großbanken erheblich. Neben Aufwendungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungen spielten auch hier Neubewertungen von Wertpapieren und Beteiligungen eine Rolle, die somit der dominierende Faktor der gesamten „außerordentlichen Rechnung“ waren. Auch die abgeführten Gewinne stiegen leicht von 3,2 Mrd € in 2002 auf 3,6 Mrd € im Berichtsjahr. Die übrigen Positionen der „außerordentlichen Rechnung“ vermochten die belastenden Entwicklungen nicht zu kompensieren: So sanken die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil (0,4 Mrd €, nach 0,8 Mrd €),⁴⁾ und der insgesamt zu verzeichnende Rückgang der Belastungen aus Verlustübernahmen (– 2,7 Mrd €, nach – 3,8 Mrd €), die sich jedoch in den einzelnen Bankengruppen höchst unterschiedlich entwickelten, bildete von seiner Höhe her kein wesentliches Gegengewicht.

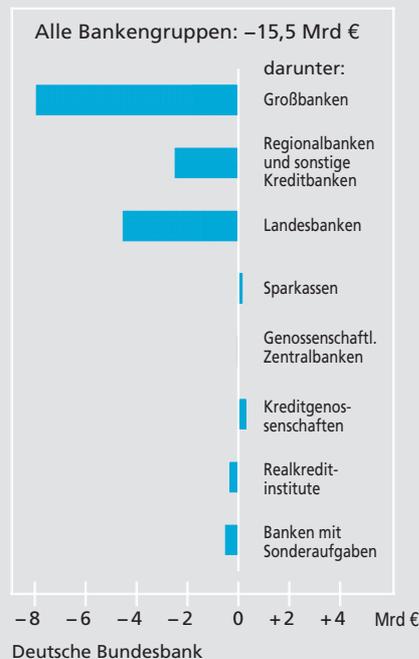
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag, Jahresüberschuss

Jahresüberschuss vor Steuern erneut stark gesunken

Die erhebliche Belastung aus der „außerordentlichen Rechnung“ übertraf im Berichtsjahr den Anstieg des Betriebsergebnisses bei

Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen

im Jahr 2003



weitem, so dass dessen positive Entwicklung nicht auf den Jahresüberschuss vor Steuern durchwirkte. Im Jahr 2003 sank folglich der Jahresüberschuss vor Steuern für die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt im Vergleich zum Vorjahr, in dem er noch 10,9 Mrd € betragen hatte, auf 1,9 Mrd €. Spiegelbildlich zu der „außerordentlichen Rechnung“ ergab sich jedoch für die einzelnen Bankengruppen ein uneinheitliches Bild: So mussten neben den Großbanken (– 7,3 Mrd € in 2003), die bereits im Vorjahr einen negativen Jahresüberschuss vor Steuern ausgewiesen hatten (– 1,9 Mrd €), auch die Landesbanken nach einem positiven Saldo im Vorjahr (1,3 Mrd €)

⁴ Die Sonderposten mit Rücklageanteil wurden im Wesentlichen 1999 gebildet und bis 2003 ertragswirksam aufgelöst. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 1999, Monatsbericht, September 2000, S. 62–64.

Aufgliederung der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen

Mio €			
Position	2001	2002	2003 p)
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	1 225	3 923	- 15 503
Erträge (insgesamt)	10 020	17 292	3 723
aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	5 787	12 040	2 184
aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	1 502	889	451
aus Verlustübernahme	353	777	95
Außerordentliche Erträge	2 378	3 586	993
Aufwendungen (insgesamt)	- 8 795	- 13 369	- 19 226
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- 1 827	- 3 412	- 7 482
Aufwendungen aus Verlustübernahme	- 2 785	- 4 550	- 2 860
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	- 113	- 64	- 63
Außerordentliche Aufwendungen	- 2 221	- 2 102	- 5 192
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	- 1 849	- 3 241	- 3 629

Deutsche Bundesbank

einen Fehlbetrag in Höhe von - 2,2 Mrd € verkraften. Größere Einbußen hatten darüber hinaus auch die Regional- und sonstigen Kreditbanken hinzunehmen; ihr Jahresüberschuss vor Steuern fiel von 2,8 Mrd € (2002) auf 1,5 Mrd €. Auch die Realkreditinstitute verzeichneten im Jahr 2003 einen Rückgang. Demgegenüber konnten die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften mit 4,8 Mrd € beziehungsweise 2,9 Mrd € ihr Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr spürbar verbessern.

Eigenkapitalrentabilität deutlich verschlechtert

Auf Grund der insgesamt ungünstigen Ertragsentwicklung ging die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern, im Durchschnitt aller Banken gerechnet, nach der bereits deutlichen Verschlechterung im Vorjahr abermals kräftig zurück. Sie belief sich nach 4,49 % im Jahr

2002 im Berichtsjahr auf 0,73 %; auch hier verlief die Entwicklung jedoch für die einzelnen Bankengruppen teilweise recht unterschiedlich. So ist der für die Kreditwirtschaft insgesamt niedrige Wert vor allem durch die rückläufige Ertragsentwicklung bei den Großbanken sowie bei den Landesbanken geprägt. Demgegenüber verzeichneten die Sparkassen und die Kreditgenossenschaften einen Anstieg ihrer Eigenkapitalrendite vor Steuern.

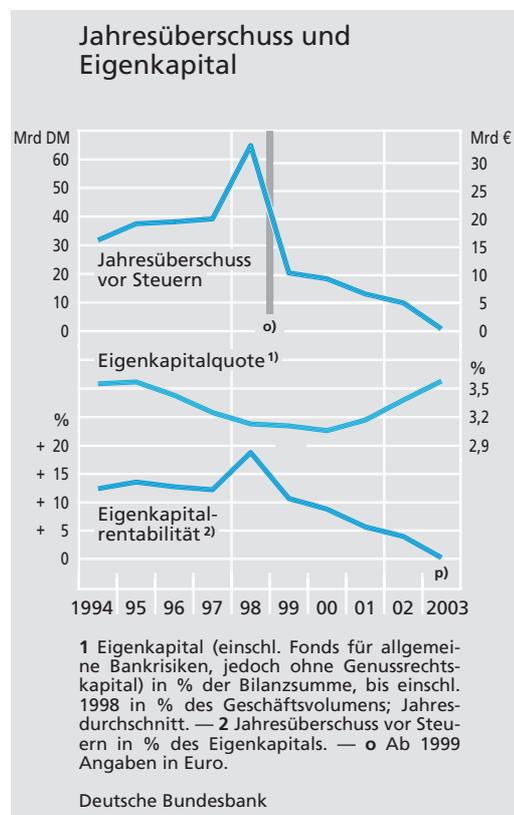
Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag stiegen 2003 trotz des insgesamt rückläufigen Jahresüberschusses kräftig um 1,7 Mrd € auf 5,5 Mrd €, was vor allem aus dem Steueraufwand der Sparkassen resultierte. Dieser war ertragsbedingt, aber vor allem auf Grund eines Sondereffekts mit 3,0 Mrd € annähernd

Zunahme der ertragsabhängigen Steuern

doppelt so hoch wie im Vorjahr.⁵⁾ Für die Kreditgenossenschaften lag der Steueraufwand mit 1,5 Mrd € ebenfalls spürbar über dem Vorjahrswert. Die Großbanken wiesen für das Geschäftsjahr 2003 in ihren Einzelabschlüssen „Steuererträge“ in Höhe von 0,5 Mrd € aus, wobei es sich jedoch im Wesentlichen um den Abbau von Steuerrückstellungen eines Instituts handelte. Für die meisten übrigen Bankengruppen veränderten sich im Berichtsjahr die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag allenfalls geringfügig.

Spürbar
niedrigerer
Bilanzgewinn

Nach Steuern ergab sich erstmals für die gesamte deutsche Kreditwirtschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,7 Mrd €, der aus den negativen Ergebnissen bei den Großbanken sowie den Landesbanken resultierte. Die übrigen Bankengruppen wiesen demgegenüber Jahresüberschüsse aus. Bei der Ermittlung des Bilanzgewinns kamen zu dem Einbruch beim Ergebnis nach Steuern erneut – wie bereits in den beiden Vorjahren – größere Verlustvorträge, die im Berichtsjahr 2,1 Mrd € betragen. Daneben wurden dem „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gewinnbelastend 1,9 Mrd € zugeführt. Schließlich überstiegen die notwendigen umfangreichen Entnahmen aus Rücklagen und Genussrechtskapital die entsprechenden Einstellungen um 11,2 Mrd €. ⁶⁾ In der Summe sank der ausgewiesene Bilanzgewinn im Jahr 2003 erneut deutlich um 1,2 Mrd € oder 26 % auf 3,6 Mrd €, nachdem er im Jahr 2002 noch 4,8 Mrd € und im Jahr 2001 6,6 Mrd € betragen hatte.



Ausblick

Nach den bislang vorliegenden Ergebnissen für die erste Jahreshälfte ist mit einer gewissen Stabilisierung der Ertragslage der Kreditinstitute im laufenden Jahr zu rechnen. Wegen der im Jahr 2003 vorgenommenen Wertberichtigungen sowie der im ersten Halbjahr 2004 rückläufigen Insolvenzzahlen für Unternehmen dürfte der Risikovorsorgebedarf für das inländische Kreditgeschäft weiter abnehmen. Gleiches gilt für Wertanpassungen im Finanzanlagengeschäft der Banken. Auch sollten sich beim Verwaltungsaufwand die vorgenomme-

Perspektiven
für 2004

⁵⁾ Die Nichtanerkennung von Teilwertabschreibungen auf Verluste in den Vorjahren führte zu Steuernachzahlungen.

⁶⁾ Umfangreiche Entnahmen zum Ausgleich der Jahresfehlbeträge waren vor allem bei einzelnen Instituten der Großbankengruppe sowie bei einzelnen Landesbanken notwendig.

Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen *)

%

Bankengruppe	1999	2000	2001	2002	2003 p)
Alle Bankengruppen	11,22 (6,51)	9,32 (6,09)	6,19 (4,57)	4,49 (2,91)	0,73 (- 1,45)
Kreditbanken	9,69 (7,01)	8,19 (7,32)	4,74 (4,24)	0,97 (0,04)	- 6,24 (- 6,56)
darunter:					
Großbanken	6,23 (5,48)	6,34 (7,23)	4,96 (5,69)	- 3,14 (- 3,30)	- 12,85 (- 11,99)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	16,51 (10,08)	11,58 (7,44)	4,13 (1,26)	8,99 (6,62)	4,54 (2,26)
Landesbanken	10,61 (5,92)	8,14 (4,22)	4,78 (4,01)	2,80 (1,94)	- 4,25 (- 5,17)
Sparkassen	15,18 (6,12)	13,39 (6,05)	9,16 (5,06)	8,15 (4,65)	11,07 (4,05)
Genossenschaftliche Zentralbanken	5,74 (3,98)	12,95 (8,84)	4,43 (2,74)	4,56 (4,95)	0,66 (2,30)
Kreditgenossenschaften	10,70 (4,74)	8,59 (4,09)	7,46 (4,41)	9,68 (6,60)	10,55 (5,16)
Realkreditinstitute	15,62 (8,87)	5,89 (2,50)	8,92 (6,48)	9,12 (7,36)	5,34 (3,70)

* Jahresüberschuss vor Steuern (in Klammer: nach Steuern) in % des durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals

(einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital).

Deutsche Bundesbank

nen Umstrukturierungsmaßnahmen verstärkt auswirken, da die mit ihnen verbundenen Einmalkosten, wie etwa Abfindungen, nicht in gleichem Maße wie in den Vorjahren zu Buche schlagen dürften. Im Vergleich zu den Aufwendungen ist die Tendenz auf der Ertragsseite für 2004 schwerer zu prognostizieren. Das Zinsergebnis dürfte auch 2004 durch das rückläufige Geschäftsvolumen in 2003, insbesondere durch den Abbau von Risikoaktiva, beeinträchtigt werden. Darüber hinaus wird die Entwicklung des Aktivgeschäfts nicht zuletzt von der weiteren Konjunktorentwicklung abhängen. Auf der Basis unserer derzeitigen Einschätzung ist hier durchaus mit einer leichten Ausweitung zu rechnen. Ob sie sich in einem größeren Zinsüberschuss niederschlagen wird, bleibt angesichts der bisherigen Zinsentwicklung jedoch abzuwarten. Im Eigenhan-

del dürfte auf Grund der im ersten Halbjahr 2004 eher schwächeren Entwicklung an den Aktienmärkten nur schwerlich ein ähnlich hoher Ertragsüberschuss wie im vergangenen Jahr zu erzielen sein.

Insgesamt sollte sich die Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft im laufenden Geschäftsjahr entspannen. Die bislang vorliegenden Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass insbesondere im operativen Geschäft bislang noch nicht von einer für alle Institute nachhaltigen und deutlichen Verbesserung ausgegangen werden kann.

Der Tabellenanhang zu diesem Aufsatz ist auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen

% der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben
		insgesamt	darunter:							
			Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken						
Zinserträge (insgesamt) ¹⁾										
1997	5,76	5,34	4,94	5,82	5,70	6,28	4,64	6,20	6,39	5,30
1998	5,59	5,07	4,61	5,68	5,53	6,05	4,61	5,95	6,54	5,20
1999	5,33	5,00	4,85	5,45	5,28	5,71	4,11	5,60	6,04	5,11
2000	5,51	5,32	5,24	5,58	5,63	5,72	5,04	5,69	5,81	5,03
2001	5,39	5,12	4,91	5,68	5,47	5,75	4,91	5,76	5,73	4,95
2002	4,83	4,41	4,09	5,18	4,67	5,53	4,15	5,47	5,36	4,59
2003 p)	4,39	3,82	3,42	4,74	4,25	5,24	3,42	5,15	5,09	4,15
Zinsaufwendungen										
1997	4,26	3,71	3,44	4,02	5,05	3,56	3,92	3,43	5,76	4,45
1998	4,22	3,61	3,33	3,99	4,91	3,54	3,86	3,40	5,92	4,37
1999	4,05	3,57	3,69	3,30	4,66	3,23	3,51	3,10	5,51	4,49
2000	4,36	4,15	4,30	3,85	5,07	3,39	4,26	3,24	5,35	4,46
2001	4,28	3,97	4,02	3,85	4,88	3,47	4,29	3,36	5,30	4,43
2002	3,63	3,07	2,99	3,25	4,08	3,15	3,49	2,98	4,97	4,01
2003 p)	3,23	2,65	2,57	2,83	3,63	2,82	2,96	2,62	4,66	3,60
Saldo der Zinserträge und -aufwendungen = Zinsüberschuss										
1997	1,50	1,62	1,50	1,79	0,65	2,72	0,72	2,76	0,63	0,85
1998	1,37	1,45	1,28	1,69	0,62	2,52	0,76	2,56	0,62	0,83
1999	1,28	1,43	1,15	2,15	0,62	2,48	0,60	2,49	0,52	0,62
2000	1,14	1,17	0,94	1,72	0,56	2,33	0,78	2,45	0,45	0,57
2001	1,12	1,15	0,89	1,83	0,60	2,28	0,62	2,41	0,43	0,53
2002	1,20	1,34	1,10	1,93	0,59	2,38	0,66	2,49	0,40	0,59
2003 p)	1,16	1,17	0,85	1,91	0,63	2,42	0,46	2,53	0,43	0,55
Saldo aus Provisionserträgen und -aufwendungen = Provisionsüberschuss										
1997	0,35	0,63	0,76	0,48	0,10	0,47	0,23	0,54	- 0,01	0,17
1998	0,34	0,62	0,69	0,50	0,10	0,48	0,20	0,55	- 0,01	0,13
1999	0,37	0,70	0,63	0,89	0,11	0,52	0,18	0,62	- 0,01	0,05
2000	0,42	0,76	0,68	0,99	0,13	0,55	0,21	0,69	- 0,01	0,05
2001	0,36	0,64	0,57	0,85	0,11	0,50	0,15	0,58	- 0,01	0,05
2002	0,34	0,60	0,53	0,79	0,11	0,49	0,14	0,57	- 0,01	0,09
2003 p)	0,35	0,59	0,54	0,71	0,11	0,53	0,17	0,61	- 0,01	0,09

^{o)} Bis einschl. 1998 in % des Geschäftsvolumens, ab 1999 in % der Bilanzsumme. Ohne Bilanzsumme bzw. Geschäftsvolumen der Auslandsfilialien der Sparkassen. Statistisch bedingte Zunahme des Geschäftsvolumens durch Einbeziehung der Aus-

landsfilialien: 1998 Realkreditinstitute + 1,3 Mrd DM. — ¹⁾ Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen

% der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Banken- gruppen	Kreditbanken			Landes- banken	Spar- kassen	Genos- senschaft- liche Zentral- banken	Kredit- genossen- schaften	Real- kredit- institute	Banken mit Sonder- aufga- ben
		ins- gesamt	darunter:							
			Groß- banken	Regio- nal- banken und sonstige Kredit- banken						
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen										
1997	1,21	1,58	1,70	1,44	0,42	2,05	0,58	2,38	0,19	0,66
1998	1,16	1,53	1,54	1,49	0,40	2,04	0,57	2,34	0,18	0,57
1999	1,16	1,71	1,50	2,28	0,44	2,01	0,56	2,30	0,15	0,19
2000	1,16	1,67	1,51	2,08	0,43	1,99	0,56	2,39	0,15	0,19
2001	1,14	1,65	1,48	2,12	0,45	1,97	0,55	2,36	0,15	0,18
2002	1,10	1,55	1,36	2,06	0,44	1,95	0,53	2,30	0,14	0,22
2003 p)	1,10	1,53	1,37	1,93	0,42	1,99	0,54	2,33	0,16	0,22
Teilbetriebsergebnis										
1997	0,64	0,68	0,56	0,83	0,33	1,14	0,37	0,92	0,44	0,35
1998	0,55	0,54	0,43	0,70	0,32	0,96	0,39	0,77	0,43	0,39
1999	0,50	0,42	0,29	0,76	0,29	0,99	0,22	0,81	0,36	0,48
2000	0,41	0,26	0,11	0,64	0,26	0,89	0,43	0,75	0,30	0,43
2001	0,33	0,15	- 0,02	0,56	0,25	0,81	0,22	0,63	0,27	0,39
2002	0,44	0,38	0,27	0,65	0,26	0,92	0,27	0,76	0,25	0,47
2003 p)	0,41	0,23	0,02	0,69	0,31	0,96	0,09	0,81	0,27	0,42
Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften										
1997	0,06	0,10	0,13	0,06	0,05	0,06	0,10	0,02	0,00	0,02
1998	0,07	0,13	0,09	0,18	0,07	0,05	0,05	0,02	0,00	0,01
1999	0,06	0,15	0,17	0,07	0,03	0,03	0,12	0,01	0,00	0,00
2000	0,10	0,24	0,32	0,07	0,05	0,02	0,09	0,00	0,00	0,00
2001	0,08	0,20	0,30	- 0,03	0,04	0,00	0,06	- 0,01	0,00	0,00
2002	0,04	0,09	0,13	0,01	0,04	0,00	0,11	- 0,01	0,00	0,00
2003 p)	0,09	0,24	0,32	0,07	0,02	0,02	0,18	0,02	0,00	0,00
Bewertungsergebnis										
1997	- 0,26	- 0,30	- 0,25	- 0,36	- 0,14	- 0,46	- 0,10	- 0,41	- 0,11	- 0,13
1998	- 0,25	- 0,25	- 0,15	- 0,37	- 0,27	- 0,34	- 0,19	- 0,36	- 0,08	- 0,23
1999	- 0,19	- 0,23	- 0,24	- 0,22	- 0,11	- 0,17	- 0,17	- 0,39	- 0,10	- 0,24
2000	- 0,24	- 0,18	- 0,16	- 0,25	- 0,12	- 0,46	- 0,47	- 0,47	- 0,19	- 0,15
2001	- 0,28	- 0,26	- 0,24	- 0,33	- 0,20	- 0,52	- 0,32	- 0,50	- 0,12	- 0,15
2002	- 0,44	- 0,39	- 0,38	- 0,42	- 0,47	- 0,71	- 0,42	- 0,67	- 0,20	- 0,21
2003 p)	- 0,31	- 0,33	- 0,31	- 0,37	- 0,23	- 0,54	- 0,25	- 0,56	- 0,13	- 0,13

Anmerkungen siehe S. 31.

Deutsche Bundesbank

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen

% der durchschnittlichen Bilanzsumme ⁹⁾

Geschäftsjahr	Alle Banken- gruppen	Kreditbanken			Landes- banken	Spar- kassen	Genos- senschaft- liche Zentral- banken	Kredit- genossen- schaften	Real- kredit- institute	Banken mit Sonder- aufga- ben
		ins- gesamt	darunter:							
			Groß- banken	Regio- nal- banken und sonstige Kredit- banken						
Betriebsergebnis										
1997	0,46	0,50	0,40	0,61	0,26	0,72	0,38	0,62	0,33	0,29
1998	0,41	0,47	0,32	0,65	0,20	0,69	0,26	0,54	0,36	0,22
1999	0,41	0,38	0,20	0,81	0,25	0,87	0,19	0,54	0,27	0,27
2000	0,30	0,36	0,24	0,63	0,22	0,44	0,05	0,35	0,14	0,30
2001	0,18	0,14	0,05	0,36	0,14	0,32	0,01	0,22	0,18	0,27
2002	0,10	0,15	0,00	0,50	- 0,13	0,27	0,06	0,17	0,06	0,26
2003 ^{p)}	0,25	0,21	0,04	0,58	0,14	0,47	0,06	0,46	0,14	0,33
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen										
1997	- 0,04	- 0,10	- 0,12	- 0,10	- 0,02	0,02	- 0,05	0,03	- 0,03	- 0,11
1998	0,20	0,58	1,03	0,09	0,06	0,01	0,46	0,03	- 0,04	0,01
1999	- 0,05	0,00	0,04	- 0,07	- 0,01	- 0,27	- 0,04	- 0,06	- 0,03	- 0,02
2000	- 0,01	- 0,07	- 0,03	- 0,16	- 0,03	0,11	0,30	0,05	- 0,05	0,00
2001	0,02	0,04	0,13	- 0,18	- 0,03	0,06	0,12	0,14	- 0,05	- 0,07
2002	0,06	- 0,11	- 0,12	- 0,08	0,21	0,08	0,09	0,29	0,07	- 0,03
2003 ^{p)}	- 0,22	- 0,47	- 0,52	- 0,36	- 0,28	0,02	- 0,04	0,06	- 0,04	- 0,10
Jahresüberschuss vor Steuern										
1997	0,42	0,40	0,28	0,51	0,25	0,75	0,33	0,65	0,29	0,18
1998	0,61	1,06	1,35	0,74	0,26	0,70	0,72	0,57	0,31	0,22
1999	0,35	0,38	0,23	0,74	0,24	0,60	0,16	0,48	0,24	0,25
2000	0,29	0,29	0,21	0,47	0,19	0,55	0,36	0,40	0,09	0,30
2001	0,20	0,18	0,18	0,18	0,11	0,38	0,13	0,35	0,13	0,20
2002	0,15	0,04	- 0,12	0,41	0,08	0,35	0,14	0,46	0,14	0,23
2003 ^{p)}	0,03	- 0,25	- 0,48	0,22	- 0,14	0,49	0,02	0,52	0,09	0,22
Jahresüberschuss nach Steuern										
1997	0,21	0,27	0,21	0,33	0,13	0,26	0,15	0,25	0,17	0,15
1998	0,32	0,59	0,66	0,51	0,14	0,26	0,58	0,22	0,18	0,19
1999	0,20	0,28	0,20	0,45	0,13	0,24	0,11	0,21	0,13	0,22
2000	0,19	0,26	0,24	0,30	0,10	0,25	0,24	0,19	0,04	0,28
2001	0,15	0,16	0,21	0,05	0,10	0,21	0,08	0,21	0,09	0,18
2002	0,10	0,00	- 0,13	0,30	0,05	0,20	0,16	0,31	0,11	0,21
2003 ^{p)}	- 0,05	- 0,27	- 0,44	0,11	- 0,17	0,18	0,08	0,26	0,07	0,21

Anmerkungen siehe S. 31.

Deutsche Bundesbank

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute

Geschäfts- jahr	Zinsabhängiges Geschäft			Zinsunabhängiges Geschäft			Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen			Teil- betriebs- ergebnis (Sp. 1+4-7)
	Zins- überschuss (Sp. 2-3)	Zins- erträge (insge- samt) 1)	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 5-6)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen	insgesamt (Sp. 8+9)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen insge- samt 2)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
	Mrd DM									
1996	140,8	518,3	377,5	29,2	33,3	4,1	110,0	64,4	45,6	60,0
1997	144,6	554,5	409,9	34,1	39,1	5,0	116,9	67,1	49,8	61,8
1998	147,5	602,9	455,3	37,0	43,6	6,6	125,2	70,1	55,1	59,3
1999	152,2	631,5	479,3	43,9	52,3	8,4	137,3	75,2	62,1	58,9
	Mrd €									
1999	77,8	322,9	245,0	22,5	26,8	4,3	70,2	38,4	31,8	30,1
2000	76,9	369,9	293,1	28,1	33,8	5,7	77,7	42,0	35,7	27,3
2001	79,2	382,4	303,2	25,3	31,2	5,9	81,0	43,0	38,0	23,5
2002	85,6	344,5	258,9	24,3	30,2	5,9	78,3	41,6	36,7	31,6
2003 p)	81,8	308,8	227,0	24,4	30,6	6,3	77,3	41,6	35,7	28,8
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in % 5)									
1997	2,8	7,0	8,5	16,9	17,5	21,4	6,4	4,3	9,4	3,1
1998	2,2	8,8	11,2	8,5	11,7	33,0	7,2	4,6	10,8	- 3,9
1999	3,0	4,7	5,2	18,7	19,9	26,4	9,6	7,2	12,8	- 1,1
2000	- 1,2	14,6	19,6	25,1	26,3	32,5	10,6	9,3	12,3	- 9,2
2001	3,0	3,4	3,5	- 9,8	- 7,6	3,3	4,3	2,5	6,6	- 13,8
2002	8,0	- 9,9	- 14,6	- 4,0	- 3,2	0,0	- 3,3	- 3,4	- 3,3	34,2
2003 p)	- 4,4	- 10,4	- 12,3	0,4	1,7	7,2	- 1,2	0,1	- 2,6	- 8,9
	% der durchschnittlichen Bilanzsumme									
1996	1,65	6,07	4,42	0,34	0,39	0,05	1,29	0,75	0,53	0,70
1997	1,50	5,76	4,26	0,35	0,41	0,05	1,21	0,70	0,52	0,64
1998	1,37	5,59	4,22	0,34	0,40	0,06	1,16	0,65	0,51	0,55
1999	1,28	5,33	4,05	0,37	0,44	0,07	1,16	0,63	0,52	0,50
2000	1,14	5,51	4,36	0,42	0,50	0,08	1,16	0,63	0,53	0,41
2001	1,12	5,39	4,28	0,36	0,44	0,08	1,14	0,61	0,54	0,33
2002	1,20	4,83	3,63	0,34	0,42	0,08	1,10	0,58	0,52	0,44
2003 p)	1,16	4,39	3,23	0,35	0,44	0,09	1,10	0,59	0,51	0,41

1 Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinn-
gemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträ-
gen. — 2 Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf

immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschrei-
bungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“
Abgrenzung). — 3 Bis einschl. 1998 Geschäftsvolumen, ab 1999

Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebs-ergebnis (Sp. 10 bis 13)	Saldo der anderen und außer-ordent-lichen Erträge und Auf-wendungen	Jahresüber-schuss vor Steuern (Sp. 14+15)	Steuern vom Ein-kommen und vom Ertrag	Jahresüber-schuss bzw. -fehl-betrag (-) (Sp. 16-17)	Nach-richtlich: Bilanz-summe 3) 4)	Geschäfts-jahr
11	12	13	14	15	16	17	18	19	
Mrd DM									
4,1	1,4	- 22,1	43,5	- 4,3	39,2	20,3	18,9	8 545,9	1996
5,3	2,2	- 25,1	44,2	- 4,0	40,2	19,8	20,4	9 625,1	1997
7,1	5,2	- 27,2	44,4	21,5	65,9	31,1	34,7	10 778,2	1998
7,0	4,8	- 22,5	48,1	- 6,3	41,8	17,6	24,2	11 845,3	1999
Mrd €									
3,6	2,4	- 11,5	24,6	- 3,2	21,4	9,0	12,4	6 056,4	1999
6,4	2,0	- 15,9	19,9	- 0,6	19,3	6,7	12,6	6 716,3	2000
5,4	3,5	- 19,6	12,8	1,2	14,1	3,7	10,4	7 090,8	2001
3,0	3,7	- 31,2	7,0	3,9	10,9	3,9	7,1	7 129,1	2002
6,4	3,8	- 21,8	17,4	- 15,5	1,9	5,5	- 3,7	7 028,0	2003 p)
Veränderungen gegenüber Vorjahr in % 5)									
24,3	58,2	- 13,6	1,7	6,9	2,7	- 2,5	8,3	12,6	1997
34,0	148,6	- 8,3	0,9	.	64,2	58,0	70,1	12,1	1998
1,7	- 7,7	17,1	8,3	.	- 36,5	- 43,6	- 30,2	9,9	1999
79,8	16,4	- 38,0	- 19,1	81,4	- 9,6	- 24,9	1,5	10,9	2000
- 16,7	73,0	23,5	- 35,6	.	- 27,3	- 45,6	- 17,5	5,6	2001
- 45,1	4,4	- 59,1	- 45,4	220,2	- 22,2	4,9	- 31,8	0,5	2002
118,5	3,6	30,3	147,2	.	- 84,5	43,7	.	- 1,4	2003 p)
% der durchschnittlichen Bilanzsumme									
0,05	0,02	- 0,26	0,51	- 0,05	0,46	0,24	0,22	.	1996
0,06	0,02	- 0,26	0,46	- 0,04	0,42	0,21	0,21	.	1997
0,07	0,05	- 0,25	0,41	0,20	0,61	0,29	0,32	.	1998
0,06	0,04	- 0,19	0,41	- 0,05	0,35	0,15	0,20	.	1999
0,10	0,03	- 0,24	0,30	- 0,01	0,29	0,10	0,19	.	2000
0,08	0,05	- 0,28	0,18	0,02	0,20	0,05	0,15	.	2001
0,04	0,05	- 0,44	0,10	0,06	0,15	0,05	0,10	.	2002
0,09	0,05	- 0,31	0,25	- 0,22	0,03	0,08	- 0,05	.	2003 p)

Bilanzsumme. — 4 Ohne Bilanzsumme bzw. Geschäftsvolumen der Auslandsfilialen der Sparkassen. Statistisch bedingte Zunahme des Geschäftsvolumens durch Einbeziehung der Auslandsfilialen: 1998

Realkreditinstitute + 1,3 Mrd DM. — 5 Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet.

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute *)

Geschäfts- jahr	Zahl der berichten- den Insti- tute	Zinsabhängiges Geschäft			Zinsunabhängiges Geschäft			Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen			Teil- betriebs- ergebnis (Sp. 2+5-8)
		Zinsüber- schuss (Sp. 3-4)	Zins- erträge (insge- samt) 1)	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 6-7)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen	insgesamt (Sp. 9+10)	Personal- aufwand	andere Verwal- tungsauf- wendungen insge- samt 2)	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Alle Bankengruppen											
		Mio DM									
1999	2 897	152 209	631 467	479 258	43 930	52 338	8 408	137 284	75 174	62 109	58 855
		Mio €									
1999	2 897	77 823	322 864	245 041	22 461	26 760	4 299	70 192	38 436	31 756	30 092
2000	2 636	76 894	369 946	293 052	28 095	33 793	5 698	77 673	41 997	35 676	27 316
2001	2 423	79 229	382 414	303 185	25 349	31 236	5 887	81 045	43 031	38 014	23 533
2002	2 268	85 568	344 472	258 904	24 327	30 212	5 885	78 324	41 578	36 746	31 571
2003 p)	2 128	81 760	308 793	227 033	24 354	30 643	6 289	77 278	41 581	35 697	28 836
Kreditbanken											
		Mio DM									
1999	224	50 410	176 093	125 684	24 681	28 469	3 788	60 361	30 943	29 418	14 729
		Mio €									
1999	224	25 774	90 035	64 261	12 619	14 556	1 937	30 862	15 821	15 041	7 531
2000	224	25 731	117 211	91 480	16 822	19 617	2 795	36 806	18 562	18 244	5 747
2001	213	27 230	120 978	93 748	15 227	18 588	3 361	38 909	19 155	19 754	3 548
2002	206	30 850	101 741	70 891	13 894	17 145	3 251	35 897	17 414	18 483	8 847
2003 p)	193	26 341	85 993	59 652	13 249	16 611	3 362	34 449	17 023	17 426	5 141
Großbanken											
		Mio DM									
1999	4	28 068	118 111	90 042	15 467	17 346	1 880	36 480	19 654	16 826	7 055
		Mio €									
1999	4	14 351	60 389	46 038	7 908	8 869	961	18 652	10 049	8 603	3 607
2000	4	14 174	79 073	64 899	10 205	11 251	1 046	22 770	12 182	10 588	1 609
2001	4	14 727	81 187	66 460	9 454	11 134	1 680	24 505	12 688	11 817	- 324
2002	4	17 615	65 553	47 938	8 481	10 073	1 592	21 768	11 107	10 661	4 328
2003 p)	4	13 035	52 461	39 426	8 223	10 191	1 968	20 992	10 957	10 035	266
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
		Mio DM									
1999	192	22 046	55 804	33 758	9 122	10 964	1 842	23 380	11 127	12 253	7 788
		Mio €									
1999	192	11 272	28 532	17 260	4 664	5 606	942	11 954	5 689	6 265	3 982
2000	193	11 377	36 799	25 422	6 550	8 291	1 741	13 696	6 296	7 400	4 231
2001	188	12 341	38 240	25 899	5 701	7 376	1 675	14 248	6 399	7 849	3 794
2002	183	13 060	35 015	21 955	5 317	6 969	1 652	13 954	6 229	7 725	4 423
2003 p)	170	13 134	32 665	19 531	4 884	6 271	1 387	13 277	5 989	7 288	4 741
Zweigstellen ausländischer Banken											
		Mio DM									
1999	28	295	2 179	1 883	92	158	66	501	162	338	- 113
		Mio €									
1999	28	151	1 114	963	47	81	34	256	83	173	- 58
2000	27	180	1 339	1 159	67	75	8	340	84	256	- 93
2001	21	162	1 551	1 389	72	78	6	156	68	88	78
2002	19	175	1 173	998	96	103	7	175	78	97	96
2003 p)	19	172	867	695	142	149	7	180	77	103	134
Landesbanken											
		Mio DM									
1999	13	16 411	140 200	123 788	2 812	4 755	1 942	11 588	5 912	5 676	7 636
		Mio €									
1999	13	8 391	71 683	63 292	1 438	2 431	993	5 925	3 023	2 902	3 904
2000	13	8 386	84 761	76 375	1 943	3 185	1 242	6 479	3 364	3 115	3 850
2001	13	9 519	87 500	77 981	1 745	2 831	1 086	7 255	3 613	3 642	4 009
2002	14	9 743	76 744	67 001	1 794	2 963	1 169	7 210	3 579	3 631	4 327
2003 p)	13	10 260	69 740	59 480	1 748	3 016	1 268	6 898	3 378	3 520	5 110

Anmerkungen siehe S. 38 f.

Deutsche Bundesbank

Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebsergebnis (Sp. 11 bis 14)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen ³⁾	Jahresüberschuss vor Steuern (Sp. 15+16)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁴⁾	Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (-) (Sp. 17-18)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genussrechtskapital ⁵⁾	Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust (-) (Sp. 19+20)	Nachrichtlich: Bilanzsumme im Jahresdurchschnitt ^{6) 7)}	Geschäftsjahr
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
Alle Bankengruppen											
Mio DM											
7 016	4 788	- 22 514	48 145	- 6 319	41 825	17 579	24 246	- 8 263	15 983	11 845 257	1999
Mio €											
3 587	2 448	- 11 511	24 616	- 3 231	21 385	8 988	12 397	- 4 225	8 172	6 056 385	1999
6 449	2 046	- 15 886	19 925	- 601	19 324	6 747	12 577	- 3 975	8 602	6 716 341	2000
5 370	3 540	- 19 616	12 827	1 225	14 052	3 672	10 380	- 3 797	6 583	7 090 826	2001
2 950	3 693	- 31 217	6 997	3 923	10 920	3 850	7 070	- 2 267	4 803	7 129 090	2002
6 446	3 825	- 21 754	17 353	- 15 503	1 850	5 533	- 3 683	7 237	3 554	7 027 988	2003 p)
Kreditbanken											
Mio DM											
5 169	1 463	- 8 105	13 257	162	13 419	3 704	9 715	- 2 345	7 370	3 523 421	1999
Mio €											
2 643	748	- 4 144	6 778	83	6 861	1 894	4 967	- 1 199	3 768	1 801 497	1999
5 371	868	- 4 012	7 974	- 1 563	6 411	695	5 716	- 1 147	4 569	2 201 783	2000
4 719	1 245	- 6 166	3 346	905	4 251	446	3 805	- 2 040	1 765	2 362 423	2001
2 144	1 515	- 9 034	3 472	- 2 563	909	869	40	769	809	2 309 650	2002
5 355	1 635	- 7 338	4 793	- 10 476	- 5 683	300	- 5 983	5 660	- 323	2 251 587	2003 p)
Großbanken											
Mio DM											
4 207	- 634	- 5 824	4 804	863	5 666	685	4 981	- 1 177	3 804	2 437 024	1999
Mio €											
2 151	- 324	- 2 978	2 456	441	2 897	350	2 547	- 602	1 945	1 246 031	1999
4 761	- 327	- 2 352	3 691	- 510	3 181	- 443	3 624	- 1 325	2 299	1 508 019	2000
4 882	195	- 3 900	853	2 098	2 951	- 438	3 389	- 1 154	2 235	1 653 158	2001
2 074	- 225	- 6 119	58	- 1 989	- 1 931	96	- 2 027	2 889	862	1 601 526	2002
4 901	233	- 4 751	649	- 7 964	- 7 315	- 490	- 6 825	7 698	873	1 533 976	2003 p)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
Mio DM											
704	2 050	- 2 282	8 259	- 700	7 559	2 944	4 616	- 1 158	3 458	1 024 243	1999
Mio €											
360	1 048	- 1 167	4 223	- 358	3 865	1 505	2 360	- 592	1 768	523 687	1999
442	1 151	- 1 651	4 173	- 1 052	3 121	1 125	1 996	186	2 182	659 720	2000
- 192	1 035	- 2 231	2 406	- 1 197	1 209	840	369	- 883	- 514	672 803	2001
59	1 719	- 2 844	3 357	- 568	2 789	735	2 054	- 2 120	- 66	676 254	2002
451	1 384	- 2 560	4 016	- 2 510	1 506	755	751	- 2 036	- 1 285	689 268	2003 p)
Zweigstellen ausländischer Banken											
Mio DM											
258	47	2	194	0	194	76	117	- 10	108	62 154	1999
Mio €											
132	24	1	99	0	99	39	60	- 5	55	31 779	1999
168	44	- 9	110	- 1	109	13	96	- 8	88	34 044	2000
29	15	- 35	87	4	91	44	47	- 3	44	36 462	2001
11	21	- 71	57	- 6	51	38	13	0	13	31 870	2002
3	18	- 27	128	- 2	126	35	91	- 2	89	28 343	2003 p)
Landesbanken											
Mio DM											
751	1 181	- 2 945	6 622	- 278	6 345	2 807	3 538	- 1 872	1 666	2 656 093	1999
Mio €											
384	604	- 1 506	3 386	- 142	3 244	1 435	1 809	- 957	852	1 358 039	1999
680	573	- 1 756	3 347	- 504	2 843	1 371	1 472	- 629	843	1 506 853	2000
573	859	- 3 181	2 260	- 423	1 837	296	1 541	- 637	904	1 599 330	2001
644	677	- 7 746	- 2 098	- 3 400	1 302	399	903	- 129	774	1 644 026	2002
345	639	- 3 754	2 340	- 4 573	- 2 233	482	- 2 715	3 619	904	1 639 615	2003 p)

noch: Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute *)

Geschäfts- jahr	Zahl der berichten- den Insti- tute	Zinsabhängiges Geschäft			Zinsunabhängiges Geschäft			Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen			Teil- betriebs- ergebnis (Sp. 2+5-8)
		Zinsüber- schuss (Sp. 3-4)	Zins- erträge (insge- samt) 1)	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 6-7)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen	insgesamt (Sp. 9+10)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen ins- gesamt 2)	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Sparkassen											
		Mio DM									
1999	578	43 543	100 193	56 651	9 069	9 521	452	35 228	21 092	14 137	17 383
		Mio €									
1999	578	22 263	51 228	28 965	4 637	4 868	231	18 012	10 784	7 228	8 888
2000	561	21 526	52 774	31 248	5 052	5 355	303	18 335	10 993	7 342	8 243
2001	536	21 606	54 522	32 916	4 743	5 019	276	18 688	11 076	7 612	7 661
2002	519	23 234	53 932	30 698	4 784	5 065	281	19 022	11 324	7 698	8 996
2003 p)	489	23 540	51 014	27 474	5 180	5 494	314	19 346	11 726	7 620	9 374
Genossenschaftliche Zentralbanken											
		Mio DM									
1999	4	2 582	17 618	15 036	773	1 389	616	2 394	1 101	1 293	960
		Mio €									
1999	4	1 320	9 008	7 688	395	710	315	1 224	563	661	491
2000	3	1 821	11 800	9 979	499	979	480	1 323	621	702	997
2001	2	1 480	11 769	10 289	354	647	293	1 316	614	702	518
2002	2	1 414	8 865	7 451	303	565	262	1 135	540	595	582
2003 p)	2	936	6 972	6 036	343	629	286	1 103	523	580	176
Kreditgenossenschaften											
		Mio DM									
1999	2 032	25 555	57 366	31 812	6 351	7 002	651	23 623	13 812	9 810	8 283
		Mio €									
1999	2 032	13 066	29 331	16 265	3 247	3 580	333	12 078	7 062	5 016	4 235
2000	1 791	12 887	29 920	17 033	3 601	3 988	387	12 547	7 252	5 295	3 941
2001	1 619	12 855	30 783	17 928	3 107	3 460	353	12 592	7 352	5 240	3 370
2002	1 488	13 648	29 958	16 310	3 124	3 491	367	12 615	7 442	5 173	4 157
2003 p)	1 392	13 994	28 512	14 518	3 400	3 802	402	12 902	7 615	5 287	4 492
Realkreditinstitute											
		Mio DM									
1999	32	8 087	93 676	85 589	- 176	327	503	2 372	1 262	1 111	5 539
		Mio €									
1999	32	4 135	47 896	43 761	- 90	167	257	1 213	645	568	2 832
2000	31	3 995	51 095	47 100	- 47	187	234	1 337	689	648	2 611
2001	27	4 005	53 012	49 007	- 75	182	257	1 402	694	708	2 528
2002	25	3 695	49 868	46 173	- 55	208	263	1 347	664	683	2 293
2003 p)	25	3 795	44 657	40 862	- 58	256	314	1 405	663	742	2 332
Banken mit Sonderaufgaben											
		Mio DM									
1999	14	5 621	46 320	40 699	421	876	456	1 717	1 052	665	4 324
		Mio €									
1999	14	2 874	23 683	20 809	215	448	233	878	538	340	2 211
2000	13	2 548	22 385	19 837	225	482	257	846	516	330	1 927
2001	13	2 534	23 850	21 316	248	509	261	883	527	356	1 899
2002	14	2 984	23 364	20 380	483	775	292	1 098	615	483	2 369
2003 p)	14	2 894	21 905	19 011	492	835	343	1 175	653	522	2 211
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 7)											
		Mio DM									
1999	60	5 197	13 004	7 808	2 548	3 123	575	5 457	2 625	2 832	2 288
		Mio €									
1999	60	2 657	6 649	3 992	1 303	1 597	294	2 790	1 342	1 448	1 170
2000	55	2 517	7 105	4 588	1 262	2 049	787	2 840	1 381	1 459	939
2001	51	3 019	11 676	8 657	1 426	2 233	807	3 216	1 474	1 742	1 229
2002	49	3 430	15 964	12 534	1 186	1 929	743	3 381	1 486	1 895	1 235
2003 p)	45	3 521	14 921	11 400	1 425	1 818	393	3 323	1 442	1 881	1 623

* Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. — 1 Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. — 2 Einschl. Abschreibungen

und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). — 3 Überschuss der Aufwendungen über die Erträge: -. — 4 Teilweise einschl. Steuerauf-

Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagen-geschäft)	Betriebs-ergebnis (Sp. 11 bis 14)	Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen ³⁾	Jahres-überschuss vor Steuern (Sp. 15+16)	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ⁴⁾	Jahres-überschuss bzw. -fehl-betrag (-) (Sp. 17-18)	Entnahmen bzw. Einstellungen (-) aus/in Rücklagen und Genuss-rechts-kapital ⁵⁾	Bilanzge-winn bzw. Bilanzver-lust (-) (Sp. 19+20)	Nach-richtlich: Bilanz-summe im Jahres-durch-schnitt ⁶⁾	Geschäfts-jahr
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
Sparkassen											
Mio DM											
462	514	- 3 049	15 310	- 4 739	10 571	6 311	4 260	- 1 707	2 552	1 753 404	1999
Mio €											
236	263	- 1 559	7 828	- 2 423	5 405	3 227	2 178	- 873	1 305	896 501	1999
150	- 109	- 4 229	4 055	977	5 032	2 770	2 262	- 976	1 286	922 381	2000
- 11	408	- 4 980	3 078	571	3 649	1 633	2 016	- 829	1 187	948 723	2001
- 43	615	- 6 927	2 641	786	3 427	1 471	1 956	- 676	1 280	975 490	2002
220	268	- 5 247	4 615	190	4 805	3 047	1 758	- 604	1 154	974 186	2003 p)
Genossenschaftliche Zentralbanken											
Mio DM											
501	88	- 714	835	- 155	681	209	471	- 201	270	428 417	1999
Mio €											
256	45	- 365	427	- 79	348	107	241	- 103	138	219 046	1999
219	17	- 1 108	125	710	835	265	570	- 465	105	234 249	2000
132	138	- 772	16	286	302	115	187	- 108	79	239 709	2001
234	209	- 905	120	189	309	- 27	336	- 259	77	213 520	2002
370	98	- 514	130	- 81	49	- 123	172	- 93	79	203 899	2003 p)
Kreditgenossenschaften											
Mio DM											
96	1 162	- 4 002	5 539	- 628	4 911	2 736	2 175	- 399	1 776	1 024 894	1999
Mio €											
49	594	- 2 046	2 832	- 321	2 511	1 399	1 112	- 204	908	524 020	1999
23	325	- 2 445	1 844	250	2 094	1 096	998	85	1 083	525 687	2000
- 41	495	- 2 671	1 153	735	1 888	772	1 116	- 182	934	534 337	2001
- 28	503	- 3 687	945	1 572	2 517	801	1 716	- 768	948	548 026	2002
138	1 031	- 3 106	2 555	340	2 895	1 478	1 417	- 451	966	553 146	2003 p)
Realkreditinstitute											
Mio DM											
0	176	- 1 563	4 152	- 487	3 665	1 584	2 081	- 68	2 013	1 552 201	1999
Mio €											
0	90	- 799	2 123	- 249	1 874	810	1 064	- 35	1 029	793 628	1999
1	305	- 1 681	1 236	- 462	774	463	311	188	499	880 137	2000
- 1	273	- 1 121	1 679	- 495	1 184	324	860	680	1 540	924 683	2001
5	138	- 1 843	593	692	1 285	247	1 038	- 331	707	929 571	2002
2	- 26	- 1 110	1 198	- 368	830	255	575	15	590	877 381	2003 p)
Banken mit Sonderaufgaben											
Mio DM											
37	203	- 2 136	2 429	- 196	2 234	227	2 007	- 1 670	336	906 828	1999
Mio €											
19	104	- 1 092	1 242	- 100	1 142	116	1 026	- 854	172	463 654	1999
5	67	- 655	1 344	- 9	1 335	87	1 248	- 1 031	217	445 251	2000
- 1	122	- 725	1 295	- 354	941	86	855	- 681	174	481 621	2001
- 6	36	- 1 075	1 324	- 153	1 171	90	1 081	- 873	208	508 807	2002
16	180	- 685	1 722	- 535	1 187	94	1 093	- 909	184	528 174	2003 p)
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁷⁾											
Mio DM											
- 23	579	- 972	1 872	- 853	1 019	632	387	542	929	253 890	1999
Mio €											
- 12	296	- 497	957	- 436	521	323	198	277	475	129 812	1999
- 116	454	- 324	953	21	974	251	723	229	952	126 022	2000
- 143	327	- 422	991	- 266	725	349	376	134	510	168 517	2001
108	561	- 632	1 272	- 18	1 254	449	805	- 310	495	284 168	2002
287	292	- 796	1 406	- 837	569	276	293	390	683	291 782	2003 p)

wendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich un-selbständigen Bausparkassen. — 5 Einschl. Gewinn- und Verlustvor-trag aus dem Vorjahr sowie Entnahmen aus bzw. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 6 Ohne Bilanzsumme bzw.

Geschäftsvolumen der Auslandsfilialen der Sparkassen. — 7 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen (rechtlich selb-ständigen) Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

Aufwands- und Ertragspositionen der Kreditinstitute

Geschäftsjahr	Zahl der berichtenden Institute	Aufwendungen					Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
		insgesamt	Zinsaufwendungen	Provisionsaufwendungen	Netto-Aufwand aus Finanzgeschäften	Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	insgesamt	Personalaufwand			andere Verwaltungsaufwendungen 1)	
								insgesamt	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		darunter: für Altersversorgung
		Mio DM										
1995	3 571	527 936	365 373	3 308	207	–	95 834	62 814	48 713	14 101	5 702	33 020
1996	3 458	553 979	377 496	4 115	383	–	100 398	64 434	50 018	14 416	5 549	35 964
1997	3 359	597 592	409 914	4 960	625	–	106 781	67 097	52 182	14 915	5 563	39 684
1998	3 167	666 066	455 339	6 593	289	–	114 367	70 123	53 679	16 444	6 524	44 244
1999	2 897	696 747	479 258	8 408	1 048	–	126 395	75 174	58 217	16 957	6 902	51 221
		Mio €										
1999	2 897	356 241	245 041	4 299	536	–	64 625	38 436	29 766	8 670	3 529	26 189
2000	2 636	412 264	293 052	5 698	370	–	71 853	41 997	32 772	9 225	3 843	29 856
2001	2 423	430 361	303 185	5 887	831	–	75 237	43 031	33 766	9 265	3 899	32 206
2002	2 268	400 045	258 904	5 885	884	–	72 472	41 578	32 514	9 064	3 489	30 894
2003 p)	2 128	364 771	227 033	6 289	362	–	71 893	41 581	32 078	9 503	3 950	30 312

1 Aufwandsposition enthält nicht die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen, gekürzt um Abschreibungen auf Leasinggegenstände („enge“ Ab-

grenzung). In allen anderen Tabellen sind „andere Verwaltungsaufwendungen“ weit abgegrenzt. — 2 Teilweise einschl. Steuerauf-

Geschäftsjahr	Erträge										
	insgesamt	Zinserträge			Laufende Erträge				Erträge aus Gewinn-gemeinschaften, Gewinnab-führungs-oder Teil-gewinnab-führungs-verträgen	Provisions-erträge	
		insgesamt	aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	aus festver-zinslichen Wertpapieren und Schuld-buchforde-rungen	insgesamt	aus Aktien und anderen nicht festverzins-lichen Wert-papieren	aus Beteili-gungen 1)	aus Anteilen an ver-bundenen Unter-nehmen			
	Mio DM										
1995	547 389	486 795	409 177	77 618	10 865	4 628	2 255	3 982	1 265	30 394	
1996	572 862	503 250	424 031	79 219	13 081	6 150	2 155	4 776	1 998	33 339	
1997	617 995	535 553	452 798	82 755	16 737	8 301	2 900	5 536	2 184	39 056	
1998	700 804	578 663	488 258	90 405	22 551	10 627	3 628	8 296	1 640	43 603	
1999	720 993	604 647	505 191	99 456	24 546	12 969	2 789	8 788	2 275	52 338	
	Mio €										
1999	368 638	309 151	258 300	50 851	12 550	6 631	1 426	4 493	1 163	26 760	
2000	424 841	351 570	290 904	60 666	16 994	7 951	2 219	6 824	1 382	33 793	
2001	440 741	363 138	298 110	65 028	17 379	9 849	2 169	5 361	1 897	31 236	
2002	407 115	323 949	266 031	57 918	17 446	7 226	1 835	8 385	3 077	30 212	
2003 p)	361 088	294 273	243 607	50 666	10 997	6 525	1 220	3 252	3 523	30 643	

1 Einschl. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften.

Deutsche Bundesbank

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		Sonstige betriebliche Aufwendungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	Aufwendungen aus Verlustübernahme	Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	Außerordentliche Aufwendungen	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag 2)	Sonstige Steuern	Auf Grund einer Gewinn-gemeinschaft, eines Gewinn-abfüh-rungs-oder eines Teil-gewinn-abfüh-rungsvertrages abge-führte Gewinne	Geschäftsjahr
zusammen	darunter: auf Leasing-gegenstände										
Mio DM											
9 707	382	4 750	23 421	521	949	171	983	19 111	2 198	1 403	1995
10 073	439	5 294	25 061	571	2 105	388	2 921	20 347	2 838	1 989	1996
10 564	478	6 022	28 655	596	909	609	4 258	19 838	2 016	1 845	1997
11 328	494	6 362	30 059	545	1 294	358	6 395	31 148	243	1 746	1998
11 680	792	6 122	30 339	1 078	1 013	8 479	3 237	17 579	376	1 735	1999
Mio €											
5 972	405	3 130	15 512	551	518	4 335	1 655	8 988	192	887	1999
6 243	423	4 280	17 902	1 747	751	59	2 271	6 747	179	1 112	2000
5 975	167	4 237	22 327	1 827	2 785	113	2 221	3 672	215	1 849	2001
5 995	143	4 288	34 213	3 412	4 550	64	2 102	3 850	185	3 241	2002
5 510	125	5 405	23 352	7 482	2 860	63	5 192	5 533	168	3 629	2003 p)

wendungen der den Landesbanken angeschlossenen rechtlich un-selbständigen Bausparkassen.

Netto-Ertrag aus Finanz-geschäften	Rohergebnis aus Waren-verkehr und Neben-betrieben	Erträge aus Zuschrei-bungen zu Forderungen und be-stimmten Wertpapie-ren sowie aus der Auf-lösung von Rückstellun-gen im Kre-ditgeschäft	Erträge aus Zuschrei-bungen zu Betei-ligungen, Anteilen an verbunde-nen Unter-nehmen und wie Anlage-vermögen behandelten Wertpapie-ren	Sonstige betriebliche Erträge		Erträge aus der Auf-lösung von Sonder-posten mit Rücklage-anteil	Außer-ordentliche Erträge	Erträge aus Verlustüber-nahme	Geschäftsjahr
				zusammen	darunter: aus Leasing-geschäften				
Mio DM									
4 602	570	2 878	851	8 184	1 594	413	455	117	1995
4 513	548	2 993	1 174	9 461	1 668	342	972	1 191	1996
5 931	507	3 564	2 264	10 246	1 841	822	820	311	1997
7 368	457	2 895	15 740	11 826	988	298	15 087	676	1998
8 064	432	7 825	6 083	11 645	1 021	319	2 607	213	1999
Mio €									
4 123	221	4 001	3 110	5 954	522	163	1 333	109	1999
6 819	201	2 016	2 329	6 727	536	1 840	1 025	145	2000
6 201	183	2 711	5 787	7 976	247	1 502	2 378	353	2001
3 834	170	2 996	12 040	8 139	243	889	3 586	777	2002
6 808	164	1 598	2 184	9 359	220	451	993	95	2003 p)



Mehr Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist seit langem durch ein hohes Maß an hartnäckiger struktureller Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bis Mitte der neunziger Jahre ist die Zahl der Arbeitslosen von Zyklus zu Zyklus gestiegen. Gesamtwirtschaftliche Schocks können dieses Phänomen alleine nicht erklären. Institutionelle Faktoren müssen mit ins Bild genommen werden. Die anhaltend hohe Unterbeschäftigung ist ein deutliches Indiz für die unzureichende Funktionsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes. In den letzten Jahren ist dies in zunehmendem Maße erkannt worden. Auf Betriebs-ebene sowie von Seiten der Sozialpartner und vom Gesetzgeber sind inzwischen eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen worden, die über eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und eine Erhöhung der Flexibilität am Arbeitsmarkt darauf zielen, Starrheiten und Hemmnisse zu überwinden, um auf diese Weise die Arbeitslosigkeit zu verringern und den Beschäftigungsgrad zu erhöhen. Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die bisherigen Anpassungsschritte. Er zeigt aber auch auf, dass darüber hinaus noch weiterer Handlungsbedarf besteht, um die unfreiwillige Dauerarbeitslosigkeit nachhaltig und umfassend zu verringern.

Hohe Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt

Steigende Problemmasse

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist von Anfang der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre treppenförmig angestiegen. Mit jedem konjunkturellen Abschwung hat die Zahl der Erwerbslosen deutlich zugenommen. So erhöhte sich die registrierte Arbeitslosigkeit von zunächst knapp 300 000 Personen im Jahr 1973 auf über eine Million im Jahr 1975 und dann von etwa 900 000 Personen im Jahr 1980 auf 2,2 Millionen im Jahr 1982. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre war ein weiterer Anstieg der gesamtdeutschen Arbeitslosigkeit von rund drei Millionen im Jahr 1992 auf annähernd 4,4 Millionen Personen im Jahr 1997 zu verzeichnen. Zwar ging die Arbeitslosigkeit anschließend auf etwas unter vier Millionen Personen zurück, aber zuletzt bewegte sie sich wieder auf dem Niveau des Jahres 1997, wenn konzeptbedingte Änderungen in der Definition ausgeschaltet werden. Dieses Grundmuster macht deutlich, dass es bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung in den jeweils nachfolgenden Erholungsphasen bei weitem nicht gelungen ist, die zusätzlichen Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozess zu integrieren, auch wenn dabei in Rechnung gestellt wird, dass das Arbeitsangebot in Deutschland im Zeitablauf spürbar gestiegen ist. Der Mangel an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen ist zudem noch höher zu veranschlagen als die Arbeitslosenquote anzeigt, da eine große Zahl von Beschäftigungsverhältnissen subventioniert wird und viele Personen in der so genannten Stillen Reserve zumindest teilweise dem Arbeitsangebot zuzurechnen sind.

Registrierte Arbeitslose in Deutschland



Dieser empirische Befund ist ein deutliches Indiz für die unzureichende Funktionsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes. Aber nicht nur in zeitlicher Hinsicht, sondern auch im Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union zeigt sich die relativ schlechte Arbeitsmarktentwicklung Deutschlands. So gehört Deutschland – gemäß der standardisierten Definition der EU – zurzeit mit saisonbereinigt 9,9% zu den Ländern mit der höchsten Erwerbslosenquote innerhalb der EWU. Eine hohe Arbeitslosigkeit verursacht nicht nur hohe fiskalische Belastungen in Form von Lohnersatzleistungen einerseits und ausbleibende Einnahmen bei Lohnsteuer und Sozialbeiträgen andererseits, sie ist auch für die betroffenen Personen mit erheblichen finanziellen Einbußen und sozialen Kosten verbunden.

Gesamtwirtschaftlich bedeutet eine hohe beziehungsweise steigende Arbeitslosigkeit, dass die Wachstumsmöglichkeiten zur Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards nicht ausgeschöpft werden. Sofern es nicht gelingt, jenen Personen, die in einer konjunkturellen Abschwungphase ihren Arbeitsplatz verlieren, in der darauf folgenden Aufschwungphase neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen, hat dies zur Folge, dass sich die zunächst konjunkturelle Arbeitslosigkeit zunehmend verhärtet und schließlich in eine strukturelle Arbeitslosigkeit übergeht. Deren Beseitigung fällt umso schwerer, je länger sie andauert, zumal das Humankapital der Arbeitslosen im Zeitablauf Gefahr läuft, entwertet zu werden und Motivationsprobleme auftreten.

Aufgaben für die Tarifparteien und den Gesetzgeber

Aufgaben und Rollenverteilung

Zur Stärkung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes sind sowohl der Gesetzgeber als auch die Sozialpartner gefordert. Dem Gesetzgeber obliegt es dabei, anreizkompatible rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Sozialpartner haben für eine marktkonforme Gestaltung der Konditionen bei den Arbeitsverhältnissen zu sorgen. Alle Bemühungen sind letztlich daran zu messen, inwieweit sie einen dauerhaften Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigung und damit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten können. Dabei kann das Ziel nicht nur darin bestehen, die Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre wieder auszugleichen. Vielmehr muss

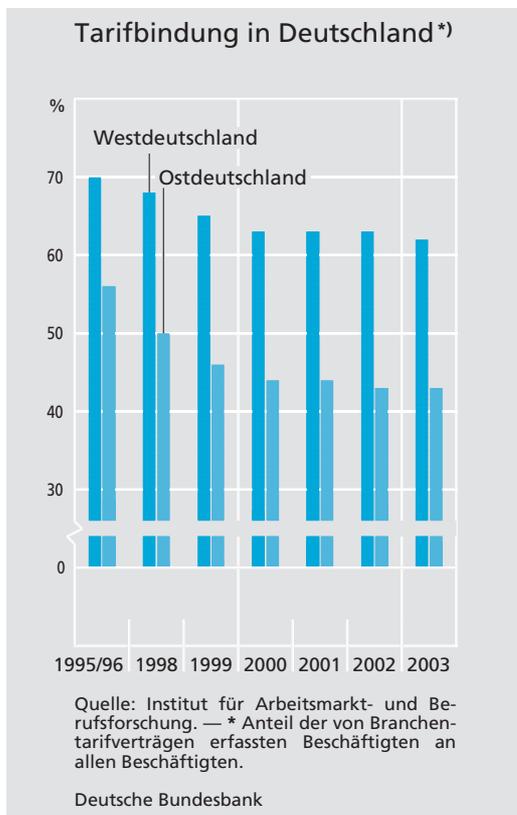
es darum gehen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig und deutlich zu verringern.

Angesichts der drückenden Probleme am deutschen Arbeitsmarkt und vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren verstärkten und auch weiterhin zu erwartenden Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung wurden in den letzten Jahren zunächst von den Sozialpartnern eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität und zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes ergriffen, zum Teil als Reaktion auf die zunehmende „Verbandsflucht“ und die nachlassende Bindungskraft von kollektiven Arbeitsverträgen. Was den Gesetzgeber angeht, so sind in jüngerer Zeit neben den Bemühungen zur Senkung der Lohnzusatzkosten in erster Linie die Umsetzungen der von der so genannten Hartz-Kommission erarbeiteten Vorschläge zu nennen.

Neue Maßnahmen

Weiterhin große Bedeutung von Tarifverträgen

Zur Erreichung einer dauerhaft höheren Beschäftigung sind vor allem die Sozialpartner gefordert. Eine Schlüsselfunktion nehmen dabei kollektive Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgeberverbänden beziehungsweise Unternehmen und Gewerkschaften ein. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) gab es Ende 2003 knapp 60 000 gültige Verbands- oder Firmentarifverträge. Diese regeln entweder in Form von Manteltarifverträgen allgemeine Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel Arbeitszeit,



Zuschläge und Urlaub, oder als Tarifvergütungsverträge die Höhe der Löhne und Gehälter.¹⁾ Rund 90 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer sind dem BMWA zufolge in Geltungsbereichen der Verbands- und Firmen-Tarifverträge beschäftigt.

*Tarifbindung:
Ergebnisse des
IAB-Betriebs-
panels*

Die Bindungskraft von Flächentarifverträgen hat nach den Ergebnissen des Betriebspanels des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vor allem in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre spürbar abgenommen. Waren Mitte der neunziger Jahre noch 70 % der Arbeitnehmer in Westdeutschland in einem Unternehmen mit Branchen-Tarifvertrag beschäftigt, so sind es seit 2000 nur noch 63 %. In Ostdeutschland ist ein ähnlicher Trend zu beobachten, jedoch auf einem

*Branchen-
Tarifverträge*

deutlich niedrigeren Niveau. Hier arbeiteten zuletzt lediglich gut zwei Fünftel der Beschäftigten in einem Unternehmen mit einem Branchen-Tarifvertrag. Die Tarifbindung ist sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Je kleiner das Unternehmen, umso seltener ist auch die Tarifbindung. In Betrieben mit fünf bis 19 Beschäftigten gilt der Branchen-Tarifvertrag im Westen lediglich für die Hälfte und im Osten nur für jeden dritten Arbeitnehmer. In sektoraler Hinsicht ist die Tarifbindung in Westdeutschland in der Industrie, in der Baubranche, im Kredit- und Versicherungsgewerbe und bei den Gebietskörperschaften besonders hoch; eine niedrige Tarifbindung weisen die Bereiche Dienste für Unternehmen und sonstige Dienste auf. In Ostdeutschland ist insbesondere in der Industrie und im Baugewerbe die Tarifbindung deutlich niedriger als in den alten Bundesländern.

Neben diesen Branchen-Tarifverträgen gibt es eine Vielzahl von Firmen-Tarifverträgen. Diese gelten für 7 % der Arbeitnehmer in Westdeutschland und für 12 % der Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Aber auch viele Unternehmen ohne Tarifvertrag orientieren sich hinsichtlich der Entlohnung ihrer Belegschaft nach den Angaben des IAB-Betriebspanels an bestehenden Tarifverträgen. Im Jahr 2002 traf dies für 16 % der Beschäftigten in den alten und für 23 % in den neuen Ländern zu. Unter Einschluss dieses Personenkreises orientieren sich die Verdienste von 86 % der Beschäftigten in Westdeutschland und von 78 % der

*Firmen-Tarif-
verträge, Ori-
entierung an
Tarifverträgen*

¹ Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen im Jahr 2003.

Beschäftigten in Ostdeutschland an kollektiven Verträgen.

Tarifverdienste, Lohndrift und Effektivverdienste

Analyse der Verdienste auf Stundenbasis ab 1995

Diese nach wie vor große Bedeutung der Tarifverträge für die gesamtwirtschaftliche Lohnbildung legt nahe, bei der Analyse der Lohnentwicklung die Tarifverdienste in den Vordergrund zu stellen. Dabei ist eine Betrachtung auf Stundenbasis aus zwei Gründen angezeigt. Erstens ist dies der relevante Maßstab der Unternehmen zur Beurteilung der Arbeitskosten und zweitens werden dadurch Effekte von Arbeitszeitveränderungen beispielsweise infolge der zunehmenden Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung auf Höhe und Verlauf der Arbeitsverdienste angemessen berücksichtigt. Weiterhin ist es ratsam, die Analyse erst Mitte der neunziger Jahre zu beginnen, da insbesondere in der ersten Hälfte der letzten Dekade die gesamtdeutsche Lohnentwicklung in hohem Maße durch die angestrebte Lohnangleichung in Ostdeutschland an westdeutsche Verhältnisse getrieben wurde.²⁾

Tarifverdienste

Im Zeitraum von 1995 bis 2003 sind die tariflichen Stundenverdienste unter Einschluss tarifvertraglicher Nebenleistungen wie zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Deutschland nach dem Ausweis der Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank³⁾ um insgesamt 19 % beziehungsweise um 2 ¼ % pro Jahr gestiegen. In regionaler Hinsicht steht dahinter eine durchschnittliche Zunahme um 2 % in Westdeutschland und um

3 % in den neuen Bundesländern. In sektoraler Hinsicht liegt bei einem Vergleich der Wirtschaftszweige⁴⁾ das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) an der Spitze der Tarifverdienststeigerungen. Mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 2 ¾ % wurde hier der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt um einen halben Prozentpunkt pro Jahr übertroffen, wobei innerhalb der Industrie die Metall- und Elektrobranche die stärksten Zuwächse verzeichnen konnte. Die Tarifverdienste in den Dienstleistungsbereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern stiegen in den letzten acht Jahren hingegen leicht unterdurchschnittlich. Am geringsten waren die Tariflohnzuwächse mit 1 ¾ % pro Jahr im Baugewerbe, das sich seit Jahren in einer schweren Anpassungskrise befindet. Insbesondere in den drei Jahren von 1997 bis 1999 blieben die Aufbesserungen der Tarifverdienste hier deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Rate zurück. Im Jahr 1997 lag dies an der Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld im westdeutschen Bauhauptgewerbe. Zwei Jahre später wurde dort

2 Nach Angaben des BMWA erhöhten sich die tariflichen Grundvergütungen (auf Monatsbasis) in Ostdeutschland von 60 % der westdeutschen Tarifverdienste Ende 1991 auf 87 % zum Jahresende 1995. Ende 2003 betrug die Relation 93,5 %. Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Tarifliche Arbeitsbedingungen im Jahr 2003.

3 Vgl. hierzu z.B.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste seit Mitte der achtziger Jahre, Monatsbericht, August 1994, S. 29–45; Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Arbeitseinkommen seit Anfang der neunziger Jahre, Monatsbericht, Oktober 1997, S. 19–32; Deutsche Bundesbank, Bestimmungsgründe und gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Produzenten- und Konsumentenlohn, Monatsbericht, Juli 2000, S. 15–27.

4 Wirtschaftszweigklassifikation nach A6 gemäß der Abgrenzung der NACE, Rev.1, allerdings ohne Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, da dieser Bereich im Hinblick auf die Zahl der Arbeitnehmer gegenüber den anderen Bereichen recht klein ist.

Tarifverdienste, Lohndrift und Effektivverdienste auf Stundenbasis

Deutschland; Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Jahr	Gesamtwirtschaft	darunter:				
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Tarifverdienste 1)						
1992	+ 11,5	+ 13,2	+ 9,9	+ 9,6	+ 9,4	+ 11,4
1993	+ 7,5	+ 9,3	+ 8,1	+ 6,0	+ 5,1	+ 6,4
1994	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,0	+ 1,9
1995	+ 4,9	+ 6,1	+ 5,1	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4
1996	+ 2,6	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,2
1997	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2
1998	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,4
1999	+ 2,9	+ 3,6	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8
2000	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,3	+ 1,5
2001	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,6
2002	+ 2,7	+ 3,5	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,3
2003	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,4
Lohndrift 2)						
1992	- 2,2	- 3,5	- 2,8	+ 0,8	- 1,2	- 1,8
1993	- 1,3	- 1,9	- 1,6	- 0,6	+ 0,9	0,0
1994	- 1,1	- 0,3	- 0,7	- 1,4	- 1,3	- 0,5
1995	- 0,4	- 1,3	- 2,0	- 0,8	0,0	+ 1,0
1996	+ 0,4	+ 1,2	- 0,5	- 0,2	- 0,1	+ 0,6
1997	- 0,5	- 1,0	- 1,6	- 0,8	- 0,1	0,0
1998	- 0,5	- 0,6	- 1,2	- 1,1	- 0,3	- 0,4
1999	- 0,5	- 1,1	+ 1,0	- 0,4	- 0,7	- 0,3
2000	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,2	- 0,1	- 0,6	+ 1,0
2001	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,4
2002	- 0,6	- 1,2	+ 0,6	- 0,6	- 0,1	- 0,5
2003	- 0,8	- 0,5	- 1,4	- 0,9	- 1,2	- 1,1
Effektivverdienste 3)						
1992	+ 9,1	+ 9,3	+ 6,8	+ 10,4	+ 8,2	+ 9,4
1993	+ 6,1	+ 7,2	+ 6,4	+ 5,4	+ 6,0	+ 6,3
1994	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4
1995	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,0	+ 3,5	+ 4,4	+ 5,4
1996	+ 3,0	+ 5,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,9
1997	+ 1,0	+ 1,4	- 1,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,1
1998	+ 1,4	+ 1,5	- 0,2	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,9
1999	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,5
2000	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,5
2001	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0
2002	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8
2003	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3

1 Einschl. Nebenvereinbarungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Vermögenswirksame Leistungen sowie Altersvorsorgeleistungen). — 2 Abweichung der effektiven Stundenverdienste von den Tarifverdiensten auf

Stundenbasis. — 3 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde in Deutschland. Quelle: Statistisches Bundesamt.

das Weihnachtsgeld weiter gekürzt, andererseits jedoch das Urlaubsgeld angehoben.⁵⁾

*Sektorale
Streuung der
Tarifverdienst-
steigerungen
etwas
gesunken*

Die sektorale Streuung der jährlichen Tarifanhebungen war, gemessen an verschiedenen statistischen Kennziffern, in den letzten Jahren etwas geringer als noch Mitte der neunziger Jahre. Dies könnte einerseits ein Indiz dafür sein, dass jene Bereiche, die noch vor einigen Jahren vergleichsweise hohe Tarifabschlüsse verzeichneten, stärker unter Druck geraten sind und die Gewerkschaften dementsprechend kaum noch überdurchschnittliche Tarifabschlüsse durchsetzen konnten. Eine andere Interpretation wäre die stärkere Orientierung der Tarifpartner an gesamtwirtschaftlichen Eckgrößen, wobei dann Abweichungen branchenspezifische Ursachen haben beziehungsweise die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften widerspiegeln. Insgesamt spricht einiges dafür, dass hinsichtlich der Verdienstanhebungen das traditionelle Muster der jährlichen Lohnrunden, wonach dem ersten Tarifabschluss in einem der größeren Wirtschaftsbereiche eine wichtige Pilotfunktion für nachfolgende Tarifvereinbarungen zukommt, weiterhin die Regel ist.

*Gesamtwirtschaftliche
Lohndrift*

Die Höhe und Zunahme der effektiven Brutto-Verdienste wird durch den Abschluss von Tarifverträgen für deren Laufzeit weitgehend, aber keineswegs vollständig festgelegt. Je nach relativer Stärke der Arbeitsnachfrage weichen die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Entwicklung von den Tarifverdiensten ab. Eine unterschiedliche (prozentuale) Entwicklung der tatsächlich erzielten Löhne und

Gehälter je Arbeitnehmerstunde einerseits und derjenigen der Tarifverdienste auf Stundenbasis andererseits schlagen sich in der so genannten Lohndrift (ebenfalls auf Stundenbasis) nieder. Sie ist damit auch als ein gewisses Korrektiv der Tarifvereinbarungen zu verstehen.

Im hier betrachteten Zeitraum von 1995 bis 2003 war – auf Stundenbasis gerechnet – eine leicht negative Lohndrift von insgesamt einem Prozentpunkt beziehungsweise von 0,1 Prozentpunkt pro Jahr zu verzeichnen. Im Zeitablauf gab es jedoch starke Schwankungen der Lohndrift. Eine deutlich positive Lohndrift war neben 1996 vor allem in den Jahren 2000 und 2001 zu beobachten. Geprägt durch die gemeinsame Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 9. Januar 2000, die eine beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik empfohlen hatte, wiesen zum einen die Vereinbarungen in der Lohnrunde 2000 moderate Abschlüsse auf, wobei die Laufzeit der Verträge häufig zwei Jahre betrug, mit weiteren – ebenfalls moderaten – Stufenanhebungen für das Folgejahr. Zum anderen war wohl wegen der guten Konjunkturlage vermehrt Überstundenarbeit mit entsprechenden Zuschlägen notwendig. Andererseits blieb in den Jahren 2002 und 2003 die Zunahme der Effektivverdienste – je Stunde gerechnet – um drei Viertel Prozent-

⁵⁾ Die zunächst paradox erscheinende Erhöhung des Urlaubsgeldes bei gleichzeitiger Kürzung des Weihnachtsgeldes ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass das Urlaubsgeld im Bauhauptgewerbe allgemeinverbindlich ist, das Weihnachtsgeld hingegen nicht. Zweck dieser Verlagerung war – den Tarifparteien zufolge – demnach ein Abbau eines Stücks Wettbewerbsverzerrung zu Lasten tarifgebundener Unternehmen.

punkte pro Jahr hinter dem Anstieg der Tarifverdienste zurück. Diese Schere hat sich in der ersten Jahreshälfte 2004 weiter auf 1¼ Prozentpunkte geöffnet. Offensichtlich haben die Unternehmen zuletzt die Lohndrift verstärkt als Korrektiv für als zu hoch empfundene Tarifabschlüsse oder allgemein für Ertragsverbesserungen genutzt. Angesichts einer lange Zeit stagnativen Grundtendenz der deutschen Wirtschaft und den – auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Konkurrenz ausländischer Anbieter mit deutlichen Kostenvorteilen – kaum vorhandenen Möglichkeiten der Preisüberwälzung blieb zur Stabilisierung der Ertragssituation lediglich das Ventil der Eindämmung der Lohnkosten durch ein Herunterschleusen übertariflicher Lohnbestandteile.⁶⁾ Insgesamt spricht einiges dafür, dass die Lohndrift, zumindest im hier betrachteten Zeitraum, einerseits eine gewisse zyklische Komponente aufweist, andererseits aber auch sensitiv auf die Höhe der Tarifabschlüsse in Relation zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage reagiert.

*Sektorale
Lohndrift*

In sektoraler Hinsicht weisen die drei Bereiche Produzierendes Gewerbe (ohne Bau), Baugewerbe sowie öffentliche und private Dienstleister per saldo ein der Gesamtwirtschaft recht ähnliches Bild auf – allerdings mit zum Teil erheblichen Unterschieden in einzelnen Jahren. Die Lohndrift in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war hingegen seit 1995 durchweg negativ. Was den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr angeht, so könnte dies durch einen Struktureffekt begründet sein. Die Zuwachsrate der effektiven Stundenlöhne

dürfte nämlich durch die zunehmende Bedeutung geringqualifizierter Arbeit, zum Beispiel in Form von „Mini-Jobs“, merklich gedrückt worden sein – ein Effekt, der in der Tarifverdienststatistik wegen ihrer Konzentration auf Durchschnittsverdienste nur unzureichend abgebildet wird. Bezüglich des Sektors Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister dürfte die vergleichsweise geringe Tarifbindung eine wichtige Rolle spielen, so dass hier mehr Flexibilisierungsspielräume vorhanden sind, die offensichtlich von den Unternehmen auch genutzt wurden. Insgesamt fällt auf, dass die relative sektoralen Lohndrift von Jahr zu Jahr sehr häufig negativ mit der relativen Position der sektoralen Tarifverdienstsanhebungen korreliert ist. Auch dies stützt die These, dass die Lohndrift eine wichtige Rolle als Korrektiv von Tarifabschlüssen bildet.

Im Ergebnis sind die effektiven Verdienste je Arbeitnehmerstunde von 1995 bis 2003 mit gut 2 % pro Jahr nur geringfügig geringer als die Tarifverdienste gestiegen. In sektoraler Hinsicht konnte nur das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) eine überdurchschnittliche Zunahme verzeichnen. In allen anderen Sektoren blieben die durchschnittlichen Lohnzuwächse je Arbeitsstunde unter der 2%-

*Effektiv-
verdienste*

⁶ Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels entlohnten im Jahr 2002 43 % der tarifgebundenen Unternehmen in der westdeutschen Privatwirtschaft ihre Mitarbeiter übertariflich. Die durchschnittliche Lohnspanne, also das Ausmaß, in dem die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter die tariflich vereinbarten Verdienste überschreiten, betrug fast 11 %. In Ostdeutschland bezahlten knapp 20 % der tarifgebundenen Unternehmen über Tarif, mit einer durchschnittlichen Lohnspanne von 10 %. Vgl. hierzu auch: S. Kohaut und C. Schnabel, Verbreitung, Ausmaß und Determinanten der übertariflichen Entlohnung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 36. Jg., 2003, S. 661–671.

Marke. Durch die Lohndrift ist die sektorale Streuung der jährlichen Veränderungsrate bei den Effektivverdiensten geringer als bei den Tarifverdiensten.⁷⁾

Lohnflexibilität

*Lohnrückgänge
bleiben
Ausnahme*

Auffallend ist, dass im Analysezeitraum trotz der hohen Arbeitslosigkeit auf sektoraler Ebene praktisch keine Rückgänge der Effektivverdienste zu beobachten waren. Eine Ausnahme hiervon bildet lediglich das Baugewerbe in den Jahren 1997 und 1998, als die Durchschnittsverdienste je Arbeitsstunde um 1,3 % beziehungsweise um 0,2 % niedriger waren als im Jahr zuvor. Für 1997 ist dies auf die bereits erwähnte Kürzung bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld zurückzuführen. Auch 1998 haben verschiedene tarifvertraglich vereinbarte Elemente zur Kostenentlastung die Einkommensentwicklung deutlich gedämpft, so dass die Stundenverdienste leicht rückläufig waren.⁸⁾ Dabei dürfte auch die Reduzierung der Mindestlöhne in der Bauwirtschaft ab September 1997 eine Rolle gespielt haben.

*Empirische
Evidenz von
Lohnrigiditäten
auf Basis von
Mikro-Daten*

Dieses Phänomen nach unten weitgehend starrer Nominallohne zeigt sich nicht nur auf der Ebene von Wirtschaftszweigen, sondern auch auf Individualebene. Zwar belegen Auswertungen der 1 %-Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für den Zeitraum von Mitte der siebziger bis Mitte der neunziger Jahre, dass ein Teil der Beschäftigten durchaus Rückgänge der Verdienste in Kauf nehmen musste. Die personelle Verteilung der jährlichen Lohnver-

änderungen weist jedoch in fast jedem Jahr des Untersuchungszeitraums eine Spitze genau am Wert null auf. Auch mikroökonomische Studien auf der Grundlage dieser Datenbasis deuten auf die Existenz von erheblicher Nominallohnstarrheit nach unten hin.⁹⁾ In einem Umfeld niedriger Inflationsraten wie in Deutschland kann damit auch der Reallohn seine Markträumungsfunktion nur unzureichend ausüben.

Nominallohnstarrheiten lassen sich einerseits durch institutionelle Faktoren erklären. So bewirkt die Nachwirkung von Tarifverträgen, dass auch nach Ablauf oder Kündigung eines Tarifvertrags dessen Regelungen solange in Kraft bleiben, bis ein neuer Vertrag abgeschlossen wird. Andererseits wird auf Fairnessargumente verwiesen. Da Arbeitsverträge zwar die Lohnhöhe regeln, aber unvollständig sind, was die Details der von den Arbeitnehmern zu erbringenden Arbeitsleistung

*Gründe für
Nominallohn-
starrheiten*

⁷ In einer mikroökonomischen und sektoral tiefer disaggregierten Analyse kommen Bellmann und Gartner zu dem Ergebnis, dass in den neunziger Jahren in „West- und Ostdeutschland bei den sektorspezifischen Lohndifferenzialen die Wirtschaftsbereiche zugelegt (haben), in denen auch schon bereits hohe Löhne bezahlt werden.“ L. Bellmann und H. Gartner, Fakten zur Entwicklung der qualifikatorischen und sektoralen Lohnstruktur, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 36. Jg., 2003, S. 493–508, hier: S. 506.

⁸ Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Verdienste blieben hingegen wegen der gleichzeitigen Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit unverändert.

⁹ Vgl. z.B.: C. Knoppik und T. Beissinger, How Rigid are Nominal Wages? Evidence and Implications for Germany, in: Scandinavian Journal of Economics, Vol. 105, 2003, S. 619–641; T. Beissinger und C. Knoppik, Sind Nominallohne starr? Neuere Evidenz und wirtschaftspolitische Implikationen, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, IZA Discussion Paper No. 800, 2003; T. Bauer, H. Bonin und U. Sunde, Real and Nominal Wage Rigidities and the Rate of Inflation: Evidence from German Micro Data, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, IZA Discussion Paper No. 959, 2003; F. Pfeiffer, Ausmaß und Konsequenzen von Lohnrigiditäten, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 36. Jg., 2003, S. 616–633.

angeht, könnten Lohnsenkungen die Qualität und Leistung der Arbeit negativ beeinflussen. Nach Umfragen bei Unternehmen haben solche Überlegungen eine große Bedeutung für den Verzicht auf – eigentlich als erforderlich erachtete – Lohnsenkungen.¹⁰⁾ Eine Lohnkürzung wird nur dann in Betracht gezogen und von den Arbeitnehmern akzeptiert, wenn sie als notwendige Maßnahme zur Sicherung des „Überlebens“ eines Unternehmens und damit auch der Arbeitsplätze erachtet wird.

*Lohnflexibilität
im Rahmen von
Tarifverträgen*

Die empirisch ermittelte hohe Nominallohnrigidität überdeckt gleichwohl, dass Lohnflexibilität in einem gewissen Umfang auch im Rahmen der Flächentarifverträge möglich ist. Neben den in mehreren Wirtschaftsbereichen vereinbarten Öffnungsklauseln, die zur Beschäftigungssicherung eine gleichzeitige Absenkung von Arbeitszeit und Entgelten in einzelnen Unternehmen vorsehen, zählen hierzu die Aussetzung oder das verzögerte In-Kraft-Treten von Tarifierhebungen in Unternehmen, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden, Entgeltkorridore, erfolgsabhängige Lohnbestandteile und niedrigere Einstiegstarife.¹¹⁾

*Niedrigere
Einstiegstarife,
Entgeltkorri-
dore*

Im Hinblick auf die Lohnflexibilität sind insbesondere die Vereinbarungen in der Chemischen Industrie erwähnenswert. Bereits 1994 wurden hier niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose (90 %) sowie für Neueingestellte und Berufsanfänger (95 %) für das erste Beschäftigungsjahr verabredet. Mitte 1997 wurde im Rahmen des Entgeltrahmen-tarifvertrags ein Entgeltkorridor eingeführt, der seit 1998 genutzt werden kann. Er ermöglicht Arbeitgebern und Betriebsrat unter

bestimmten Bedingungen, Verdienste und Arbeitszeit zeitlich befristet um bis zu 10 % gegenüber den tariflich vereinbarten Sätzen abzusenken.¹²⁾ Im Unterschied zu vergleichbaren Öffnungsklauseln in anderen Wirtschaftsbereichen kann zusätzlich zur Sicherung der Beschäftigung auch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland als Begründung herangezogen werden.¹³⁾ Hierzu werden unter anderem beschäftigungserhaltende und beschäftigungsfördernde Investitionen am Standort und die Vermeidung der Verlagerung der Produktion oder Investitionen ins Ausland gezählt.¹⁴⁾

In mehreren Wirtschaftsbereichen sind auf betrieblicher Ebene Abweichungen von der tarifvertraglich festgelegten Jahressonderzahlung möglich. Unternehmen in der Chemischen Industrie Westdeutschlands etwa können in Abhängigkeit vom Unternehmenserfolg das 13. Monatsentgelt, das laut Tarifvertrag 95 % eines Monatseinkommens beträgt, bis auf 80 % verringern beziehungsweise bis auf 125 % erhöhen. Im privaten Bankgewerbe gilt ein vergleichbarer Korridor, der ebenfalls Abweichungen nach unten und oben zu

*Variable
Gehaltsbe-
standteile*

¹⁰ Vgl. z. B.: W. Franz und F. Pfeiffer, Zur ökonomischen Rationalität von Lohnrigiditäten aus der Sicht von Unternehmen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 223, 2003, S. 23–57.

¹¹ Einen umfassenden Überblick hierzu bietet: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen im Jahr 2003.

¹² Diesen Betriebsvereinbarungen müssen auch die Tarifvertragsparteien zustimmen.

¹³ Lediglich im ostdeutschen Baugewerbe, das allerdings nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels nur eine geringe Tarifbindung aufweist, gibt es eine vergleichbare Klausel.

¹⁴ Im Jahr 2000 wurde eine vergleichbare Regelung in den Manteltarifvertrag übernommen. Diese bezieht sich auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber tarifkonkurrierenden Bereichen, wobei keine Obergrenze für die Absenkung spezifiziert wurde.

lässt. In diesem Bereich wurde zudem 2002 die Möglichkeit eines leistungs- beziehungsweise erfolgsorientierten variablen Vergütungssystems geschaffen. Durch Betriebsvereinbarungen können 4 % der Jahresvergütung, also rund ein halbes Monatsgehalt pro Jahr, nach individuellen Leistungskriterien bemessen werden. Dieses Beispiel macht deutlich, dass sich Kollektivverträge und innerbetriebliche Lohnflexibilität nicht ausschließen müssen.

Starre Tarifentlohnung in qualifikatorischer Hinsicht

Im Hinblick auf die Lohnstruktur nach Qualifikationen gab es jedoch auch in den letzten Jahren keine Fortschritte zu verzeichnen.¹⁵⁾ Fast immer wurden die Tarifverdienste aller Qualifikationsgruppen in einem Wirtschaftszweig um den gleichen Prozentsatz angehoben. Eine hinreichende Lohnflexibilität und Lohnspreizung gerade im unteren Bereich der Qualifikationsskala wäre aber geboten, um gering qualifizierten Personen mit niedriger Arbeitsplatzproduktivität Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.¹⁶⁾

Vermehrte Arbeitszeitflexibilität

Arbeitszeitkonten

Der bislang erreichte Grad der Flexibilisierung ist hinsichtlich der Arbeitszeit deutlich größer als bei den Verdiensten. In den meisten Wirtschaftsbereichen sehen die Tarifverträge Möglichkeiten der Abweichung von der wöchentlichen Regelarbeitszeit vor. Hierzu zählen vor allem die oft schon vor längerer Zeit eingeführten Arbeitszeitkonten. Der Ausgleichszeitraum, innerhalb dessen die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit erreicht sein muss, beträgt zumindest zwölf Monate und

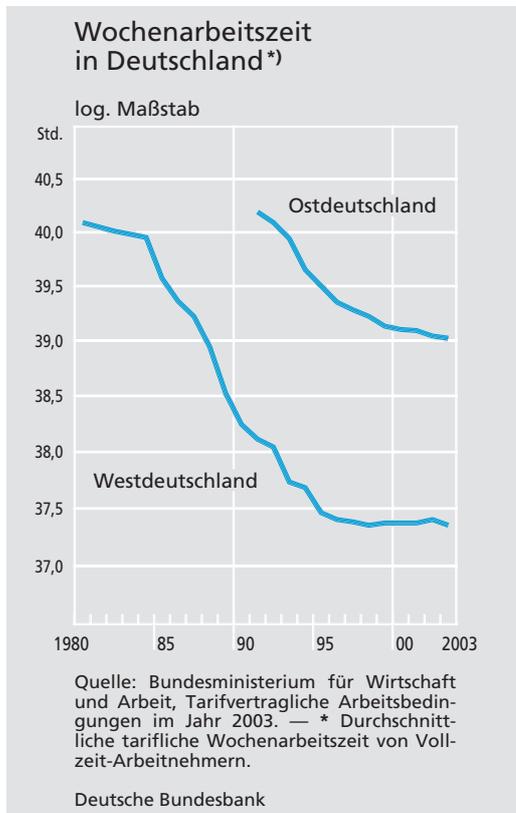
geht in einigen Wirtschaftsbereichen sogar deutlich darüber hinaus. Arbeitszeitkonten erlauben es insbesondere, die zuschlagsfreie Regelarbeitszeit stärker den betrieblichen Erfordernissen anzupassen. Durch Vermeidung von Überstundenzuschlägen in Phasen gut gefüllter Auftragsbücher werden dadurch die Kosten gesenkt. Bei schwacher Nachfrage wird über den Arbeitszeitpuffer ein Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung geleistet. Freilich könnte dieses Mehr an Arbeitszeitflexibilität auch bedeuten, dass die Beschäftigung unter Umständen etwas später auf eine Besserung der Wirtschaftsentwicklung reagiert, wenn zunächst die Flexibilität hinsichtlich der Arbeitszeitkomponente ausgeschöpft wird.

Neben dem Instrument der Arbeitszeitkonten gibt es in einigen Wirtschaftsbereichen überdies die Möglichkeit, für die gesamte oder Teile der Belegschaft die regelmäßige Arbeitszeit zu variieren. So können Unternehmen in der Chemischen Industrie die wöchentliche Regelarbeitszeit für die gesamte Belegschaft auf Dauer in einem Korridor zwischen 35 und 40 Stunden festlegen. In der Metall- und Elektroindustrie ist es für Betriebe mit besonders qualifizierter Belegschaft möglich, für maximal die Hälfte der Arbeitnehmer die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf bis zu

Korridore für Regelarbeitszeit

¹⁵ Eine Ausnahme bildet lediglich das Bauhauptgewerbe. Hier wurden 2002 die bis dahin drei untersten Lohngruppen zu einer neuen – niedriger dotierten – Lohngruppe zusammengefasst.

¹⁶ Vgl. z. B.: B. Fitzenberger und W. Franz, Flexibilität der qualifikatorischen Lohnstruktur und Lastverteilung der Arbeitslosigkeit: Eine ökonometrische Analyse für Westdeutschland, in: B. Gahlen, H. Hesse und H. J. Ramser (Hrsg.), Verteilungsprobleme der Gegenwart, Tübingen, 1998, S. 47–79.



40 Wochenstunden zu verlängern, ohne dass Mehrarbeitszuschläge anfallen.

Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

Mitte 2004 wurde in einem Betrieb eines größeren Konzerns der Elektroindustrie die wöchentliche Regelarbeitszeit aller Beschäftigten von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich angehoben. Zusätzlich wird dort das Urlaubs- und Weihnachtsgeld durch eine erfolgsabhängige Jahreszahlung abgelöst. Dieses Beispiel verdeutlicht unter anderem, dass Kürzungen der Stundenlöhne, etwa zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung von Arbeitsplätzen am Standort Deutschland, am ehesten dann akzeptiert werden, wenn sie über eine Verlängerung der Arbeitszeit sowie einer möglichen Kürzung von Sonderzahlungen erfolgen, das monatliche Arbeitsentgelt jedoch weitgehend unver-

ändert bleibt. Mit umgekehrtem Vorzeichen war dieses Muster auch bei der Einführung der Viertagewoche in einem Konzern der Automobilbranche vor zehn Jahren zu beobachten, als die mit der Reduzierung der Arbeitszeit verbundene Lohnkürzung über eine Verringerung der Jahressonderzahlungen erfolgte und das monatliche Entgelt unverändert blieb.

Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik

Die Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den ersten beiden Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt damit begonnen, die Strukturen am Arbeitsmarkt aufzulockern. So soll die Vermittlungseffizienz der Arbeitsverwaltung durch intensivere Betreuung der Arbeitslosen, Ausweitung der Betriebskontakte und der zusätzlichen Akquirierung offener Stellen erhöht werden. Weiterhin wurde die monatliche Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigung zum 1. April 2003 von 325 € auf 400 € angehoben und die Abgabenbelastung insbesondere für Nebentätigkeiten hierfür gesenkt. Der Arbeitgeber zahlt lediglich Pauschalabgaben zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie Lohnsteuer von zusammen 25 %. Um das Potenzial haushaltsnaher Dienstleistungen stärker auszuschöpfen, gilt für „Mini-Jobs“ in privaten Haushalten eine geringere Pauschalabgabe in Höhe von nur 12 %. Zudem werden „Mini-Jobs“ in privaten Haushalten steuerlich gefördert. Generell kann neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung nunmehr zusätzlich eine geringfügig entlohnte Nebenbeschäftigung

Umsetzung von Vorschlägen der Hartz-Kommission

„Mini-Jobs“

ausgeübt werden, ohne dass diese durch Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung versicherungspflichtig wird. Dies entspricht der Regelung, wie sie bereits vor dem 1. April 1999 galt.

„Midi-Jobs“

Zur Förderung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich wurde zudem für Arbeitsentgelte zwischen 400 € und 800 € („Midi-Jobs“) eine Gleit- beziehungsweise Progressionszone bezüglich der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung geschaffen. Der Arbeitnehmeranteil steigt linear von 4 % am Anfang der Gleitzone bis zum vollen Arbeitnehmeranteil von derzeit 21 % am Ende der Gleitzone an.

Vermittlungsintensivierung durch die Bundesagentur für Arbeit

Über eine intensivere Betreuung der Arbeitslosen, eine Ausweitung der Kontakte zu Unternehmen und der zusätzlichen Akquirierung offener Stellen durch die Bundesagentur für Arbeit soll die Vermittlung von Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit beschleunigt und damit die Arbeitslosigkeit insgesamt gesenkt werden. Zur Mobilisierung von Beschäftigungsreserven soll zudem vermittlungsorientierte Zeitarbeit (Leiharbeiter) stärker als bisher genutzt werden. Daher wurden flächendeckend Personal-Service-Agenturen (PSA) eingeführt. Aufgabe der PSA ist es, Arbeitslose an interessierte Unternehmen auszuleihen und die noch nicht Vermittelten in verleihefreien Zeiten zu qualifizieren und weiterzubilden. Die Dauer des Arbeitsvertrages beträgt mindestens neun Monate und soll im Regelfall zwölf Monate nicht übersteigen. Im Zuge der Einführung von PSA wurden Anfang 2004 Beschränkungen bei der Arbeitnehmerüberlassung aufgehoben. So entfielen das besondere Befristungsverbot, das Wie-

Einführung von Personal-Service-Agenturen

Aufhebung von Beschränkungen bei der Arbeitnehmerüberlassung

dereinstellungsverbot, das Synchronisationsverbot und die Beschränkung der Überlassungsdauer auf 24 Monate. Stattdessen wurde eine Tarifbindung eingeführt.

Ein weiteres Element der Arbeitsmarktreformen ist die Einführung einer zusätzlichen Förderung von Existenzgründungen („Ich-AG“) für eine dreijährige Erprobungsphase. Wer durch Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit seine Arbeitslosigkeit beendet, hat Anspruch auf einen monatlichen Existenzgründerzuschuss, wobei gewisse Einkommensgrenzen bei der Selbständigkeit gelten. Zudem wurde generell die Existenzgründung im Handwerksbereich erleichtert. Grundsätzlich gilt der „Meisterzwang“ nur noch für 41, statt wie bisher für 94 Handwerksberufe.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik haben traditionelle Instrumente, zu denen insbesondere Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen zu zählen sind, an Bedeutung verloren. An ihre Stelle treten zunehmend Maßnahmen, die auf eine direkte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt abzielen. Zudem sind – bereits beginnend mit dem Job-AQTIV-Gesetz – unter dem Motto „Fördern und Fordern“ die Kriterien für eine Registrierung als Arbeitsloser strenger gefasst worden.

Anfang 2005 wird für erwerbsfähige Hilfsbedürftige die Arbeitslosenhilfe beziehungsweise die Sozialhilfe durch das so genannte Arbeitslosengeld II ersetzt. Diese neue Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts unterliegt einer Bedürftigkeitsüberprüfung und entspricht in der Regel dem Niveau der Sozial-

Förderung der Selbständigkeit

„Fördern und Fordern“

Neuregelung bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe

hilfe. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt gilt dabei, dass für Bezieher von Arbeitslosengeld II grundsätzlich jede Arbeit zumutbar ist. Erwerbsfreibeträge sollen den Transferempfänger motivieren, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen. Schließlich wird ab dem Jahr 2006 die Höchstdauer für den Anspruch auf Arbeitslosengeld grundsätzlich auf zwölf Monate und für Personen über 55 Jahre auf 18 Monate begrenzt; damit sollen ebenfalls die Anreize für eine Arbeitsaufnahme erhöht werden.

*Erste
Einschätzung*

Alle Maßnahmen müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie einen dauerhaften Beitrag zu einem effizienteren Arbeitsmarktausgleich leisten und so Wachstum und Strukturwandel fördern. Besonders wichtig ist es, die Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten zu verbessern und so die Entstehungsbedingungen für neue Langzeitarbeitslosigkeit effektiver zu bekämpfen.

In Anbetracht der erst kurzen Wirkungsphase und der Tatsache, dass einige Veränderungen nicht vor 2005 beziehungsweise 2006 in Kraft treten, lässt sich der Erfolg des Maßnahmenkatalogs derzeit noch nicht abschätzen. Dies gilt schon allein deshalb, weil viele der Reformmaßnahmen Zeit benötigen, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Hinsichtlich der statistischen Grundlagen gibt es noch Lücken und Unschärfen. So divergieren beispielsweise die Angaben zu den geringfügig Beschäftigten zwischen Bundesagentur für Arbeit und Bundesknappschaft, die seit April 2003 hierfür die zentrale Meldestelle ist. Angaben zu den „Midi-Jobs“ sind zurzeit ledig-

lich anhand der Angaben aus dem IAB-Betriebspanel verfügbar. Danach nutzten in Westdeutschland 3 % und in Ostdeutschland 4 % der Beschäftigten diese Form der Erwerbstätigkeit. Hoch im Kurs stand nach dem Ausweis der Bundesagentur für Arbeit die neue Form der Selbständigkeit. Im Juli kamen 150 000 Personen in den Genuss der Bezuschussung für eine Ich-AG. Allerdings bleibt abzuwarten, wie viele der Neugründungen sich am Markt behaupten können. In PSA wurden zuletzt lediglich rund 26 000 Personen betreut. Reine Vermittlungsquoten, die oft genannt werden, sind kaum aussagekräftig, zumal sie – abgesehen von Mitnahmeeffekten – über die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse keine Auskunft geben können. Hieran wird auch deutlich, dass von der Anzahl der geförderten Personen nicht auf das Entlastungsvolumen geschlossen werden darf.

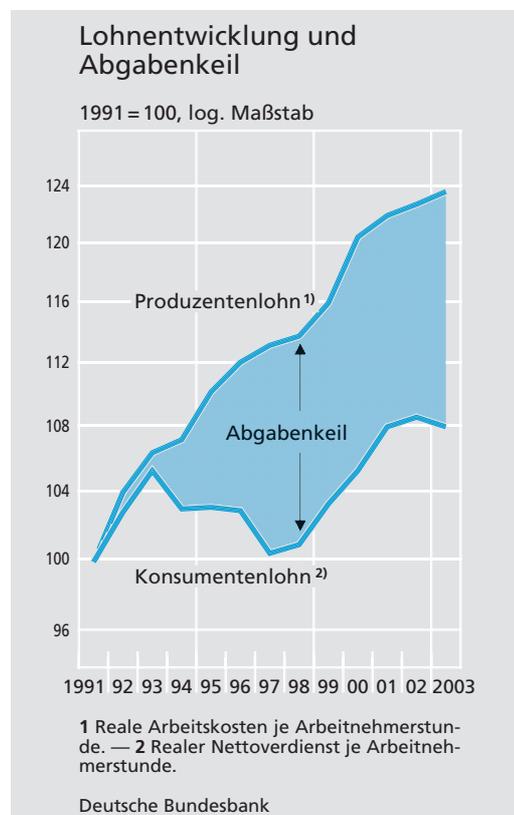
Das statistische Bild zeigt aber zumindest, dass am Arbeitsmarkt nach langer Zeit einiges in Bewegung gekommen ist. Zudem ist die Abkehr von der aktiven Arbeitsmarktpolitik alter Prägung zu begrüßen. Sie war mit hohen fiskalischen Kosten verbunden, konnte de facto aber mit nur bescheidenen Ergebnissen aufwarten. Auch die stärkere Betonung der Aktivierungsmaßnahmen ist geeignet, den Suchprozess am Arbeitsmarkt zu verbessern und die Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik zu erhöhen.¹⁷⁾ Nicht zuletzt die Entschärfung der „Progressionsfalle“ im Transferbereich auf Grund der neu festgelegten Er-

¹⁷ Der damit einhergehende Statistikeffekt erschwert allerdings vorübergehend die Interpretation der Arbeitslosenzahlen.

werbsfreibeträge beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zielt in die richtige Richtung. Die Neuregelung bei den „Mini-“ und „Midi-Jobs“ zeigt im Übrigen die wichtige Rolle der Arbeitskosten insbesondere für Geringqualifizierte und einfache Tätigkeiten.

Weiterer Handlungsbedarf in der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik

Vor allem kommt es darauf an, den Abgabenkeil am Arbeitsmarkt generell zu verringern. Insbesondere wegen der spürbaren Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversicherung hat sich der Anteil der Abgaben in Form von Beiträgen zur Sozialversicherung und Lohnsteuer an den Arbeitskosten von 43 % im Jahr 1991 auf 48 ½ % im Jahr 1997 erhöht, was sich zweifelsohne negativ auf die Arbeitsnachfrage auswirkte. Zwar ging die Abgabenbelastung bis zum Jahr 2001 leicht auf 47 ¼ % zurück, doch in den letzten beiden Jahren war ein erneuter Anstieg auf gut 48 % zu verzeichnen. Das bedeutet, dass von jedem Euro, der dem Arbeitgeber an Kosten für einen Arbeitnehmer entstehen, diesen nur knapp 52 Cent erreichen. In realer Betrachtung sieht die Bilanz der letzten 13 Jahre hinsichtlich des Abgabenkeils noch ungünstiger aus. Denn die Verbraucherpreise, die für den Konsumenten der entscheidende Maßstab zur Ermittlung seiner realen Netto-Arbeitseinkommen sind, nahmen mit jahresdurchschnittlich knapp 2 % um fast einen halben Prozentpunkt pro Jahr stärker zu als die Produzentenpreise vor Steuern, gemessen am BIP-Deflator zu Faktorkosten. Im Ergebnis erhöhten sich die realen Arbeitskosten je Ar-



beitnehmerstunde seit 1991 um gut 24 % beziehungsweise um 1,8 % pro Jahr, während die realen Netto-Verdienste je Arbeitnehmerstunde nur um 8 % beziehungsweise um 0,7 % pro Jahr gestiegen sind.

Die in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen haben sicherlich dazu geführt, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland sowohl im Hinblick auf die institutionellen Rahmenbedingungen als auch in Bezug auf kollektive Lohnfindung und Arbeitszeit flexibler geworden ist. Insofern besteht die berechtigte Hoffnung, dass die nun in Gang gekommene konjunkturelle Erholung in Deutschland mit zeitlicher Verzögerung auch auf den Arbeitsmarkt ausstrahlen wird. Es ist aber fraglich, ob dies ausreicht, die Arbeitslosigkeit hier zu Lande in großem Umfang zu vermindern. Insbeson-

Reformbedarf bleibt hoch

dere wegen des weiter zunehmenden internationalen Wettbewerbs um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze wird der Druck, die Anpassungsfähigkeit zu verbessern, auch in Zukunft hoch bleiben oder sich sogar noch verstärken. Insofern sind weitere Anstrengungen bei den Lohnstrukturen notwendig, um das bislang brachliegende Arbeitskräftepotenzial produktiv zu nutzen. Zudem sollten die in den letzten 20 Jahren vorgenommenen pauschalen Verkürzungen der Wochenarbeitszeiten, denen ohnehin kein beschäftigungspolitischer Erfolg beschieden war, von Regelungen abgelöst werden, die den betrieblichen Erfordernissen, aber auch den Interessen der Arbeitnehmer besser gerecht werden.

Auch der Gesetzgeber ist aufgefordert, seinen Beitrag zur weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu leisten. Dabei ist vor allem

darin zu denken, dass die Regeln des Kündigungsschutzes einen wesentlichen Einfluss auf das Einstellungsverhalten der Unternehmen haben. Zudem sollte das Günstigkeitsprinzip, das nur dann Abweichungen vom Tarifvertrag zulässt, wenn sie zu Gunsten des Arbeitnehmers ausfallen, um Aspekte der Arbeitsplatzhaltung erweitert werden. Darüber hinaus gilt es, wie geplant, den Abgabenkeil am Arbeitsmarkt weiter zu verringern. Bei alledem sollte die individuelle Vertragsfreiheit gestärkt werden. Von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ist dagegen abzuraten. Die Löhne sollten vor allem eine Steuerungsfunktion am Arbeitsmarkt ausüben und nicht durch gesetzliche Eingriffe für sozialpolitische Ziele eingesetzt werden. Aus beschäftigungspolitischen Überlegungen wäre ein Mindestlohn kontraproduktiv und würde den Zielen der jetzigen Arbeitsmarktreform zuwiderlaufen.

Die Bonitätsanalyse von Wirtschafts- unternehmen durch die Deutsche Bundesbank

Zur Erfüllung ihrer geldpolitischen Aufgabe im Rahmen des Eurosystems gewährt die Bundesbank inländischen Kreditinstituten Refinanzierungs- und Innertageskredite. Die Banken können bei der dafür notwendigen Unterlegung mit Sicherheiten unter anderem Buch- und Wechselkredite an inländische (Nichtbanken-)Wirtschaftsunternehmen verpfänden.

Bevor die Bundesbank einen Wirtschaftskredit als Sicherheit akzeptiert, prüft sie durch Einsatz ihres Bonitätsbeurteilungsverfahrens, ob das Unternehmen die Voraussetzungen für die so genannte Notenbankfähigkeit erfüllt. Dieser Aufsatz beschreibt die seit Beginn der Währungsunion 1999 vorgenommenen methodischen Verbesserungen des Verfahrens und zeigt auf, welche Bonitätsanforderungen die Bundesbank bei der Hereinnahme von Wirtschaftskrediten als Sicherheiten stellt.

Das Interesse einer Zentralbank an einer systematischen, bilanzbasierten Unternehmensanalyse geht über die Besicherungsfrage hinaus. So haben die bei der Bonitätsanalyse gewonnenen Erkenntnisse auch Bedeutung bei Fragestellungen zur Transmission monetärer Impulse. Zudem sind Kenntnisse über die Finanz- und Ertragslage von Unternehmen wichtig für die Einschätzung der Stabilität des Finanzsystems.

Refinanzierungsfähige Sicherheiten

*Übergang
von zwei
Sicherheiten-
kategorien...*

Für das Kreditgeschäft der Bundesbank bestimmt die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken in Artikel 18.1, dass ausreichend Sicherheiten zu stellen sind. Die refinanzierungsfähigen Sicherheiten werden derzeit noch in zwei Kategorien unterteilt: Kategorie-1-Sicherheiten, das heißt Anleihen von öffentlichen Emittenten, Banken oder Unternehmen, die einheitliche, von der EZB festgelegte Zulassungskriterien erfüllen, und Kategorie-2-Sicherheiten, zu denen nicht marktfähige Schuldtitel (in Deutschland Kreditforderungen und Handelswechsel) zählen, die von den nationalen Zentralbanken im Einklang mit EZB-Mindeststandards bestimmt werden.

*... auf künftig
eine einheit-
liche Sicher-
heitenliste*

Der EZB-Rat hat am 29. August 2002 beschlossen, das 2-Kategorien-System schrittweise durch ein einheitliches Sicherheitenverzeichnis zu ersetzen. Am 5. August 2004 wurde in einer Pressenotiz bekannt gemacht, dass der EZB-Rat sich auf die Aufnahme von Kreditforderungen (und gleichzeitig den Ausschluss von Aktien) in die einheitliche Sicherheitenliste („Single List“) verständigt hat; die genaueren Modalitäten einschließlich des Termins der Inkraftsetzung bedürfen aber noch weiterer Vorarbeiten. Mit diesem Beschluss ist eine erhebliche Erweiterung der Sicherheitenbasis möglich. Er trägt insbesondere auch den Ausgangsbedingungen des deutschen Bankensystems Rechnung und steht im Übrigen in der Tradition des deutschen Zentralbankwesens, auch Schuldtitel gegenüber Wirtschaftsunternehmen für die Notenbankkreditgewährung zu nutzen: dies war bis zum

Übergang in die Währungsunion mit dem Rediskontkredit der Fall.¹⁾ Kreditinstituten verschafft die Einbeziehung von Kreditforderungen eine größere Verfügbarkeit ihres Wertpapierbestandes für Sicherungszwecke im Geldhandel und Zahlungsverkehr. Dementsprechend haben sie sich 2003 in einem europäischen Konsultationsverfahren der EZB über die schrittweise Einführung einer einheitlichen Sicherheitenliste nachdrücklich für die Einbeziehung von Wirtschaftskrediten ausgesprochen.

Bonitätsanforderungen

Der Anspruch an die Qualität der Sicherheiten und an ihre Eignung für die geldpolitischen Geschäfte des Eurosystems (sowie für die Besicherung von Zahlungsverkehrs-Transaktionen) ist bereits im gegenwärtigen 2-Kategorien-System über beide Listen identisch. Für die Kategorie-1-Sicherheiten gelten Bonitätsanforderungen, die bei der Einstufung durch eine Ratingagentur zu einer Eingruppierung im oberen bis erstklassigen Gütebereich führen. Wirtschaftskredite erfüllen diesen Anspruch, sofern bei verpflichteten Unternehmen ein solches Rating vorliegt beziehungsweise sie von einer nationalen Zentralbank entsprechend als notenbankfähig eingestuft werden. Das bedeutet, dass der Mindeststandard für notenbankfähige Unternehmen im Eurosystem höher angesetzt ist als im Rediskontgeschäft der Bundesbank vor der Wäh-

*Bonitätsmaß:
Zweifelsfreie
Zahlungsfähigkeit*

¹ Nicht aufgenommen wird hingegen der Handelswechsel, der ohnehin seit Jahren – mit deutlich abnehmender Bedeutung – nur noch als deutsche Kategorie-2-Sicherheit geführt wird.

rungsunion. Bis Ende 1998 galt ein Unternehmen als notenbankfähig, wenn es als bestandsfest beurteilt wurde; dieser Kreis hat sich verengt auf jene bestandsfesten Unternehmen, die auf der Bonitätskala die oberen bis erstklassigen Einstufungen erreichen. Gleichwohl kann keine Rede davon sein, dass sich das Spektrum der Unternehmen, deren Bankkredite zu Refinanzierungszwecken zugelassen sind, verengt hätte. Nach wie vor sind Unternehmen unterschiedlichster Größe, Branchenzugehörigkeit und Rechtsform als notenbankfähig eingestuft (siehe nebenstehendes Schaubild).

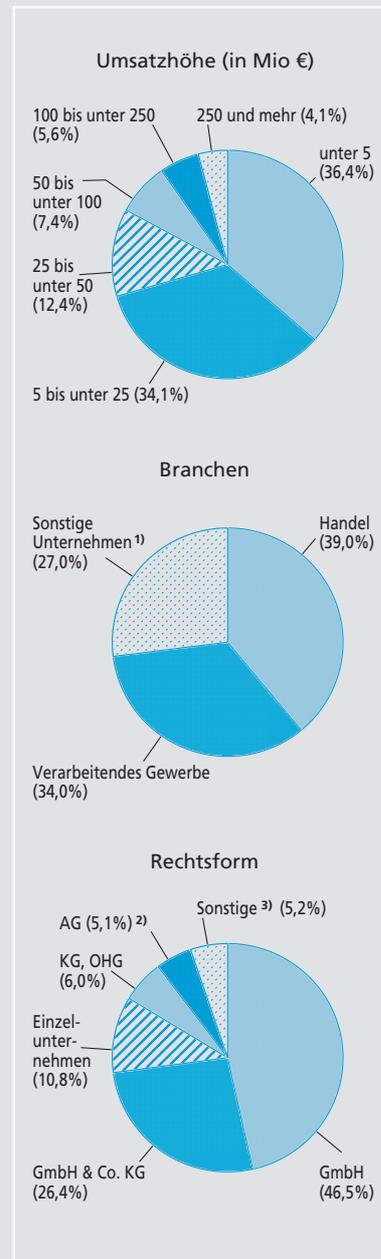
*EZB prüft
Einhaltung des
Bonitäts-
standards*

Das Bonitätsbeurteilungsverfahren der Bundesbank ist im Interesse der Gleichbehandlung von Banken und Unternehmen an Leitlinien gebunden, die für alle nationalen Zentralbanken im Eurosystem gelten, welche eigene Verfahren zur Beurteilung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen einsetzen.²⁾ Die Einhaltung des Mindestbonitätsstandards wird durch einen Vergleich der für jedes Jahr ermittelten Ausfallrate³⁾ bei den als notenbankfähig eingestuften Unternehmen mit einem einheitlichen Eckwert überprüft. Dieser Eckwert orientiert sich an empirischen Ausfallraten von Kategorie-1-Sicherheiten. Als Ausfall einer Sicherheit gilt dabei bereits die Beantragung eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens gegen das Unternehmen.

2 Neben der Bundesbank sind dies derzeit der Banco de España, die Banque de France und die Oesterreichische Nationalbank.

3 Anteil der im Verlauf eines Jahres insolvent gewordenen notenbankfähigen Unternehmen an der Gesamtzahl der zum Jahresbeginn als notenbankfähig testierten Unternehmen (Einjahresausfallrate).

Strukturen notenbankfähiger Unternehmen



¹ Darunter: Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens (17,1%), des Baugewerbes (2,7%), der Landwirtschaft (2,5%) sowie des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung (1,9%). — ² Einschl. KGaA, GmbH & Co. KGaA sowie bergrechtlicher Gewerkschaften. — ³ Sonstige Rechtsformen, z.B. Genossenschaften, BGB-Gesellschaften, Vereine oder Stiftungen.

Deutsche Bundesbank

*Anpassung der
Verfahren an
EZB-Vorgaben*

Zur Einhaltung der vom EZB-Rat vorgegebenen anspruchsvolleren Benchmark war es im vergangenen Jahr notwendig geworden, die Bestimmung der Notenbankfähigkeit der von der Bundesbank zu beurteilenden Unternehmen anhand eines strengeren Maßstabs vorzunehmen. Andernfalls hätte das Risiko bestanden, dass die Qualität unseres Notenbankbonitätsbeurteilungssystems hinter den vom Eurosystem vereinbarten Standards zurückgeblieben wäre. Die relativ höheren Ausfallraten waren Ausdruck eines über längere Zeit sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfelds für die deutschen Unternehmen, insbesondere einer sich vergrößernden gesamtwirtschaftlichen Ausbringungslücke, also des Abstands zwischen tatsächlicher Leistung und Potenzial. Das führte dazu, dass ein zunehmender Anteil der von der Bundesbank als notesbankfähig eingeschätzten Schuldner tatsächlich nicht die notwendige Bestandsfestigkeit aufwies. Eine Rolle spielten zudem auch Änderungen im Insolvenzrecht, die ab dem 1. Januar 1999 wirksam geworden waren. Unternehmen haben durch das neue Insolvenzverfahren nämlich eher die Möglichkeit, existenzgefährdende wirtschaftliche Schwierigkeiten im Wege einer Sanierung zu überwinden als nach dem alten Recht, bei dem eine Insolvenz oftmals zur Zerschlagung des Unternehmens führte. Deshalb werden Insolvenzanträge häufig in einem relativ frühen Stadium wirtschaftlicher Schwierigkeiten gestellt. Beides trug dazu bei, dass sich die Ausfallrate aller von der Bundesbank beurteilten Unternehmen verdoppelt hatte. Vor diesem Hintergrund war es unabdingbar, dass das Bonitätsbeurteilungsverfahren der Bun-

desbank den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst wurde.

Das Bonitätsbeurteilungsverfahren der Bundesbank

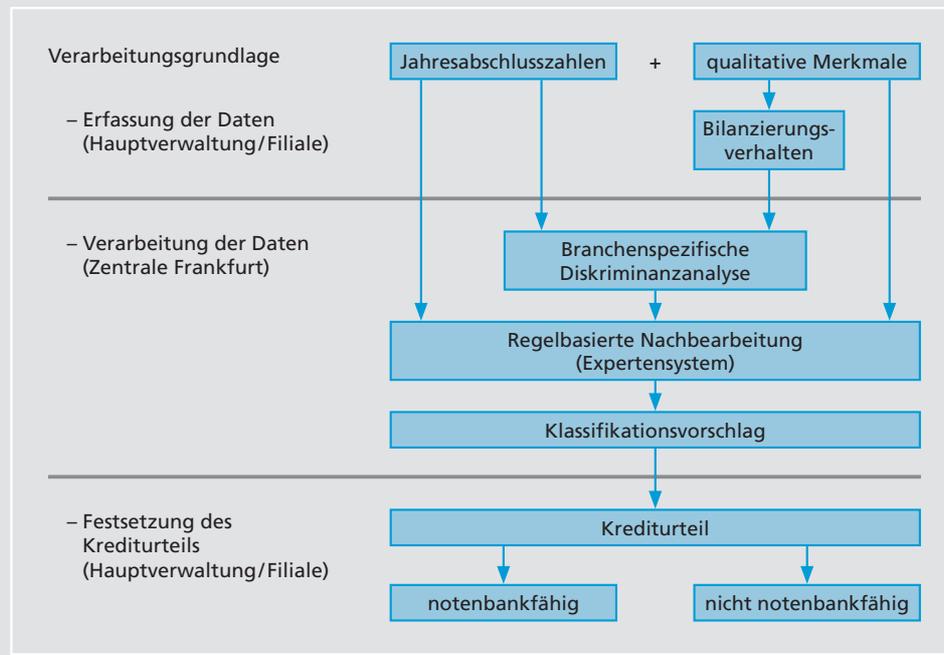
Das bei der Bundesbank angewandte Verfahren stellt sicher, dass die Krediturteile in einem einheitlichen, systematischen und für die beurteilten Unternehmen nachvollziehbaren Beurteilungsprozess abgeleitet und den besonderen Belangen des Refinanzierungsgeschäfts gerecht werden. Es besteht aus zwei Modulen, einem standardisierten Teil, kombiniert aus Diskriminanzanalyse und Expertensystem, sowie der Festlegung des so genannten Krediturteils, das letztendlich über die Notenbankfähigkeit entscheidet.

*Einheitliche,
systematische
Beurteilung*

Das von der Bundesbank angewandte Verfahren (siehe Schaubild auf S. 63) knüpft am Jahresabschluss als der zentralen finanzwirtschaftlichen Informationsquelle von Unternehmen an. Modellgestützt (Diskriminanzanalyse ergänzt um Expertensystem) werden quantitative und qualitative Daten verarbeitet. Systemseitig wird für jedes zu beurteilende Unternehmen ein Klassifikationsvorschlag ermittelt, der als Grundlage für das binäre Krediturteil – „notesbankfähig“ oder „nicht notesbankfähig“ – dient. Bei der Festlegung des Krediturteils ziehen die zuständigen Stellen – Hauptverwaltung beziehungsweise Filiale der Bundesbank – zusätzliche Erkenntnisse heran, die von der standardisierten modellgestützten Verarbeitung systematisch nicht berücksichtigt werden können.

*Einsatz einer
Diskriminanz-
analyse plus
Expertensystem*

Ablauf des Bonitätsbeurteilungsverfahrens



Deutsche Bundesbank

*Geeignete
modell-
gestützte
Verfahren*

Von den in Wissenschaft und Praxis bekannten und angewandten Methoden der Bonitätsbeurteilung wurden von der Bundesbank etliche auf ihre Eignung für das Notenbankkreditgeschäft überprüft. Einige scheiden auf Grund unterschiedlicher Aufgabenstellungen und Datenanforderungen aus, insbesondere wegen der großen Zahl der zu beurteilenden Unternehmen (derzeit jährlich ca. 22 000) sowie dem Erfordernis der Einzelbeurteilung. So kommen portfolioorientierte Kreditrisikomodelle deshalb nicht in Betracht, weil sie nicht die Messung von individuellen Kreditrisiken anstreben, sondern deren Wirkung relativ zu einem bestimmten Vermögensaufbau – etwa der Aktivseite einer Bankbilanz. Auch Verfahren, die auf Marktdaten⁴⁾ oder externen Ratings basieren, entsprechen nicht den Erfordernissen der Bundesbank. Dies würde näm-

lich methodenbedingt auf den Ausschluss nahezu aller mittelständischen Unternehmen hinauslaufen, da diese weder über ein externes Rating noch über eine Börsennotierung – und die damit verbundenen Marktdaten – verfügen. Aus der Perspektive der Notenbank würden damit aber – aus Gründen des gewählten Verfahrens – Sicherheiten ausgeschlossen, die sehr wohl hohen Anforderungen genügen.

⁴ Siehe z. B. das Modell von R. Merton (1974), On the Pricing of Corporate Debt: The Risk Structure of Interest Rates, The Journal of Finance, Vol. 29, S. 449–470. In diesem sehr einflussreichen Ansatz wird die Fremdmittelaufnahme aus der Sicht der Anleiheemittenten wie eine Kaufoption auf das Unternehmen gedeutet mit dem Eigenkapital als Prämie und dem Unternehmenswert als Ausübungspreis. Der Verschuldungsgrad und die Volatilität des Unternehmenswertes sind in diesem Ansatz die ausschlaggebenden Größen zur Bestimmung der Risikoprämie.

Auf Jahres-
abschlussdaten
basierende
Modelle

Dagegen kommen auf Jahresabschlussdaten basierende Modelle für die Bundesbankzwecke grundsätzlich in Frage, weil derartige Daten auf breiter Basis für die zu beurteilenden Unternehmen vorhanden sind. Ziel ist es dabei, zu einem binären, also einem Entweder-oder-Urteil (notenbankfähig: ja oder nein) zu kommen. Eine Differenzierung in mehrere Ratingklassen, eine Modellierung von Kreditrisikoveränderungen (Rating-Migrationen) oder eine analytische Abbildung von Befriedigungsquoten im Insolvenzfall würde über die derzeit praktizierte Prüfung der Notenbankfähigkeit von Kreditschuldern hinausgehen.

Die für die Bundesbank relevanten – bilanzgestützten – Bonitätsbeurteilungsverfahren beschränken sich im Wesentlichen auf parametrische Modelle. Die entsprechenden Ansätze sind dadurch gekennzeichnet, dass mehrere Einflussgrößen auf der Basis von verfügbaren Kennwerten (z.B. Kennzahlen) einer Stichprobe ermittelt und unter der Annahme einer Verteilungsfunktion quantifiziert werden. Sie können gegebenenfalls ergänzt werden um Elemente nichtparametrischer Ansätze, deren Anwendung nicht das Vorliegen einer Häufigkeitsverteilung von bestimmter mathematischer Form voraussetzt.

Diskriminanz-
analyse

Der weit verbreitete und von der Bundesbank seit Anfang der siebziger Jahre genutzte parametrische Ansatz der Diskriminanzanalyse teilt Kreditnehmer in zwei Risikoklassen ein (z.B. hohes oder geringes Ausfallrisiko), wobei die Grenzziehung („cut-off-point“) anhand der zu Grunde liegenden Gesamtkennzahl (Z-score) erfolgt. Die Ausfallwahrschein-

lichkeiten werden in diesem Modell ex post über ein Back-testing ermittelt.

Unter der Maßgabe der Beurteilung einer großen Anzahl von Unternehmen hinsichtlich ihrer Notenbankfähigkeit führen parametrische Verfahren, wie Logit- und Probit-Modelle,⁵⁾ zu vergleichbaren Resultaten. Im Gegensatz zur Diskriminanzanalyse, die einen linearen Zusammenhang zwischen der abhängigen und den erklärenden Variablen postuliert und einen Bonitätsindex liefert, erlauben Logit-/Probit-Modelle⁶⁾ darüber hinaus die Schätzung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, die sich in eine differenzierende Rating-skala übersetzen lässt. Hier sind damit auch Ansätze für eine methodische Verbesserung gegeben, die derzeit unter anderem mit Blick auf neue Anforderungen im Zusammenhang mit der Einführung der einheitlichen Sicherheitenliste untersucht werden.

Nichtparametrische Verfahren wie Neuronale Netze oder Expertensysteme⁷⁾ eignen sich vor allem für die Berücksichtigung qualitativer,

Experten-
systeme

5 Vgl.: D. Martin (1977), Early Warning of Bank Failure: A Logit Regression Approach, *Journal of Banking and Finance*, S. 249–276 sowie J. Ohlson (1980), Financial Ratios and the Probabilistic Prediction of Bankruptcy, *Journal of Accounting Research*, S. 109–131.

6 Probit- und Logit-Verfahren stellen nichtlineare Regressionsmodelle (und zwar nichtlinear in den Parametern) zur Erklärung von Entweder-oder-Variablen dar. Probit- und Logit-Regressionen werden in der Regel mittels einer Methode geschätzt, die die Wahrscheinlichkeit maximiert, dass die unbekanntenen Koeffizienten genau die abzubildende Verteilungsfunktion erzeugt hätten. Während beim Probit-Ansatz die kumulierte Standardnormalverteilung den nichtlinearen Zusammenhang liefert, basiert die Schätzung im Rahmen des Logit-Verfahrens auf der kumulierten Standard-Logistischen Funktion.

7 Sofern man es mit einer Kombination aus einer diskreten und kontinuierlichen Verteilung der zu erklärenden Variablen zu tun hat, kann man natürlich auch auf das von James Tobin 1958 entwickelte und nach ihm benannte Tobit-Modell zurückgreifen.

„weicher Faktoren“. Wenngleich diese Modelle eine große Anzahl und Vielfalt von Informationen verarbeiten können, sind die Ergebnisse nur bedingt überprüfbar, wenig konsistent und schwierig zu interpretieren.

*Kombination
von Modellen*

Als pragmatischen Mittelweg bietet sich die Kombination von parametrischen mit nicht-parametrischen Elementen an, wie dies im Bundesbank-Modell durch Einsatz eines der Diskriminanzanalyse zugeschalteten Expertensystems zum Tragen kommt. Die Verbindung beider Verfahren ist vorteilhaft, weil sie die Transparenz der parametrischen Verfahren erhalten, die Flexibilität hinsichtlich der Berücksichtigung „unscharfer“ Informationen erhöhen und damit die „Treffergenauigkeit“ des Verfahrens insgesamt verbessern.

*Laufender
Wissens-
austausch*

Die Bundesbank trägt der wissenschaftlichen Entwicklung Rechnung, um so die Qualität des eigenen Verfahrens ständig zu überprüfen und gegebenenfalls verbessern zu können.⁸⁾ Dies erfolgt durch laufenden Wissens- und Erfahrungsaustausch mit verschiedenen Einrichtungen. So wird zum Beispiel gegenwärtig im Rahmen eines Projekts des Europäischen Ausschusses der Bilanzzentralen die praktische Umsetzung eines Logit-Ansatzes für Zwecke des Eurosystems untersucht. In diesem europäischen Gremium, welches sich aus Experten von Notenbanken und statistischen Institutionen europäischer Länder zusammensetzt, ist die Bundesbank seit Ende der achtziger Jahre vertreten. Ein wesentlicher Aufgabenbereich ist hierbei die methodische sowie inhaltliche Auseinandersetzung mit den von den nationalen Zentralbanken angewandten Bonitätsbeurteilungsverfahren

im Rahmen der einheitlichen Vorgaben für das Eurosystem. Des Weiteren wird zurzeit in Kooperation mit universitären Einrichtungen die Einbeziehung nichtlinearer Ansätze bei der Optimierung von Diskriminanzfunktionen untersucht.

Bonitätserhebliche Unternehmensdaten

Die bonitätserheblichen Daten für die modellgestützte Bearbeitung aus den Jahresabschlussunterlagen werden von den zuständigen Hauptverwaltungen beziehungsweise Filialen der Bundesbank erfasst und weitgehend unverändert übernommen. Allerdings werden beim Eigenkapital verschiedene Berichtigungsposten berücksichtigt, was mitunter erheblichen Einfluss auf die standardisierte Bonitätseinstufung hat.

Datenerfassung

Neben quantitativen werden auch qualitative Angaben zum Unternehmen erhoben; ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Bilanzierungsverhalten. Die Auswertung der nach HGB zulässigen Bewertungswahlrechte können nämlich den Aussagegehalt der ermittelten quantitativen Jahresabschlussdaten verändern. Hinweise darauf lassen sich zum Beispiel aus dem Anhang zum Jahresabschluss gemäß § 284 HGB gewinnen, vor allem aber auch aus Gesprächen mit der Geschäftsleitung. In Betracht kommen der Ansatz von Rückstellungen sowie die Bewertung von Bi-

*Berücksichtigung von
Bilanzierungs-
wahlrechten*

⁸ Für einen guten Überblick zum aktuellen Stand der Debatte vgl. z. B.: A. Oehler und M. Unser (2001), Finanzwirtschaftliches Risikomanagement, Springer, Berlin u. a., S. 189 ff. sowie A. Saunders (1999), Credit Risk Measurement: New Approaches to Value at Risk and Other Paradigms, John Wiley, New York.

lanzpositionen in Abhängigkeit vom Umfang der einbezogenen Herstellungskosten und den vorgenommenen Abschreibungen. Des Weiteren gilt dies für sonstige Einflussfaktoren wie etwa bedeutsame Vorgänge bei den außerordentlichen Erträgen oder der Nutzung von Sale-and-Lease-Back-Verfahren. Entsprechend der Bedeutung der bilanzpolitischen Maßnahmen gehen diese mit unterschiedlichen Gewichten ein. Auch wird in Form von Bagatellgrenzen berücksichtigt, ob die jeweiligen Maßnahmen betragsmäßig ins Gewicht fallen. Zusammengefasst ergibt sich eine zahlenmäßig ausgedrückte Bewertung des Bilanzierungsverhaltens: Es gilt als neutral, wenn ein Unternehmen die Wahlrechte wie die Masse der zu beurteilenden Unternehmen ausübt; andernfalls ist es bei einer gewinnmindernden Bilanzpolitik als konservativ, bei einer gewinnsteigernden als progressiv einzustufen mit der Folge, dass der nach Diskriminanzanalyse ermittelte Bonitätsindex angehoben beziehungsweise abgesenkt wird. Die Übergänge in der Bewertung dieser drei Verhaltensformen sind fließend gestaltet.

Datenaufbereitung: Finanzflussrechnung und Einzelkennzahlen

*Standardisierte
Daten-
aufbereitung*

Die Aufbereitung der Daten ist darauf ausgerichtet, die Fähigkeit des Unternehmens aufzuzeigen, seinen finanziellen Verpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Von Bedeutung ist, ob ein Unternehmen aus seiner Geschäftstätigkeit in ausreichendem Umfang Finanzmittel erwirtschaftet, so dass das Ausfallrisiko eines an die Bundesbank verpfändeten Wirtschaftskredits als sehr gering anzusehen

ist. Für diesen zahlungsorientierten Untersuchungszweck bietet sich eine Finanzflussrechnung an. Weil die Restlaufzeit der verpfändeten Kreditforderungen höchstens zwei Jahre, die der Handelswechsel sechs Monate betragen darf, steht die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit auf mittlere Sicht im Vordergrund.

Die erfassten Daten werden systemseitig in eine Finanzflussrechnung umgesetzt. Als eine Schlüsselgröße weist sie den „Einnahmenüberschuss“ aus, also die aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschafteten verfügbaren Mittel (Cash-Flow). Der Einnahmenüberschuss steht dem Unternehmen zur Verfügung, um Investitionen zu finanzieren, Gewinne auszuschütten, Schulden zu tilgen oder den Bestand an flüssigen Mitteln zu erhöhen. Die Finanzflussrechnung zeigt zum anderen auf, wie ein Unternehmen den Einnahmenüberschuss verwendet beziehungsweise einen Ausgabenüberschuss deckt. Die Finanzvorgänge sind aufgeschlüsselt nach kurzfristigem und langfristigem Fremdkapital sowie Eigenkapital. In der Gesamtsicht spiegelt die Finanzflussrechnung ein strukturiertes und verdichtetes Bild der Finanzströme aus den Umsatz-, Investitions- und Finanzierungsprozessen wider.

*Finanzfluss-
rechnung*

Zur Beurteilung wichtiger betriebswirtschaftlicher Merkmale und zur besseren Vergleichbarkeit der Unternehmen untereinander wird aus den Daten eine Reihe von Einzelkennzahlen errechnet. Um branchentypischen Besonderheiten Rechnung zu tragen, wird ein Unternehmen nach seinem Hauptgeschäftsfeld entsprechend der Systematik des Statisti-

*Betriebs-
wirtschaftliche
Einzel- und
Branchen-
kennzahlen*

schen Bundesamtes einem Wirtschaftszweig zugeordnet und seine Kennzahlen mit den Quartilen der betreffenden Branche ausgewiesen; eine Unterteilung in bis zu drei Umsatzgrößenklassen trägt zusätzlich zur Vergleichbarkeit bei. Liegen Kennzahlen über mehrere Jahre vor, können sich Anhaltspunkte für die Entwicklung eines Unternehmens in seinem Markt beziehungsweise in seinem Wettbewerbsumfeld ergeben.

Aus der Vielzahl betriebswirtschaftlicher Kennzahlen stehen solche im Vordergrund, die sich für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit als besonders geeignet erwiesen haben, das heißt, die sich durch eine herausgehobene Trennschärfe bei der Unterscheidung von Unternehmen in „notenbankfähige“ und „nicht notenbankfähige“ auszeichnen. Vorrangig sind dies Kennzahlen zu den Liquiditäts-, Finanzierungs- und Ertragsverhältnissen:

- Für die Beurteilung der Fähigkeit, disponible Mittel aus der Geschäftstätigkeit zu erwirtschaften, ist der Einnahmenüberschuss die zentrale Größe. Als Ausdruck der Innenfinanzierungskraft fließt er bei der Ermittlung von drei Kennzahlen ein: Die Einnahmenüberschussquote zeigt den Anteil des Umsatzes, der dem Unternehmen zur weiteren Disposition verblieben ist. Die Schuldentilgungsfähigkeit ist ein Gradmesser für die Fähigkeit, Verbindlichkeiten aus eigenerwirtschafteten Mittelzuflüssen zurückzuzahlen. Die Kapitalrückflussquote gibt an, welcher Teil des gebundenen Vermögens über den Umsatzprozess wieder verfügbar geworden ist.

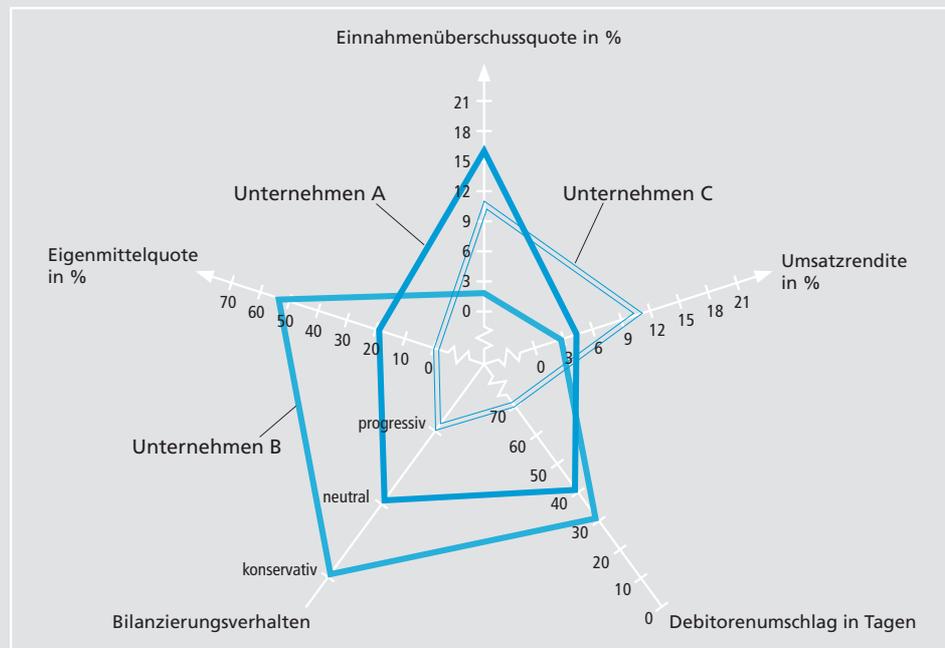
Hinweise auf die Liquiditätsverhältnisse geben ferner Debitoren- und Kreditorenumschlag, die Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen ins Verhältnis zu den Umsatzerlösen setzen: Hohe Werte bei der Debitorenkennzahl bedeuten eine entsprechende Bindung von Liquidität; im zwischenbetrieblichen Vergleich auffällig nach oben abweichende Daten bei der Kreditorenkennzahl deuten auf eine branchenunübliche Nutzung von Zahlungszielen hin, also auf mögliche Liquiditätsprobleme.

- Eine Schlüsselgröße der Finanzierungsstruktur wird mit der Eigenkapital beziehungsweise Eigenmittelquote abgebildet (Eigenmittel als Eigenkapital zuzüglich langfristiger Gesellschafterdarlehen). Sie ist eine der maßgeblichen Größen zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit und beeinflusst damit insbesondere auch die Zugangsmöglichkeiten für Kreditaufnahmen bei Geschäftsbanken.
- Die Ertragslage wird anhand der Umsatzrendite (vor Steuern) sowie der Betriebsrendite als Ergebnis der eigentlichen Geschäftstätigkeit beurteilt.

Notenbankfähige Unternehmen sind in aller Regel durch einen ausreichend hohen Zufluss an flüssigen Mitteln aus dem laufenden Geschäft, eine sehr solide Ausstattung mit Eigenmitteln und eine angemessene Rentabilität gekennzeichnet. Die Ergebnisse bei einzelnen Kennziffern weisen durchaus eine beachtliche Bandbreite auf, doch vermögen

*Kennzeichen
notenbank-
fähiger Unter-
nehmen*

Exemplarische Kennzahlenkombinationen (Verarbeitendes Gewerbe)



Deutsche Bundesbank

notenbankfähige Unternehmen eine Schwäche bei einer Kennzahl, durch Stärken bei anderen auszugleichen. Im Ergebnis gibt es also kein starres Raster hinsichtlich eines Anforderungskatalogs bei einzelnen Kennzahlen. Beispielhaft ist dies im oben stehenden Schaubild anhand der Kennzahlenwerte für drei notenbankfähige Unternehmen dargestellt.

Unternehmen „A“ repräsentiert ein notenbankfähiges Unternehmen mit weitgehend ausgewogenen Kennzahlenwerten und neutraler Bilanzierung, was in etwa dem Normalfall entspricht. Hingegen spiegeln die Einzelkennzahlen der Unternehmen „B“ und „C“ hinsichtlich ihrer Bonitätsaussage ein eher heterogenes Bild wider. So überkompensiert Unternehmen „B“ sowohl seine unterdurchschnittliche Rendite als auch die deutlich

schwächere Liquidität mit der weit überdurchschnittlichen Eigenmittelquote und einer konservativen Bilanzierung. Bei dem Unternehmen „C“ gleichen die herausragende Rendite und gute Liquidität den Malus einer progressiven Bilanzierung, die recht niedrige Eigenmittelausstattung und die schwächere Debitorenkennzahl aus. Im Ergebnis weisen die mit ihren unterschiedlichen Kennzahlenwerten dargestellten Unternehmen im Rahmen der Bundesbankanalyse eine vergleichbare Bestandsfestigkeit aus. Diese von einem starren Schema abweichende Vorgehensweise zeigt, dass der ermittelte Bonitätsindex der Vielfalt der Einflussfaktoren Rechnung trägt und entsprechende Kompensationsmöglichkeiten abzubilden im Stande ist. Ausschlaggebend für die Bonitätseinstufung ist deshalb das Gesamtbild der wirt-

schaftlichen Verhältnisse, wie es sich in einer Gesamtkennzahl spiegelt, die modellgestützt ermittelt wird.

Modellgestützter Klassifikationsvorschlag

Diskriminanzfunktion liefert erste Bonitäts-einstufung

Die Auswertung der Daten erfolgt modellgestützt in zwei Schritten. Eine Diskriminanzfunktion dient dazu, für jedes Unternehmen eine Gesamtkennzahl zu errechnen, die einen ersten Hinweis auf die Bonität eines Unternehmens gibt (siehe methodische Erläuterungen auf S. 70). Gesondert nach drei Bereichen (Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Sonstige Unternehmen) werden von den Einzelkennzahlen jene in Diskriminanzfunktionen verarbeitet, die sich nach Plausibilität und statistischen Tests als besonders geeignet für die Klassifizierung der Bonität erwiesen haben. Aus der Summe dieser gewichteten Einzelkennzahlen einschließlich des skalierten Bilanzierungsverhaltens errechnet sich die Gesamtkennzahl. Liegt sie oberhalb einer diskriminatorischen Trennmarke, so ist das ein erster Hinweis auf die Notenbankfähigkeit des betreffenden Unternehmens. Je weiter die Gesamtkennzahl über dieser Mindestgrenze liegt, umso einwandfreier dürfte in der Regel die Bonität anzusehen sein; je weiter sie diese Untergrenze unterschreitet, umso höher das Ausfallrisiko.

Expertensystem erhöht Trennschärfe...

Um die Trenngüte des Verfahrens zu steigern, kommt im Nachgang zur Diskriminanzanalyse ein Expertensystem zum Einsatz (siehe methodische Erläuterungen auf S. 70). Anhand von festgelegten Regeln unterzieht es eine Fülle von Daten einer eingehenden Analyse. Dabei handelt es sich überwiegend um

finanzwirtschaftliche Daten, aber auch die Rechtsform, die Größe und das Alter eines Unternehmens fließen ein. Das Regelwerk ist dreigeteilt, so dass für die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Handels und für die übrigen zur Gruppe „Sonstige“ zusammengefassten Unternehmen jeweils knapp 40 Regeln gesondert zur Anwendung kommen. Als Ergebnis gibt das Expertensystem an, um welchen Wert die von der Diskriminanzfunktion ermittelte Gesamtkennzahl zu verändern ist und leitet davon den Klassifikationsvorschlag „notenbankfähig“ oder „nicht notesbankfähig“ ab.

... und klassifiziert

Eine Unterteilung in mehr als diese beiden Bonitätsklassen – was mit der Gesamtkennzahl als Bonitätsmaß grundsätzlich und ohne erheblichen Aufwand möglich wäre – wird derzeit zwar untersucht, jedoch noch nicht praktiziert. Primäres Ziel ist es, die Unternehmen hinsichtlich ihrer Notenbankfähigkeit einzustufen. Mit dieser speziellen Zielsetzung unterscheidet sich das Bonitätsbeurteilungsverfahren der Bundesbank zunächst von jenen der Kreditinstitute beziehungsweise der Ratingagenturen, bei denen die Einstufung der Kreditqualität in erster Linie der risikoadäquaten Konditionsgestaltung dient, was eine vielstufige Bonitätsskala erfordert. Allerdings ist langfristig eine Aufteilung in mehrere Bonitätsklassen für die Bundesbank sinnvoll, um einen besseren Vergleich ihres Bonitätsbeurteilungsverfahrens mit denen anderer Notenbanken⁹ beziehungsweise anderen „Ratingquellen“ zu ermöglichen.

⁹ Vgl. hierzu: M. Bardos (2001), Développements récents de la méthode des scores de la Banque de France, in: Bulletin de la Banque de France, Nr. 90, S. 73 ff.

Modellgestützter Teil des Bonitätsbeurteilungsverfahrens

Diskriminanzanalyse und Expertensystem dienen dem Zweck, den Bonitätsgrad eines Unternehmens in einer einzigen Zahl abzubilden. Die Diskriminanzfunktion bündelt Einzelkennzahlen zu einer Gesamtkennzahl, das Expertensystem verändert diese nach Verarbeitung weiterer bonitätserheblicher Daten und gibt die so ermittelte Gesamtkennzahl als Ergebnis des standardisierten Teils des Bonitätsbeurteilungsverfahrens aus.

Diskriminanzanalyse

Die Diskriminanzanalyse ist eine statistische Methode, die sich nutzen lässt, um aus der großen Zahl gängiger Unternehmenskennzahlen die für die Bonitätsbeurteilung geeigneten auszuwählen, sie zu gewichten und für jedes Unternehmen zu einer einzigen Kennzahl zusammenzufassen. Hierzu wird eine Stichprobe mit zwei bonitätsmäßig gegensätzlichen Gruppen von Unternehmen gebildet: solvente und bereits insolvente. Auf dieser Datengrundlage wird eine (lineare) Diskriminanzfunktion mit jenen Einzelkennzahlen bestimmt, die diese Unternehmen möglichst zutreffend entsprechend ihrer Bonität einordnen. Zu welcher der beiden Gruppen ein Unternehmen zählt, entscheidet sich durch Vergleich seiner Gesamtkennzahl mit einer Gesamtkennzahl, die solvente von insolventen Unternehmen trennt. Liegt die Gesamtkennzahl eines Unternehmens über dieser Trennmarke, ist es den mit hoher Wahrscheinlichkeit solventen zuzuordnen, andernfalls den weniger ausgeprägt zahlungsfähigen. Im Zuge der Diskriminanzanalyse lassen sich die Parameter der Trennfunktion so bestimmen, dass die Klassifikationsfehler – (I) Akzeptanz eines Zahlungsunfähigen oder (II) Ablehnung eines Zahlungsfähigen – minimiert werden.

Für die Leistungsfähigkeit der Diskriminanzfunktion sind zutreffende Klassifikation und Trennschärfe bedeutsam. Klassifikationsfehler können in beiden Richtungen auftreten, wobei naturgemäß der Fehler, insolvent gewordene Unternehmen als solvent einzustufen, kleinstmöglich ausfallen sollte. Die Trennschärfe ist auf folgendes Kriterium ausgerichtet: Ein Unternehmen sollte umso eher bei den solventen beziehungsweise insolventen Unternehmen eingruppiert werden, je weiter seine Gesamtkennzahl oberhalb beziehungsweise

unterhalb des Trennpunkts liegt. Statistische Tests bestätigten die Tauglichkeit der Diskriminanzanalyse für das Bonitätsbeurteilungsverfahren, gleichwohl lassen sich die Ergebnisse durch den Einsatz eines Expertensystems noch verbessern.

Expertensystem

Das Expertensystem macht Unternehmensmerkmale für die Bonitätsbeurteilung nutzbar, die in die Diskriminanzfunktion nicht oder nicht unmittelbar eingehen. Ferner wird das Datenmaterial je nach Merkmal unter einem statischen oder dynamischen Blickwinkel untersucht. Das Expertensystem ermittelt, um welchen Wert die von der Diskriminanzfunktion ausgegebene Gesamtkennzahl zu verändern ist. Von besonderer Bedeutung ist der Einsatz des Expertensystems vor allem dort, wo Unternehmen mit einer Gesamtkennzahl nahe der Trennmarke dem notenbankfähigen oder nicht notenbankfähigen Bereich zuzuordnen sind.

Das Expertensystem ist ein Verfahren der Künstlichen Intelligenz. Es beurteilt Unternehmensmerkmale anhand von Regeln in Form von Wenn-Dann-Beziehungen. Diese Beziehungen sind verbal formuliert, wie: „Wenn Gesamtleistung etwa gleich und Umsatzrendite gestiegen, dann erhöhe Gesamtkennzahl“. Damit eine Regel vom System mit dem jeweiligen zahlenmäßigen Merkmalswert eines Unternehmens verglichen werden kann, muss dieser ebenfalls verbalisiert werden. Mit einer so genannten Zugehörigkeitsfunktion wird der Merkmalswert charakterisiert, etwa durch eine der Eigenschaften „gestiegen – etwa gleich – gesunken“. Die Zugehörigkeitsfunktion bestimmt zudem, zu welchem Grad die jeweilige Eigenschaft gegeben ist. In Abhängigkeit vom Erfülltheitsgrad einer Eigenschaft und dem Gewicht der zugehörigen Regel ergibt sich deren Einfluss auf die Veränderung der Gesamtkennzahl. Die Werte für die angesprochenen Regeln werden so zusammengefasst, dass sich für kein Unternehmen die Gesamtkennzahl aus der Diskriminanzanalyse um mehr als einen festgelegten Wert erhöht beziehungsweise verringert. Dies geschieht, um eine „Verwässerung“ des diskriminanzanalytischen Kerns des Verfahrens zu vermeiden.

*Hoher Bonitäts-
standard meist
nachhaltig*

Die so vom Verfahren als notenbankfähig klassifizierten Unternehmen weisen einen hohen Bonitätsstandard auf. Sie erweisen sich in der Regel als recht „zyklusrobust“, das heißt, auch in schwierigerem konjunkturellen Umfeld liegen sie großenteils im notenbankfähigen Bereich. Wanderungsbewegungen sind insbesondere für Unternehmen festzustellen, die sich mit ihrem nach Expertensystem ermittelten Gesamtwert näher an der Grenze der als notenbankfähig definierten Mindestschwelle bewegen. In diesem Wertebereich können bereits geringfügige Schwankungen der Jahresabschlusszahlen zu einer Änderung des verfahrenstechnisch ermittelten Klassifizierungsvorschlags führen.

Schwankt hingegen der Gesamtwert eines Unternehmens im Konjunkturverlauf im oberen notenbankfähigen Bereich, führt dies in der Regel nicht zu einer Veränderung der Klassifikation, das Unternehmen bleibt als notenbankfähig klassifiziert. Für die Gefahr der Abstufung ist also die relative Größe des ermittelten Bonitätsindex entscheidend.

In der Ex-post-Betrachtung zeigt sich, dass von den Unternehmen, die nach der aktuellen Version des Verfahrens mit ihrem Jahresabschluss 1999 als notenbankfähig klassifiziert werden, fast drei Viertel auch auf Basis des Jahresabschlusses 2002 diese Bonitätseinstufung erreichen.

Entscheidung über die Notenbankfähigkeit

Der Klassifikationsvorschlag hat eine hohe Bindungswirkung für das am Ende des Ver-

fahrens festzulegende Krediturteil. Gleichwohl entscheiden die örtlich zuständigen Stellen in den Hauptverwaltungen beziehungsweise Filialen über das abschließende Krediturteil. Dies soll sicherstellen, dass bonitätserhebliche Tatsachen individuell berücksichtigt werden, die modellgestützt nicht verarbeitet werden können. Dabei kann es sich um Entwicklungen nach dem Zeitpunkt des Jahresabschlusses handeln, um die Beurteilung der Nachhaltigkeit von Veränderungen wichtiger Positionen der Bilanz oder Erfolgsrechnung, die Einbeziehung der Bonität verbundener Unternehmen (Konzernabschluss) oder um branchentypische Besonderheiten eines Unternehmens, die im Modell nicht angemessen berücksichtigt werden können. Ferner lassen sich durch den Kontakt zu den Unternehmen bemerkenswerte Änderungen in der Marktstellung oder in der Geschäftsleitung einbeziehen. Die Summe derartiger für das Gesamtbild verwertbarer Informationen kann zu einer Abweichung des Krediturteils vom systemseitigen Klassifikationsvorschlag führen. Mit Blick auf die Einhaltung der Bonitätsanforderungen des Eurosystems sind jedoch „Heraufstufungen“ enge Grenzen gesetzt und insofern nur in begründeten Fällen möglich.

Das Krediturteil – „notenbankfähig“ beziehungsweise „nicht notenbankfähig“ – teilt die jeweilige Hauptverwaltung beziehungsweise Filiale aus Vertraulichkeitsgründen ausschließlich dem beurteilten Unternehmen sowie auf Anfrage dem Kreditinstitut mit, das den Wirtschaftskredit als Sicherheit nutzen möchte. Die örtlich zuständigen Stellen stehen dem Unternehmen zur

*Klassifikations-
vorschlag ist
Ausgangspunkt
für das Kredit-
urteil*

*Kommunikation
des Kredit-
urteils*

Verfügung, die Bonitätseinstufung zu erläutern und für das Unternehmen leichter nachvollziehbar zu machen. Sie stellen auf Wunsch eine Auswertungsübersicht bereit, aus der die Umsetzung der Unternehmensdaten in die Finanzflussrechnung und in Einzelkennzahlen zu entnehmen ist. Sie beinhaltet ferner einen Quervergleich von Einzelkennzahlen mit branchen- und größenmäßig gleichartigen Unternehmen. Die Höhe der Gesamtkennzahl gibt eine Orientierung, wie gesichert die Notenbankfähigkeit ist. Einzelheiten zum Auswertungsverfahren sind in der Broschüre „Beurteilung der Bonität von Unternehmen durch die Deutsche Bundesbank im Rahmen der Refinanzierung deutscher Kreditinstitute“¹⁰ für Interessierte ausführlicher dargestellt.

Die Unternehmen erhalten also durch die Bonitätsbeurteilung der Bundesbank eine externe, unabhängige Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und gegebenenfalls die Bonitätseinstufung „notenbankfähig“. Diese kann sich im Geschäftsverkehr mit Kreditinstituten und anderen Unternehmen als nützlich erweisen.

Mit Blick auf die Verwendung des Krediturteils als Grundlage für die Entscheidung, eine Sicherheit anzunehmen oder nicht, erübrigt sich zwar eine stärker differenzierte Bonitätskala. Doch kann das Fehlen dieser Differenzierung insbesondere bei Unternehmen, die als nicht notesbankfähig eingestuft werden, Fragen der Orientierung über die eigene Bonität aufwerfen. Tatsächlich ist das Bonitätsspektrum bei nicht notesbankfähigen Unternehmen sehr breit. Dies ist schon wegen der

sehr anspruchsvollen Bonitätsvorgaben für die Notenbankfähigkeit nicht anders zu erwarten und bedeutet deshalb keinesfalls, dass bei den Unternehmen, die dieses Testat nicht erhalten, ernste Zweifel an der Bestandsfähigkeit bestehen. Bei vielen dieser Unternehmen darf davon ausgegangen werden, dass sie in geordneten Kreditbeziehungen mit ihren Banken stehen, also kreditwürdig sind. Je nach Bonität stellen die Unternehmen gegebenenfalls Sicherheiten als Rückhalt für die kreditgewährende Bank. Im Gegensatz dazu scheidet im Notenbankverfahren – hier besteht das Kreditverhältnis zwischen Zentralbank und Geschäftsbank – eine andere Absicherung als durch zweifelsfreie Bonität der Sicherheit „Wirtschaftskredit“ aus. Allenfalls mittels Garantieerklärung einer notesbankfähigen Adresse kann ein auf Grund der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht notesbankfähiges Unternehmen „hochgestuft“ werden.

Kritische Fragen hinsichtlich der Notenbankfähigkeit lassen sich am besten in einem Gespräch zwischen Unternehmen und zuständiger Hauptverwaltung beziehungsweise Filiale klären. Auf diesen Austausch legt die Bundesbank besonderen Wert, weil – wie aufgezeigt – für das Krediturteil neben den Zahlen des Jahresabschlusses auch die individuellen Verhältnisse eines Unternehmens maßgeblich sind, die am besten im Rahmen eines Bilanzgespräches besprochen werden können. Des Weiteren ist die Bundesbank bestrebt, die Er-

*Abstimmung
kritischer
Fragen*

¹⁰ Die Broschüre steht in elektronischer Form unter der Internetadresse „www.bundesbank.de/download/gm/gm_broschuere_bonitaetunternehmen.pdf“ zur Verfügung.

gebnisse ihrer Bonitätsbeurteilungen den Unternehmen auf transparente und nachvollziehbare Weise zu übermitteln, wozu – insbe-

sondere bei negativer Änderung des Bonitätsurteils – auch die Darlegung der hierfür ausschlaggebenden Gründe gehört.



Neue Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II)

Basel II stellt die bedeutendste Änderung des Bankenaufsichtsrechts seit Ende der achtziger Jahre dar. Am 26. Juni 2004 haben die Notenbankgouverneure der Zehnergruppe (G10) und die Leiter der Aufsichtsbehörden dieser Länder der vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgelegten Rahmenvereinbarung über die neue Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute (Basel II) zugestimmt. Nach über fünfjährigen Beratungen ist damit ein bedeutender Meilenstein in der internationalen Harmonisierung der bankenaufsichtlichen Vorschriften erreicht worden.

Wesentliches Ziel der neuen Regelungen ist es, die Kapitalanforderungen an Banken stärker als bisher vom eingegangenen Risiko abhängig zu machen sowie neuere Entwicklungen an den Finanzmärkten und im Risikomanagement der Institute zu berücksichtigen. Weitere Schwerpunkte liegen in der Vorgabe von Grundprinzipien für die qualitative Bankenaufsicht sowie einer Erweiterung der Offenlegungspflichten zur Stärkung der Marktdisziplin.

Parallel zu den Arbeiten des Baseler Ausschusses hat die EU-Kommission zur Umsetzung der Baseler Vorschläge in europäisches Recht am 14. Juli 2004 Richtlinienvorschläge vorgelegt; die Beratungen im Ecofin-Rat und im Europäischen Parlament sollen möglichst in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Ziele der überarbeiteten Eigenkapitalregelungen

*Überarbei-
tungsbedarf
von Basel I*

Die zurzeit geltenden internationalen Eigenkapitalregelungen für Banken, der so genannte Basel-I-Akkord von 1988, sind bereits Mitte der neunziger Jahre in die Kritik geraten. Wesentlicher Grund hierfür ist die von Seiten der Aufsicht vorgegebene, wenig differenzierende Berechnung der Kapitalanforderungen auf Kreditrisiken, mit der das tatsächliche Risiko oft nur unzureichend abgebildet wird. Hinzu kommt, dass in diesem Regulierungsrahmen neuere Finanzinstrumente und Methoden zur Kreditrisikosteuerung kaum berücksichtigt werden. Auch entspricht die Ausrichtung der Eigenkapitalanforderungen allein an Kredit- und Marktpreisrisiken nicht dem tatsächlichen Risikoprofil einer Bank.

*Bandbreite
zugelassener
Risikomess-
verfahren*

Mit Basel II sollen diese Schwächen soweit wie möglich beseitigt werden. Die bankenaufsichtliche Risikomessung wird sich stärker an die Risikosteuerungsmethoden der Banken annähern. Bandbreite und Entwicklungsstand der angewandten Risikomessmethoden sind jedoch bei den einzelnen Banken sehr unterschiedlich. Basel II trägt dieser Tatsache durch ein evolutionäres Konzept unterschiedlich fortgeschrittener Verfahren Rechnung: Für die drei zentralen Risikobereiche der Kreditinstitute, das Kreditrisiko, das Marktpreisrisiko und das operationelle Risiko, stehen künftig wahlweise sowohl standardisierte Erfassungskonzepte als auch feinere bankeigene Verfahren und Modelle zur Verfügung. Die genaueren Verfahren der Risikomessung führen zu

Erleichterungen bei den Kapitalanforderungen.

Die bankenaufsichtliche Erfahrung hat im Übrigen gezeigt, dass Eigenkapitalanforderungen, so wertvoll sie als Puffer für Verluste und als Risikobegrenzungsnormen auch sind, für sich allein keine hinreichende Gewähr für die Solvenz einer Bank darstellen. Der Baseler Ausschuss ergänzt die Mindestkapitalanforderungen deshalb um eine intensiviertere qualitative Bankenaufsicht (Säule II). Dies führt für Deutschland unter anderem zu einer Ausweitung der Prüfungstätigkeit „vor Ort“, die hauptsächlich von der Bundesbank durchgeführt werden wird. Entscheidend ist, das Gesamtrisiko eines Instituts und die wesentlichen Einflussfaktoren auf dessen Risikosituation zu identifizieren und bankenaufsichtlich zu würdigen. Darüber hinaus ist die Erweiterung der Offenlegungspflichten der Institute vorgesehen, um die disziplinierenden Kräfte der Märkte komplementär zu den regulatorischen Anforderungen zu nutzen (Säule III).

*Stärkung von
qualitativer
Bankenaufsicht
und Markt-
transparenz*

Säule I: Mindestkapitalanforderungen

Herzstück der neuen Baseler Rahmenvereinbarung sind die quantitativen Eigenkapitalanforderungen, die sich aus unterschiedlich komplexen Verfahren zur Messung der relevanten Risiken ergeben.

Standardansatz Kreditrisiko

Im Standardansatz für die Bemessung des Kreditrisikos hängen die Risikogewichte für Forderungen an Staaten, Banken und Unter-

Standardansatz

nehmen (einschl. Versicherungen) von der Einschätzung aufsichtlich anerkannter,¹⁾ externer Bonitätsbeurteilungsagenturen ab. Je nach Höhe der externen Beurteilung erhalten geratete Forderungen ein Risikogewicht von 0 %, 20 %, 50 %, 100 % oder 150 %. Ungeratete Forderungen werden mit 100 % gewichtet.²⁾

Forderungen an Banken

Bei Forderungen an Banken wird der Ansatz, das Risikogewicht in Abhängigkeit vom externen Rating der Banken selbst zu bestimmen, in der so genannten Option 2 abgebildet. Abweichend hiervon besteht jedoch auch die Möglichkeit, das Risikogewicht aus der Beurteilung des Sitzstaates der jeweiligen Bank abzuleiten (Option 1). Banken werden dabei grundsätzlich eine Kategorie schlechter als der Sitzstaat eingestuft. Diese Option ist insbesondere aus Sicht kleiner und mittlerer Banken vorteilhaft, könnte sich doch sonst deren geringe Ratingabdeckung negativ auf ihre Refinanzierungsmöglichkeiten auswirken. Banken mit Sitz in Deutschland erhalten dabei – wie bisher – ein Risikogewicht von 20 %.

Forderungen an Unternehmen

Auch für Unternehmensforderungen ergeben sich gegenüber der derzeitigen Behandlung keine wesentlichen Änderungen bei der geforderten Kapitalunterlegung, weil ungeratete Forderungen wie bisher mit 100 % angerechnet werden. Derzeit verfügen weniger als 100 Unternehmen in Deutschland über eine von einer Ratingagentur veröffentlichte Beurteilung.

Aufsichtliches Privatkundenportfolio

Neu ist das so genannte „aufsichtliche Privatkundenportfolio“, das neben Forderungen gegenüber natürlichen Personen auch Kredite

Risikogewichte im Standardansatz

Rating 1)	%			
	Staaten	Banken		Nicht-banken
		Option 1	Option 2	
AAA bis AA–	0	20	20	20
A+ bis A–	20	50	50	50
BBB+ bis BBB–	50	100	50	100
BB+ bis BB–	100	100	100	100
B+ bis B–	100	100	100	150
unter B–	150	150	150	150
ohne Rating	100	100	50	100

1 Z. B. Standard & Poor's.

Deutsche Bundesbank

an kleine Unternehmen umfasst. Zuordnungskriterien sind zudem die Art des Kredits (z. B. revolvingende Kredite, Anschaffungsdarlehen etc.) und die Höhe der zusammengefassten Kredite an einen Kreditnehmer von bis zu 1 Mio €. Das einheitliche Risikogewicht in dieser Kategorie beträgt 75 %; dies entspricht einer signifikanten Absenkung der Kapitalanforderung für Retail-Forderungen. Dem aufsichtlichen Privatkundenportfolio kann voraussichtlich ein erheblicher Teil aller deutschen Unternehmen mit ihren Krediten zugeordnet werden.

1 Die nationalen Aufsichtsbehörden entscheiden darüber, ob die Beurteilungen einer Ratingagentur zur Ableitung der Risikogewichte im Standardansatz geeignet sind.

2 Eine Ausnahme bildet die Option 2 für Forderungen gegenüber Banken, bei der das Risikogewicht für ungeratete Forderungen 50 % beträgt.

Durch Grundpfandrechte besicherte Forderungen

Das Risikogewicht für Forderungen, die durch Grundpfandrechte auf Immobilien, die vom Kreditnehmer bewohnt oder vermietet werden, besichert sind, wurde von 50 % auf 35 % gesenkt. Bei einer Besicherung durch gewerbliche Immobilien ist eine Anrechnung mit 50 % möglich, sofern bestimmte zusätzliche Qualitätsbedingungen erfüllt sind. Die EG-Richtlinie fasst die Zuordnungskriterien für diese Forderungskategorien etwas weiter als die Baseler Rahmenvereinbarung.

Risikogewicht von 150 %

Mit einem erhöhten Risikogewicht von 150 % werden Forderungen belegt, die ein schlechtes externes Rating aufweisen. Weiterhin wird ein 150 %-Risikogewicht angewandt auf den unbesicherten und noch nicht wertberichtigten Teil von Ausleihungen, bei denen der Forderungsschuldner mehr als 90 Tage mit seinen Zahlungen in Verzug ist. Das Risikogewicht kann durch eine Entscheidung der nationalen Aufsicht verringert werden, wenn die gebildeten Einzelwertberichtigungen einen bestimmten Anteil des ausstehenden Forderungsbetrages überschreiten: auf 100 %, wenn die Einzelwertberichtigungen größer als 20 % des ausstehenden Forderungsbetrages sind und auf 50 %, wenn die Einzelwertberichtigungen größer als 50 % des ausstehenden Forderungsbetrages sind.

Der auf internen Ratings basierende Ansatz zur Messung von Kreditrisiken (IRB-Ansatz)

Kreditinstituten wird mit Basel II erstmals die Möglichkeit eingeräumt, die regulatorische Eigenmittelunterlegung für Kreditrisiken mittels bankinterner Verfahren zu bestimmen.

Bankinterne Kreditrisikomodelle, die Diversifikations- und Korrelationseffekte in Portfolios berücksichtigen, werden jedoch aufsichtlich noch nicht zugelassen. Vielmehr wird die Mindesteigenkapitalanforderung grundsätzlich auf Basis der einzelnen Forderungen errechnet und ergibt sich künftig aus aufsichtlichen Risikogewichtsfunktionen. Die Eingangsparameter werden je nach verwendetem Ansatz (Basis-IRB-Ansatz oder fortgeschrittener IRB-Ansatz) teilweise vorgegeben oder von den Banken vollständig geschätzt.

Für die Bestimmung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen durch bankinterne Ratings benötigen die Kreditinstitute eine aufsichtliche Genehmigung, die nach einem Antrag des Instituts und auf Grundlage einer Vor-Ort-Prüfung durch die Aufsicht erteilt werden kann. Ob bankinterne Ratings eingesetzt werden, ist eine institutseigene Entscheidung. Nach einer ersten Umfrage vom Sommer 2003 geht die deutsche Aufsicht davon aus, dass bis zu 800 Institute einen Antrag auf Zulassung zum IRB-Ansatz stellen werden. Eine erneute Umfrage im Herbst 2004 wird diese Zahlen konkretisieren.

Wie im Standardansatz zur Unterlegung von Kreditrisiken sind auch im IRB-Ansatz verschiedene aufsichtliche Forderungsklassen definiert. Das Schaubild auf Seite 79 zeigt die Unterteilung der Kreditrisikoaktiva in Forderungsklassen.

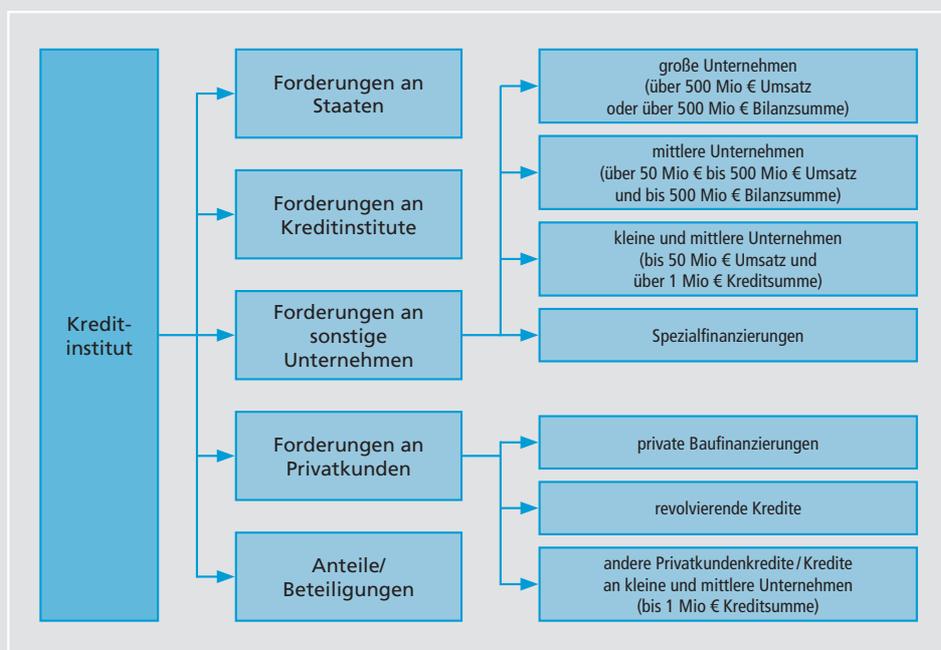
Die Forderungen an Unternehmen und an Privatkunden wurden jeweils in drei Unterklassen unterteilt, für die unterschiedliche Risikogewichtsfunktionen Anwendung finden. Die

Bestimmung der regulatorischen Eigenmittelanforderung durch bankinterne Methoden

Freiwilligkeit des IRB-Ansatzes

Forderungsklassen im IRB-Ansatz

Forderungsklassen im internen Ratingansatz



Deutsche Bundesbank

Vorgehensweise bei der Definition der Forderungen an Privatkunden auf Baseler und EU-Ebene unterscheidet sich allerdings im Detail. In der Baseler Rahmenvereinbarung werden die drei Unterklassen der Privatkundenkredite direkt definiert. Die EG-Richtlinie definiert demgegenüber zunächst die Forderungsklasse der Privatkundenkredite als alle Kredite an natürliche Personen sowie an kleine und mittlere Unternehmen bis zu einer (konsolidierten) Summe von 1 Mio €, die in der Risikosteuerung ähnlich wie Privatkundenkredite behandelt werden. Erst im zweiten Schritt werden dann die drei Unterklassen definiert:

- Private Baufinanzierungen umfassen alle Privatkundenkredite, die mit einer Hypothek oder Grundschuld auf eine Immobilie besichert sind.

- Revolvierende Kredite sind alle revolvingenden, unbesicherten, jederzeit widerrufbaren Kredite an Privatpersonen mit einer Kreditsumme unter 100 000 €.
- Andere Privatkundenkredite umfassen alle übrigen Kredite an Privatpersonen sowie Kredite an Unternehmen, die in die Privatkundenkategorie fallen und nicht mit Grundschulden oder Hypotheken besichert sind.

Durch die zweistufige Abgrenzung der Forderungsklassen innerhalb des Privatkundenportfolios ergeben sich leichte Unterschiede zwischen den Baseler und Brüsseler Regelungen. So würden nach den Baseler Regelungen Kredite an kleine Unternehmen, die mit Grundschulden auf gewerbliche Objekte besichert

sind, der Klasse „Andere Privatkundenkredite“ zugeordnet, da sich die Baseler Definition für private Baufinanzierungen nur auf wohnwirtschaftliche Kredite bezieht. Im Brüsseler Kontext würde der angeführte Beispielkredit hingegen den privaten Baufinanzierungen zugeordnet werden. Die daraus resultierenden Unterschiede bei den Eigenmittelanforderungen sind nach derzeitiger Einschätzung gering. Für die Umsetzung in nationales Recht wird deshalb voraussichtlich nur auf die Abgrenzungskriterien der EG-Richtlinie abgestellt.

*IRB-Basisansatz
und fortgeschrittener
IRB-Ansatz*

Die Eigenmittelunterlegung im IRB-Ansatz ergibt sich bis auf einen Vorfaktor von 8 % als Produkt aus der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default: EAD) und dem Ergebnis der Risikogewichtsfunktion, die von den Risikoparametern Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default: PD), Verlustquote (Loss Given Default: LGD) und effektive Restlaufzeit der Forderung (Maturity: M) abhängt. Innerhalb des IRB-Ansatzes können Kreditinstitute zwischen zwei Stufen wählen, die sich hinsichtlich der bankintern zu schätzenden Parameter und der Mindestanforderungen unterscheiden.

Im IRB-Basisansatz werden bankintern nur die PD pro Ratingklasse für die Kreditnehmer geschätzt. LGD und EAD werden bankenaufsichtlich vorgegeben und sind abhängig von der Art des Produkts sowie von den gestellten Sicherheiten. Die Anrechnung der Sicherheiten folgt für den Basis-IRB-Ansatz im Wesentlichen den Regeln des Standardansatzes. Die Restlaufzeit für Forderungen an Unternehmen, Banken und Staaten ist grund-

sätzlich auf 2,5 Jahre festgesetzt. Nach nationalem Wahlrecht kann jedoch auch die Berücksichtigung der effektiven Restlaufzeit vorgeschrieben werden.

Im fortgeschrittenen IRB-Ansatz dagegen schätzen die Kreditinstitute alle vier Risikoparameter (PD, LGD, EAD, M) selbst. Das Risikogewicht hängt bei Forderungen an Unternehmen, Banken und Staaten grundsätzlich von der effektiven Restlaufzeit ab. Nach nationalem Wahlrecht kann für Kredite an Unternehmen mit einem Jahresumsatz und einer Bilanzsumme bis jeweils 500 Mio € eine einheitliche Restlaufzeit von 2,5 Jahren verwendet werden.

Der in den zwei Stufen sichtbare evolutionäre Aufbau der Baseler Eigenmittelanforderungen bietet Kreditinstituten die Möglichkeit, ihre Risikomesssysteme schrittweise zu den fortgeschritteneren Ansätzen weiterzuentwickeln. Kleinere Institute, denen eigene Schätzungen von LGD und EAD unter Kosten-Nutzen-Aspekten zu ambitioniert erscheinen, können dauerhaft den IRB-Basisansatz anwenden. Die wichtige Rolle des IRB-Basisansatzes zeigt sich auch in den Ergebnissen der Umfrage vom Sommer 2003: Von den 800 Instituten, die potenziell den IRB-Ansatz verwenden werden, planen nur circa 30 die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes.

Kreditinstitute können sich auf der Grundlage historischer Ausfall- und Verlustdaten eine Vorstellung von den „mittleren“ oder „erwarteten“ jährlichen Verlusten im Kreditgeschäft verschaffen. Erwartete Verluste (Expected

*Kalibrierung
auf unerwartete
Verluste
(UL)*

Losses: EL) sind eine kalkulierbare Kostenkomponente des Kreditgeschäfts, die durch Wertberichtigungen und Zinsmargen abgedeckt sein sollte. Regulatorisches Eigenkapital sollte daher nur für unerwartete Abweichungen von den erwarteten Verlusten, die so genannten unerwarteten Verluste (Unexpected Losses: UL), vorgehalten werden. Diese Abweichungen können potenziell groß sein, kommen dafür aber relativ selten vor. Ein typisches Beispiel hierfür ist das gleichzeitige Ausfallen sehr vieler Kreditnehmer in einem Jahr, beispielsweise in einer Rezession. Die Vorgehensweise der reinen UL-Kalibrierung entspricht auch der Bankpraxis bei der Bestimmung des ökonomischen Kapitals.

Der Baseler Ausschuss hat auf Basis der Kommentare zum Dritten Konsultationspapier die Risikogewichte für Forderungen im IRB-Ansatz neu kalibriert und ist dabei dem UL-Konzept gefolgt. Die neuen Risikogewichte sind zusammen mit weiteren theoretischen Grundlagen der UL-Kalibrierung in einem technischen Anhang dargestellt.

*Konsequenzen
der Neu-
kalibrierung*

Die reine UL-Kalibrierung der Risikogewichte im IRB-Ansatz zog zwei wesentliche Konsequenzen nach sich: Erstens ist von den Kreditinstituten nunmehr nachzuweisen, dass sie – obigen Überlegungen folgend – tatsächlich genügend Wertberichtigungen zur Abdeckung der EL gebildet haben. Eine Unterdeckung des EL führt zu einem Kapitalabzug in Höhe der Unterdeckung. Wenn Kreditinstitute mehr Wertberichtigungen bilden, als auf Basis ihrer EL-Berechnungen nötig wären, können die Überschüsse bis zu einer bestimmten Höhe als Ergänzungskapital anerkannt werden.

Zweitens führt die reine UL-Kalibrierung dazu, dass für ausgefallene Kredite kein Kapital mehr vorzuhalten ist. Die Ursache hierfür liegt im Baseler Risikomodel, in dem die LGD als risikolose Konstante eingeht. In der Realität sind ausgefallene Kredite jedoch risikobehaftet, da die tatsächlichen Verwertungserlöse nicht sicher sind. Ausgefallene Kredite sollten daher eine Kapitalunterlegung erhalten, in der insbesondere auch adverse Konjunkturreinflüsse auf die Erlösquoten abgebildet sind.

Eine Lösung wurde darin gefunden, dass Kreditinstitute ihre bankinternen LGD-Schätzungen nicht mehr an historischen ausfallgewichteten Mittelwerten („default-weighted average LGDs“), sondern an konservativen Konjunktur-Szenarien ausrichten sollen. Kreditinstitute sollen eine so genannte „Abschwung“-LGD („downturn LGD“) schätzen, die die vermutlichen Verluste während eines konjunkturellen Abschwungs enthält. Für ausgefallene Kredite entsteht nunmehr eine Kapitalanforderung als Differenz aus der konservativen Abschwung-LGD und der auf die aktuelle Konjunkturlage konditionierten Wertberichtigung.

Technische Details und modelltheoretische Grundlagen beider Konsequenzen der reinen UL-Kalibrierung sind im technischen Anhang erläutert.

In der bankinternen Risikosteuerung sind Abschwung-LGDs bislang kaum verbreitet. Die Aufsichtsbehörden werden daher gemeinsam mit den Banken an der Entwicklung geeigneter Methoden zur bankinternen Bestimmung

*Abschwung-
LGD noch
wenig
verbreitet*

von Abschwung-LGDs arbeiten. Zudem soll untersucht werden, auf welchen nationalen Märkten und für welche Forderungs- und Sicherheitenarten sich mittlere und Abschwung-LGD signifikant voneinander unterscheiden. Für Märkte, Forderungs- und Sicherheitenarten ohne signifikanten Unterschied bleibt die Verwendung erwarteter ausfallgewichteter LGDs weiterhin möglich.

Mindestanforderungen an den IRB-Ansatz

Für die Anwendung des IRB-Ansatzes benötigen Institute, wie bereits erwähnt, eine Genehmigung der Aufsicht. Sie kann auf Antrag der Institute und nach einer Vor-Ort-Prüfung erteilt werden. Dabei wird die Einhaltung qualitativer und quantitativer Mindestanforderungen geprüft. Diese Mindestanforderungen zielen einerseits auf die Verlässlichkeit der bankinternen Schätzungen der Risikoparameter PD, LGD und EAD ab und damit auf eine angemessene Kapitalunterlegung. Beispiele für solche Anforderungen sind die Implementierung einer von Basel und Brüssel einheitlich vorgegebenen Ausfalldefinition oder die Validierung der geschätzten Risikoparameter, zum Beispiel durch Vergleich mit tatsächlich eingetretenen Ausfällen und Verlusten.

Andererseits sollen die Mindestanforderungen sicherstellen, dass die bankinternen Ratingsysteme auch tatsächlich zur Risikosteuerung des betreffenden Instituts verwendet werden. Beispiel hierfür ist die Nutzung der Ratinginformationen zur Limit- und Kompetenzsetzung in den Managementinformationssystemen sowie in einer risikogerechten Deckungsbeitragsrechnung.

Die Mindestanforderungen haben sich seit den zweiten Konsultationspapieren von Basel und Brüssel nicht wesentlich geändert. Sie wurden bereits in einem Aufsatz im Monatsbericht Januar 2003 ausführlich beschrieben.

Kreditinstitute, die den IRB-Ansatz nutzen, sollen in einem überschaubaren Zeitraum alle bedeutenden Forderungsklassen in diesen Ansatz überführt haben. Eine dauerhafte freie Wahl zwischen Standard- und IRB-Ansatz auf Ebene der Forderungsklassen würde potenziell zum „Rosinenpicken“ zwischen den beiden Ansätzen verführen: Institute könnten versucht sein, jeweils den Ansatz zu wählen, der eine geringere Kapitalunterlegung verspricht. Sowohl in der Baseler Rahmenvereinbarung als auch im EG-Richtlinienentwurf ist daher das dauerhafte Verbleiben im Standardansatz prinzipiell nur für Portfolios mit nicht materiellem (sinngemäß bedeutendem) Volumen und Risikogehalt gestattet. Der Kommissionsvorschlag einer EG-Richtlinie geht jedoch weiter. So dürfen Institute nach den vorgesehenen EU-Regelungen Kredite an Staaten und nachgelagerte staatliche Institutionen des Heimatlandes (Länder und Kommunen) dauerhaft aus dem IRB-Ansatz herausnehmen. Zudem wird kleineren Kreditinstituten erlaubt, auch Forderungen an andere Kreditinstitute dauerhaft im Standardansatz zu belassen. Dieses Portfolio mag in kleineren Instituten zwar volumens- und risikoseitig materiell sein; in vielen Fällen wird es jedoch nur wenige materielle Kontrahenten enthalten, so dass die Entwicklung eines Ratingsystems hierfür einen unverhältnismäßigen Aufwand darstellen würde. Für größere

*Partielle
Nutzung des
IRB-Ansatzes*

und insbesondere für international tätige Institute ist diese Möglichkeit nicht gegeben.

Erste Ideen zur nationalen Umsetzung der partiellen Nutzung

In ersten Diskussionen mit der Kreditwirtschaft kristallisiert sich heraus, dass im Rahmen der nationalen Umsetzung als Bemessungsgrundlage für die temporäre partielle Nutzung des IRB-Ansatzes sowohl EAD als auch risikogewichtete Aktiva (RWA) herangezogen werden sollen. Institute sollen in den IRB-Ansatz eintreten dürfen, wenn mindestens 50 % ihres Kreditexposures, gemessen in EAD, und 50 % ihres Kreditrisikos, gemessen in RWA, mit von der Aufsicht genehmigten internen Ratings bewertet werden. In Bezug auf die dauerhafte partielle Nutzung für einen Rest („Austrittsschwelle“ aus der Übergangszeit) gibt es noch unterschiedliche Vorstellungen: Die unterschiedlichen Vorschläge der Kreditwirtschaft bewegen sich in einer Spannweite zwischen 3 % und 20 % der EAD/RWA, die dauerhaft im Standardansatz verbleiben dürfen. Die deutsche Aufsicht präferiert derzeit Größenordnungen zwischen 5 % und 8 %.

Kreditrisikominderungstechniken

Anrechenbare Sicherheiten

In Zukunft sollen in der Bankpraxis verwendete Methoden zur Kreditrisikominderung³⁾ in wesentlich stärkerem Maße als bisher offensichtlich anerkannt werden. So können künftig auch mittelstandstypische Sicherheiten wie Forderungsabtretungen und physische Sicherheiten Eigenkapital entlastend angerechnet werden. Das nebenstehende Schaubild liefert eine Übersicht der anerkannten Sicherheiten in den einzelnen Ansätzen für das Kreditrisiko.

Anerkannte Sicherheiten nach Basel II

Standardansatz

- Bargeld
- Gold
- Schuldverschreibungen von Staaten, Banken und sonstigen Unternehmen ab einem bestimmten Mindestrating
- Bankschuldverschreibungen ohne Rating, die an einer anerkannten Börse gehandelt werden
- Aktien
- Anteile an Investmentfonds
- Realsicherheiten

Einfacher IRB-Ansatz

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- sonstige, von der nationalen Aufsicht anerkannte Sicherheiten

Fortgeschrittener IRB-Ansatz

- keine Beschränkung des Kreises der anerkannten Sicherheiten, soweit das Kreditinstitut verlässliche Schätzungen zur Werthaltigkeit der Sicherheiten vorweisen kann

Deutsche Bundesbank

Bei der Anrechnung von finanziellen Sicherheiten stehen den Banken zwei Ansätze zur Verfügung. Im einfachen Ansatz wird für den besicherten Teil des Kredits das Risikogewicht des Kreditnehmers durch das der jeweiligen Sicherheit ersetzt. Im umfassenden Ansatz⁴⁾ wird der Forderungsbetrag um den angepassten Wert einer Sicherheit reduziert. Dabei werden mögliche Wertänderungen von Forderung und Sicherheit im Zeitablauf durch die Anwendung von Zu- und Abschlägen („Haircuts“) berücksichtigt. Diese Haircuts hängen unter anderem von der Art der Sicherheit, der angenommenen Haltedauer der zu Grunde

Zwei Ansätze zur Anrechnung von finanziellen Sicherheiten

³ Dazu zählen finanzielle und physische Sicherheiten, Forderungsabtretungen, Garantien, Kreditderivate, Nettingvereinbarungen für Bilanzpositionen und Nettingvereinbarungen für außerbilanzielle Geschäfte.

⁴ Banken, die einen IRB-Ansatz wählen, steht nur der umfassende Ansatz zur Verfügung.

liegenden Transaktion und der Neubewertungsfrequenz ab. Banken können aufsichtlich vorgegebene Haircuts verwenden, es besteht jedoch auch die Möglichkeit, bank-eigene Schätzungen der Haircuts⁵⁾ vorzunehmen.

Netting von Wertpapierpensionsgeschäften

Bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften, die unter eine gemeinsame Nettingvereinbarung mit einem Kontrahenten fallen, ist es Banken zukünftig gestattet, alternativ zum umfassenden Ansatz eigene Value-at-Risk-Schätzungen (VaR) vorzunehmen. Voraussetzung dafür ist eine aufsichtliche Anerkennung des verwendeten VaR-Modells. Untersuchungen haben gezeigt, dass dadurch die Kapitalanforderungen für diese Art von Transaktionen signifikant sinken.

Sicherheiten im IRB-Basisansatz

Im IRB-Basisansatz werden Sicherheiten über eine Reduzierung der LGD angerechnet. Bei anerkannten finanziellen Sicherheiten wird die LGD für den abgesicherten Teil des Kredits auf 0 % verringert. Der angepasste Wert der Sicherheit wird dabei nach den Regelungen des Standardansatzes bestimmt. Für die übrigen Sicherheiten erfolgt – im Vergleich zum dritten Konsultationspapier – eine Absenkung der LGD bis zu 35 % (bei Forderungsabtretung und Realsicherheiten) beziehungsweise bis zu 40 % (bei sonstigen Sicherheiten). Bei diesen Sicherheitenarten wird zusätzlich eine Übersicherung von 125 % (Forderungsabtretung) beziehungsweise 140 % (Real- und sonstige Sicherheiten) gefordert.

Garantien und Kreditderivate

Garantien⁶⁾ und Kreditderivate werden wie bisher dadurch angerechnet, dass dem besicherten Kredit das (niedrigere) Risikogewicht

des Garantiegebers zugeordnet wird (Substitutionsansatz). Dabei ist der Kreis der anerkanntsfähigen Sicherungsgeber erweitert worden: Als Sicherungsgeber anerkannt werden künftig alle Staaten und Banken mit einem niedrigeren Risikogewicht als der Kreditnehmer sowie Nichtbanken ab einem Mindestrating von A– (beziehungsweise einer bestimmten Höchst-PD im IRB-Basisansatz). Weiterhin werden nun auch bestimmte staatliche Rückbürgschaften anerkannt.

Neu ist zudem, dass Sicherheiten und Garantien auch dann als risikomindernd berücksichtigt werden, wenn eine Laufzeitinkongruenz von zu Grunde liegendem Kredit und Sicherungsinstrument vorliegt. Das Ausmaß der Risikominderung hängt dabei vom Verhältnis aus der Restlaufzeit der Absicherung und der Restlaufzeit des Kredits ab. Die Absicherung muss eine ursprüngliche Laufzeit von mindestens einem Jahr und eine Restlaufzeit von mindestens drei Monaten aufweisen.

Anerkennung von laufzeitinkongruenten Absicherungen

Verbriefungen

Die Verbriefung von Forderungen (Securitisation) ist eines der am dynamischsten wachsenden Geschäftsfelder deutscher und internationaler Banken, das gleichzeitig durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet ist. Mit dem neuen Baseler Rahmenwerk wird erstmals ein international harmonisierter Standard für die bankenaufsichtliche Behandlung dieser Geschäfte geschaffen. Die Moti-

Schaffung einheitlicher internationaler Standards

⁵ Bankeigene Haircut-Schätzungen werden anerkannt, wenn bestimmte qualitative und quantitative Mindestanforderungen erfüllt sind.

⁶ Dazu zählen auch Bürgschaften, sofern sie die Mindestanforderungen für Garantien erfüllen.

vation zur Eigenkapitalarbitrage, die in der Vergangenheit ein wesentlicher Beweggrund für Forderungsverbriefungen war, wird deutlich vermindert, und Risikosteuerungs- und Refinanzierungsaspekte werden stärker in den Vordergrund treten.

*Prinzip des
signifikanten
Risikotransfers*

Eine Eigenkapitalentlastung bei einer Bank, die eigene Forderungen verbrieft (Originator), setzt einen wirksamen und signifikanten Risikotransfer voraus. Der Umfang des Rückbehalts von Verbriefungspositionen durch den Originator ist – bis auf die Forderung des signifikanten Risikotransfers – nicht explizit limitiert. Dadurch wird die notwendige Flexibilität für eine an der ökonomischen Wirkung einer Transaktion orientierte regulatorische Auslegung geschaffen. Die operationellen Anforderungen für die bankenaufsichtliche Anerkennung des Risikotransfers sind im Standardansatz und im IRB-Ansatz für Verbriefungen identisch. Bei der Frage der Kapitalunterlegung für von Originatoren oder Investoren gehaltenen Verbriefungspositionen wird hingegen differenziert, um den unterschiedlichen Kenntnissen und Erfahrungen der einzelnen Institute im Risikomanagement angemessen Rechnung zu tragen.

*Standardansatz
für Verbriefungs-
positionen*

Der Standardansatz für Verbriefungspositionen folgt prinzipiell der Unterlegungssystematik des allgemeinen Standardansatzes für die Unterlegung von Kreditrisiken. Allerdings werden für Tranchen mit einem externen Rating schlechter als Baa3 höhere Risikogewichte angesetzt, und für ungeratete Positionen ist grundsätzlich ein Kapitalabzug (je hälftig vom Kern- und Ergänzungskapital) vorgesehen. Diese konservativere Vorgehens-

weise berücksichtigt die hohe Risikokonzentration in nachrangigen Verbriefungspositionen und vermeidet Anreize, bei bonitätschwächeren Tranchen bewusst auf ein externes Rating zu verzichten.

Der IRB-Ansatz für Verbriefungen weicht von der Systematik der allgemeinen Regelungen für die Kreditrisikounterlegung im IRB-Ansatz ab, da keine bankeigenen Schätzungen von tranchenspezifischen PDs, LGDs und so weiter berücksichtigt werden. Demzufolge gibt es auch keine Unterscheidung in einen Basis- und einen fortgeschrittenen Ansatz für Verbriefungen. Es stehen drei Methoden zur Ermittlung der Kapitalanforderung für eine Verbriefungsposition zur Verfügung: der auf externen Ratings basierende Ansatz (Ratings-Based Approach: RBA), der formel-basierte Ansatz (Supervisory Formula: SF) und die nur für einen eingeschränkten Anwendungsbereich zugelassene bankinterne Risikoeinschätzung (Internal Assessment Approach: IAA).

*IRB-Ansatz für
Verbriefungs-
positionen*

Der RBA ist auf alle Verbriefungspositionen von IRB-Banken anzuwenden, für deren Risikoeinschätzung ein externes Rating zur Verfügung steht. Jeder Ratingkategorie wird ein bestimmtes Risikogewicht zugeordnet. Allerdings weist der RBA im Gegensatz zum Standardansatz eine feinere Unterteilung der Ratingklassen sowie eine deutlichere Spreizung der Risikogewichtung auf, die auch die Seniorität einer Tranche und die Granularität des Forderungspools berücksichtigt. Darüber hinaus unterscheidet der RBA nicht zwischen Originatoren (direkt oder indirekt die ursprünglichen Inhaber von zu Grunde liegenden Positionen) und Investoren.

*Ratings-Based
Approach*

Risikogewichte für Verbriefungen

externes Rating 1)	Standardansatz	IRB-Ansatz		
		Senior Tranchen + IAA	Basisfall	nicht granularer Pool
Aaa	20	7	12	20
Aa	20	8	15	25
A1	50	10	18	35
A2	50	12	20	35
A3	50	20	35	35
Baa1	100	35	50	50
Baa2	100	60	75	75
Baa3	100	100	100	100
Ba1	2) 350	250	250	250
Ba2	2) 350	425	425	425
Ba3	2) 350	650	650	650
darunter	Abzug	Abzug	Abzug	Abzug

1 Z. B. Moody's. — 2 Abzug, sofern vom Originator gehalten.

Deutsche Bundesbank

Supervisory
Formula

Für ungeratete Positionen stehen die SF und der IAA zur Verfügung. In der Anwendung der SF wurden einige Erleichterungen bei der Berechnung der Eingangsparameter vorgesehen. Dies betrifft insbesondere die wesentlichste Determinante, die regulatorische Kapitalanforderung für das zu Grunde liegende Portfolio vor Verbriefung zuzüglich der erwarteten Verluste des Portfolios (KIRB). Berechnungen von KIRB als Eingangsparameter in die SF können auf einer aggregierten Portfoliobasis erfolgen anstatt, wie im IRB-Ansatz, auf Einzelkreditnehmerbasis.

Internal Assessment
Approach

Mit dem IAA ermöglicht der Baseler Ausschuss den begrenzten Einsatz bankeigener tranchenspezifischer Risikoeinschätzungen und berücksichtigt damit einen Marktstandard, der sich für forderungsgedeckte Geld-

marktpapier-Programme (ABCP-Programme) etabliert hat. Dabei hat der IAA des jeweiligen Instituts auf den methodischen Ansätzen anerkannter Ratingagenturen zu basieren. Die Berechnung der Kapitalanforderung erfolgt, indem die Bank ihre interne Einschätzung der Ratingskala einer anerkannten Ratingagentur zuordnet und die Positionen anhand des RBA risikogewichtet. Die Anwendung des IAA bedarf einer aufsichtlichen Genehmigung.

Durch die Erleichterungen bei der Anwendung der SF beziehungsweise die Einführung des IAA werden viele ungeratete Verbriefungspositionen, wie beispielsweise Liquiditätsfazilitäten, deutlich günstiger behandelt als im dritten Konsultationspapier. Der Baseler Ausschuss hat damit versucht, für ungeratete Positionen eine Balance zwischen einer konservativen Behandlung und der möglichst weit gehenden Berücksichtigung gängiger Methoden in den Banken zu finden.

Auswirkungen
auf Liquiditäts-
fazilitäten

Die Behandlung operationeller Risiken

Analog zu den Kreditrisiken lassen sich auch bei operationellen Risiken (OpR) drei Verfahren zur Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung unterscheiden: Basisindikatoransatz (BIA), Standardansatz (STA) und ambitionierte Messansätze (AMA).⁷⁾ In dieser Reihenfolge lässt sich – ähnlich wie im Bereich des Kreditrisikos – den Verfahren ein Kontinuum steigender Verfeinerung, steigender Management-Anforderungen, steigender Risikosensitivität und damit tendenziell sinkender Eigenkapitalbelastung zuordnen.

Drei Verfahren
zur Eigenkapital-
berechnung

7 Speziell für die Nicht-G10-Banken wurde zusätzlich ein sog. alternativer Standardansatz entwickelt.

*Die einfacheren
Verfahren*

Die Mindesteigenkapitalanforderung beruht in den einfacheren Verfahren auf dem Bruttoertrag⁸⁾ als Indikator für die Geschäftsaktivitäten eines Instituts, der mit aufsichtlich vorgegebenen Faktoren α (im BIA) beziehungsweise β_{1-8} (im STA) multipliziert wird. Interne, empirische Untersuchungen des Baseler Ausschusses haben gezeigt, dass Bruttoertrag und operationelle Verluste positiv korreliert sind. Gleichwohl handelt es sich bei Basisindikator- und Standardansatz um vergleichsweise „grobe“ Verfahren.⁹⁾

*Ambitionierte
Messansätze*

Der Baseler Ausschuss lässt bankinterne Messverfahren (AMA) unter bestimmten Voraussetzungen für die Berechnung des regulatorischen Mindestkapitals zu, obgleich es für die Erfassung der operationellen Risiken derzeit noch keinen Industriestandard gibt. Die Kreditinstitute arbeiten intensiv an der Entwicklung/Verfeinerung dieser Methoden. Die Banken präferieren dabei – im Rahmen der aufsichtlichen Zulassungsanforderungen – unterschiedliche Ansätze und Bemessungsmethoden, da es derzeit weder „eine beste“ Methode gibt noch auf Grund der individuellen Risikoprofile der Banken sicher davon ausgegangen werden kann, dass eine solche identifiziert werden kann. Diese Vielfalt stellt bei den Zulassungsprüfungen für AMA hohe Anforderungen an die Aufsicht.

*Grenzüber-
schreitende
AMA*

Der hohe Aufwand für die Anwendung eines AMA und insbesondere die erforderliche Datenquantität für die Berechnung führen weiterhin dazu, dass die Aufsicht bereit ist, auch grenzüberschreitend neue Wege zu gehen. So soll eine AMA-Bank – mit Zustimmung ihrer zuständigen Heimat- und Gastlandauf-

Methoden zur Bestimmung des operationellen Risikos

Basisindikatoransatz	EK = Bruttoertrag \times α ; $\alpha = 15\%$
Standardansatz	EK = Σ Bruttoertrag ₁₋₈ \times β_{1-8} ¹⁾
Ambitionierte Messansätze	EK wird durch internes Messverfahren ermittelt

Partielle Anwendung zwischen AMA und BIA/STA ist möglich

¹ $\beta = 12\%$ für Privatkundengeschäft, Wertpapierprovisionsgeschäft und Vermögensverwaltung; $\beta = 15\%$ für Firmenkundengeschäft sowie Depot- und Treuhandgeschäfte; $\beta = 18\%$ für Unternehmensfinanzierung/-beratung, Handel sowie Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung.

Deutsche Bundesbank

sicht – die Möglichkeit erhalten, auf eine Einzelberechnung des regulatorischen Eigenkapitals für das operationelle Risiko für ausländische, nicht signifikante Tochterunternehmen zu verzichten und stattdessen das mittels AMA berechnete Eigenkapital für den Konzern in Absprache mit der Aufsicht zu allozieren. Die Aufsicht erwartet Fortschritte bei der Entwicklung risikosensitiverer Allokationsmechanismen gegenüber den derzeit am Markt zur Bemessung der Eigenkapitalunterlegung des operationellen Risikos vorhandenen Verfahren.

⁸ Bruttoertrag = Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Netto-Ergebnis aus Finanzgeschäften + sonstige betriebliche Erträge (Kurzform).

⁹ Sowohl der Baseler Ausschuss als auch die EU-Kommission behalten sich eine Überarbeitung der Methodik in BIA und STA vor, wenn geeignetere Risikodaten vorliegen.

*Behandlung
von Wert-
papierfirmen*

Auf EU-Ebene sind für die Wertpapierfirmen im Bereich des operationellen Risikos Erleichterungen vorgesehen, da diese bereits generell für andere Risiken ein Mindestkapital in Höhe von einem Viertel ihrer sonstigen Gemeinkosten vorhalten müssen. So erlaubt der EU-Vorschlag zum Beispiel den kleineren Wertpapierfirmen (sog. 50K-Firmen), den Status quo beizubehalten.

Säule II: Der aufsichtliche Überprüfungsprozess (Supervisory Review Process: SRP)

*Unveränderte
Baseler Prinzipien
zu Säule II*

Die vier grundlegenden Prinzipien, auf denen der aufsichtliche Überprüfungsprozess der Säule II basiert, haben im Baseler Text seit dem dritten Konsultationspapier keine Änderungen mehr erfahren. Hingegen wurden neue Formulierungen hinsichtlich der Umsetzung des SRP durch die nationalen Aufseher aufgenommen, um mit den Ermessensspielräumen, die der SRP impliziert, transparent und verantwortlich umzugehen. Darüber hinaus wird im Interesse der Banken die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden intensiviert.

*Grenzüberschreitende
Umsetzung*

Dieser Aspekt wird von den ebenfalls vom Baseler Ausschuss veröffentlichten „Leitsätzen für die grenzüberschreitende Umsetzung der Neuen Eigenkapitalvereinbarung“ aufgegriffen. Die Zuständigkeit für die Beaufsichtigung einer rechtlichen Einheit innerhalb einer Bankengruppe verbleibt stets bei der nationalen Behörde des Sitzlandes dieses Instituts. Diese nationale Zuständigkeit wird aber ergänzt durch intensive Kooperation und Informationsaustausch zwischen allen involvierten

Behörden unter der Koordination derjenigen Behörde, die für die konsolidierte Aufsicht über die Gruppe als Ganzes verantwortlich ist.

Im Sinne der Weiterentwicklung des europäischen Finanzbinnenmarkts legt auch die Europäische Kommission hohe Priorität auf die koordinierte grenzüberschreitende Anwendung der neuen Regeln. Ihr Richtlinien-vorschlag betont eine über die entsprechenden Baseler Formulierungen hinausgehende Konvergenz und aufsichtliche Zusammenarbeit im Europäischen Wirtschaftsraum.

*Entwicklung
der
Umsetzungs-
pläne der
Europäischen
Kommission*

Unter Konvergenz soll im Europäischen Wirtschaftsraum eine möglichst einheitliche Umsetzung der europäischen Richtlinien in nationales Recht und eine Annäherung der aufsichtspraktischen Anwendung dieser Vorschriften verstanden werden. Der Kommissionsvorschlag sieht dafür eine zentrale Offenlegung der nationalen bankenaufsichtlichen Regelungen und der nationalen Aufsichtspraxis vor, um Transparenz zu schaffen und die Vergleichbarkeit von Aufsichtsregeln der verschiedenen Länder wesentlich zu erleichtern.

*Konvergenz in
Regulierung
und Aufsicht*

Auch sieht der Kommissionsvorschlag die Möglichkeit einer einheitlichen Antragsstellung für IRB- und AMA-Verfahren durch die Institutsgruppe vor, in deren Folge die betroffenen Aufsichtsbehörden der Gruppenunternehmen eine gemeinsame Regelung¹⁰ hinsichtlich der Zulassung der Verfahren treffen

*Grenzüberschreitende
Zusammenarbeit der
Aufsichtsbehörden*

¹⁰ Der bisher nur in englischer Sprache verfügbare Richtlinien-text verwendet hier den Begriff „determination“ und vermeidet bewusst den einer „decision“, was dem nationalen Verwaltungsakt der Antragsentscheidung entspricht.

sollen. Gelingt dies innerhalb von sechs Monaten nicht, sieht der Vorschlag der Kommission eine Regelung durch den Aufseher des Mutterunternehmens vor. Während dieser Ansatz im Sinne einer Vereinfachung für die betroffenen Institutsgruppen nachvollziehbar ist, wirft die Formulierung vielfältige rechtliche, politische und aufsichtspraktische Fragen auf. Diese Fragen werden im Rat und im Parlament der Europäischen Union eine wesentliche Rolle spielen.

Weitere wichtige Aspekte, die bei der Umsetzung der Baseler Prinzipien zum SRP in einen Richtlinienentwurf besonderer Aufmerksamkeit bedurften, waren der Kapitalbegriff in Säule II verbunden mit der Frage zusätzlicher regulatorischer Kapitalanforderungen und die so genannte doppelte Proportionalität in der zweiten Säule.

Internes Kapital und zusätzliche regulatorische Kapitalanforderungen aus Säule II

Während Basel stets einheitlich von „Kapital“ spricht, unterscheidet der Richtlinienentwurf ausdrücklich zwischen „Eigenmitteln“ und „internem Kapital“. Mit Eigenmitteln sind im Regelfall nur die Risiken nach den aufsichtlichen Berechnungsvorschriften in Säule I abzudecken. Der Richtlinienentwurf sieht in Säule II darüber hinaus vor, dass alle Institute über einen Prozess verfügen, mit dem sie nach einem internen, von ihnen selbst zu entwickelnden Konzept bestimmen, welche Kapitalausstattung ihren gegenwärtigen und zukünftigen Risiken angemessen ist.

Doppelte Proportionalität

Im Kontext der Vielfalt des deutschen Bankensystems ist die im Richtlinienentwurf ausdrücklich vorgesehene doppelte Proportionalität der zweiten Säule von besonderer

Bedeutung. Sowohl das Risikomanagement und die Bemessung des internen Kapitals auf der einen Seite als auch die Intensität und Häufigkeit der aufsichtlichen Überprüfung auf der anderen Seite müssen sich an der Größe, Komplexität und dem Risikogehalt des einzelnen Instituts und dessen Bedeutung für die Systemstabilität orientieren. Für die Intensität und Häufigkeit der aufsichtlichen Überprüfung wird zudem die Systemrelevanz als Kriterium vorgegeben.

Vor-Ort-Prüfungen lassen sich in Zulassungsprüfungen bankeigener Verfahren zur Messung und Steuerung von Marktpreis-, Kredit- und operationellen Risiken, Prüfungen der laufenden Einhaltung der Anforderungen aus Säule I sowie aufbau- und ablauforganisatorischer Mindestanforderungen für risikorelevante Bereiche der Institute unterteilen (siehe Schaubild auf S. 90).

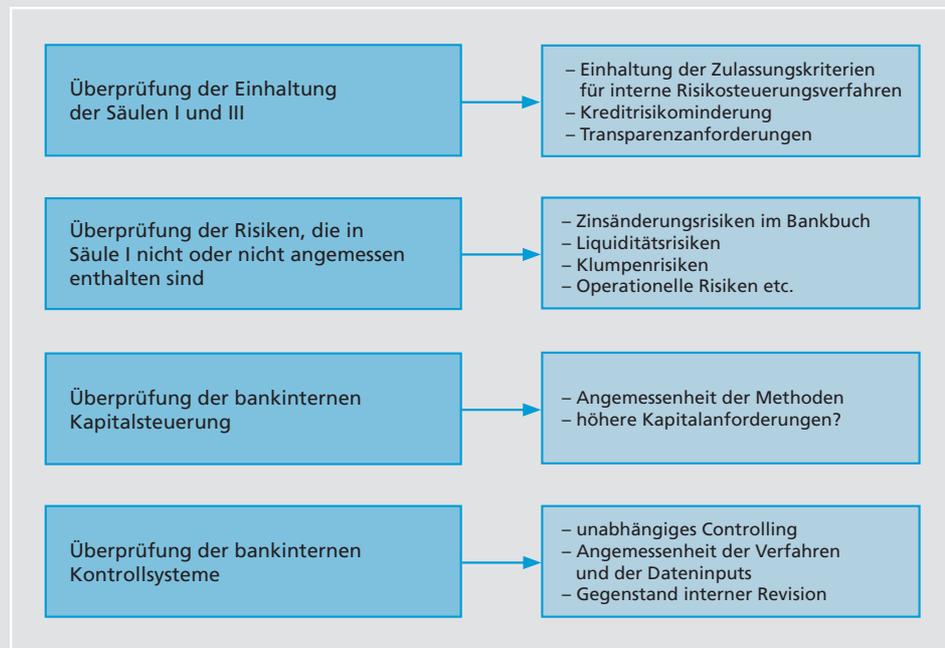
Im Rahmen der bankgeschäftlichen Prüfungen werden Teile des zukünftigen SRP bereits heute abgedeckt (Prüfungen von bankinternen Marktrisikomodellen nach Abschnitt 7 Grundsatz I sowie Prüfungen der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) und der Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften der Kreditinstitute (MaH)).

Um den Anforderungen an die Aufsicht aus Säule II gerecht werden zu können, wird diese Art der Prüfungen an Umfang gewinnen. Dies ist neben einer Vereinheitlichung der bestehenden bankenaufsichtlichen Mindestanforderungen der Grund, weshalb die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und

Bankgeschäftliche Prüfungen gewinnen deutlich an Gewicht

BaFin und Bundesbank entwickeln MaRisk

Aufgaben der Aufseher im aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SRP)



Deutsche Bundesbank

die Deutsche Bundesbank an der Entwicklung von Mindestanforderungen an das Risikomanagement, den so genannten MaRisk, arbeiten. In die MaRisk sollen die bestehenden MaH und MaK sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kreditinstitute (MaIR) möglichst unverändert integriert werden. Zudem müssen Anforderungen an andere Aspekte des SRP neu entwickelt werden, zum Beispiel Anforderungen an das Management von Zinsänderungsrisiken und an die bankinternen Prozesse zur angemessenen Unterlegung aller wesentlichen Risiken mit internem Kapital. Vorteil der Integration der bestehenden Mindestanforderungen in die MaRisk ist ein zukünftig einheitliches Regelwerk. Die MaRisk werden also, aufbauend auf den bereits existierenden Mindestanforderungen, die

qualitativen Anforderungen der Aufsicht an die Institute aus Säule II formulieren. Die Überprüfung der Einhaltung der MaRisk ab dem In-Kraft-Treten der neuen Regelungen wird ein zentrales Element des bankenaufsichtlichen Überprüfungsprozesses sein.

Säule III: Die Offenlegung von Risikoinformationen

Die Säule III soll durch spezielle Offenlegungsanforderungen für Banken eine komplementäre Nutzung von Marktmechanismen für bankenaufsichtliche Zielsetzungen ermöglichen. Bei der abschließenden Überarbeitung wurden hauptsächlich Änderungen in der Säule I nachvollzogen. Hieraus resultiert ein Detaillierungsgrad bei den Offenlegungsre-

*Modifikationen
in der Säule III*

geln, der bei der Kreditwirtschaft teilweise auf Kritik gestoßen ist. Dabei ist aber zu bedenken, dass das Risikoprofil der Banken hinreichend vom Markt beurteilbar sein muss.

*Umsetzung
der Regeln in
Brüssel*

Die Transparenzregeln der Säule III auf europäischer Ebene sind weitgehend mit den Baseler Bestimmungen deckungsgleich. Dennoch gibt es einige Abweichungen in der Terminologie und in Definitionen wie zum Beispiel beim Eigenkapital, die über die Säule I in die Säule III einwirken. Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist die generell halbjährliche Offenlegung im Baseler Regelwerk, während die Offenlegungsfrequenz gemäß EG-Richtlinie nach derzeitigem Stand grundsätzlich jährlich erfolgen soll. Dies ist eine vertretbare und sinnvolle Erleichterung für kleinere, nicht kapitalmarktorientierte Institute. Brüssel räumt den nationalen Bankenaufsehern des Weiteren konkrete Befugnisse ein, durch die den Banken eine kürzere Veröffentlichungsfrequenz, die Festlegung von Medium und Ort der Veröffentlichung wie auch spezifische Verifizierungsarten vorgegeben werden können.

*Guter Einblick
in die Risiko-
und Eigenkapi-
talsituation*

Sowohl bei der Entwicklung der Säule III in Basel als auch bei deren Übernahme in europäisches Recht wurde großer Wert auf eine objektive Darstellung des Eigenkapitals, der Eigenkapitalanforderungen für die einzelnen Risikokategorien sowie des Risikoprofils nach Maßgabe der Säule I gelegt. Künftig wird es darauf ankommen, dass die Märkte den durch die Säule-III-Offenlegungen deutlich verbesserten Einblick in die Risiko- und Eigenkapitalsituation der Banken nutzen und die Banken ihrerseits bei Bedarf ausreichende Er-

läuterungen zu auffälligen Veränderungen einzelner Positionen zur Verfügung stellen, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Damit sollte die Säule III einen wertvollen Beitrag zu einer weiter verbesserten Kommunikation zwischen der Kreditwirtschaft und den Finanzmärkten leisten.

Harmonisierung der bankenaufsichtlichen Solvenzmeldungen in Europa

Neben den neuen Veröffentlichungsanforderungen im Rahmen der Säule III bleiben die bankenaufsichtlichen Meldungen über die Solvenz der Institute (in Deutschland: Grundsatz I) bestehen. Im Interesse möglichst geringerer Kosten vor allem bei den grenzüberschreitend tätigen Banken und zur Stärkung der bankenaufsichtlichen Zusammenarbeit in Europa wird jedoch die Harmonisierung des bankenaufsichtlichen Meldewesens zum neuen Eigenkapitalstandard angestrebt.

*Senkung der
regulatorischen
Kosten durch
ein vereinheit-
lichtes Melde-
wesen*

In vorläufigen Überlegungen des neu geschaffenen Committee of European Banking Supervisors (CEBS) zur Machbarkeit eines harmonisierten europäischen Meldewesens wird diskutiert, ob die Zusammensetzung der Eigenkapitalquote für alle Kreditinstitute unabhängig von der Art des Jahresabschlusses (International Accounting Standards: IAS oder nationale Rechnungslegung) möglichst einheitlich darstellbar ist. In den kommenden Monaten ist zudem zu klären, welchen Detaillierungsgrad europäische Meldevorschriften in diesem Bereich aufweisen sollen. Überlegt wird auch, inwieweit ein gewisser Grad an Flexibilität hinsichtlich der zu mel-

*CEBS bereitet
Initiative für ein
einheitliches
Meldewesen
vor*

denden Details, ausgehend von einheitlich verbindlichen Oberbegriffen, sachgerechte Lösungen erleichtern könnte.

Auch bei Bilanz und GuV europäische Lösungen angezeigt

Die Einführung der International Financial Reporting Standards (IFRS) auf Konzernebene ab 2005 erfordert es, auch bei den bankenaufsichtlichen Meldevorschriften zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung über gemeinsame europäische Lösungen nachzudenken. Neben dem Kostenaspekt geschieht dies hier vor dem Hintergrund, dass die eher hoch aggregierten IAS-Gliederungsvorschriften für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für bankenaufsichtliche Zwecke als wenig geeignet einzustufen sind. Auf europäischer Ebene werden daher zu gegebener Zeit Möglichkeiten zu einer detaillierteren einheitlichen Meldung zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zu diskutieren sein.

Durchführung einer Auswirkungsstudie 4 (QIS 4)

Gründe für eine weitere Auswirkungsstudie

Parallel zur Konzeption der Rahmenvereinbarung hat der Baseler Ausschuss in den letzten Jahren bereits drei Auswirkungsstudien durchgeführt. Von einer vierten Auswirkungsstudie versprechen sich die Aufsichtsbehörden verlässlichere Daten zur Kalibrierung auf unerwartete Verluste, zu Verbriefungen und zum fortgeschrittenen Bemessungsansatz für das operationelle Risiko (AMA). Des Weiteren sollen die neuen methodischen Anforderungen an die LGD-Schätzung Berücksichtigung finden.

Aus dem Kreis der G10-Staaten planen derzeit neun Länder die Durchführung dieser QIS 4 noch in diesem Jahr. Diese Studie kann bereits im Vorfeld der Parallelaufphase wertvolle Hinweise für gegenwärtig noch in der Diskussion stehende Punkte, insbesondere für einen zukünftigen Rekalibrierungsbedarf, geben. Die QIS 4 wird in Deutschland am 1. Dezember 2004 starten und soll bis Ende Februar 2005 abgeschlossen sein.

Implementierungszeiträume und Übergangsregelungen

Die Baseler Rahmenvereinbarung soll Ende 2006 in den G10-Staaten implementiert sein. Die fortgeschrittensten Ansätze zur Risikomessung, das heißt der fortgeschrittene IRB-Ansatz für Kreditrisiken und die AMA für operationelle Risiken, dürfen jedoch erst ab Ende 2007 für die Bestimmung der regulatorischen Eigenmittel eingesetzt werden. Den Instituten soll dadurch ein weiteres Jahr Zeit gegeben werden, sich auf die Erfüllung der mit diesen Ansätzen verbundenen Mindestanforderungen vorzubereiten. Zudem soll die internationale Wettbewerbsgleichheit gewahrt werden. Eine frühzeitige Implementierung der fortgeschrittenen Ansätze in nur wenigen Ländern könnte Auswirkungen auf den Wettbewerb haben.

Die vorgesehene EG-Richtlinie konkretisiert ebenfalls die zur Verfügung stehenden Methoden zur Eigenmittelberechnung für das Jahr 2007. Instituten ist analog zu der Baseler Rahmenvereinbarung die Verwendung des Standardansatzes und des IRB-Basisansatzes

Auswirkungen der reinen UL-Kalibrierung und weiterer Entscheidungen des Baseler Ausschusses bis Juni 2006

Auf Basis der Daten der dritten Auswirkungsstudie wurde eine grobe Neuschätzung der Auswirkungen der im Rahmen der Eigenmittelregeln Ende Juni 2004 veröffentlichten Änderungen vorgenommen. Die nachfolgende Tabelle gibt Aufschluss darüber, in welchem Maße das Eigenkapital einer Bank im Ausgangsfall einer Eigenkapitalquote von 8 % angepasst werden müsste, um auch unter dem neuen Baseler Akkord diese Mindesteigenkapitalquote zu erfüllen.¹⁾

Änderung der Mindesteigenkapitalanforderungen gegenüber gegenwärtigem Akkord – ohne Skalierung im IRB

%

Position	Standardansatz	Basis-IRB	Fortgeschrittener IRB
G10 Gruppe 1 ²⁾	11	- 2	- 5
G10 Gruppe 2	3	- 27	N/A
EU Gruppe 1	6	- 7	- 9
EU Gruppe 2	1	- 24	N/A
D Gruppe 1	12	11	0
D Gruppe 2	0	- 15	N/A

Im Standardansatz sind die Ergebnisse für die deutschen Banken nahezu identisch mit dem G10-Durchschnitt; für Gruppe-2-Banken bleiben die Mindesteigenkapitalanforderungen im Vergleich zum gegenwärtigen Akkord unverändert.

Ursachen für die Abweichungen der Ergebnisse deutscher Banken von den G10- und EU-Durchschnittswerten in den IRB-Ansätzen sind neben der spezifischen konjunkturellen

1 Dabei wurden sowohl Änderungen im Zähler (Gegenrechnungsmöglichkeiten von Wertberichtigungen und erwarteten Verlusten) als auch im Nenner der Eigenkapitalquote berücksichtigt. — 2 Es wurde zwischen international aktiven Banken mit einem Kernkapital von mindestens 3 Mrd € (Gruppe-1-Banken) und allen übrigen Banken (Gruppe-2-Banken) unterschieden. In die internationalen Vergleiche flossen Daten von 58 deutschen Kreditinstituten, davon sechs Gruppe-1- und 52 Gruppe-2-Banken,

Lage mögliche Unsicherheiten bei der Anwendung der neuen Baseler Ausfalldefinition beziehungsweise eine eingeschränkte Datenverfügbarkeit im Hinblick auf die Schätzung der zentralen Risikoparameter PD und LGD. Dies dürfte in einzelnen Fällen zu tendenziell konservativen LGD-Schätzungen geführt haben.

Die abweichenden Ergebnisse für Gruppe-1- und Gruppe-2-Banken sind in erster Linie durch den unterschiedlichen Umfang des Retailgeschäfts beeinflusst. Ein hoher Retailanteil führt auf Grund der dafür vorgesehenen niedrigeren Risikogewichte zu geringeren Mindesteigenkapitalanforderungen.

Bei Aggregation der Ergebnisse für den jeweils am wahrscheinlichsten verwendeten Ansatz ³⁾ ergibt sich im G10-Durchschnitt eine Absenkung der Mindesteigenkapitalanforderungen von 4,2 %. Für deutsche Banken wurde dagegen ein Anstieg von 6,5 % ermittelt. Um die Aufrechterhaltung der Mindesteigenkapitalanforderungen im Gesamtsystem als ein zentrales Kalibrierungsziel zu erreichen, hat der Baseler Ausschuss vorgesehen, gegebenenfalls die risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko durch einen Skalierungsfaktor anzupassen. Basierend auf den QIS3-Daten müssten diese mit dem Faktor 1,06 multipliziert werden, um die Absenkung der Mindesteigenkapitalanforderungen um 4,2 % auszugleichen. Die endgültige Kalibrierung wird jedoch auf Grundlage der Ergebnisse der vierten Auswirkungsstudie und der Erfahrungen aus der Parallellaufphase voraussichtlich in 2006 erfolgen.

ein. — 3 Die Ermittlung der aggregierten Ergebnisse erfolgte häufig getrennt für den Basis-IRB-Ansatz und den fortgeschrittenen IRB-Ansatz. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Ermittlung der aggregierten Zahlen für den Basis-IRB-Ansatz auch Daten von solchen Banken verwendet wurden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den fortgeschrittenen IRB-Ansatz anwenden werden und damit doppelt berücksichtigt wurden.

für Kreditrisiken sowie des Basisindikatoransatzes und des Standardansatzes für operationelle Risiken erlaubt. Darüber hinausgehend wird allen Instituten im Jahr 2007 auch die Möglichkeit gegeben, für dieses Jahr die derzeit geltenden Regelungen („Basel I“) zur Bemessung der Eigenmittel anzuwenden. Instituten in Ländern, in denen der Vorbereitungsstand noch nicht so weit vorangeschritten ist, eröffnet dies die erforderlichen Spielräume, um Ende 2007 mit dem Ansatz starten zu können, der von ihnen präferiert wird, ohne zuvor noch Ressourcen in die Implementierung eines Ansatzes investieren zu müssen, der absehbar nur ein oder wenige Jahre genutzt würde.

Auf Baseler Ebene soll im Jahr 2006 eine Parallelrechnung der derzeitigen sowie der neuen Regelungen – ähnlich den schon mehrmals durchgeführten Quantitativen Auswirkungstudien (QIS) – durchgeführt werden. Die Parallelrechnung dient in erster Linie dazu, die Risikogewichtsfunktionen nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vorzunehmen. Die EG-Richtlinie sieht demgegenüber keine ausdrückliche Parallelrechnung vor. Allerdings müssen Institute, die ab 2007 den IRB-Basisansatz nutzen wollen, vorab die aufsichtliche Genehmigung hierzu einholen, die auf der Basis einer Vor-Ort-Prüfung des internen Ratingsystems erfolgt. Da solche Prüfungen

jedoch nur bei bankintern bereits implementierten und im täglichen Kreditgeschäft genutzten Ratingsystemen sinnvoll durchzuführen sind, ergibt sich faktisch auch für Nicht-Basel-Institute im Basis-IRB-Ansatz in 2006 die Notwendigkeit eines technischen Vorlaufs; dieser ist allerdings beschränkt auf das Kreditgeschäft und kein vollumfänglicher Parallellauf.

Ausblick: Nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalregeln

Der Großteil der neuen Vorgaben wird über eine Anpassung und Ergänzung der Solvabilitätsverordnung (derzeit noch Grundsatz I) implementiert. Über diese Verordnung wird die in § 10 des Kreditwesengesetzes geforderte Angemessenheit der Eigenmittel für Institute konkretisiert. Die Arbeiten zur Umsetzung der geänderten Eigenkapitalvorschriften haben bereits begonnen. Die Aufsicht arbeitet bereits im Vorfeld des eigentlichen Rechtssetzungsprozesses eng mit den Instituten und den Institutsverbänden in einem „Arbeitskreis Umsetzung Basel II“ und spezifischen Fachgremien zu einzelnen Aspekten der neuen Baseler Rahmenvereinbarung (IRB-Ansatz, Sicherheiten, Verbriefungen, operationelle Risiken, Säule II, Säule III) zusammen. Damit können die Anliegen der Institute frühzeitig berücksichtigt werden, um die Effizienz des Umsetzungsablaufs insgesamt zu erhöhen.

Solvabilitätsverordnung

Weitere Erläuterungen und eine Übersicht zu diesem Aufsatz sind als Anhänge auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Anhang 1

Technische Details der Kalibrierung der Risikogewichte des IRB-Ansatzes

Grundsätzlich soll die Unterlegung mit regulatorischem Kapital der Abdeckung unerwarteter Verluste (UL) dienen. Erwartete Verluste sind eine kalkulierbare Kostenkomponente des Kreditgeschäfts, die durch Wertberichtigungen und Zinsmargen abgedeckt sein sollte. Konkret bestimmen die Baseler Risikogewichtsfunktionen nunmehr den aufsichtlichen Kapitalbedarf zur Abdeckung des 99,9%-Quantils der Portfolioverlustverteilungsfunktion in einem Ein-Faktor-Modell abzüglich des erwarteten Verlustes (EL). Dabei wird der EL für ein normiertes EAD von einem Euro als Produkt aus PD und LGD definiert.

Abschwung-LGD im fortgeschrittenen IRB-Ansatz

Die reine UL-Kalibrierung ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Anforderungen an die bankinternen LGD-Schätzungen im fortgeschrittenen IRB-Ansatz neu gefasst werden mussten. Aus modelltheoretischer Sicht lässt sich der LGD-Parameter als eine mittlere oder erwartete, das heißt ausfallgewichtete Verlustquote auffassen, die nicht auf ein spezifisches Konjunkturszenario ausgerichtet ist. Das UL-Risikogewicht beschreibt dagegen den Verlust, der eintritt, wenn ein systematisches Risiko signifikant wird, zum Beispiel bedingt durch ein adverses Konjunkturszenario. Um dieses systematische Risiko zu berücksichtigen, wird der Eingangsparameter PD durch die Anwendung der entsprechend adjustierten und aufsichtlich vorgegebenen UL-Risikogewichtsfunktion in eine „Stress-PD“ umgewandelt. Bei dem LGD-Parameter muss das Abschwungsszenario dagegen bereits in dem Schätzwert berücksichtigt sein, da er untransformiert in die UL-Risikogewichtsfunktion eingeht.¹¹⁾

Die mittlere LGD stellt demgemäß eine Untergrenze für die Abschwung-LGD („downturn-LGD“) dar. Diese Abschwung-LGD kann beispielsweise aus Verlustquoten in Zeitabschnitten mit hohen Kreditverlusten ermittelt werden. Für Kreditforderungen, bei denen die Verlustquoten von der konjunkturellen Entwicklung unabhängig sind, können die mittlere LGD und die Abschwung-LGD identisch sein.

In den neuen Baseler Regelungen wird für nicht ausgefallene Kredite sowohl bei der Bestimmung des UL als auch bei der Bestimmung des EL die Abschwung-LGD verwendet. Diese Vereinfachung erlaubt es den Kreditinstituten, nur einen einzigen LGD-Schätzwert zur Bestimmung der regulatorischen Kapitalanforderungen zu verwenden. Der Schätzwert wird jeweils für einzelne Forderungs- und/oder Sicherheitenklassen bestimmt.

Bei ausgefallenen Kreditforderungen wird der LGD-Parameter für jede Forderung einzeln bestimmt. Dabei wird zwischen mittlerer LGD und Abschwung-LGD unterschieden. Bei der Bestimmung des EL wird ein erwarteter LGD-Wert geschätzt, der das gegenwärtige wirtschaftliche Umfeld und den derzeitigen Wert der Sicherheiten berücksichtigt. Die Differenz zwischen Abschwung-LGD und der erwarteten LGD ergibt ein UL-Risikogewicht für ein latentes, systematisches Risiko in dem noch nicht einzelwertberichtigten oder abgeschriebenem Teil einer ausgefallenen Kreditforderung.

¹¹⁾ Diese unterschiedliche Berücksichtigung von PD und LGD ist dadurch zu begründen, dass die Auswirkung eines Abschwungs auf die LGD von weiteren Einflussgrößen, wie z. B. der Forderungsart und der Art der Besicherung, abhängt. Entsprechend wäre die aufsichtliche Vorgabe einer Umwandlungsfunktion zur Erzeugung von Abschwung-LGDs aus mittleren LGDs – analog zur Vorgehensweise bei PDs – letztlich wohl nicht hinreichend flexibel und risikosensitiv.

Risikogewichtsfunktionen für nicht ausgefallene Forderungen im fortgeschrittenen IRB-Ansatz

In den nachfolgenden Formeln bezeichnet der Risikoparameter LGD eine Abschwung-LGD.

I. Eigenmittelunterlegung für nicht ausgefallene Forderungen

1. Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken

$$RW(PD, LGD, M) = 12,5 \times \left[LGD \times N \left(\frac{G(PD) + \sqrt{R(PD)} \times G(0,999)}{\sqrt{1 - R(PD)}} \right) - PD \times LGD \right] \times \frac{1 + (M - 2,5) \times b(PD)}{1 - 1,5 \times b(PD)} \quad (1)$$

mit $b(PD) = (0,11852 - 0,05478 \times \ln(PD))^2$

RW: Risikogewichte

N: Verteilungsfunktion der Standardnormalverteilung

G: inverse der Verteilungsfunktion

R: Korrelation mit dem Systemrisiko in Abhängigkeit von PD

In: natürlicher Logarithmus

Der letzte Term in der Funktion (1) beschreibt die Restlaufzeitanpassung, die bei Forderungen an Unternehmen mit einem Jahresumsatz und einer Bilanzsumme bis jeweils 500 Mio € als nationales Wahlrecht auf zweieinhalb Jahre festgelegt werden kann. Die Korrelation $R(PD)$ bestimmt sich für Forderungen an Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 50 Mio €, Staaten und Banken wie folgt:

$$R(PD) = 0,12 \times \frac{1 - e^{-50 \times PD}}{1 - e^{-50}} + 0,24 \times \left(1 - \frac{1 - e^{-50 \times PD}}{1 - e^{-50}} \right) \quad (2)$$

In der Forderungsklasse „Unternehmen“ hängt die Korrelation $R(PD)$ bei einem Jahresumsatz bis

¹ Für Unternehmen mit einem geringeren Jahresumsatz gilt eine Untergrenze von 5 Mio €.

Deutsche Bundesbank

50 Mio € zusätzlich von der Unternehmensgröße S (in Mio €) ab: ¹⁾

$$R(PD) = 0,12 \times \frac{1 - e^{-50 \times PD}}{1 - e^{-50}} + 0,24 \times \left(1 - \frac{1 - e^{-50 \times PD}}{1 - e^{-50}} \right) - 0,004 \times \left(1 - \frac{S - 5}{45} \right) \quad (3)$$

2. Forderungen an Privatkunden

$$RW(PD, LGD) = 12,5 \times \left[LGD \times N \left(\frac{G(PD) + \sqrt{R(PD)} \times G(0,999)}{\sqrt{1 - R(PD)}} \right) - PD \times LGD \right] \quad (4)$$

Korrelationen:

2a) Private Baufinanzierungen

$$R(PD) = 0,15 \quad (5)$$

2b) Revolvierende Kredite

$$R(PD) = 0,04 \quad (6)$$

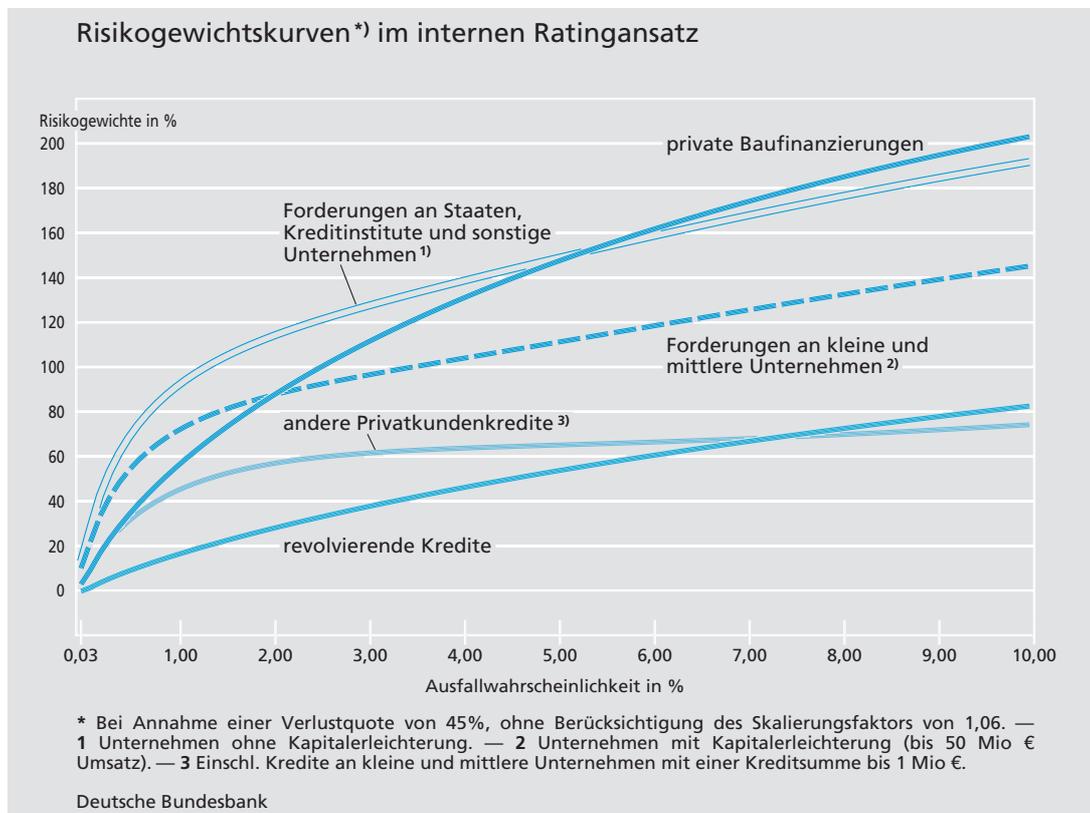
2c) Andere Privatkundenkredite

$$R(PD) = 0,03 \times \frac{1 - e^{-35 \times PD}}{1 - e^{-35}} + 0,16 \times \left(1 - \frac{1 - e^{-35 \times PD}}{1 - e^{-35}} \right) \quad (7)$$

Das aufsichtlich geforderte Eigenkapital für einen Kredit erhält man, indem das Risikogewicht mit der erwarteten Forderungshöhe im Ausfallzeitpunkt (EAD) und der geforderten Eigenkapitalunterlegung (8 %) multipliziert wird.

II. Eigenmittelunterlegung für ausgefallene Forderungen

Die notwendige Eigenmittelunterlegung für ausgefallene Forderungen entspricht dem unerwarteten Verlust $UL = EAD \times LGD - EL$, wobei der erwartete Verlust entsprechend $EL = EAD \times ELGD$ unter Verwendung der ausfallgewichteten Verlustquote $eLGD$ ermittelt wird.



Risikogewichtsfunktionen

Die Risikogewichtsfunktionen sind im oben stehenden Schaubild grafisch dargestellt. Durch den Abzug des EL als Produkt von PD und LGD im zweiten Term der Risikogewichtsfunktion (siehe Formel (1) in den Erläuterungen auf S. 96) wird berücksichtigt, dass diese nur den UL abdeckt.

Abdeckung erwarteter und unerwarteter Verluste

Die reine UL-Kalibrierung führt zudem dazu, dass Kreditinstitute im IRB-Ansatz einen Vergleich zwischen ermittelten erwarteten Verlusten und gebildeten Wertberichtigungen vornehmen müssen. Unterdeckungen der erwarteten Verluste sind jeweils zu 50 % vom Kern- und vom Ergänzungskapital abzuziehen. Dagegen können Überschüsse von Wertberichtigungen bis zu 0,6 % der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko als Ergänzungskapital anerkannt werden. Übersteigt die Höhe der Wertberichtigungen den EL, so bedeutet dies nicht unbedingt, dass das Kreditinstitut zu

hohe Wertberichtigungen gebildet hat. Vielmehr können sich Abweichungen zwischen dem EL und den Wertberichtigungen aus unterschiedlichen Vorgaben für ihre Berechnungsweise erklären. Beispielsweise stellt der regulatorische EL auf einen Zeithorizont von einem Jahr ab, während in der externen Rechnungslegung üblicherweise die gesamte Restlaufzeit der Kreditforderung berücksichtigt wird. Dies kann im Einzelfall zu einer Überdeckung des EL führen.

Mit der Anrechnung einer EL-Überdeckung im Ergänzungskapital soll die Bildung von Wertberichtigungen gefördert werden. Gleichzeitig soll durch die Obergrenze für die Anrechnung von Wertberichtigungen die Wettbewerbsgleichheit zwischen Instituten erhalten werden, da sich die Wertberichtigungsregeln und -praktiken international unterscheiden.

Anhang 2: Basel II und die EG-Richtlinien Wesentliche Abweichungen

Position	Basel II (Rahmenvereinbarung)	EG-Richtlinien (Kommissionsentwurf)
Charakter der Regelungen: – Verbindlichkeit	Rechtlich nicht bindende Empfehlung für international tätige Kreditinstitute, faktisch dennoch weltweite Anwendung.	Verbindliches Recht für alle Mitgliedsstaaten, das von diesen für alle Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in der EU umzusetzen ist.
Anwendungsbereich: – Betroffene Institute	Große international tätige Banken.	Alle Kreditinstitute und Wertpapierfirmen.
Säule I Standardansatz: – Pfandbriefe	Keine gesonderte Behandlung, Pfandbrief erhält Risikogewicht der emittierenden Bank.	Pfandbriefe erhalten ein günstigeres Risikogewicht als die emittierende Bank: – 10 %, wenn Forderungen an die emittierende Bank mit 20 % gewichtet werden, – 20 %, wenn Forderungen an die emittierende Bank mit 50 % gewichtet werden, – 50 %, wenn Forderungen an die emittierende Bank mit 100 % gewichtet werden.
IRB-Ansatz: – Dauerhafter Partial Use	In Bezug auf Größe und Risikoprofil unbedeutende Forderungsklassen. Bestimmte Anteile/Beteiligungen (z. B. im Rahmen staatlicher Förderungsprogramme)	In Bezug auf Größe und Risikoprofil unbedeutende Forderungsklassen. Bestimmte Beteiligungen (z. B. im Rahmen staatlicher Förderungsprogramme) Zusätzlich: Forderungen an Staaten, Zentralbanken oder Finanzinstitute, sofern die Anzahl maßgeblicher Kreditnehmer klein ist und der Aufwand zur Implementierung eines Ratingsystems für diese Kreditnehmer unzumutbar wäre. Forderungen an den Heimatstaat oder staatliche Institutionen im Heimatstaat wie Kommunen, sofern die Forderungen an den Heimatstaat Kreditqualitätsstufe 1 haben (0 % Risikogewicht) und auf Grund spezifischer Regelungen die staatlichen Institutionen kein größeres Risiko haben als der Staat. konzerninterne Forderungen.
– Anteile/Beteiligungen	Einfacher Ansatz: 300 % Risikogewicht für börsennotierte Anteile/Beteiligungen, 400 % Risikogewicht für alle anderen Anteile/Beteiligungen. PD/LGD-Ansatz: LGD 90 %, Untergrenzen für Risikogewicht von 100 %, 200 % oder 300 % Interne-Modelle-Ansatz: Untergrenze für Risikogewichte gemäß einfachem Ansatz.	Einfacher Ansatz: 190 % Risikogewicht für hinreichend diversifizierte Portfolios, 290 % für börsennotierte Anteile/Beteiligungen, 370 % für alle anderen Anteile/Beteiligungen. PD/LGD-Ansatz: LGD 65 % für hinreichend diversifizierte Portfolios, LGD 90 % sonst, Untergrenzen für PDs (0,09 %; 0,4 % oder 1,25 %) Interne Modelle-Ansatz: Untergrenze für Risikogewichte gemäß PD/LGD-Ansatz plus Expected Loss. Risikogewicht 100 % für Anteile/Beteiligungen an Bankdienstleistern kann zugelassen werden. Behandlung wie gewöhnliche Projektfinanzierungen.
– Hochvolatile Gewerbliche Realkredite (HVCRE) – Kreditrisikoüberwachung	Besondere Risikogewichte.	Kreditinstitute, die auf gepoolte Daten zurückgreifen, können Teilaufgaben der Überwachung von Ratingsystemen auslagern (z. B. Erzeugung von Informationen zur Überwachung der Prognosefähigkeit und zu Modelländerungen)
– Pfandbriefe Kreditrisikominderungs- techniken im Standard- und IRB-Ansatz: – wohnwirtschaftlicher Realkredit	PD der emittierenden Bank, LGD 45 %. Anerkannt werden Immobilien, die vom Kreditnehmer derzeit oder zukünftig bewohnt werden oder die vermietet sind. Keine Obergrenze für Risikogewicht im IRB-Basisansatz.	PD der emittierenden Bank, LGD 12,5 %. Anerkannt werden Immobilien, die vom Eigentümer derzeit oder zukünftig bewohnt oder vermietet werden. Obergrenze für Risikogewicht im IRB-Basisansatz bei 50 %.

Deutsche Bundesbank

Position	Basel II (Rahmenvereinbarung)	EG-Richtlinien (Kommissionsentwurf)
<ul style="list-style-type: none"> - gewerblicher Realkredit - Kreis der Sicherheiten <p>Verbriefungen: Beschränkung der Kapitalanforderung für den Originator im Standardansatz auf den Betrag vor Verbriefung Durchblickansatz für ungeratete Positionen im Standardansatz</p> <p>Operationelle Risiken:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bruttoertrag - Behandlung von Trading and Sales im Standardansatz - partielle Anwendung - Wertpapierfirmen <p>Säule II:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anwendungshäufigkeit und Intensität der institutseigenen Einschätzung einerseits und der aufsichtlichen Überprüfung andererseits - Zuständigkeit für Auslands-töchter <p>Säule III:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Veröffentlichungsfrequenz <p>Implementierungszeiträume und Übergangsregelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zeitpunkte 	<p>Anerkannt werden Bürogebäude oder sonstige, vielseitig nutzbare Gewerbeimmobilien.</p> <p>Nein</p> <p>Nur für die „most-senior“-Tranche.</p> <p>Ermittlung des durchschnittlichen Bruttoertrags auf jährlicher Basis. Verrechnungsmöglichkeit negativer Bruttoerträge einzelner Geschäftsfelder innerhalb eines Jahres im Standardansatz.</p> <p>18 % Betafaktor.</p> <p>Nur vorübergehend erlaubt. Unterliegen nicht den Baseler Regelungen.</p> <p>Jährliche vollumfängliche Anwendung.</p> <p>Immer bei der Sitzlandsbehörde (intensive Zusammenarbeit mit beteiligten Aufsehern)</p> <p>Generell halbjährlich. Jährlich allgemeine qualitative Offenlegungen zum Risikomanagement wie auch dem internen Berichtswesen und Definitionen. Kernkapital- und Gesamtkapitalquoten mit ihren Bestandteilen vierteljährlich für große, international aktive und andere bedeutende Banken.</p> <p>Einführung der Rahmenvereinbarung Ende 2006, der fortgeschrittene IRB-Ansatz und die AMA dürfen jedoch erst Ende 2007 zur Bestimmung des regulatorischen Eigenmittelbedarfs eingesetzt werden. Institute, die die fortgeschrittensten Ansätze anstreben, wenden 2007 weiter Basel I an.</p>	<p>Anerkannt werden Bürogebäude oder sonstige Gewerbeimmobilien. Anerkennung von ungerateten und nicht börsennotierten Bankschuldverschreibungen. Anerkennung von Lebensversicherungen in Höhe des Rückkaufwerts.</p> <p>Ja</p> <p>Für alle Positionen möglich.</p> <p>Ermittlung des durchschnittlichen Bruttoertrags auf halbjährlicher Basis. Keine Verrechnungsmöglichkeit negativer Bruttoerträge im Standardansatz.</p> <p>15 % Betafaktor als nationales Wahlrecht, wenn 50 % der Erträge aus diesem Geschäftsfeld stammen. Keine Einschränkungen. Können vom nationalen Gesetzgeber ausgenommen werden, wenn sie nicht das Emissionsgeschäft betreiben oder keinen Eigenhandel betreiben; wenn sie Eigenhandel im Kundenauftrag betreiben oder um Zugang zu einem anerkannten Markt oder Verrechnungs- und Abwicklungsstelle zu erhalten, kann anstelle einer Kapitalanforderung für operationelle Risiken die Unterlegung von einem Viertel der jährlichen Gemeinkosten verlangt werden.</p> <p>Häufigkeit und Intensität abhängig vom einzelnen Institut. Jährlich zumindest eine Aktualisierung der aufsichtlichen Einschätzung.</p> <p>Generell Sitzlandsbehörde, aber Möglichkeit einer gruppenweiten kollegialen Zulassung von IRB und AMA durch alle beteiligten Aufseher bzw. Alleinent-scheidung durch den konsolidierenden Aufseher, wenn innerhalb 6 Monaten keine Einigung erreicht.</p> <p>Mindestens jährlich.</p> <p>Kreditinstitute sollen die Notwendigkeit einer kürzeren Offenlegungsfrequenz für einzelne oder alle Offenlegungen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Größe und Bedeutung für die Finanzmärkte selbst einschätzen.</p> <p>In-Kraft-Treten der Richtlinien Ende 2006, der fortgeschrittene IRB-Ansatz und die AMA dürfen jedoch erst Ende 2007 zur Bestimmung des regulatorischen Eigenmittelbedarfs eingesetzt werden. Als Wahlrecht können die Institute 2007 weiterhin die derzeit geltenden Regelungen anwenden.</p>

Anhang 3: Erwarteter Verlust gemäß IRB-Ansatz und Incurred Loss nach IAS

Position	Expected Loss (EL) in den IRB-Ansätzen von Basel II für Forderungen an Unternehmen, Staaten, Banken und für Retailforderungen	Incurred Loss nach IAS (IAS 39.58 ff)
Konzept	<ul style="list-style-type: none"> – Kostenkomponente des Kreditgeschäfts. – Nach Basel II Abdeckung des EL durch Wertberichtigungen/Risikovorsorge in der Rechnungslegung. 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorsorge durch Wertberichtigungen und Rückstellungen, die auf objektiven evidenten Beobachtungen beruhen.
Definition	<p>Bei Krediten, die nicht ausgefallen sind: Der EL - Betrag wird errechnet aus der Multiplikation von</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), – Verlustquote bei Ausfall (nach Berücksichtigung von Sicherheiten, LGD) und – Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) <p>Bei Krediten, die ausgefallen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Banken verwenden eine bestmögliche Schätzung des EL, wobei Banken im Basisansatz die aufsichtlichen Schätzwerte für den LGD verwenden müssen. – Die bestmögliche Schätzung des EL basiert auf den wirtschaftlichen Gegebenheiten und dem „Facility Status“. <p>Ein Kredit gilt als ausgefallen, wenn eines oder beide der folgenden Ereignisse stattgefunden haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Bank geht davon aus, dass der Schuldner seinen Kreditverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in voller Höhe nachkommen wird, ohne dass die Bank auf Maßnahmen wie zum Beispiel die Verwertung von Kreditsicherheiten zurückgreift. – Der Kreditnehmer ist mit seinen Zahlungsverpflichtungen mehr als 90 Tage überfällig. 	<p>Der Wertberichtigungsbedarf ausfallgefährdeter Finanzinstrumente wird errechnet bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Finanzaktiva, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (Loans and Receivables sowie Held-to-Maturity-Finanzinstrumente), als Differenz aus den fortgeführten Anschaffungskosten und den mit dem anfänglichen effektiven Zinssatz abgezinnten geschätzten zukünftigen Cash-Flows des Finanzaktivums (IAS 39.63) – Finanzaktiva, die als Available for Sale zum Fair Value bewertet werden, als Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value, wobei eine Umbuchung vom Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt (IAS 39.68)
Zeithorizont	Die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) nach Baseler Systematik basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr.	In der Rechnungslegung werden die Ausfälle über die gesamte Restlaufzeit des Kreditportfolios kalkuliert.
Objektivierung/ Evidenz	Bei der Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) wird konkret der Rückgriff auf langfristige Erfahrungen in der Vergangenheit verlangt.	Für die Einschätzung der Ausfallgefährdung sind die im Bewertungszeitpunkt objektiven Beobachtungen maßgebend. Verluste aus zukünftigen Ereignissen bleiben unberücksichtigt.

Im Ergebnis ist tendenziell (d.h. im langjährigen Mittel und bei annähernd konstanter Portfoliozusammensetzung) eine Identität zwischen Expected Loss und Incurred Loss anzunehmen. Dies folgt daraus, dass zur Quantifizierung der Ausfallgefährdung eines Finanzaktivums sowohl nach den Regelungen von Basel II als auch nach den entsprechenden Vorschriften des IAS 39 eine objektive Analyse des Ausfallrisikos vorzunehmen ist. Dabei muss der Ausfall jeweils anhand evidenter Erkenntnisse bestimmbar sein. Dies erfolgt bei der Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) nach Basel II anhand statistisch verfügbarer Daten aus der Vergangenheit. Auch bei der Bestimmung des Ausfallrisikos nach dem Incurred-Loss-Ansatz des IAS 39 dürfte eine ausreichende Evidenz zur Ermittlung der Wertberichtigungen durch den Rückgriff auf verfügbare historische Daten über Finanzaktiva mit gleicher Risikostruktur gegeben sein. Abweichungen zwischen Expected Loss und Incurred Loss können allerdings hinsichtlich der unterschiedlichen Zeithorizonte entstehen, wobei der längere Zeithorizont in der Rechnungslegung tendenziell zu höheren Wertberichtigungen im Incurred-Loss-Modell führen könnte. Ein gegenläufiger Effekt kann sich daraus ergeben, dass im Expected-Loss-Modell Kredite mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen bereits als ausgefallen gelten, diese aber nicht zwingend Gegenstand einer Einzelwertberichtigung¹⁾ sein müssen. Andererseits ist jedoch davon auszugehen, dass solche rückständigen Kredite auch beobachtbare höhere Ausfallraten aufweisen werden, was wiederum zu einer entsprechend höheren Pauschalwertberichtigung führt.

¹ Es wird davon ausgegangen, dass das bestehende deutsche System von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen auch unter IAS 39 beibehalten werden kann.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 7* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarksätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland	51*

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
---	-----

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*
3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*
10. Verschuldung des Bundes	58*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	59*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	59*

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*
3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	62*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*
5. Einzelhandelsumsätze	63*

6. Arbeitsmarkt	64*
7. Preise	65*
8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
9. Tarif- und Effektivverdienste	66*

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
6. Vermögensübertragungen	70*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion
1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2003 Jan.	9,3	6,7	7,4	7,5	4,2	4,8	4,6	2,79	2,83	4,2	
Febr.	10,4	7,6	8,2	8,0	4,4	4,9	4,7	2,76	2,69	4,0	
März	11,7	8,2	8,3	8,5	4,1	4,8	4,4	2,75	2,53	4,1	
April	11,1	8,2	8,9	8,6	4,7	5,1	4,7	2,56	2,53	4,2	
Mai	11,4	8,7	8,8	8,7	5,0	5,2	4,5	2,56	2,40	3,9	
Juni	11,3	8,5	8,5	8,7	4,8	5,1	5,1	2,21	2,15	3,7	
Juli	11,3	8,6	8,8	8,6	5,4	5,5	5,2	2,08	2,13	4,0	
Aug.	11,7	8,7	8,4	8,3	5,5	5,6	5,3	2,10	2,14	4,2	
Sept.	11,1	8,3	7,7	8,0	5,5	5,4	5,4	2,02	2,15	4,2	
Okt.	11,6	8,2	8,1	7,7	5,7	5,4	5,8	2,01	2,14	4,3	
Nov.	10,5	7,7	7,4	7,5	6,2	6,0	6,1	1,97	2,16	4,4	
Dez.	10,7	7,7	7,1	7,1	5,9	5,8	5,9	2,06	2,15	4,4	
2004 Jan.	11,5	7,5	6,6	6,6	5,8	5,8	6,0	2,02	2,09	4,2	
Febr.	10,7	6,8	6,2	6,3	5,7	5,7	6,1	2,03	2,07	4,2	
März	11,4	6,8	6,2	5,9	6,0	5,8	6,7	2,01	2,03	4,0	
April	10,9	6,2	5,5	5,5	6,0	5,9	7,1	2,08	2,05	4,2	
Mai	9,3	5,4	4,8	5,2	5,9	5,9	7,3	2,02	2,09	4,4	
Juni	9,6	5,7	5,4	5,2	6,5	6,2	7,2	2,03	2,11	4,4	
Juli	10,1	5,9	5,5	...	6,3	6,3	6,9	2,07	2,12	4,3	
Aug.	2,04	2,11	4,2	

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs

gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen; ab 2001 Euro12.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2003 Jan.	- 3 992	+ 1 556	- 3 954	+ 8 601	- 6 993	- 7 111	+ 1 549	1,0622	95,3	96,8
Febr.	+ 2 645	+ 8 483	- 21 238	+ 2 318	- 7 098	- 21 798	+ 5 340	1,0773	96,7	98,2
März	+ 4 271	+ 6 782	+ 10 897	+ 2 037	+ 15 221	- 11 353	+ 4 992	1,0807	97,4	99,0
April	- 7 378	+ 6 607	+ 17 450	- 11 561	+ 24 770	+ 3 031	+ 1 210	1,0848	98,0	99,5
Mai	- 1 623	+ 7 443	- 23 004	+ 642	+ 11 068	- 35 072	+ 358	1,1582	101,8	103,5
Juni	+ 2 083	+ 10 107	- 26 419	+ 13 612	+ 24 804	- 65 588	+ 754	1,1663	102,3	104,2
Juli	+ 2 834	+ 15 457	+ 323	- 4 031	- 36 091	+ 38 614	+ 1 831	1,1372	101,0	102,8
Aug.	+ 3 033	+ 10 501	+ 5 943	- 5 564	- 38 761	+ 50 017	+ 251	1,1139	99,8	101,8
Sept.	+ 5 645	+ 10 865	- 6 902	- 9 529	+ 11 173	- 8 490	- 57	1,1222	99,6	101,7
Okt.	+ 7 993	+ 13 391	- 111	- 9 209	+ 35 686	- 27 339	+ 750	1,1692	101,3	103,3
Nov.	+ 3 251	+ 8 654	+ 13 242	+ 3 867	+ 4 029	- 172	+ 5 518	1,1702	101,3	103,3
Dez.	+ 6 094	+ 8 635	- 16 689	- 4 308	- 33 290	+ 13 587	+ 7 321	1,2286	104,3	106,2
2004 Jan.	- 3 082	+ 5 231	- 19 707	- 10 596	- 3 439	- 2 676	- 2 997	1,2613	105,5	107,4
Febr.	+ 5 221	+ 9 437	+ 16 680	+ 7 834	+ 17 369	- 17 174	+ 8 650	1,2646	105,4	107,3
März	+ 11 146	+ 13 398	- 11 006	- 26 100	- 2 493	+ 13 850	+ 3 737	1,2262	103,5	105,4
April	+ 338	+ 10 660	- 8 492	- 2 922	- 3 038	+ 155	- 2 687	1,1985	101,7	103,7
Mai	+ 3 378	+ 11 237	- 7 137	- 1 601	- 25 544	+ 19 344	+ 664	1,2007	102,5	104,4
Juni	+ 4 458	+ 11 950	+ 1 126	- 8 854	+ 29 569	- 18 494	- 1 095	1,2138	102,4	104,2
Juli	1,2266	102,9	104,7
Aug.	1,2176	102,7	104,5

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. X.12 und 13, S. 74*/ 75* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-23-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Spanien	EWU 8)
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)													
2001	0,6	0,8	1,1	2,1	4,3	6,0	1,8	1,3	1,2	0,8	1,6	2,8	1,6
2002	0,7	0,1	2,3	1,2	3,6	6,1	0,4	1,7	0,2	1,4	0,4	2,0	0,8
2003	1,1	- 0,1	1,9	0,5	4,5	3,7	0,3	2,1	- 0,7	0,7	- 1,2	2,4	0,5
2003 1.Vj.	1,3	0,4	2,5	1,4	4,9	3,6	0,9		- 0,2	0,9	- 1,4	2,3	1,0
2.Vj.	0,9	- 0,7	1,6	- 0,5	4,0	5,3	0,1		- 1,4	0,5	- 2,2	2,3	- 0,1
3.Vj.	1,0	- 0,3	2,4	0,2	4,6	0,5	0,1		- 1,4	0,7	- 0,9	2,3	0,2
4.Vj.	1,2	0,2	1,7	1,1	4,5	5,1	0,0		- 0,5	0,6	- 0,4	3,0	0,7
2004 1.Vj.	3,0	1,5	2,9	2,3	4,0	6,1	0,8		0,9	0,7	0,1	2,7	1,8
2.Vj.	2,6	2,0	3,2	3,8	3,9	...	1,4		1,0	2,5	2,3
Industrieproduktion 1) 2)													
2001	- 0,3	0,2	0,1	1,1	1,0	10,1	- 1,2	3,2	0,4	2,8	3,1	- 1,5	0,4
2002	1,3	- 1,0	2,1	- 1,4	1,7	7,8	- 1,3	0,4	- 0,3	0,9	- 0,4	0,2	- 0,5
2003	0,7	0,4	0,8	- 0,3	1,5	6,3	- 0,5	2,6	- 2,4	1,8	- 0,1	1,4	0,3
2003 1.Vj.	1,5	1,5	2,3	0,0	0,7	2,4	- 0,2	4,5	0,3	3,6	0,6	1,6	1,0
2.Vj.	- 0,4	- 0,2	- 1,4	- 1,9	2,1	2,2	- 1,7	- 1,3	- 5,1	0,6	- 2,8	1,7	- 0,8
3.Vj.	0,4	- 1,1	1,6	- 0,6	2,2	5,4	- 0,2	4,7	- 4,0	1,9	1,1	1,0	- 0,3
4.Vj.	1,5	1,5	0,7	1,3	0,7	15,2	0,3	2,9	- 1,2	1,4	1,0	1,1	1,4
2004 1.Vj.	2,2	1,5	- 0,5	0,5	2,6	4,4	0,0	...	0,9	2,7	- 2,9	1,3	1,0
2.Vj.	2,3	7)p)	3,6	2,8	0,7	2,5	1,0	...	2,8	5,3	- 1,8	2,5	2,7
Kapazitätsauslastung in der Industrie 3)													
2001	82,3	84,4	85,7	87,4	77,6	78,4	78,9	88,7	84,6	83,1	81,7	79,6	83,5
2002	79,6	82,3	82,7	85,3	77,0	75,9	77,3	85,1	82,9	80,2	79,4	77,2	81,4
2003	78,7	82,0	81,9	84,8	76,5	75,1	76,3	84,7	81,7	80,0	79,0	78,9	81,1
2003 2.Vj.	78,6	81,8	82,8	84,9	77,1	75,1	75,6	85,9	81,9	80,4	77,6	78,2	80,9
3.Vj.	77,9	81,0	80,7	84,8	76,8	77,1	76,1	84,8	81,0	79,4	76,4	79,5	80,7
4.Vj.	79,0	82,9	82,0	84,4	76,1	73,6	76,1	83,9	81,4	80,3	84,3	79,3	81,4
2004 1.Vj.	79,4	82,8	82,8	4) 81,4	77,5	74,4	76,8	83,5	82,1	80,0	80,6	77,0	4) 80,6
2.Vj.	79,6	82,6	83,4	81,8	74,6	77,7	75,9	85,6	82,8	80,4	79,3	79,7	80,7
3.Vj.	81,5	83,4	84,7	82,6	76,3	75,3	76,6	87,4	83,1	82,3	81,4	79,8	81,4
Arbeitslosenquote 5)													
2001	6,7	7,8	9,1	8,4	10,4	3,9	9,4	2,1	2,5	3,6	4,0	10,6	8,0
2002	7,3	8,7	9,1	8,9	10,0	4,3	9,0	2,8	2,7	4,2	5,0	11,3	8,4
2003	8,1	9,6	9,0	9,4	9,3	4,6	8,6	3,7	3,8	4,1	6,3	11,3	8,9
2004 Febr.	8,5	9,6	9,0	9,5		4,5	...	4,0	4,6	4,2	6,2	11,1	8,9
März	8,5	9,7	9,0	9,5		4,5	...	4,1	4,7	4,2	6,3	11,1	8,9
April	8,5	9,8	9,0	9,5		4,5	...	4,2	4,8	4,2	6,5	11,1	9,0
Mai	8,6	9,8	9,0	9,5		4,5	...	4,2	4,8	4,2	6,4	11,0	9,0
Juni	8,6	9,8	9,0	9,5		4,5	...	4,2	4,8	4,2	6,4	11,1	9,0
Juli	8,6	9,9	9,0	9,5		4,5	...	4,3	...	4,2	6,4	11,0	9,0
Aug.	8,6	9,9		4,4	4,2	...	11,0	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex 1)													
2001	2,4	1,9	2,7	1,8	3,7	4,0	2,3	2,4	5,1	2,3	4,4	2,8	2,3
2002	1,6	1,3	2,0	1,9	3,9	4,7	2,6	2,1	3,9	1,7	3,7	3,6	2,3
2003	1,5	1,0	1,3	2,2	3,4	4,0	2,8	2,5	2,2	1,3	3,3	3,1	2,1
2004 Febr.	1,2	0,8	0,4	1,9	2,6	2,2	2,4	2,4	1,3	1,5	2,1	2,2	1,6
März	1,0	1,1	- 0,4	1,9	2,9	1,8	2,3	2,0	1,2	1,5	2,2	2,2	1,7
April	1,7	1,7	- 0,4	2,4	3,1	1,7	2,3	2,7	1,5	1,5	2,4	2,7	2,0
Mai	2,4	2,1	- 0,1	2,8	3,1	2,1	2,3	3,4	1,7	2,1	2,4	3,4	2,5
Juni	2,0	1,9	- 0,1	2,7	3,0	2,5	2,4	3,8	1,5	2,3	3,7	3,5	2,4
Juli	2,1	2,0	0,2	2,6	3,1	2,5	2,2	3,8	1,2	2,1	2,9	3,3	2,3
Aug.	2,0	2,1	0,3	p) 2,5	2,8	2,5	2,4	3,6	p) 1,2	p) 2,2	2,4	3,3	p) 2,3
Staatlicher Finanzierungssaldo 6)													
2001	0,5	- 2,8	5,2	- 1,5	- 1,4	1,1	- 2,6	6,3	0,0	0,2	- 4,4	- 0,4	- 1,6
2002	0,1	- 3,5	4,3	- 3,2	- 1,4	- 0,2	- 2,3	2,7	- 1,9	- 0,2	- 2,7	0,0	- 2,3
2003	0,3	- 3,9	2,3	- 4,1	- 3,2	0,2	- 2,4	- 0,1	- 3,2	- 1,3	- 2,8	0,3	- 2,7
Staatliche Verschuldung 6)													
2001	108,1	59,4	43,9	56,8	106,9	36,1	110,6	5,5	52,9	67,1	55,6	57,5	69,4
2002	105,8	60,8	42,6	58,6	104,7	32,3	108,0	5,7	52,6	66,6	58,1	54,6	69,2
2003	100,5	64,2	45,3	63,7	103,0	32,0	106,2	4,9	54,8	65,0	59,4	50,8	70,6

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent; Bruttoinlandsprodukt Griechenlands und Portugals aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 4 Frankreich und EWU ab I. Quartal 2004 nicht saisonbereinigt. —

5 Standardisiert, in Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 6 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Maastricht-Definition; einschl. UMTS-Erlöse. — 7 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das II. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich - 2,6 %). — 8 Einschl. Griechenland (Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Staatlicher Finanzierungssaldo und Staatliche Verschuldung erst ab 2001).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)
a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2002 Dez.	51,6	57,3	14,8	- 5,7	- 14,1	21,0	- 33,7	- 54,7	23,9	16,5	- 0,1	- 2,2	9,6
2003 Jan.	53,4	30,4	5,4	23,0	21,8	8,6	19,2	10,6	15,3	- 0,8	- 2,1	6,7	11,4
Febr.	51,1	35,5	4,3	15,6	17,9	10,3	66,7	56,5	11,7	7,0	- 1,2	9,9	- 4,1
März	45,0	37,8	6,4	7,2	6,6	13,2	5,6	- 7,6	13,8	7,3	- 1,6	14,0	- 5,9
April	86,7	71,2	27,3	15,5	20,9	- 2,5	41,6	44,1	6,8	- 2,9	- 2,6	10,6	1,7
Mai	69,4	42,8	14,3	26,6	30,7	41,9	42,9	1,1	17,9	6,6	- 1,3	19,4	- 6,7
Juni	12,3	25,4	- 7,1	- 13,1	- 13,8	58,1	39,5	- 18,6	17,1	2,9	- 1,6	8,8	7,0
Juli	36,9	14,9	- 4,4	22,0	14,0	- 37,9	- 31,2	6,6	32,1	5,3	- 2,1	19,0	9,8
Aug.	1,3	11,6	4,9	- 10,3	- 3,9	- 31,6	- 70,8	- 39,2	16,7	7,7	- 1,6	3,9	6,7
Sept.	58,0	32,3	1,2	25,8	24,0	19,1	30,9	11,8	26,8	0,5	- 0,6	19,6	7,3
Okt.	51,0	33,5	4,2	17,5	17,8	9,9	50,6	40,7	27,7	4,9	0,1	20,8	2,0
Nov.	91,3	68,0	14,8	23,3	13,7	18,1	44,2	26,1	28,7	7,9	0,2	16,5	4,2
Dez.	22,8	45,0	4,9	- 22,2	- 32,2	- 11,8	- 11,5	0,3	20,5	16,6	1,1	0,4	2,3
2004 Jan.	42,9	27,8	5,2	15,1	17,5	23,9	110,8	86,8	16,5	1,6	- 1,1	15,9	- 3,4
Febr.	45,2	32,1	6,4	13,0	21,6	6,6	22,2	15,7	17,1	7,6	- 0,3	9,8	2,8
März	77,4	46,8	16,3	30,6	14,4	6,6	76,6	70,0	37,3	7,1	- 0,2	30,4	7,8
April	89,6	84,8	26,6	4,8	11,7	8,3	70,6	62,3	25,1	10,3	- 1,1	15,8	2,2
Mai	68,9	44,1	1,4	24,8	30,7	- 20,1	- 10,4	9,7	25,3	5,5	- 0,9	20,7	- 0,7
Juni	67,8	49,7	- 6,0	18,1	12,2	18,7	- 19,8	- 38,5	16,7	9,8	- 0,4	7,3	8,1
Juli	24,5	25,9	- 8,0	- 1,3	- 8,7	- 2,2	- 8,2	- 6,0	22,2	7,4	0,1	14,7	3,8

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2002 Dez.	11,4	23,0	12,1	- 11,6	- 8,5	1,9	- 40,8	- 42,7	- 9,5	3,1	0,2	- 15,2	2,4
2003 Jan.	18,3	1,8	3,1	16,4	10,8	- 3,0	9,4	12,4	4,1	- 1,6	- 2,0	3,9	3,9
Febr.	0,7	7,9	- 1,3	- 7,2	0,5	10,3	20,2	9,9	4,4	6,3	- 1,2	0,8	- 1,5
März	4,6	2,7	- 1,2	1,9	5,1	18,7	25,2	6,5	1,7	1,9	- 1,6	- 1,1	2,6
April	4,9	6,6	5,9	- 1,7	- 2,6	4,5	14,7	10,1	- 2,6	- 2,0	- 2,5	0,5	1,5
Mai	1,9	4,0	3,0	- 2,1	2,4	27,6	22,6	- 5,0	- 2,8	- 1,6	- 1,5	4,8	- 4,4
Juni	- 18,0	- 0,9	- 3,0	- 17,1	- 10,0	38,5	24,6	- 13,9	4,8	0,1	- 1,4	3,7	2,4
Juli	0,6	- 8,4	- 0,5	9,0	- 1,6	- 24,6	- 18,6	6,0	8,7	4,9	- 2,1	4,9	1,0
Aug.	- 13,6	2,7	0,9	- 16,3	- 11,0	16,7	- 20,6	- 37,3	5,7	3,2	- 1,5	2,2	1,8
Sept.	17,7	12,8	- 3,6	4,9	10,8	- 1,8	10,5	12,3	2,3	- 1,3	- 0,7	9,1	- 4,8
Okt.	- 1,8	- 9,3	- 3,4	7,5	4,5	6,4	- 0,2	- 6,6	3,1	0,3	0,1	2,6	0,2
Nov.	24,5	15,5	5,5	8,9	2,4	7,9	12,4	4,6	3,3	0,2	0,2	3,0	- 0,1
Dez.	- 10,1	0,0	1,1	- 10,2	- 7,8	11,4	12,4	1,1	- 0,2	1,5	1,0	- 2,9	0,2
2004 Jan.	- 0,6	- 6,8	1,4	6,2	6,1	23,0	34,9	11,9	2,6	- 0,2	- 1,1	6,5	- 2,7
Febr.	16,6	2,9	- 3,6	13,7	22,4	- 23,5	- 2,7	20,8	- 5,8	0,6	- 0,4	0,5	- 6,5
März	28,7	10,4	9,6	18,3	5,8	- 2,0	10,3	12,3	9,4	0,0	- 0,2	9,4	0,2
April	10,8	16,4	13,3	- 5,6	1,1	14,8	22,0	7,2	13,0	4,5	- 1,2	6,2	3,4
Mai	- 10,4	- 10,6	- 8,3	0,1	6,0	11,3	- 4,9	- 16,2	5,0	4,3	- 0,9	4,9	- 3,3
Juni	- 9,2	- 12,4	- 12,7	3,2	8,5	21,1	- 8,6	- 29,7	7,9	4,0	- 0,3	- 1,8	6,0
Juli	6,3	- 4,1	- 1,5	10,4	1,5	- 3,3	- 9,4	- 6,1	7,8	1,7	0,1	2,2	3,9

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 11,0	- 28,9	-	88,5	101,9	77,6	19,8	57,8	- 7,6	31,9	- 2,8	- 6,6	- 4,0	2002 Dez.
15,2	23,2	-	8,3	- 32,8	- 61,0	- 7,4	- 53,6	2,5	25,7	14,6	19,4	- 7,1	2003 Jan.
18,6	- 8,3	-	39,4	27,1	10,4	7,2	3,2	2,4	14,3	0,4	12,1	- 0,3	Febr.
- 1,1	6,5	-	38,9	54,3	47,0	7,9	39,0	- 5,8	13,2	- 9,2	4,3	- 10,5	März
- 16,5	5,2	-	88,6	50,1	31,1	9,1	22,0	10,8	8,2	6,4	11,8	- 20,3	April
10,4	25,3	-	57,7	65,3	37,5	7,4	30,0	19,1	8,8	1,3	8,8	- 17,6	Mai
30,2	18,3	-	4,8	29,7	55,3	7,3	48,0	- 38,9	13,3	- 16,7	- 0,8	- 7,4	Juni
- 24,6	- 14,3	-	5,9	- 4,5	- 18,9	11,1	- 30,0	3,1	11,3	5,2	10,2	- 5,0	Juli
- 10,0	- 32,3	-	4,7	- 2,7	- 13,8	1,2	- 15,0	3,9	7,2	- 2,9	2,2	- 1,3	Aug.
20,9	25,1	-	4,3	16,5	45,8	2,1	43,6	- 29,6	0,3	- 4,5	- 8,9	- 1,2	Sept.
- 18,0	3,0	-	48,3	20,0	4,4	6,4	- 2,0	10,5	5,1	13,2	5,7	9,5	Okt.
14,6	18,5	-	47,6	52,2	49,3	7,9	41,3	- 4,1	7,1	- 1,0	- 4,3	0,8	Nov.
- 26,8	- 46,5	-	63,9	96,1	67,2	18,8	48,5	0,3	28,7	- 16,0	- 2,6	- 13,7	Dez.
20,5	40,1	-	- 10,2	- 45,2	- 27,0	- 8,8	- 18,2	- 21,6	17,5	6,9	9,2	4,7	2004 Jan.
18,9	- 10,2	-	25,8	- 8,1	- 1,7	4,3	- 2,6	- 6,1	6,7	14,0	7,5	2,0	Febr.
- 9,2	31,1	-	24,7	28,9	40,5	6,1	34,4	- 12,4	5,2	- 10,7	4,9	- 2,7	März
- 4,7	22,9	-	54,7	25,9	24,4	9,8	14,6	0,4	8,3	7,2	8,9	5,4	April
15,5	- 15,9	-	23,9	26,9	17,9	7,3	10,6	11,1	6,0	- 3,6	- 2,0	- 5,4	Mai
29,2	11,1	-	29,4	28,6	46,3	6,3	40,0	- 25,3	12,2	- 4,0	- 5,0	5,2	Juni
- 22,6	- 0,6	-	23,3	2,4	0,5	13,3	- 12,7	10,1	6,9	5,0	4,0	- 3,3	Juli

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)							
0,0	4,7	1,5	4,3	18,5	1,4	6,8	12,8	- 3,1	1,0	- 0,9	0,9	0,9	2002 Dez.	
- 0,8	15,1	0,5	- 0,7	- 3,1	- 9,3	- 4,7	4,1	5,3	2,5	- 1,1	1,1	8,1	2003 Jan.	
1,4	- 14,2	2,2	1,7	19,5	5,6	- 0,7	3,0	2,3	1,3	0,4	0,5	- 4,0	Febr.	
- 1,7	22,8	1,5	2,5	0,4	7,1	- 5,2	1,7	0,4	- 4,0	- 0,4	- 4,0	4,0	März	
- 1,1	4,4	0,9	2,8	8,7	8,2	- 2,0	1,1	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	1,4	April	
2,2	14,8	2,4	1,3	15,3	6,8	7,4	0,7	1,0	0,4	- 0,4	- 0,4	1,0	Mai	
0,4	13,3	0,6	2,8	1,9	16,4	- 11,8	1,0	- 1,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	1,6	Juni	
- 2,8	- 15,7	1,1	3,4	- 14,2	- 12,5	- 1,3	2,0	0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,4	2,2	Juli	
0,6	- 4,5	2,5	- 0,1	1,2	1,7	2,9	2,7	1,5	- 0,4	- 0,4	- 0,4	7,2	Aug.	
0,3	11,8	1,3	0,9	1,5	10,8	- 13,8	0,9	3,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,5	Sept.	
- 0,7	- 3,6	1,2	1,3	5,9	3,3	- 3,5	0,9	5,6	- 0,7	- 0,7	- 0,7	0,2	Okt.	
0,1	3,3	1,0	2,4	25,5	22,8	- 0,3	0,6	- 1,2	- 0,5	- 0,5	- 0,5	4,1	Nov.	
0,2	4,2	0,2	4,5	- 3,0	- 10,8	3,5	8,9	- 5,9	0,2	- 0,2	- 0,2	1,2	Dez.	
0,0	22,5	3,5	- 5,0	- 2,7	8,3	- 14,1	1,3	2,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	0,3	2004 Jan.	
1,3	- 1,8	1,1	0,9	- 0,6	5,7	- 5,2	1,2	0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2	3,0	Febr.	
0,6	12,2	1,2	2,3	4,4	1,2	- 0,1	0,1	0,8	- 0,5	- 0,5	- 0,5	3,0	März	
- 0,6	12,7	1,9	2,7	0,5	5,8	- 5,0	0,9	- 1,0	0,1	- 0,1	- 0,1	0,3	April	
1,0	- 10,7	1,0	2,3	5,5	- 2,7	8,7	0,2	- 0,3	0,3	- 0,3	- 0,3	0,8	Mai	
2,4	10,3	0,6	2,3	- 8,7	3,3	- 9,8	- 0,3	- 0,8	- 0,2	- 0,2	- 0,2	0,8	Juni	
- 1,0	0,0	1,7	3,6	- 3,8	- 8,5	3,8	0,5	0,6	3,9	- 4,2	- 4,2	4,2	Juli	

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen

M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2002 Juni	13 642,1	9 667,1	7 597,7	6 691,1	342,7	563,9	2 069,4	830,1	1 239,3	2 731,2	1 243,8
Juli	13 678,9	9 652,9	7 586,1	6 692,6	344,4	549,1	2 066,8	828,5	1 238,3	2 755,6	1 270,3
Aug.	13 649,1	9 645,5	7 591,1	6 692,3	339,7	559,1	2 054,4	818,0	1 236,4	2 745,1	1 258,5
Sept.	13 822,3	9 700,5	7 625,2	6 726,8	349,4	549,1	2 075,3	820,8	1 254,5	2 813,5	1 308,3
Okt.	13 863,8	9 726,3	7 657,4	6 742,7	353,1	561,6	2 068,8	820,4	1 248,5	2 862,9	1 274,6
Nov.	14 010,9	9 761,7	7 678,1	6 754,5	356,7	566,9	2 083,6	829,2	1 254,4	2 936,6	1 312,6
Dez.	13 931,2	9 779,1	7 720,9	6 781,2	367,0	572,7	2 058,2	837,2	1 221,0	2 839,6	1 312,4
2003 Jan.	13 975,4	9 853,5	7 748,2	6 804,6	374,9	568,7	2 105,3	829,2	1 276,1	2 851,7	1 270,3
Febr.	14 114,0	9 905,5	7 777,8	6 831,3	381,2	565,3	2 127,7	828,6	1 299,1	2 908,7	1 299,9
März	14 123,6	9 942,0	7 807,8	6 854,6	386,7	566,5	2 134,2	829,1	1 305,1	2 893,6	1 288,0
April	14 227,9	10 027,6	7 880,6	6 891,0	404,1	585,5	2 147,0	823,5	1 323,5	2 905,7	1 294,7
Mai	14 301,6	10 088,6	7 911,5	6 907,1	407,0	597,5	2 177,1	819,1	1 358,1	2 878,2	1 334,8
Juni	14 380,6	10 102,6	7 942,3	6 942,5	406,1	593,7	2 160,3	818,0	1 342,4	2 958,5	1 319,4
Juli	14 371,2	10 159,5	7 982,4	6 962,3	403,6	616,4	2 177,1	826,1	1 351,1	2 943,7	1 268,1
Aug.	14 361,1	10 167,8	8 001,5	6 975,1	407,1	619,3	2 166,3	820,0	1 346,3	2 930,5	1 262,8
Sept.	14 407,2	10 213,8	8 023,4	6 995,9	412,6	614,8	2 190,5	821,4	1 369,0	2 889,0	1 304,4
Okt.	14 492,9	10 260,8	8 057,7	7 024,7	420,3	612,7	2 203,2	821,1	1 382,1	2 951,9	1 280,1
Nov.	14 607,2	10 349,3	8 118,6	7 071,2	424,9	622,5	2 230,8	830,5	1 400,2	2 954,8	1 303,1
Dez.	14 553,6	10 361,7	8 152,6	7 102,1	426,9	623,6	2 209,1	841,7	1 367,4	2 885,0	1 306,9
2004 Jan.	14 766,4	10 411,9	8 177,1	7 117,9	426,4	632,9	2 234,8	839,4	1 395,3	3 016,1	1 338,4
Febr.	14 861,3	10 455,8	8 205,3	7 139,3	431,9	634,0	2 250,5	830,8	1 419,7	3 033,2	1 372,3
März	15 063,7	10 535,5	8 255,0	7 172,5	433,1	649,4	2 280,4	845,9	1 434,5	3 151,1	1 377,1
April	15 227,5	10 625,5	8 340,0	7 230,3	437,6	672,1	2 285,5	840,2	1 445,3	3 229,3	1 372,7
Mai	15 251,8	10 685,4	8 377,6	7 269,1	441,9	666,6	2 307,8	834,3	1 473,5	3 196,6	1 369,8
Juni	15 328,3	10 755,0	8 425,5	7 322,2	445,8	657,4	2 329,6	840,7	1 488,9	3 182,4	1 390,8
Juli	15 378,8	10 781,9	8 452,7	7 355,5	448,3	648,9	2 329,2	848,1	1 481,1	3 184,0	1 412,9
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2002 Juni	4 291,6	3 309,3	2 596,0	2 294,8	69,7	231,6	713,3	480,4	232,8	800,0	182,3
Juli	4 303,6	3 317,5	2 589,5	2 291,3	69,8	228,4	728,0	489,0	239,0	801,2	184,9
Aug.	4 307,0	3 315,3	2 594,9	2 289,8	67,1	238,0	720,4	479,8	240,6	810,2	181,5
Sept.	4 355,6	3 327,5	2 605,3	2 301,6	66,5	237,3	722,2	477,0	245,2	841,9	186,1
Okt.	4 370,5	3 332,3	2 611,3	2 299,8	69,8	241,7	721,0	480,4	240,6	850,3	188,0
Nov.	4 413,9	3 341,1	2 615,3	2 299,5	69,6	246,2	725,8	481,7	244,1	879,3	193,5
Dez.	4 359,5	3 344,6	2 630,8	2 304,4	66,6	259,8	713,8	478,4	235,4	823,8	191,1
2003 Jan.	4 360,7	3 353,2	2 623,2	2 298,5	66,1	258,7	730,0	484,0	246,1	823,2	184,3
Febr.	4 383,3	3 351,8	2 627,3	2 303,8	66,5	257,0	724,6	477,9	246,6	841,2	190,2
März	4 395,2	3 351,2	2 624,8	2 302,6	67,2	255,0	726,4	474,6	251,7	861,1	182,9
April	4 400,8	3 353,3	2 629,0	2 300,8	67,3	260,9	724,3	475,4	248,9	867,3	180,3
Mai	4 401,1	3 351,6	2 629,9	2 298,8	67,9	263,2	721,7	470,7	251,1	871,8	177,7
Juni	4 411,5	3 334,6	2 629,8	2 301,7	67,0	261,1	704,8	463,7	241,2	906,3	170,6
Juli	4 391,1	3 334,6	2 620,8	2 293,4	64,4	263,0	713,9	474,3	239,6	891,4	165,1
Aug.	4 373,2	3 322,7	2 624,8	2 296,4	64,5	263,9	697,9	469,1	228,8	886,0	164,4
Sept.	4 384,6	3 337,1	2 634,6	2 309,9	64,2	260,5	702,5	463,0	239,4	877,7	169,8
Okt.	4 387,2	3 333,3	2 624,5	2 303,4	66,5	254,6	708,8	466,1	242,7	882,7	171,3
Nov.	4 409,5	3 355,4	2 637,9	2 311,5	66,9	259,5	717,5	472,5	245,0	884,0	170,2
Dez.	4 392,5	3 337,7	2 630,9	2 303,9	69,0	258,0	706,7	469,9	236,8	880,9	173,9
2004 Jan.	4 416,6	3 334,2	2 621,1	2 291,7	68,4	260,9	713,2	470,2	242,9	921,4	161,0
Febr.	4 424,0	3 346,3	2 619,5	2 295,4	67,9	256,2	726,7	461,6	265,2	916,1	161,5
März	4 479,7	3 374,8	2 629,5	2 295,8	66,6	267,0	745,3	474,2	271,1	939,4	165,5
April	4 514,1	3 385,7	2 646,0	2 299,2	65,4	281,5	739,6	467,5	272,2	962,8	165,7
Mai	4 495,6	3 374,2	2 634,5	2 296,1	66,2	272,3	739,7	461,6	278,0	952,1	169,3
Juni	4 477,8	3 364,6	2 621,6	2 295,8	66,5	259,2	742,9	456,3	286,6	944,6	168,6
Juli	4 479,3	3 372,8	2 619,4	2 292,9	70,7	255,8	753,4	465,2	288,2	937,4	169,1

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf, bis Ende 2002 zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
285,7	5 749,3	5 407,9	5 438,3	1 900,8	938,5	81,5	1 155,0	1 256,3	106,2	2002 Juni	
296,6	5 725,7	5 384,9	5 422,5	1 872,6	948,2	82,6	1 154,1	1 258,9	106,2	Juli	
301,1	5 688,0	5 358,6	5 396,2	1 840,9	959,7	83,3	1 142,5	1 263,4	106,4	Aug.	
306,7	5 730,1	5 399,2	5 434,7	1 894,9	941,0	82,9	1 143,6	1 265,5	106,8	Sept.	
313,9	5 745,4	5 410,6	5 446,2	1 875,8	964,2	82,8	1 144,9	1 272,8	105,8	Okt.	
321,4	5 799,5	5 467,0	5 504,7	1 927,1	956,8	82,4	1 148,4	1 284,7	105,3	Nov.	
341,2	5 879,5	5 566,7	5 592,2	1 980,7	947,8	81,2	1 163,9	1 313,4	105,2	Dez.	
312,1	5 869,8	5 536,5	5 569,2	1 956,3	953,1	76,7	1 168,2	1 311,7	103,1	2003 Jan.	
319,3	5 913,0	5 560,3	5 586,5	1 956,1	952,7	75,4	1 175,6	1 324,8	101,9	Febr.	
327,2	5 963,6	5 610,2	5 639,9	1 995,3	948,2	75,9	1 182,7	1 337,5	100,4	März	
336,3	5 979,6	5 640,1	5 671,4	2 012,8	961,3	74,1	1 179,6	1 345,8	97,7	April	
343,8	6 041,4	5 695,7	5 715,4	2 035,9	972,4	73,0	1 185,2	1 352,6	96,4	Mai	
351,0	6 100,7	5 715,9	5 744,9	2 083,6	940,3	72,4	1 188,1	1 365,6	94,8	Juni	
361,5	6 093,4	5 739,1	5 770,3	2 090,1	944,5	72,1	1 194,5	1 376,3	92,8	Juli	
362,7	6 089,4	5 741,1	5 779,3	2 078,5	951,1	72,2	1 203,9	1 382,4	91,2	Aug.	
364,8	6 117,9	5 754,9	5 789,2	2 117,6	922,4	73,0	1 203,3	1 382,3	90,6	Sept.	
371,2	6 118,4	5 769,3	5 806,7	2 112,8	934,7	73,9	1 208,4	1 386,3	90,6	Okt.	
379,2	6 179,9	5 818,4	5 851,8	2 151,0	927,4	75,5	1 215,5	1 391,5	90,8	Nov.	
397,9	6 239,4	5 916,6	5 936,2	2 191,1	921,6	74,9	1 232,2	1 424,6	91,8	Dez.	
389,1	6 244,6	5 888,3	5 923,6	2 177,9	904,2	75,1	1 235,4	1 440,3	90,8	2004 Jan.	
393,5	6 263,7	5 890,0	5 925,0	2 171,9	899,2	74,6	1 242,7	1 446,1	90,5	Febr.	
399,6	6 290,6	5 919,1	5 966,6	2 210,5	891,9	73,2	1 250,5	1 450,2	90,3	März	
409,4	6 322,2	5 946,2	5 997,9	2 225,2	893,8	71,7	1 261,2	1 456,8	89,2	April	
416,6	6 366,8	5 978,2	6 023,1	2 235,6	900,2	71,3	1 266,1	1 461,7	88,3	Mai	
423,0	6 435,3	6 021,7	6 061,8	2 277,0	876,1	71,6	1 276,2	1 472,9	88,0	Juni	
436,2	6 418,9	6 027,6	6 070,3	2 261,6	886,8	71,0	1 283,6	1 479,4	88,0	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
79,8	2 119,3	2 035,6	1 997,1	530,9	234,4	17,3	653,0	457,0	104,6	2002 Juni	
83,4	2 112,5	2 030,5	1 993,2	525,8	235,8	17,6	653,9	455,5	104,6	Juli	
84,3	2 098,8	2 018,1	1 979,2	521,5	239,6	17,6	640,1	455,6	104,8	Aug.	
85,9	2 105,7	2 023,7	1 987,6	536,6	233,0	17,5	639,6	456,5	104,3	Sept.	
87,4	2 115,1	2 035,2	2 003,0	538,0	243,7	17,5	641,5	458,8	103,5	Okt.	
89,9	2 147,3	2 066,9	2 035,6	569,5	237,6	17,9	645,7	462,0	102,9	Nov.	
94,2	2 170,7	2 092,1	2 054,2	567,8	242,4	18,2	648,0	474,8	103,1	Dez.	
84,9	2 159,7	2 082,0	2 048,3	561,2	238,7	18,6	649,7	478,9	101,2	2003 Jan.	
86,6	2 173,9	2 094,9	2 058,5	564,8	237,3	18,5	656,1	481,8	100,0	Febr.	
89,0	2 175,8	2 098,2	2 063,3	572,0	232,8	18,6	657,9	483,5	98,4	März	
91,9	2 176,7	2 100,4	2 068,2	580,4	233,5	18,1	655,8	484,6	95,8	April	
93,2	2 189,4	2 112,0	2 073,9	585,9	236,9	17,8	653,8	485,3	94,3	Mai	
96,0	2 194,7	2 115,7	2 076,1	600,0	225,8	17,6	653,4	486,3	92,9	Juni	
99,4	2 183,0	2 107,8	2 071,3	591,1	225,3	17,3	658,5	488,3	90,8	Juli	
99,3	2 193,4	2 117,6	2 082,5	593,2	228,9	17,5	662,7	491,0	89,3	Aug.	
100,2	2 188,3	2 112,7	2 079,6	603,5	217,2	17,5	661,0	491,8	88,5	Sept.	
101,5	2 188,7	2 113,6	2 083,5	606,9	216,1	17,8	661,3	492,8	88,6	Okt.	
103,9	2 211,8	2 137,8	2 105,1	628,8	214,6	18,3	661,2	493,4	88,9	Nov.	
108,5	2 215,1	2 143,0	2 105,2	616,1	216,3	18,5	662,1	502,3	89,9	Dez.	
103,5	2 209,9	2 137,7	2 102,7	626,1	202,7	18,5	662,9	503,6	88,8	2004 Jan.	
104,4	2 213,0	2 140,9	2 103,8	630,1	198,8	18,3	663,3	504,7	88,5	Febr.	
106,7	2 215,1	2 142,0	2 106,6	631,3	200,7	18,0	663,6	504,8	88,2	März	
109,3	2 219,4	2 145,3	2 112,5	637,8	196,2	17,5	668,3	505,6	87,1	April	
111,6	2 229,8	2 154,8	2 118,4	634,1	202,7	16,9	672,6	505,8	86,2	Mai	
113,8	2 229,2	2 151,6	2 114,1	636,3	193,0	16,6	676,9	505,5	85,8	Juni	
117,4	2 226,0	2 149,7	2 113,6	629,2	197,9	16,2	678,5	506,0	85,9	Juli	

der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlich-

keit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Begebene Schuld-		
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	öffentliche Haushalte			sonstige öffentliche Haushalte						insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen			
	Zentral- staaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)							
			bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten				insgesamt	darunter: auf Euro		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
2002 Juni	155,0	156,0	71,6	53,3	1,5	26,7	2,4	0,4	229,6	225,9	439,1	1 788,0	1 476,9	
Juli	151,9	151,3	69,3	51,4	1,5	26,3	2,4	0,4	228,8	224,9	450,1	1 795,6	1 478,8	
Aug.	141,0	150,8	67,8	52,4	1,5	26,3	2,4	0,4	236,5	231,9	463,4	1 813,6	1 496,0	
Sept.	146,3	149,1	70,7	48,4	1,3	25,9	2,4	0,4	238,3	234,4	460,9	1 812,1	1 494,1	
Okt.	151,8	147,4	72,2	45,3	1,3	25,6	2,5	0,4	235,6	232,1	463,1	1 822,4	1 492,8	
Nov.	147,5	147,4	71,9	45,6	1,3	25,6	2,5	0,4	229,6	225,8	477,6	1 829,6	1 494,1	
Dez.	136,4	150,9	75,6	45,1	1,4	25,6	2,8	0,4	226,9	224,4	470,5	1 817,0	1 490,3	
2003 Jan.	154,7	145,9	71,0	45,9	1,2	24,8	2,6	0,4	232,8	229,6	534,9	1 793,5	1 481,7	
Febr.	175,8	150,6	72,2	49,9	1,0	24,4	2,7	0,4	233,3	229,7	547,2	1 802,1	1 485,6	
März	176,2	147,5	71,8	47,1	0,9	24,5	2,8	0,3	224,0	220,8	550,8	1 803,1	1 485,7	
April	159,7	148,4	75,0	45,2	1,0	24,2	2,8	0,3	230,5	227,0	563,0	1 833,9	1 516,8	
Mai	170,1	155,9	76,9	50,8	0,9	24,1	2,8	0,3	231,7	228,2	571,1	1 819,2	1 514,8	
Juni	200,3	155,5	80,1	46,8	0,9	24,6	2,8	0,3	215,0	212,1	571,0	1 829,0	1 514,1	
Juli	173,0	150,1	75,2	46,4	0,9	24,5	2,8	0,3	219,9	216,4	585,6	1 844,7	1 515,7	
Aug.	163,0	147,0	73,4	45,7	0,9	23,9	2,8	0,3	217,1	214,2	587,8	1 858,1	1 512,7	
Sept.	183,9	144,9	74,8	42,0	1,0	23,9	2,8	0,3	211,5	207,9	576,9	1 860,2	1 518,5	
Okt.	165,8	145,9	78,1	39,9	0,9	23,9	2,8	0,4	224,7	221,1	582,3	1 893,8	1 539,0	
Nov.	180,4	147,7	80,0	39,6	0,9	24,0	2,9	0,3	224,7	220,9	584,7	1 902,5	1 552,4	
Dez.	153,6	149,6	79,7	41,5	0,9	24,3	2,9	0,4	208,7	206,4	581,8	1 873,2	1 534,2	
2004 Jan.	174,1	146,9	78,4	41,2	0,9	23,2	2,9	0,3	214,6	211,9	591,6	1 899,6	1 548,2	
Febr.	193,0	145,7	76,7	41,3	0,9	23,5	3,0	0,4	228,6	225,3	599,2	1 910,1	1 558,2	
März	183,8	140,3	73,5	39,1	0,9	23,3	3,1	0,4	217,9	214,3	602,1	1 948,1	1 576,1	
April	179,6	144,7	77,7	39,2	1,0	23,1	3,2	0,4	225,5	222,5	611,4	1 972,6	1 586,2	
Mai	195,1	148,5	78,3	42,5	1,0	23,1	3,3	0,4	221,9	218,5	609,5	1 982,9	1 589,0	
Juni	224,3	149,2	81,1	40,6	1,0	22,8	3,3	0,4	217,9	214,4	608,6	1 996,4	1 599,2	
Juli	201,7	146,9	77,6	41,4	1,0	22,9	3,4	0,4	222,9	219,5	613,3	2 012,3	1 607,3	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2002 Juni	48,7	73,5	13,8	34,1	1,1	22,6	1,6	0,4	4,1	4,1	31,2	808,9	712,2	
Juli	47,6	71,7	13,9	32,3	1,0	22,5	1,5	0,4	3,1	3,1	31,4	817,3	715,7	
Aug.	48,9	70,7	13,0	32,2	1,0	22,6	1,6	0,4	4,3	4,3	32,9	840,1	733,6	
Sept.	49,9	68,2	13,1	30,0	0,9	22,2	1,6	0,4	10,7	10,7	33,5	841,1	733,7	
Okt.	48,3	63,7	12,8	26,0	0,9	22,0	1,6	0,4	9,6	9,6	34,0	844,6	730,7	
Nov.	47,7	64,1	13,1	26,2	0,9	21,9	1,6	0,4	6,4	6,4	33,9	844,9	728,7	
Dez.	47,7	68,7	15,7	27,7	1,0	22,2	1,6	0,4	3,3	3,3	32,9	826,4	716,6	
2003 Jan.	46,9	64,5	12,7	26,9	1,0	21,8	1,7	0,4	8,6	8,6	35,5	817,6	702,1	
Febr.	48,3	67,2	14,8	28,0	0,7	21,7	1,7	0,4	10,9	10,9	36,7	825,8	710,3	
März	46,6	65,9	14,5	27,1	0,7	21,6	1,6	0,3	11,2	11,2	37,3	819,4	701,0	
April	45,5	63,1	14,1	24,9	0,7	21,5	1,6	0,3	11,3	11,3	37,2	818,7	699,8	
Mai	47,7	67,8	14,8	28,9	0,7	21,5	1,6	0,3	12,3	12,3	37,7	814,0	698,7	
Juni	48,1	70,5	17,4	28,4	0,7	22,1	1,6	0,3	10,8	10,8	37,2	819,6	699,7	
Juli	45,3	66,3	14,0	27,9	0,6	21,9	1,6	0,3	10,9	10,9	36,8	822,7	696,4	
Aug.	46,0	65,0	14,0	27,1	0,6	21,2	1,7	0,3	12,4	12,4	36,4	821,8	688,4	
Sept.	46,3	62,5	13,9	24,7	0,7	21,2	1,7	0,3	15,6	15,6	36,3	825,6	689,8	
Okt.	45,5	59,7	13,8	22,1	0,6	21,2	1,6	0,4	21,1	21,1	35,7	829,7	692,4	
Nov.	45,7	61,0	14,4	22,6	0,6	21,4	1,6	0,3	20,0	20,0	35,2	833,2	698,6	
Dez.	45,9	64,0	15,8	23,9	0,6	21,6	1,6	0,4	14,1	14,1	35,3	826,4	693,3	
2004 Jan.	46,0	61,3	14,4	23,6	0,6	20,7	1,7	0,3	16,6	16,6	34,9	836,4	695,5	
Febr.	47,3	62,0	15,2	23,3	0,6	20,9	1,7	0,4	17,5	17,5	34,7	833,7	695,2	
März	47,9	60,6	15,4	21,7	0,6	20,7	1,8	0,4	18,2	18,2	34,2	851,5	698,5	
April	47,3	59,7	14,9	21,4	0,6	20,6	1,8	0,4	17,3	17,3	34,2	858,7	698,9	
Mai	48,3	63,1	15,7	24,1	0,6	20,5	1,8	0,4	17,0	17,0	34,6	861,5	701,5	
Juni	50,7	64,4	17,3	24,0	0,6	20,3	1,8	0,4	16,1	16,1	34,4	859,1	697,1	
Juli	49,7	62,6	15,6	23,7	0,6	20,4	1,9	0,4	16,8	16,8	38,3	860,1	692,4	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosysteem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen

veröffentlicht. — 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosysteems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

										Nachrichtlich				Stand am Jahres- bzw. Monatsende
verschreibungen (netto) 3)			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der IMF-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)			
mit Laufzeit						insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)		Geldkapitalbildung 13)		
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren												
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
...	...	1 654,6	2 620,0	985,8	10,7	1 533,6	-	2 349,7	4 767,8	5 569,3	3 929,4	176,5	2002 Juni	
...	...	1 669,1	2 648,3	993,4	- 2,9	1 542,7	-	2 328,0	4 757,9	5 562,3	3 950,5	174,9	Juli	
...	...	1 685,7	2 616,3	1 004,3	- 0,2	1 525,4	-	2 301,2	4 749,7	5 576,1	3 967,0	177,7	Aug.	
...	...	1 679,0	2 674,3	1 015,9	- 5,0	1 588,0	-	2 364,1	4 791,4	5 622,0	3 973,4	178,3	Sept.	
...	...	1 687,5	2 697,5	1 014,0	- 3,3	1 568,2	-	2 354,8	4 810,4	5 642,8	3 979,4	180,3	Okt.	
...	...	1 695,4	2 737,3	1 016,2	- 3,4	1 601,5	-	2 414,5	4 875,0	5 713,3	3 994,4	181,8	Nov.	
...	...	1 686,9	2 627,0	1 006,4	10,8	1 550,9	-	2 499,4	4 981,0	5 806,0	3 990,8	192,4	Dez.	
...	...	1 682,7	2 662,6	1 016,9	10,0	1 541,9	-	2 440,8	4 923,8	5 800,7	3 997,7	192,8	2003 Jan.	
...	...	1 692,1	2 714,3	1 010,3	13,5	1 560,5	-	2 451,2	4 950,8	5 840,4	4 005,7	197,4	Febr.	
...	...	1 702,0	2 694,1	999,6	14,1	1 546,1	-	2 497,5	5 003,5	5 877,7	4 011,2	199,3	März	
...	...	1 708,4	2 715,1	997,0	- 20,9	1 592,6	-	2 527,2	5 050,6	5 967,9	4 008,9	198,1	April	
...	...	1 710,6	2 653,5	993,6	- 4,3	1 649,9	-	2 561,5	5 108,7	6 016,5	4 013,8	200,4	Mai	
...	...	1 728,5	2 672,2	997,6	16,3	1 625,9	-	2 605,4	5 129,3	6 012,3	4 037,6	186,6	Juni	
...	...	1 750,2	2 682,1	999,8	5,2	1 577,2	-	2 584,8	5 123,5	6 019,8	4 065,7	154,4	Juli	
...	...	1 765,3	2 680,5	1 014,3	- 3,6	1 553,2	-	2 573,2	5 125,2	6 019,7	4 102,1	156,2	Aug.	
...	...	1 765,8	2 639,7	1 016,6	5,4	1 612,6	-	2 615,6	5 136,1	6 015,8	4 103,7	156,3	Sept.	
...	...	1 790,5	2 690,4	1 014,1	9,3	1 587,3	-	2 620,4	5 157,1	6 065,0	4 130,3	157,3	Okt.	
...	...	1 800,1	2 685,3	1 014,3	4,6	1 631,3	-	2 667,8	5 205,3	6 115,7	4 146,5	158,1	Nov.	
...	...	1 784,5	2 637,2	1 010,8	6,5	1 597,6	-	2 729,5	5 298,1	6 176,3	4 145,0	162,9	Dez.	
...	...	1 807,2	2 750,5	1 004,8	2,3	1 669,2	-	2 703,1	3 590,9	6 168,9	4 162,7	161,8	2004 Jan.	
...	...	1 816,5	2 766,5	1 008,0	6,1	1 685,7	-	2 703,5	3 582,4	6 193,3	4 182,6	166,4	Febr.	
...	...	1 857,8	2 857,3	1 025,9	9,3	1 712,9	-	2 745,7	3 612,9	6 220,0	4 248,5	168,2	März	
...	...	1 877,3	2 937,3	1 021,8	2,2	1 725,0	-	2 770,9	3 639,3	6 276,1	4 273,4	166,4	April	
...	...	1 892,5	2 932,2	1 016,1	4,5	1 701,2	-	2 787,8	3 664,2	6 297,0	4 287,3	166,0	Mai	
...	...	1 900,9	2 896,5	1 027,0	- 7,6	1 731,4	-	2 834,7	3 692,9	6 330,3	4 316,2	163,2	Juni	
...	...	1 920,8	2 901,2	1 032,1	5,2	1 736,6	-	2 835,3	3 695,8	6 354,6	4 348,9	169,9	Juli	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
26,8	38,1	743,9	687,5	265,5	- 24,8	399,9	16,7	544,6	1 290,0	1 390,4	1 790,1	-	2002 Juni	
26,0	38,7	752,7	705,5	267,7	- 39,0	405,0	18,8	539,7	1 283,4	1 382,7	1 801,9	-	Juli	
28,4	37,5	774,2	698,7	272,4	- 50,5	410,3	22,0	534,5	1 282,0	1 385,1	1 814,5	-	Aug.	
28,4	36,8	775,9	713,1	274,4	- 48,6	425,8	24,1	549,6	1 289,2	1 397,9	1 816,9	-	Sept.	
32,2	37,1	775,2	706,5	272,8	- 42,1	430,1	26,2	550,8	1 299,3	1 411,9	1 815,4	-	Okt.	
32,1	38,1	774,7	716,9	274,2	- 47,5	437,8	27,6	582,6	1 328,8	1 438,8	1 819,8	-	Nov.	
32,1	39,0	755,3	661,0	277,7	- 56,9	444,3	29,1	583,5	1 349,2	1 456,6	1 806,8	-	Dez.	
26,9	37,4	753,4	670,1	283,0	- 50,3	436,6	29,6	574,0	1 339,7	1 448,0	1 809,5	-	2003 Jan.	
34,6	37,7	753,4	679,1	279,5	- 63,2	440,5	31,9	579,5	1 347,5	1 467,5	1 811,1	-	Febr.	
31,9	36,5	751,0	682,6	280,3	- 48,9	437,6	33,3	586,5	1 350,9	1 467,7	1 809,6	-	März	
33,5	36,3	748,9	686,4	281,1	- 55,5	444,9	34,2	594,5	1 357,8	1 476,1	1 803,5	-	April	
32,2	34,1	747,7	666,8	277,5	- 43,6	447,0	36,6	600,7	1 371,8	1 488,0	1 795,1	-	Mai	
33,0	31,6	754,9	661,1	279,0	- 42,6	451,8	37,3	617,5	1 377,9	1 490,5	1 802,6	-	Juni	
30,6	31,7	760,4	668,9	280,4	- 63,1	451,5	38,4	605,0	1 366,0	1 476,0	1 812,5	-	Juli	
25,7	29,5	766,7	640,5	285,5	- 67,4	450,4	40,8	607,2	1 374,0	1 477,8	1 825,8	-	Aug.	
26,4	29,3	770,0	639,8	279,8	- 60,1	459,3	42,2	617,3	1 370,9	1 478,4	1 820,9	-	Sept.	
25,7	30,1	773,9	638,2	279,6	- 63,5	457,6	43,4	620,7	1 371,7	1 484,4	1 825,0	-	Okt.	
28,6	31,5	773,1	635,5	279,6	- 70,8	465,2	44,4	643,2	1 394,3	1 509,6	1 824,4	-	Nov.	
30,0	31,3	765,1	625,5	279,6	- 67,8	464,3	44,6	631,9	1 395,2	1 505,9	1 818,7	-	Dez.	
31,2	29,8	775,4	642,8	276,3	- 47,1	446,8	48,1	640,5	1 391,1	1 503,6	1 824,6	-	2004 Jan.	
26,7	31,3	775,8	663,0	270,2	- 60,8	452,6	49,2	645,3	1 392,7	1 502,8	1 819,0	-	Febr.	
29,6	31,4	790,6	680,7	273,8	- 54,5	460,7	50,4	646,8	1 394,2	1 507,6	1 837,3	-	März	
29,8	31,1	797,7	690,9	274,2	- 52,8	472,2	52,3	652,7	1 395,8	1 508,3	1 848,3	-	April	
27,6	32,3	801,5	671,6	270,6	- 61,3	471,9	53,3	649,8	1 401,8	1 513,4	1 851,8	-	Mai	
29,5	29,7	799,9	642,5	276,7	- 54,5	474,3	53,9	653,5	1 395,1	1 504,7	1 860,1	-	Juni	
27,2	27,7	805,2	638,2	280,6	- 59,0	478,3	55,6	644,8	1 391,0	1 501,0	1 871,1	-	Juli	

Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu

3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion
**3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände**

Mrd €, Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte							
Eurosystem 2)												
2002 April	395,4	112,7	60,0	0,4	-	0,2	-	285,9	55,9	95,3	131,2	417,3
Mai	397,7	110,6	60,0	0,1	-	0,3	-	293,7	49,2	93,5	131,7	425,6
Juni	396,2	112,6	60,0	0,5	-	0,4	-	300,8	45,1	91,2	131,8	433,0
Juli	369,1	130,4	60,0	0,2	-	0,2	-	313,4	54,4	60,3	131,4	445,0
Aug.	360,0	139,2	55,2	0,1	-	0,1	-	322,7	50,9	50,8	129,9	452,8
Sept.	362,3	140,9	50,8	0,1	-	0,2	-	323,6	49,1	51,7	129,6	453,4
Okt.	370,0	146,1	45,3	0,1	-	0,1	-	329,2	45,6	58,2	128,3	457,6
Nov.	372,1	147,5	45,0	0,1	-	0,1	-	334,0	42,8	58,6	129,3	463,4
Dez.	371,5	168,1	45,0	1,1	2,0	0,2	-	350,7	51,7	55,5	129,5	480,5
2003 Jan.	360,9	176,3	45,0	0,5	-	0,3	-	353,9	43,7	53,3	131,6	485,8
Febr.	356,4	168,6	45,0	0,3	-	0,3	-	340,7	50,2	48,0	131,1	472,2
März	352,5	179,5	45,0	0,2	-	0,1	-	347,8	59,1	40,6	129,6	477,5
April	337,4	179,4	45,0	0,1	-	0,2	-	358,5	52,1	20,5	130,6	489,3
Mai	333,1	177,1	45,0	0,4	-	0,2	0,1	366,2	42,6	15,5	130,9	497,3
Juni	331,3	194,7	45,0	0,4	-	0,3	0,2	373,2	52,6	13,2	131,9	505,3
Juli	320,4	204,7	45,0	0,4	-	0,3	-	382,7	52,4	2,9	132,2	515,2
Aug.	315,8	213,4	45,0	0,2	-	0,1	-	391,6	51,5	- 1,6	132,8	524,6
Sept.	315,0	214,0	45,0	0,1	-	0,6	-	391,7	54,4	- 4,4	132,0	524,2
Okt.	321,3	208,4	45,0	0,1	-	0,2	-	395,5	48,3	- 1,1	131,9	527,5
Nov.	321,8	205,8	45,0	0,1	-	0,3	-	399,4	43,4	- 2,2	131,8	531,4
Dez.	320,1	235,5	45,0	0,6	-	0,1	-	416,1	57,0	- 4,5	132,6	548,7
2004 Jan.	309,2	232,6	45,0	0,3	-	0,1	-	427,6	37,0	- 11,2	133,6	561,4
Febr.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
März	303,3	219,4	56,7	0,4	-	0,2	-	418,0	48,6	- 21,1	134,1	552,3
April	301,4	217,9	67,1	0,4	-	0,4	-	425,3	51,5	- 25,7	135,3	561,0
Mai	310,7	213,2	75,0	0,1	-	0,1	0,4	436,4	46,0	- 18,9	135,0	571,5
Juni	311,3	224,7	75,0	0,1	-	0,5	-	442,5	52,2	- 21,1	137,1	580,1
Juli	308,2	245,4	75,0	0,3	-	0,1	-	449,1	65,0	- 24,1	138,8	588,1
Aug.	300,8	253,6	75,0	0,0	-	0,2	-	460,9	61,1	- 31,8	139,1	600,1
Deutsche Bundesbank												
2002 April	92,3	57,6	40,4	0,3	-	0,2	-	80,8	0,1	71,8	37,9	118,8
Mai	92,3	53,1	39,7	0,1	-	0,3	-	83,8	0,1	63,1	38,0	122,0
Juni	91,6	60,6	38,8	0,1	-	0,3	-	85,4	0,1	67,3	38,1	123,8
Juli	84,7	67,6	37,1	0,2	-	0,2	-	89,2	0,1	62,0	38,1	127,5
Aug.	82,5	63,1	36,4	0,0	-	0,1	-	92,2	0,1	51,8	37,9	130,2
Sept.	82,4	64,4	32,7	0,1	-	0,1	-	92,4	0,0	49,1	37,9	130,4
Okt.	84,0	69,0	31,7	0,1	-	0,1	-	94,0	0,1	53,0	37,6	131,6
Nov.	84,3	73,2	31,6	0,1	-	0,1	-	94,6	0,1	56,5	37,9	132,6
Dez.	84,4	91,1	33,8	0,9	0,7	0,2	-	99,3	0,1	73,5	37,8	137,3
2003 Jan.	82,3	85,1	36,1	0,5	-	0,1	-	98,3	0,1	66,9	38,6	137,0
Febr.	81,4	81,6	36,5	0,2	-	0,3	-	95,5	0,1	65,6	38,3	134,1
März	81,4	90,0	34,9	0,1	-	0,1	-	97,5	0,1	70,9	37,9	135,5
April	78,5	95,6	32,3	0,1	-	0,2	-	100,7	0,1	67,4	38,2	139,1
Mai	77,6	98,8	32,4	0,4	-	0,1	0,1	102,5	0,1	68,4	38,1	140,7
Juni	77,2	112,4	32,9	0,3	-	0,2	0,1	104,4	0,1	79,8	38,3	142,8
Juli	74,3	115,5	32,4	0,3	-	0,2	-	107,1	0,1	77,1	38,2	145,4
Aug.	73,7	111,0	29,6	0,2	-	0,1	-	109,6	0,1	66,5	38,2	147,9
Sept.	73,9	114,0	29,1	0,1	-	0,4	-	109,8	0,1	69,2	37,7	147,9
Okt.	75,7	106,5	29,7	0,1	-	0,2	-	110,8	0,1	63,4	37,5	148,4
Nov.	76,1	102,3	30,8	0,0	-	0,2	-	111,5	0,1	60,0	37,5	149,1
Dez.	76,1	118,3	30,9	0,3	-	0,1	-	115,9	0,1	72,2	37,4	153,4
2004 Jan.	73,1	119,5	32,3	0,2	-	0,1	-	116,2	0,1	70,9	37,9	154,1
Febr.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
März	72,4	109,7	41,3	0,2	-	0,2	-	113,5	0,1	72,0	37,9	151,5
April	72,9	97,9	48,7	0,2	-	0,3	-	115,8	0,1	65,7	37,8	153,9
Mai	75,4	100,7	51,8	0,0	-	0,0	0,1	119,3	0,1	70,9	37,7	157,0
Juni	75,6	115,6	49,4	0,1	-	0,3	-	121,2	0,1	80,9	38,3	159,9
Juli	74,6	127,9	49,6	0,2	-	0,0	-	122,7	0,1	91,1	38,5	161,1
Aug.	72,1	136,9	50,3	0,0	-	0,1	-	126,2	0,1	94,7	38,3	164,6

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Im Februar 2004 endete auf Grund des Übergangs zum neuen geldpolitischen Hand-

lungsrahmen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewie-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte	Banknoten-umlauf 3)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)			
	Hauptrefinanzierungs-geschäfte	Längerfristige Refinanzierungs-geschäfte	Spitzenrefinanzierungs-fazilität	Sonstige liquiditäts-zuführende Geschäfte								
Eurosystem 2)												
+ 8,7	- 1,9	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,1	-	+ 2,6	+ 1,7	+ 3,5	- 0,9	+ 1,7	2002 April
+ 2,3	- 2,1	- 0,0	- 0,3	-	+ 0,1	-	+ 7,8	- 6,7	- 1,8	+ 0,5	+ 8,3	2002 Mai
- 1,5	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,4	-	+ 0,1	-	+ 7,1	- 4,1	- 2,3	+ 0,1	+ 7,4	2002 Juni
- 27,1	+ 17,8	- 0,0	- 0,3	-	- 0,2	-	+ 12,6	+ 9,3	- 30,9	- 0,4	+ 12,0	2002 Juli
+ 9,1	+ 8,8	- 4,8	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 9,3	- 3,5	- 9,5	- 1,5	+ 7,8	2002 Aug.
+ 2,3	+ 1,7	- 4,4	+ 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,9	- 1,8	+ 0,9	- 0,3	+ 0,6	2002 Sept.
+ 7,7	+ 5,2	- 5,5	- 0,0	-	- 0,1	-	+ 5,6	- 3,5	+ 6,5	- 1,3	+ 4,2	2002 Okt.
+ 2,1	+ 1,4	- 0,3	+ 0,0	-	- 0,0	-	+ 4,8	- 2,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 5,8	2002 Nov.
- 0,6	+ 20,6	+ 0,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,1	-	+ 16,7	+ 8,9	- 3,1	+ 0,2	+ 17,1	2002 Dez.
- 10,6	+ 8,2	± 0,0	- 0,6	- 2,0	+ 0,1	-	+ 3,2	- 8,0	- 2,2	+ 2,1	+ 5,3	2003 Jan.
- 4,5	- 7,7	± 0,0	- 0,2	-	+ 0,0	-	- 13,2	+ 6,5	- 5,3	- 0,5	- 13,6	2003 Febr.
- 3,9	+ 10,9	± 0,0	- 0,1	-	- 0,2	-	+ 7,1	+ 8,9	- 7,4	- 1,5	+ 5,3	2003 März
- 15,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 10,7	- 7,0	- 20,1	+ 1,0	+ 11,8	2003 April
- 4,3	- 2,3	- 0,0	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,1	+ 7,7	- 9,5	- 5,0	+ 0,3	+ 8,0	2003 Mai
- 1,8	+ 17,6	+ 0,0	- 0,0	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 7,0	+ 10,0	- 2,3	+ 1,0	+ 8,0	2003 Juni
- 10,9	+ 10,0	- 0,0	+ 0,0	-	- 0,0	- 0,2	+ 9,5	- 0,2	- 10,3	+ 0,3	+ 9,9	2003 Juli
- 4,6	+ 8,7	- 0,0	- 0,2	-	- 0,2	-	+ 8,9	- 0,9	- 4,5	+ 0,6	+ 9,4	2003 Aug.
- 0,8	+ 0,6	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 2,9	- 2,8	- 0,8	- 0,4	2003 Sept.
+ 6,3	- 5,6	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,4	-	+ 3,8	- 6,1	+ 3,3	- 0,1	+ 3,3	2003 Okt.
+ 0,5	- 2,6	- 0,0	- 0,0	-	+ 0,1	-	+ 3,9	- 4,9	- 1,1	- 0,1	+ 3,9	2003 Nov.
- 1,7	+ 29,7	+ 0,0	+ 0,5	-	- 0,2	-	+ 16,7	+ 13,6	- 2,3	+ 0,8	+ 17,3	2003 Dez.
- 10,9	- 2,9	± 0,0	- 0,3	-	+ 0,0	-	+ 11,5	- 20,0	- 6,7	+ 1,0	+ 12,7	2004 Jan.
- 5,9	- 13,2	+ 11,7	+ 0,1	-	+ 0,1	-	- 9,6	+ 11,6	- 9,9	+ 0,5	- 9,1	2004 Febr.
- 1,9	- 1,5	+ 10,4	- 0,0	-	+ 0,2	-	+ 7,3	+ 2,9	- 4,6	+ 1,2	+ 8,7	2004 April
+ 9,3	- 4,7	+ 7,9	- 0,3	-	- 0,3	+ 0,4	+ 11,1	- 5,5	+ 6,8	- 0,3	+ 10,5	2004 Mai
+ 0,6	+ 11,5	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,4	- 0,4	+ 6,1	+ 6,2	- 2,2	+ 2,1	+ 8,6	2004 Juni
- 3,1	+ 20,7	- 0,0	+ 0,2	-	- 0,4	-	+ 6,6	+ 12,8	- 3,0	+ 1,7	+ 8,0	2004 Juli
- 7,4	+ 8,2	± 0,0	- 0,3	-	+ 0,1	-	+ 11,8	- 3,9	- 7,7	+ 0,3	+ 12,0	2004 Aug.
Deutsche Bundesbank												
+ 2,4	- 0,9	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	-	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,4	+ 0,7	2002 April
- 0,0	- 4,5	- 0,7	- 0,2	-	+ 0,1	-	+ 3,0	+ 0,0	- 8,7	+ 0,1	+ 3,3	2002 Mai
- 0,7	+ 7,5	- 0,9	+ 0,1	-	- 0,0	-	+ 1,6	- 0,0	+ 4,2	+ 0,2	+ 1,8	2002 Juni
- 6,9	+ 7,0	- 1,7	+ 0,0	-	- 0,1	-	+ 3,8	+ 0,0	- 5,3	- 0,1	+ 3,7	2002 Juli
- 2,2	- 4,5	- 0,7	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 3,0	- 0,0	- 10,2	- 0,2	+ 2,7	2002 Aug.
- 0,1	+ 1,3	- 3,7	+ 0,0	-	+ 0,1	-	+ 0,2	- 0,0	- 2,8	- 0,0	+ 0,2	2002 Sept.
+ 1,6	+ 4,6	- 1,0	+ 0,0	-	- 0,0	-	+ 1,5	+ 0,0	+ 3,9	- 0,3	+ 1,2	2002 Okt.
+ 0,4	+ 4,3	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 0,7	+ 0,0	+ 3,5	+ 0,3	+ 1,0	2002 Nov.
+ 0,1	+ 17,8	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,1	-	+ 4,7	± 0,0	+ 17,1	- 0,2	+ 4,6	2002 Dez.
- 2,1	- 6,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,7	- 0,0	-	- 1,0	- 0,0	- 6,7	+ 0,8	- 0,2	2003 Jan.
- 0,9	- 3,4	+ 0,4	- 0,2	-	+ 0,1	-	- 2,8	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,9	2003 Febr.
+ 0,0	+ 8,4	- 1,6	- 0,1	-	- 0,2	-	+ 2,0	+ 0,0	+ 5,2	- 0,4	+ 1,4	2003 März
- 2,8	+ 5,6	- 2,6	- 0,1	-	+ 0,1	-	+ 3,2	± 0,0	- 3,5	+ 0,3	+ 3,6	2003 April
- 0,9	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 1,6	2003 Mai
- 0,4	+ 13,6	+ 0,5	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 0,0	+ 11,4	+ 0,1	+ 2,1	2003 Juni
- 2,9	+ 3,1	- 0,4	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 2,7	- 0,0	- 2,7	- 0,1	+ 2,6	2003 Juli
- 0,6	- 4,6	- 2,8	- 0,1	-	- 0,1	-	+ 2,5	+ 0,0	- 10,5	+ 0,1	+ 2,5	2003 Aug.
+ 0,2	+ 3,1	- 0,5	- 0,1	-	+ 0,3	-	+ 0,2	- 0,0	+ 2,7	- 0,5	- 0,0	2003 Sept.
+ 1,8	- 7,5	+ 0,6	+ 0,0	-	- 0,2	-	+ 1,0	- 0,0	- 5,7	- 0,2	+ 0,6	2003 Okt.
+ 0,4	- 4,3	+ 1,2	- 0,0	-	- 0,0	-	+ 0,7	+ 0,0	- 3,4	+ 0,0	+ 0,7	2003 Nov.
+ 0,0	+ 16,0	+ 0,0	+ 0,3	-	- 0,1	-	+ 4,4	+ 0,0	+ 12,1	- 0,1	+ 4,2	2003 Dez.
- 3,0	+ 1,2	+ 1,4	- 0,1	-	+ 0,0	-	+ 0,2	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,7	2004 Jan.
- 0,8	- 9,8	+ 9,0	+ 0,1	-	+ 0,1	-	- 2,7	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	- 2,6	2004 Febr.
+ 0,5	- 11,8	+ 7,4	- 0,0	-	+ 0,2	-	+ 2,4	- 0,0	- 6,3	- 0,1	+ 2,4	2004 April
+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	- 0,2	-	- 0,3	+ 0,1	+ 3,4	- 0,0	+ 5,2	- 0,1	+ 3,1	2004 Mai
+ 0,2	+ 14,9	- 2,4	+ 0,1	-	+ 0,3	- 0,1	+ 1,9	+ 0,0	+ 10,0	+ 0,7	+ 2,9	2004 Juni
- 1,0	+ 12,3	+ 0,1	+ 0,0	-	- 0,3	-	+ 1,5	- 0,0	+ 10,2	+ 0,1	+ 1,3	2004 Juli
- 2,5	+ 9,0	+ 0,7	- 0,1	-	+ 0,0	-	+ 3,6	- 0,0	+ 3,6	- 0,1	+ 3,5	2004 Aug.

sen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugewiesenen Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur noch

Euro-Banknoten. — 4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2004 Jan. 2.	3) 838,3	130,3	3) 176,8	3) 29,1	3) 147,7	17,4	6,3	6,3	-
9.	812,0	130,3	176,4	29,1	147,3	18,4	6,5	6,5	-
16.	812,6	130,3	178,0	29,1	148,9	17,6	7,5	7,5	-
23.	823,3	130,3	176,3	29,0	147,3	18,1	7,7	7,7	-
30.	824,4	130,3	178,3	29,0	149,3	17,1	7,6	7,6	-
Febr. 6.	817,0	130,3	177,5	29,0	148,5	17,6	7,3	7,3	-
13.	813,2	130,3	173,8	29,0	144,8	17,3	7,1	7,1	-
20.	816,9	130,3	171,2	28,9	142,3	17,6	7,3	7,3	-
27.	824,0	130,3	168,6	28,9	139,6	18,0	7,3	7,3	-
März 5.	826,8	130,3	168,1	28,9	139,2	17,5	7,2	7,2	-
12.	819,7	130,3	167,0	27,6	139,4	17,3	7,4	7,4	-
19.	822,8	130,3	166,6	27,6	138,9	17,2	7,2	7,2	-
26.	830,3	130,3	167,0	28,5	138,6	16,6	7,2	7,2	-
April 2.	3) 847,1	3) 136,5	3) 171,6	3) 29,3	3) 142,3	3) 17,8	8,5	8,5	-
8.	848,1	136,5	171,4	29,3	142,2	16,8	8,3	8,3	-
16.	835,3	136,5	171,2	29,3	141,9	17,0	8,0	8,0	-
23.	842,7	136,5	171,7	29,7	142,0	17,5	7,4	7,4	-
30.	853,5	136,5	173,6	29,7	143,9	17,7	7,4	7,4	-
2004 Mai 7.	846,2	136,5	175,0	29,7	145,3	17,4	7,1	7,1	-
14.	842,0	136,2	174,2	29,8	144,4	17,3	7,4	7,4	-
21.	860,0	136,2	174,4	29,6	144,9	17,2	7,4	7,4	-
28.	867,3	136,2	173,0	29,6	143,4	16,7	7,4	7,4	-
Juni 4.	870,1	136,2	173,3	29,5	143,8	16,2	7,7	7,7	-
11.	869,1	136,1	174,7	29,5	145,2	16,0	7,2	7,2	-
18.	867,8	136,1	174,8	29,2	145,5	16,0	7,0	7,0	-
25.	895,8	136,1	173,9	28,6	145,4	16,5	7,1	7,1	-
Juli 2.	3) 882,4	3) 127,4	3) 174,1	28,4	3) 145,7	16,6	6,9	6,9	-
9.	881,0	127,4	175,6	28,4	147,2	16,4	6,7	6,7	-
16.	868,8	127,4	173,7	28,2	145,6	16,9	7,0	7,0	-
23.	887,6	127,4	174,8	28,1	146,7	17,0	7,7	7,7	-
30.	883,7	127,4	172,1	28,0	144,1	17,3	7,9	7,9	-
Aug. 6.	880,2	127,4	170,7	28,1	142,7	17,8	7,7	7,7	-
13.	871,6	127,4	170,1	28,1	142,0	18,2	7,7	7,7	-
20.	872,0	127,4	173,0	27,8	145,2	17,1	7,3	7,3	-
27.	881,9	127,4	170,0	27,8	142,3	16,8	7,8	7,8	-
Sept. 3.	876,6	127,4	168,8	27,6	141,2	17,9	7,7	7,7	-
Deutsche Bundesbank									
2002 Okt.	226,4	36,2	52,1	8,6	43,5	-	0,3	0,3	-
Nov.	229,9	36,2	53,0	8,6	44,4	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 240,0	36,2	3) 48,8	8,3	3) 40,5	-	0,3	0,3	-
2003 Jan.	233,9	36,2	48,9	8,2	40,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	236,2	36,2	49,2	8,2	41,0	-	0,3	0,3	-
März	3) 239,2	3) 34,1	3) 48,4	8,3	3) 40,1	-	0,3	0,3	-
April	230,5	34,1	47,0	8,2	38,7	-	0,3	0,3	-
Mai	258,1	34,1	47,8	8,3	39,6	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 258,2	3) 33,4	3) 45,0	8,3	3) 36,7	-	0,3	0,3	-
Juli	246,9	33,4	44,8	8,3	36,5	-	0,3	0,3	-
Aug.	248,9	33,4	45,5	8,3	37,1	-	0,3	0,3	-
Sept.	3) 257,5	3) 36,5	3) 44,7	8,5	3) 36,2	-	0,3	0,3	-
Okt.	257,6	36,5	45,0	8,5	36,5	-	0,3	0,3	-
Nov.	254,4	36,5	44,5	8,5	36,0	-	0,3	0,3	-
Dez.	3) 267,7	36,5	3) 40,1	7,6	3) 32,5	-	0,3	0,3	-
2004 Jan.	258,1	36,5	40,4	7,6	32,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	258,2	36,5	40,4	7,6	32,7	-	0,3	0,3	-
März	3) 256,2	3) 38,3	3) 41,5	7,6	3) 33,8	-	0,3	0,3	-
April	268,0	38,3	42,1	7,9	34,2	-	0,3	0,3	-
Mai	276,6	38,3	41,5	7,8	33,7	-	0,3	0,3	-
Juni	3) 290,3	3) 35,8	3) 41,2	7,4	3) 33,8	-	0,3	0,3	-
Juli	295,9	35,8	40,4	7,4	33,0	-	0,3	0,3	-
Aug.	284,2	35,8	39,8	7,4	32,4	-	0,3	0,3	-

*) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu- relle Ope- rationen	Spitzenre- finanzierungs- fazilität	Forderungen aus dem Margen- ausgleich						
Eurosystem 2)												
298,0	253,0	45,0	-	-	0,0	0,0	0,8	61,3	42,7	3)	104,6	2004 Jan. 2.
270,4	225,0	45,0	-	-	0,4	0,0	1,0	62,0	42,7		104,2	9.
269,0	224,0	45,0	-	-	0,0	0,0	1,2	62,2	42,7		104,1	16.
279,6	229,0	45,0	-	-	5,6	0,0	0,9	63,1	42,7		104,6	23.
279,0	224,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,1	63,6	42,7		104,7	30.
270,0	215,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,1	65,3	42,6		105,3	Febr. 6.
268,0	213,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,5	66,0	42,6		106,5	13.
275,0	220,0	55,0	-	-	0,0	0,0	1,4	66,1	42,6		105,4	20.
283,9	218,7	65,0	-	-	0,2	0,0	1,3	66,5	42,6		105,4	27.
285,9	220,7	65,0	-	-	0,2	0,0	1,2	68,0	42,6		106,0	März 5.
277,7	212,5	65,0	-	-	0,0	0,2	1,2	68,9	42,6		107,3	12.
281,5	216,5	65,0	-	-	0,0	0,0	1,3	69,0	42,6		107,1	19.
289,5	224,5	65,0	-	-	0,0	0,0	1,2	68,9	42,6		106,9	26.
293,0	218,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,1	3)	68,5	3)	107,5	April 2.
293,5	218,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	69,9	42,6		108,1	8.
280,5	205,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	70,0	42,6		108,4	16.
286,0	211,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,9	71,2	42,5		108,9	23.
295,1	220,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	71,0	42,5		108,7	30.
286,1	211,0	75,0	-	-	0,1	0,0	1,1	71,8	42,6		108,6	2004 Mai 7.
282,0	207,0	75,0	-	-	0,0	-	0,6	72,5	42,6		109,3	14.
298,6	223,5	75,0	-	-	0,1	-	0,7	73,6	42,6		109,4	21.
308,2	232,5	75,0	-	-	0,6	0,0	0,9	72,8	42,6		109,6	28.
311,1	236,0	75,0	-	-	0,1	0,0	0,7	72,9	42,6		109,4	Juni 4.
308,6	233,5	75,0	-	-	0,1	0,0	0,9	73,6	42,6		109,4	11.
307,0	232,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	73,8	42,6		109,6	18.
335,2	260,0	75,0	-	-	0,2	0,0	0,8	73,7	42,6		109,9	25.
331,0	256,0	75,0	-	-	0,0	-	0,7	3)	73,4	3)	110,2	Juli 2.
328,0	253,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,5	73,8	42,1		110,5	9.
317,5	242,5	75,0	-	-	0,0	0,0	0,8	73,2	42,1		110,2	16.
334,5	259,5	75,0	-	-	-	0,0	0,9	72,9	42,1		110,5	23.
333,0	258,0	75,0	-	-	0,0	0,0	0,9	67,5	42,1		115,5	30.
330,0	255,0	75,0	-	-	-	0,0	0,8	68,0	42,1		115,7	Aug. 6.
322,5	247,5	75,0	-	-	0,0	0,0	1,0	68,0	42,1		114,7	13.
321,0	246,0	75,0	-	-	-	0,0	1,4	67,9	42,1		114,9	20.
334,0	259,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,1	67,9	42,1		114,6	27.
329,0	254,0	75,0	-	-	0,0	0,0	1,5	67,9	42,1		114,3	Sept. 3.
Deutsche Bundesbank												
103,9	72,4	31,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		29,4	2002 Okt.
111,1	77,0	34,0	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4		24,8	Nov.
125,5	87,1	36,1	-	-	2,2	-	0,0	-	4,4		24,8	Dez.
124,3	87,5	36,6	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4		19,8	2003 Jan.
126,3	91,6	34,7	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		19,7	Febr.
130,9	98,4	32,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4		21,1	März
125,0	92,5	32,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		19,7	April
151,8	118,7	32,9	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4		19,7	Mai
155,0	122,5	32,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		20,1	Juni
144,0	115,1	28,8	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4		19,9	Juli
145,2	116,0	29,1	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		20,1	Aug.
151,4	121,5	29,7	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	3)	20,1	Sept.
133,0	101,9	31,1	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		38,4	Okt.
145,4	115,0	30,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		23,3	Nov.
162,3	129,9	32,3	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4		24,0	Dez.
157,4	117,4	40,0	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		19,0	2004 Jan.
157,6	109,9	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4		18,9	Febr.
141,7	94,1	47,5	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4		30,1	März
153,7	104,3	49,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		29,1	April
173,2	123,7	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		18,9	Mai
189,4	139,9	49,5	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4		19,1	Juni
196,0	145,1	50,9	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		19,1	Juli
184,8	135,3	49,5	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4		19,1	Aug.

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notennum- lauf 2) 3)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 5)													
2004 Jan. 2.	6) 838,3	434,3	152,9	152,8	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	35,6	29,8	5,8
9.	812,0	425,2	133,7	133,6	0,1	-	-	-	0,3	1,1	38,8	32,9	5,9
16.	812,6	419,2	135,1	135,1	0,1	-	-	-	0,3	1,1	42,9	37,0	5,9
23.	823,3	415,1	134,7	134,3	0,4	-	-	-	0,3	1,1	57,4	51,7	5,8
30.	824,4	415,6	132,1	132,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	60,1	54,0	6,1
Febr. 6.	817,0	418,8	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	48,6	42,5	6,1
13.	813,2	418,5	135,4	135,3	0,1	-	-	-	0,3	1,1	44,8	38,7	6,2
20.	816,9	417,5	131,0	131,0	0,0	-	-	-	0,3	1,1	56,7	50,4	6,3
27.	824,0	418,9	128,9	128,8	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	67,4	61,1	6,2
März 5.	826,8	423,7	137,7	137,6	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	56,6	50,8	5,9
12.	819,7	424,1	135,2	135,2	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	51,8	46,1	5,7
19.	822,8	423,8	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	57,4	51,8	5,6
26.	830,3	423,8	131,9	131,8	0,1	-	-	-	0,3	1,1	66,7	61,1	5,5
April 2.	6) 847,1	431,0	140,2	140,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	54,9	48,9	5,9
8.	848,1	441,4	135,1	135,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	51,6	45,6	6,0
16.	835,3	435,8	135,2	135,2	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	44,3	38,3	6,0
23.	842,7	432,0	131,1	131,0	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	59,0	53,4	5,7
30.	853,5	435,4	133,6	133,5	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	62,1	56,3	5,8
2004 Mai 7.	846,2	439,8	136,8	136,7	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	46,1	40,2	5,8
14.	842,0	440,1	136,7	136,6	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	43,3	37,5	5,8
21.	860,0	441,1	137,4	137,3	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	58,3	52,3	6,0
28.	867,3	443,7	138,7	136,0	2,8	-	-	0,0	0,3	1,1	64,0	58,2	5,8
Juni 4.	870,1	447,4	139,3	139,1	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	63,6	57,5	6,1
11.	869,1	448,4	141,1	141,0	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	59,0	53,0	6,0
18.	867,8	447,6	140,4	140,3	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	57,7	51,5	6,2
25.	895,8	448,1	136,8	136,7	0,0	-	-	0,0	0,3	1,1	88,0	82,4	5,6
Juli 2.	6) 882,4	454,5	140,8	140,3	0,5	-	-	0,0	0,3	1,1	73,1	67,2	5,9
9.	881,0	458,2	137,6	137,5	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	70,7	65,0	5,7
16.	868,8	459,2	140,1	140,1	0,1	-	-	0,0	0,3	1,1	56,1	50,4	5,6
23.	887,6	458,7	136,8	136,8	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	78,2	72,5	5,6
30.	883,7	463,1	131,3	131,2	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	77,1	71,2	5,9
Aug. 6.	880,2	467,9	140,1	140,1	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	59,7	53,7	6,0
13.	871,6	466,7	138,7	138,6	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	55,9	49,9	5,9
20.	872,0	462,2	140,4	140,3	0,0	-	-	0,0	0,1	1,1	56,1	50,2	5,9
27.	881,9	460,0	137,9	137,9	0,0	-	-	-	0,1	1,1	74,0	68,4	5,6
Sept. 3.	876,6	464,3	137,7	137,6	0,1	-	-	-	0,1	1,1	64,1	58,3	5,8
Deutsche Bundesbank													
2002 Okt.	226,4	94,2	41,3	41,3	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Nov.	229,9	95,7	41,0	40,9	0,0	-	-	-	-	-	0,8	0,1	0,7
Dez.	6) 240,0	104,5	44,8	44,8	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,6
2003 Jan.	233,9	94,5	40,9	40,8	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Febr.	236,2	96,1	38,1	38,1	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
März	6) 239,2	98,1	48,1	48,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
April	230,5	101,8	36,4	36,3	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	258,1	103,2	36,3	36,2	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juni	6) 258,2	105,2	38,8	38,8	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juli	246,9	108,5	39,6	39,5	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
Aug.	248,9	108,6	41,0	41,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Sept.	6) 257,5	109,2	41,7	41,7	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Okt.	257,6	110,8	42,0	42,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Nov.	254,4	112,7	36,4	36,4	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Dez.	6) 267,7	121,4	44,6	44,5	0,1	-	-	-	0,2	-	0,6	0,1	0,5
2004 Jan.	258,1	112,4	39,8	39,8	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Febr.	258,2	113,3	36,8	36,7	0,1	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	6) 256,2	115,0	31,0	31,0	0,0	-	-	-	-	-	0,7	0,4	0,4
April	268,0	117,7	38,3	38,3	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	276,6	120,8	43,4	43,4	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Juni	6) 290,3	122,3	36,6	36,6	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juli	295,9	126,0	39,3	39,3	0,0	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Aug.	284,2	125,2	41,4	40,9	0,4	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. — 2 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie bis Ende 2002 noch im Umlauf

befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten (s. auch Anm. 4). — 3 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92%

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 4)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 3)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)						
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II												
Eurosystem 5)																
10,1	0,5	6)	12,3	6)	12,3	—	5,8	6)	54,4	—	6)	69,1	6)	62,1	2004 Jan.	2.
9,5	0,5		12,5		12,5	—	5,8		53,6	—		69,1		62,0		9.
9,6	0,4		13,4		13,4	—	5,8		53,8	—		69,1		62,0		16.
10,8	0,4		12,6		12,6	—	5,8		54,0	—		69,1		62,0		23.
9,6	0,4		13,5		13,5	—	5,8		54,8	—		69,1		62,0		30.
9,5	0,4		15,0		15,0	—	5,8		53,2	—		69,1		62,0	Febr.	6.
9,5	0,4		12,3		12,3	—	5,8		53,4	—		69,1		62,5		13.
9,3	0,4		10,6		10,6	—	5,8		52,5	—		69,1		62,8		20.
9,3	0,4		8,7		8,7	—	5,8		52,1	—		69,1		62,1		27.
10,0	0,5		8,9		8,9	—	5,8		51,0	—		69,1		62,1	März	5.
9,1	0,5		9,7		9,7	—	5,8		51,0	—		69,1		62,1		12.
9,0	0,4		9,3		9,3	—	5,8		51,5	—		69,1		62,1		19.
9,0	0,4		9,3		9,3	—	5,8		51,5	—		69,1		61,6		26.
8,6	0,3		9,6		9,6	—	5,9	6)	55,2	—	6)	80,6		59,5	April	2.
8,6	0,3		9,0		9,0	—	5,9		55,0	—		80,6		59,3		8.
8,5	0,3		8,4		8,4	—	5,9		55,6	—		80,6		59,3		16.
8,4	0,3		8,8		8,8	—	5,9		56,0	—		80,6		59,3		23.
8,6	0,3		10,3		10,3	—	5,9		56,2	—		80,6		59,3		30.
8,2	0,3		11,2		11,2	—	5,9		56,6	—		80,6		59,4	2004 Mai	7.
8,1	0,3		10,2		10,2	—	5,9		56,1	—		80,6		59,4		14.
8,0	0,3		10,2		10,2	—	5,9		57,3	—		80,6		59,5		21.
8,0	0,3		8,2		8,2	—	5,9		56,6	—		80,6		59,8		28.
7,8	0,3		8,2		8,2	—	5,9		55,9	—		80,6		59,8	Juni	4.
7,9	0,3		9,3		9,3	—	5,9		55,6	—		80,6		59,8		11.
7,8	0,3		9,9		9,9	—	5,9		56,5	—		80,6		59,8		18.
8,0	0,2		10,3		10,3	—	5,9		56,8	—		80,6		59,8		25.
9,0	0,2		11,5		11,5	—	5,9	6)	56,0	—	6)	70,2		59,8	Juli	2.
8,2	0,2		13,1		13,1	—	5,9		55,8	—		70,2		59,8		9.
8,2	0,2		11,3		11,3	—	5,9		56,6	—		70,2		59,8		16.
8,6	0,2		11,5		11,5	—	5,9		56,6	—		70,2		59,8		23.
8,8	0,2		9,4		9,4	—	5,9		56,8	—		70,2		59,8		30.
8,5	0,2		9,8		9,8	—	5,9		56,8	—		70,2		59,8	Aug.	6.
8,7	0,2		9,9		9,9	—	5,9		54,5	—		70,2		59,8		13.
9,0	0,2		11,9		11,9	—	5,9		55,1	—		70,2		59,8		20.
9,0	0,2		8,8		8,8	—	5,9		55,0	—		70,2		59,8		27.
9,3	0,3		8,9		8,9	—	5,9		55,1	—		70,2		59,8	Sept.	3.
Deutsche Bundesbank																
7,1	0,0		2,4		2,4	—	1,6		10,6	26,2		37,3		5,1	2002 Okt.	
7,1	0,0		3,1		3,1	—	1,6		10,5	27,6		37,3		5,1		Nov.
7,1	0,0		1,8		1,8	—	1,6		11,1	29,1	6)	34,2		5,0		Dez.
7,8	0,0		2,2		2,2	—	1,6		17,6	29,6		34,2		5,0	2003 Jan.	
7,3	0,0		2,4		2,4	—	1,6		19,1	31,9		34,2		5,0		Febr.
7,1	0,0		3,4		3,4	—	1,5	6)	11,7	33,3	6)	30,4		5,0		März
7,1	0,0		2,0		2,0	—	1,5		11,6	34,2		30,4		5,0		April
7,3	0,0		2,7		2,7	—	1,5		34,5	36,6		30,4		5,0		Mai
7,4	0,0		3,2		3,2	—	1,5		31,3	37,3	6)	28,2		5,0		Juni
7,3	0,0		3,0		3,0	—	1,5		14,9	38,4		28,2		5,0		Juli
7,4	0,0		3,5		3,5	—	1,5		12,4	40,8		28,2		5,0		Aug.
7,3	0,0		3,6		3,6	—	1,5		16,2	42,2	6)	30,2		5,0		Sept.
7,4	0,0		3,9		3,9	—	1,5		12,9	43,4		30,2		5,0		Okt.
7,4	0,0		3,2		3,2	—	1,5		12,9	44,4		30,2		5,0		Nov.
7,7	0,0		2,8		2,8	—	1,4	6)	10,5	44,6	6)	29,1		5,0		Dez.
7,3	0,0		3,1		3,1	—	1,4		11,4	48,1		29,1		5,0	2004 Jan.	
7,0	0,0		3,0		3,0	—	1,4		12,7	49,2		29,1		5,0		Febr.
6,5	0,0		3,1		3,1	—	1,5		10,8	50,4	6)	32,2		5,0		März
6,2	0,0		3,4		3,4	—	1,5		10,9	52,3		32,2		5,0		April
5,8	0,0		2,7		2,7	—	1,5		11,5	53,3		32,2		5,0		Mai
5,6	0,0		3,4		3,4	—	1,5		32,2	53,9	6)	29,3		5,0		Juni
5,9	0,0		2,6		2,6	—	1,5		30,3	55,6		29,3		5,0		Juli
5,8	0,0		2,0		2,0	—	1,5		15,2	58,6		29,3		5,0		Aug.

des Wertes an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 4 Für Deutsche Bundesbank: ab 2003 einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 2). 5 Quelle: EZB. — 6 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken
1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanz- summe	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1995	7 778,7	27,3	2 210,2	2 019,0	1 399,8	619,3	191,2	158,0	33,2	4 723,3	4 635,0	3 548,8	3 298,7
1996	8 540,5	30,3	2 523,0	2 301,1	1 585,7	715,4	221,9	181,2	40,7	5 084,7	4 981,9	3 812,8	3 543,0
1997	9 368,2	30,7	2 836,0	2 580,7	1 758,6	822,1	255,3	208,8	46,5	5 408,8	5 269,5	4 041,3	3 740,8
1998	10 355,5	29,9	3 267,4	2 939,4	1 977,4	962,0	328,1	264,9	63,1	5 833,9	5 615,9	4 361,0	3 966,5
1999	5 678,5	17,2	1 836,9	1 635,0	1 081,4	553,6	201,9	161,8	40,1	3 127,4	2 958,6	2 326,4	2 093,4
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2002 Okt.	6 359,1	14,2	2 078,3	1 741,3	1 117,9	623,5	336,9	257,2	79,7	3 327,8	3 080,9	2 494,9	2 240,6
Nov.	6 453,5	13,2	2 130,2	1 780,8	1 150,6	630,2	349,5	267,3	82,1	3 336,6	3 088,4	2 496,7	2 238,4
Dez.	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003 Jan.	6 380,7	13,2	2 104,3	1 748,5	1 136,2	612,3	355,8	277,0	78,8	3 348,8	3 101,1	2 501,4	2 237,9
Febr.	6 424,9	13,2	2 124,3	1 751,7	1 142,1	611,7	370,5	289,5	81,1	3 347,4	3 097,7	2 501,7	2 239,2
März	6 434,8	12,9	2 121,5	1 747,2	1 135,0	614,4	371,9	288,9	83,1	3 346,7	3 100,4	2 498,0	2 238,1
April	6 430,3	13,8	2 107,6	1 732,2	1 118,6	613,6	375,4	291,6	83,8	3 348,8	3 102,2	2 499,1	2 234,6
Mai	6 467,7	14,0	2 144,0	1 756,9	1 143,6	613,2	387,1	303,3	83,8	3 347,2	3 101,9	2 499,2	2 232,0
Juni	6 472,9	13,3	2 139,0	1 748,0	1 137,1	610,9	390,9	305,4	85,5	3 330,2	3 089,9	2 502,9	2 239,7
Juli	6 425,7	13,3	2 113,5	1 728,1	1 109,7	618,4	385,3	297,4	88,0	3 330,2	3 093,7	2 494,1	2 231,1
Aug.	6 395,1	13,5	2 105,5	1 720,3	1 104,5	615,8	385,2	296,8	88,3	3 318,3	3 084,7	2 495,6	2 234,4
Sept.	6 403,1	13,3	2 099,4	1 712,2	1 095,3	616,9	387,2	297,5	89,7	3 332,6	3 089,6	2 504,9	2 245,2
Okt.	6 399,3	13,6	2 092,9	1 715,9	1 096,1	619,9	376,9	285,3	91,7	3 328,9	3 086,1	2 496,9	2 242,9
Nov.	6 456,1	13,1	2 126,2	1 742,4	1 117,5	624,9	383,7	292,5	91,3	3 350,9	3 103,5	2 505,0	2 246,9
Dez.	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004 Jan.	6 424,2	13,2	2 084,1	1 713,6	1 101,3	612,4	370,4	278,3	92,1	3 329,8	3 078,3	2 489,0	2 230,4
Febr.	6 448,7	13,2	2 100,2	1 722,7	1 101,9	620,8	377,5	282,5	94,9	3 341,8	3 081,9	2 483,5	2 230,2
März	6 506,7	12,7	2 106,5	1 725,6	1 098,7	626,9	380,9	282,2	98,7	3 370,4	3 102,9	2 491,9	2 228,9
April	6 568,8	12,9	2 132,5	1 749,7	1 115,1	634,6	382,9	282,4	100,4	3 381,2	3 110,1	2 506,6	2 230,4
Mai	6 583,5	13,8	2 163,3	1 771,6	1 127,6	644,0	391,7	289,0	102,7	3 369,7	3 101,0	2 497,0	2 229,7
Juni	6 551,3	13,1	2 150,2	1 746,3	1 112,7	633,6	404,0	299,5	104,4	3 360,1	3 090,4	2 483,2	2 229,4
Juli	6 575,0	13,2	2 171,4	1 765,1	1 130,4	634,7	406,3	303,2	103,0	3 368,3	3 093,3	2 477,1	2 225,1
Veränderungen ¹⁾													
1996	761,8	3,0	312,8	282,1	186,0	96,1	30,7	23,2	7,5	361,5	346,9	264,0	244,3
1997	825,6	0,5	313,1	279,6	172,9	106,7	33,5	27,6	5,9	324,0	287,5	228,4	197,6
1998	1 001,0	- 0,8	422,2	355,7	215,1	140,6	66,4	56,2	10,2	440,4	363,3	337,5	245,2
1999	452,6	1,8	179,8	140,1	81,4	58,6	39,8	26,3	13,5	206,6	158,1	156,8	126,4
2000	401,5	- 1,2	143,0	91,7	28,1	63,6	51,4	22,8	28,6	123,2	105,4	116,8	89,5
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	83,5	- 0,6	- 20,2	- 49,0	- 47,5	- 1,5	28,8	15,7	13,1	29,6	23,0	22,2	26,4
2002 Nov.	97,2	- 1,0	52,0	39,4	32,7	6,7	12,6	10,1	2,5	9,4	7,9	2,2	- 1,8
Dez.	- 29,0	4,7	3,0	1,0	13,7	- 12,7	1,9	4,4	- 2,4	11,4	10,8	16,1	7,8
2003 Jan.	- 14,6	- 4,7	- 25,1	- 30,7	- 28,1	- 2,7	5,7	5,3	0,4	18,3	17,1	3,7	1,4
Febr.	41,3	0,0	17,0	3,2	5,9	- 2,8	13,9	12,5	1,4	0,7	- 1,3	2,4	3,4
März	14,1	- 0,4	- 2,9	- 4,3	- 7,1	2,8	1,4	- 0,6	2,1	4,6	7,8	1,4	3,9
April	4,5	1,0	- 13,7	- 17,2	- 16,5	- 0,8	3,5	2,7	0,8	4,9	4,2	3,2	- 1,2
Mai	57,3	0,2	36,6	24,8	25,1	- 0,3	11,9	11,8	0,1	1,9	2,5	2,9	- 0,0
Juni	- 5,9	- 0,7	- 5,2	- 8,9	- 6,5	- 2,4	3,8	2,0	1,7	- 18,0	- 12,5	3,2	7,2
Juli	- 49,6	- 0,1	- 25,7	- 20,1	- 27,4	7,3	- 5,6	- 8,0	2,4	0,6	4,5	- 8,1	- 8,1
Aug.	- 43,7	0,3	- 8,1	- 7,9	- 5,2	- 2,7	- 0,3	- 0,5	0,3	- 13,6	- 10,0	0,5	- 0,6
Sept.	26,2	- 0,2	- 5,9	- 8,1	- 9,2	1,2	2,1	0,7	1,4	17,7	7,4	11,8	16,2
Okt.	- 5,0	0,3	- 6,5	4,1	0,8	3,3	- 10,6	- 12,6	2,0	- 1,8	- 2,0	- 7,3	- 1,7
Nov.	67,6	- 0,5	33,6	26,6	21,4	5,1	7,1	7,2	- 0,1	24,5	19,2	9,8	5,6
Dez.	- 8,6	4,2	- 14,4	- 10,3	- 0,7	- 9,6	- 4,1	- 4,7	0,7	- 10,1	- 13,7	- 1,4	0,3
2004 Jan.	- 15,4	- 4,1	- 26,5	- 18,1	- 15,5	- 2,6	- 8,5	- 9,4	0,9	- 0,6	- 1,0	- 4,6	- 6,6
Febr.	26,4	0,0	17,3	9,0	0,4	8,6	8,3	4,2	4,1	16,6	8,0	- 1,1	2,5
März	47,2	- 0,5	6,2	2,8	- 3,2	6,0	3,4	- 0,3	3,7	28,7	21,7	9,0	- 0,9
April	57,9	0,1	26,1	24,1	16,4	7,7	1,9	0,2	1,7	10,8	7,1	14,6	1,4
Mai	19,5	1,0	30,7	21,9	12,5	9,3	8,9	6,5	2,3	- 10,4	- 8,2	- 8,8	0,1
Juni	- 33,2	- 0,7	- 13,0	- 25,2	- 14,9	- 10,4	12,2	10,6	1,7	- 9,2	- 10,1	- 13,2	0,2
Juli	21,8	0,1	23,4	18,8	17,7	1,2	4,6	3,7	0,9	6,3	3,3	- 5,6	- 3,8

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen)

auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. auch Anm. * in Tab. II,1). —

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere ²⁾	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
250,0	1 086,3	792,2	294,1	88,2	39,4	39,2	48,8	11,3	37,6	608,5	526,0	209,4	1995
269,7	1 169,1	857,8	311,4	102,8	36,8	36,8	66,0	17,2	48,8	678,1	575,3	224,4	1996
300,6	1 228,2	911,0	317,2	139,2	41,9	41,2	97,3	23,4	73,9	839,6	710,2	253,1	1997
394,5	1 254,9	939,1	315,8	218,0	62,5	56,0	155,5	35,6	119,9	922,0	758,0	302,2	1998
233,0	632,1	488,4	143,7	168,8	65,3	35,9	103,6	20,7	82,8	511,2	404,2	185,8	1999
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	803,7	645,6	166,4	2003
254,2	586,0	448,3	137,7	246,9	116,4	59,1	130,5	27,6	102,9	762,2	608,7	176,7	2002 Okt.
258,2	591,7	449,2	142,5	248,2	118,6	61,0	129,6	28,0	101,6	791,0	634,2	182,4	Nov.
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	Dez.
263,4	599,8	453,0	146,7	247,6	121,8	60,5	125,8	26,5	99,3	738,3	591,8	176,2	2003 Jan.
262,4	596,0	447,3	148,7	249,7	125,6	64,6	124,1	26,2	97,9	757,7	612,1	182,2	Febr.
259,9	602,4	444,0	158,4	246,3	126,8	64,5	119,5	26,2	93,3	778,6	630,9	175,1	März
264,5	603,1	445,8	157,4	246,6	129,9	66,2	116,7	25,2	91,5	787,6	641,1	172,5	April
267,2	602,7	439,8	162,9	245,3	130,7	66,7	114,6	26,5	88,2	792,4	644,3	170,2	Mai
263,2	587,0	434,6	152,4	240,2	126,9	61,9	113,4	24,6	88,7	827,6	668,9	162,8	Juni
263,0	599,6	444,9	154,7	236,5	126,7	62,3	109,8	24,9	84,9	811,5	651,6	157,3	Juli
264,1	589,1	440,6	148,5	233,6	129,2	65,0	104,4	24,1	80,3	801,2	642,0	156,6	Aug.
259,8	584,6	435,2	149,4	243,1	129,7	64,7	113,4	23,4	90,0	795,8	642,4	161,9	Sept.
254,0	589,2	436,6	152,6	242,8	127,6	60,6	115,2	25,1	90,1	800,6	643,9	163,3	Okt.
258,1	598,5	442,5	156,0	247,4	132,9	64,7	114,5	25,6	89,0	803,7	648,2	162,2	Nov.
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	803,7	645,6	166,4	Dez.
258,6	589,2	440,2	149,0	251,5	132,0	61,2	119,5	25,6	93,9	843,7	683,0	153,4	2004 Jan.
253,3	598,3	432,1	166,2	260,0	136,0	65,2	124,0	25,0	99,0	839,5	680,6	154,0	Febr.
263,0	611,0	444,9	166,2	267,4	137,6	67,0	129,8	24,9	104,9	859,1	697,2	158,0	März
276,2	603,5	437,2	166,3	271,1	139,4	68,8	131,7	25,8	105,9	884,1	722,1	158,1	April
267,2	604,1	431,4	172,7	268,7	137,6	66,3	131,1	25,8	105,3	875,0	707,5	161,6	Mai
253,9	607,2	426,2	181,0	269,7	138,4	66,5	131,3	25,7	105,6	867,0	695,6	160,8	Juni
252,0	616,2	434,4	181,8	275,0	142,3	67,7	132,8	26,4	106,4	860,7	687,7	161,3	Juli
Veränderungen ¹⁾													
19,7	82,9	65,5	17,3	14,6	- 2,6	- 2,5	17,2	6,0	11,2	69,5	49,3	15,1	1996
30,8	59,1	53,3	5,8	36,5	5,1	4,4	31,4	6,1	25,3	159,4	132,9	28,6	1997
92,3	25,8	28,1	- 2,3	77,1	18,9	13,0	58,3	12,5	45,7	83,9	52,0	55,3	1998
30,4	1,3	7,7	- 6,4	48,4	12,2	6,4	36,2	2,0	34,2	33,1	13,8	31,3	1999
27,3	- 11,4	- 6,7	- 4,6	17,8	16,8	7,2	1,0	- 0,3	1,2	103,9	71,9	32,5	2000
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
6,2	- 0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 4,3	0,8	- 8,7	9,6	6,6	13,4	2,7	- 6,8	- 0,8	- 6,0	113,4	98,5	- 38,7	2003
4,0	5,7	0,9	4,8	1,4	2,3	2,0	- 0,9	0,4	- 1,3	31,1	27,5	5,7	2002 Nov.
8,3	- 5,3	- 0,8	- 4,6	0,6	6,9	3,1	- 6,3	- 2,3	- 4,0	- 39,1	- 32,8	- 8,4	Dez.
2,3	13,4	4,6	8,8	1,2	- 1,8	- 2,7	3,0	1,1	2,0	9,4	10,1	- 12,5	2003 Jan.
- 1,0	- 3,7	- 5,7	2,0	2,0	5,5	5,8	- 3,5	- 2,0	- 1,4	19,9	20,7	3,6	Febr.
- 2,5	6,4	- 3,3	9,7	- 3,2	1,3	0,0	- 4,5	0,1	- 4,5	24,4	21,8	- 11,6	März
4,4	1,0	1,8	- 0,9	0,7	3,4	1,9	- 2,7	- 1,0	- 1,7	16,1	16,3	- 3,8	April
2,9	- 0,4	- 5,9	5,5	- 0,6	1,1	1,0	- 1,7	1,5	- 3,1	21,8	18,8	- 3,2	Mai
- 4,0	- 15,7	- 5,2	- 10,5	- 5,6	- 4,1	- 5,1	- 1,4	- 1,9	0,5	25,4	16,1	- 7,5	Juni
0,0	12,6	10,3	2,3	- 3,9	- 0,3	0,3	- 3,6	0,3	- 3,9	- 18,6	- 19,0	- 5,9	Juli
1,1	- 10,5	- 4,3	- 6,2	- 3,6	2,2	2,4	- 5,8	- 0,9	- 4,8	- 21,0	- 19,0	- 1,2	Aug.
- 4,3	- 4,4	- 5,4	0,9	10,3	1,0	0,3	9,3	- 0,5	9,9	10,2	14,5	4,4	Sept.
- 5,6	5,3	1,4	3,9	0,2	- 2,0	- 4,2	2,2	1,6	0,5	- 0,5	- 3,6	3,5	Okt.
4,1	9,4	6,0	3,4	5,3	5,7	4,3	- 0,4	0,6	- 1,0	13,0	12,4	- 3,0	Nov.
- 1,7	- 12,4	- 2,9	- 9,5	3,6	1,4	- 1,4	2,2	0,5	1,7	13,4	9,4	- 1,7	Dez.
2,1	3,6	0,6	3,0	0,4	- 2,3	- 1,6	2,7	- 0,4	3,1	34,7	32,1	- 18,8	2004 Jan.
- 3,7	9,1	- 8,0	17,2	8,6	4,0	4,0	4,6	- 0,6	5,2	- 2,7	- 1,1	- 4,8	Febr.
9,8	12,7	12,7	- 0,0	7,0	1,4	1,6	5,6	- 0,1	5,8	10,7	8,6	2,1	März
13,2	- 7,5	- 7,6	0,1	3,6	1,8	1,7	1,9	0,9	1,0	21,3	21,2	- 0,4	April
- 8,9	0,6	- 5,9	6,5	- 2,2	- 1,7	- 2,4	- 0,5	0,1	- 0,5	- 4,4	- 10,4	2,6	Mai
- 13,4	3,1	- 5,2	8,3	0,9	0,8	0,2	0,1	- 0,2	0,2	- 8,9	- 14,1	- 1,5	Juni
- 1,8	9,0	8,2	0,8	3,0	1,5	1,2	1,4	0,7	0,8	- 8,1	- 9,8	0,2	Juli

2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken
**1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva**

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanz- summe	von Banken			ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		ins- gesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit 2)		mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)		zu- sammen	täglich fällig
							zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten	zu- sammen	täglich fällig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
1995	7 778,7	1 761,5	1 582,0	179,6	3 260,0	3 038,9	549,8	1 289,0	472,0	1 200,1	749,5	110,1	4,5
1996	8 540,5	1 975,3	1 780,2	195,1	3 515,9	3 264,0	638,1	1 318,5	430,6	1 307,4	865,7	137,3	7,5
1997	9 368,2	2 195,6	1 959,1	236,5	3 647,1	3 376,2	654,5	1 364,9	426,8	1 356,9	929,2	162,5	7,3
1998	10 355,5	2 480,3	2 148,9	331,4	3 850,8	3 552,2	751,6	1 411,1	461,6	1 389,6	971,9	187,4	9,4
1999	5 678,5	1 288,1	1 121,8	166,3	2 012,4	1 854,7	419,5	820,6	247,0	614,7	504,4	111,1	6,5
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2002 Okt.	6 359,1	1 419,4	1 177,2	242,2	2 114,5	1 979,6	542,0	877,8	279,0	559,7	456,9	86,6	8,2
Nov.	6 453,5	1 460,0	1 214,3	245,7	2 146,5	2 008,8	571,8	874,6	273,2	562,4	460,2	90,1	10,0
Dez.	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003 Jan.	6 380,7	1 457,2	1 213,2	244,0	2 160,0	2 024,7	564,4	882,9	275,8	577,4	477,0	88,5	9,1
Febr.	6 424,9	1 466,4	1 224,6	241,9	2 173,4	2 036,7	571,1	886,4	272,1	579,2	479,9	88,5	8,0
März	6 434,8	1 471,5	1 218,2	253,2	2 175,3	2 040,7	578,3	883,1	266,2	579,3	481,6	88,0	7,7
April	6 430,3	1 455,5	1 200,9	254,6	2 176,2	2 044,3	585,8	880,6	264,8	577,9	482,7	86,5	8,2
Mai	6 467,7	1 508,5	1 253,9	254,6	2 188,9	2 053,8	591,4	885,3	270,9	577,1	483,4	87,4	8,8
Juni	6 472,9	1 509,2	1 252,8	256,4	2 194,2	2 059,3	608,2	874,5	260,2	576,7	484,4	86,7	9,0
Juli	6 425,7	1 457,9	1 207,6	250,3	2 182,5	2 051,4	595,2	879,5	259,0	576,8	486,5	85,7	9,3
Aug.	6 395,1	1 450,5	1 198,0	252,5	2 193,0	2 061,5	597,8	885,7	261,3	578,0	489,3	85,5	8,9
Sept.	6 403,1	1 451,2	1 188,3	262,9	2 187,8	2 057,4	607,3	871,8	248,1	578,3	490,2	84,2	9,6
Okt.	6 399,3	1 439,5	1 179,5	260,0	2 188,2	2 057,3	609,5	868,5	243,9	579,4	491,2	85,4	10,7
Nov.	6 456,1	1 463,6	1 214,6	249,0	2 211,2	2 082,4	632,7	869,4	244,7	580,3	491,9	83,1	9,9
Dez.	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004 Jan.	6 424,2	1 461,1	1 212,6	248,5	2 209,5	2 082,6	630,5	861,5	233,5	590,6	502,1	80,9	9,5
Febr.	6 448,7	1 454,4	1 215,7	238,7	2 212,3	2 085,6	633,8	860,3	230,1	591,5	503,3	79,5	10,8
März	6 506,7	1 459,9	1 203,6	256,3	2 214,3	2 088,7	632,9	864,4	230,9	591,4	503,5	77,8	13,1
April	6 568,8	1 482,1	1 227,2	254,9	2 219,0	2 097,2	641,7	864,4	225,6	591,2	504,3	74,5	10,6
Mai	6 583,5	1 496,5	1 251,2	245,4	2 229,4	2 105,3	640,0	874,8	232,1	590,6	504,6	75,8	9,4
Juni	6 551,3	1 501,5	1 256,7	244,8	2 228,7	2 101,4	640,7	870,7	224,0	590,0	504,3	76,7	12,4
Juli	6 575,0	1 524,1	1 274,6	249,6	2 225,5	2 103,0	634,7	877,7	228,7	590,6	504,9	72,9	9,7
Veränderungen 1)													
1996	761,8	213,7	198,2	15,5	256,0	225,2	88,3	29,5	- 41,4	107,3	116,2	27,2	3,0
1997	825,6	223,7	185,5	38,3	130,8	112,1	16,3	46,4	- 3,8	49,4	60,3	25,0	- 0,3
1998	1 001,0	277,0	182,8	94,2	205,9	176,8	97,8	46,3	34,8	32,7	42,0	26,2	2,0
1999	452,6	70,2	66,4	3,7	75,0	65,6	34,2	36,7	13,5	- 5,3	7,4	7,5	1,7
2000	401,5	87,5	66,0	21,5	38,7	19,8	22,5	37,8	27,0	- 40,5	- 53,6	- 4,2	0,3
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,4
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,6
2003	83,5	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2002 Nov.	97,2	41,3	37,4	3,9	32,3	29,4	29,8	- 3,2	- 5,8	2,7	3,3	3,5	1,8
Dez.	- 29,0	22,0	23,3	- 1,2	24,6	26,7	3,4	10,5	6,3	12,8	12,6	- 2,2	- 1,9
2003 Jan.	- 14,6	- 19,2	- 22,2	3,0	- 14,2	- 13,7	- 10,1	- 5,7	- 4,2	2,1	4,1	0,3	0,9
Febr.	41,3	9,1	11,4	- 2,3	14,3	11,9	6,7	3,4	- 3,7	1,8	3,0	1,0	- 1,1
März	14,1	5,9	- 5,9	11,9	2,2	4,1	7,4	- 3,3	- 5,9	0,1	1,7	- 0,3	- 0,3
April	4,5	- 14,0	- 16,5	2,5	1,6	3,9	7,7	- 2,4	- 1,4	- 1,4	1,1	- 1,2	0,5
Mai	57,3	54,5	52,0	2,5	13,9	10,2	6,1	4,9	6,3	- 0,8	0,7	1,5	0,7
Juni	- 5,9	- 1,2	- 1,7	0,6	4,6	5,1	16,4	- 10,9	- 10,8	- 0,4	1,0	- 0,9	- 0,0
Juli	- 49,6	- 52,1	- 45,6	- 6,4	- 11,8	- 7,9	- 13,0	5,1	- 1,1	0,1	2,1	- 1,1	0,5
Aug.	- 43,7	- 10,0	- 10,5	0,5	9,7	9,6	2,3	6,1	2,3	1,3	2,8	- 0,5	- 0,5
Sept.	26,2	4,5	- 8,4	12,9	- 4,0	- 3,5	10,0	- 13,7	- 13,1	0,2	0,9	- 0,8	0,8
Okt.	- 5,0	- 10,3	- 7,5	- 2,8	0,3	- 0,1	2,2	- 3,4	- 4,2	1,1	1,0	1,1	1,1
Nov.	67,6	26,1	35,8	- 9,7	23,6	25,4	23,5	1,0	0,9	0,9	0,7	- 2,0	- 0,7
Dez.	- 8,6	10,4	15,9	- 5,5	4,4	5,1	- 10,2	5,3	3,4	10,0	8,9	- 1,0	- 0,5
2004 Jan.	- 15,4	- 11,1	- 17,2	6,1	- 5,5	- 4,6	8,2	- 13,1	- 14,5	0,3	1,3	- 1,0	0,2
Febr.	26,4	- 6,3	3,3	- 9,6	3,0	3,1	4,2	- 2,0	- 4,2	0,9	1,2	- 1,4	1,3
März	47,2	4,0	- 12,6	16,6	1,6	2,8	- 1,1	4,0	0,7	- 0,1	0,1	- 1,8	2,3
April	57,9	21,3	23,2	- 1,9	4,7	8,7	8,6	0,3	- 5,1	- 0,2	0,9	- 3,5	- 2,6
Mai	19,5	15,3	24,2	- 8,9	10,7	8,3	- 1,5	10,4	6,6	- 0,6	0,3	1,4	- 1,2
Juni	- 33,2	4,7	5,5	- 0,7	- 0,7	- 4,0	0,3	- 3,7	- 7,7	- 0,6	- 0,3	0,8	3,0
Juli	21,8	22,3	17,8	4,6	- 3,3	1,5	- 5,8	6,6	4,3	0,7	0,5	- 3,9	- 2,8

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind

in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. * in Tab. II,1). — 2 Für deutschen Beitrag: ab 1999 einschl. Bauspareinlagen (s. dazu Tab. IV.12). — 3 Für deutschen Beitrag: bis Ende 1998 einschl. Bauspareinlagen (s. a. Anm. 2). — 4 Bis Dezember 1998 Laufzeit bis unter 4 Jahre. —

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 5)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet 6)	Geldmarkt-fonds-anteile 7)	Begebene Schuldverschreibungen 7)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 7)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren 4)	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende																
97,3	11,4	8,3	8,3	111,0	111,0	-	39,1	1 608,1	70,3	393,9	325,0	391,0	1995			
120,6	9,0	9,2	9,2	114,6	114,6	-	34,0	1 804,3	54,4	422,1	350,0	438,8	1996			
145,8	9,2	9,4	9,4	108,3	108,3	-	28,6	1 998,3	62,5	599,2	388,1	511,3	1997			
168,3	13,8	9,7	9,7	111,2	111,2	-	34,8	2 248,1	80,2	739,8	426,8	574,8	1998			
99,7	8,9	4,8	3,7	46,6	45,9	2,0	20,8	1 323,6	97,4	487,9	262,6	281,1	1999			
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000			
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003			
73,9	9,1	4,5	3,4	48,3	46,8	9,6	38,1	1 485,9	65,2	642,5	343,2	306,0	2002 Okt.			
75,6	9,4	4,5	3,4	47,6	46,3	6,4	37,9	1 496,8	68,8	653,5	342,5	309,8	Nov.			
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	Dez.			
74,8	10,4	4,7	3,6	46,9	45,2	7,6	38,5	1 461,1	138,9	602,9	350,5	305,9	2003 Jan.			
75,9	12,3	4,6	3,6	48,2	45,1	10,9	39,6	1 468,4	145,7	606,7	354,1	305,4	Febr.			
75,7	13,0	4,6	3,6	46,6	45,2	11,2	40,2	1 467,9	143,5	612,1	353,1	303,6	März			
73,8	12,3	4,5	3,5	45,5	44,9	11,3	39,6	1 468,6	142,6	620,2	351,6	307,2	April			
74,1	13,3	4,4	3,5	47,7	44,4	12,3	39,4	1 463,3	133,3	599,0	351,0	305,4	Mai			
73,4	12,2	4,4	3,5	48,1	44,6	10,8	38,7	1 470,0	128,7	594,8	348,2	307,0	Juni			
72,1	12,1	4,3	3,4	45,3	43,8	10,9	38,4	1 482,8	133,0	603,6	348,1	301,6	Juli			
72,4	12,8	4,2	3,4	45,9	43,8	12,4	38,1	1 480,0	122,1	579,2	344,0	298,0	Aug.			
70,5	12,0	4,1	3,3	46,2	43,4	15,6	38,0	1 485,5	124,4	579,7	341,0	304,3	Sept.			
70,6	12,7	4,0	3,3	45,5	43,0	21,1	37,6	1 494,1	126,2	574,2	344,6	299,9	Okt.			
69,3	11,4	4,0	3,2	45,7	43,6	20,0	37,1	1 502,7	131,5	574,6	343,0	304,0	Nov.			
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	Dez.			
67,5	11,9	3,8	3,1	45,9	45,2	16,6	36,4	1 493,9	128,6	585,4	336,8	284,5	2004 Jan.			
64,9	10,9	3,8	3,1	47,3	45,8	17,5	36,2	1 503,7	127,3	604,4	332,2	288,0	Febr.			
60,9	10,1	3,7	3,1	47,8	46,2	18,2	35,8	1 532,3	134,7	623,1	330,1	292,8	März			
60,2	10,2	3,7	3,1	47,2	46,2	17,3	35,7	1 549,0	135,3	632,3	333,7	299,7	April			
62,7	12,3	3,7	3,0	48,3	45,8	17,0	36,1	1 559,8	132,3	612,5	336,4	295,8	Mai			
60,6	10,2	3,6	3,0	50,7	47,1	16,1	36,0	1 554,2	123,6	582,1	337,5	295,2	Juni			
59,6	9,7	3,6	3,0	49,7	47,2	16,8	39,9	1 558,7	120,0	576,7	339,4	293,9	Juli			
Veränderungen 1)																
23,3	- 2,4	0,9	0,9	3,6	3,6	-	- 5,1	196,3	- 15,9	28,1	25,0	47,8	1996			
25,1	0,2	0,2	0,2	6,2	6,2	-	- 4,5	194,8	8,1	172,3	37,1	71,2	1997			
24,0	4,6	0,3	0,3	2,9	2,9	-	6,2	263,3	28,1	151,4	28,8	68,3	1998			
5,9	1,5	- 0,2	- 1,3	1,9	1,2	0,6	3,5	168,0	65,1	89,7	38,0	7,7	1999			
- 4,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	23,1	21,6	- 1,6	- 1,5	90,6	15,9	97,8	35,3	54,6	2000			
- 4,6	1,6	0,2	0,4	20,5	20,4	4,6	13,3	59,5	18,6	34,8	20,9	1,1	2001			
- 2,6	1,1	- 0,5	- 0,3	1,4	1,3	- 1,6	4,1	18,8	14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002			
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	1,8	1,4	10,7	0,0	49,8	- 2,2	4,6	- 3,9	- 26,3	2003			
1,8	0,3	- 0,0	- 0,0	0,6	0,5	- 3,2	- 0,2	11,9	10,7	13,2	- 0,5	2,5	2002 Nov.			
0,6	0,6	0,2	0,2	0,1	0,1	- 0,7	- 1,2	- 24,8	- 6,6	- 42,1	1,3	- 6,0	Dez.			
- 0,6	- 0,5	- 0,0	0,0	0,8	0,4	5,3	1,8	4,8	2,9	11,3	3,2	- 7,7	2003 Jan.			
2,1	3,0	- 0,0	0,0	1,4	0,1	2,3	1,1	8,1	6,8	4,4	3,7	- 1,7	Febr.			
- 0,0	0,7	- 0,1	- 0,0	1,6	0,1	0,4	0,5	0,8	- 2,4	8,2	- 0,7	- 3,2	März			
- 1,6	- 0,6	- 0,1	- 0,0	1,1	0,3	0,0	- 0,5	3,5	- 0,8	13,7	- 0,9	1,2	April			
0,9	1,2	- 0,1	- 0,0	2,2	0,5	1,0	- 0,2	3,4	- 6,9	- 8,2	0,7	- 7,8	Mai			
- 0,8	- 1,0	- 0,1	- 0,0	0,4	0,2	- 1,5	- 0,7	3,1	- 4,5	- 11,4	- 3,6	4,7	Juni			
- 1,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	2,8	0,8	0,2	- 0,4	12,1	- 4,3	7,0	- 0,2	- 4,6	Juli			
0,0	0,6	- 0,1	- 0,0	0,6	0,0	1,5	- 0,2	- 7,1	- 10,9	- 32,4	- 4,9	- 0,2	Aug.			
- 1,5	- 0,7	- 0,1	- 0,1	0,3	0,4	3,2	- 0,1	11,6	2,4	12,3	- 1,9	0,7	Sept.			
0,1	0,7	- 0,1	- 0,1	0,7	0,4	5,6	- 0,5	7,8	1,8	- 10,3	3,4	- 1,1	Okt.			
- 1,1	- 1,2	- 0,1	- 0,1	0,1	0,6	- 1,2	- 0,5	12,3	5,3	6,8	- 1,0	1,3	Nov.			
- 0,3	0,1	- 0,1	- 0,1	0,3	0,6	- 5,9	- 0,4	- 10,6	- 0,1	3,2	- 1,8	- 7,9	Dez.			
- 1,2	0,5	- 0,1	- 0,0	0,0	0,9	2,5	- 0,3	4,2	- 2,7	12,7	- 3,9	- 13,9	2004 Jan.			
- 2,6	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,3	0,6	0,9	- 0,2	10,0	- 1,3	19,6	- 4,6	4,1	Febr.			
- 4,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	0,5	0,4	0,8	- 0,5	23,2	7,5	14,0	- 2,5	6,7	März			
- 0,8	0,1	- 0,0	- 0,0	0,6	0,0	- 1,0	- 0,0	15,5	0,3	6,4	3,4	7,7	April			
2,6	2,1	- 0,0	- 0,0	1,0	0,4	- 0,3	0,3	12,2	- 2,8	- 16,7	2,6	- 4,6	Mai			
- 2,1	- 2,1	- 0,0	- 0,0	2,4	1,3	- 0,8	- 0,1	- 5,9	- 8,6	- 31,0	1,1	- 0,5	Juni			
- 1,1	- 0,5	- 0,0	- 0,0	1,0	0,0	0,6	3,9	3,6	- 3,6	- 7,0	1,8	- 0,1	Juli			

5 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 6 Erst ab 1999 gesondert erfragt; bis Dezember 1998 in den Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren enthalten. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen

mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		Buchkredite mit Befristung					
								bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2004 Febr.	2 222	6 488,0	50,9	2 435,5	1 749,8	675,7	3 593,5	459,2	2 559,8	3,9	560,1	148,5	259,6
März	2 219	6 542,8	43,9	2 459,8	1 762,0	687,8	3 633,3	481,1	2 559,0	3,7	580,5	147,0	258,9
April	2 216	6 604,4	52,3	2 498,9	1 791,0	697,0	3 648,7	476,7	2 563,8	3,7	594,5	145,9	258,4
Mai	2 213	6 618,6	55,2	2 529,2	1 806,8	712,7	3 626,7	452,4	2 566,7	3,7	594,1	146,5	260,9
Juni	2 200	6 587,5	50,5	2 507,2	1 792,0	705,3	3 622,4	449,1	2 566,6	3,5	590,4	145,6	261,8
Juli	2 184	6 608,2	53,1	2 516,2	1 799,5	708,0	3 633,5	453,0	2 568,9	3,6	590,5	142,7	262,7
Kreditbanken ⁵⁾													
2004 Juni	255	1 843,3	16,7	684,7	546,0	136,2	965,3	244,1	543,0	1,8	168,4	78,3	98,2
Juli	252	1 847,8	17,7	684,3	550,0	132,0	970,7	246,4	544,5	1,9	167,9	76,6	98,5
Großbanken ⁶⁾													
2004 Juni	4	1 052,6	7,9	389,9	335,7	52,8	518,9	151,9	266,2	1,2	93,2	67,9	68,1
Juli	4	1 059,1	9,6	389,2	335,8	52,1	525,0	155,8	264,8	1,2	94,9	67,1	68,3
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2004 Juni	168	702,4	8,0	248,6	167,8	80,4	408,4	75,0	260,3	0,6	71,1	10,3	27,0
Juli	164	702,7	7,0	251,0	173,1	77,2	408,1	73,0	263,1	0,6	69,9	9,5	27,1
Zweigstellen ausländischer Banken													
2004 Juni	83	88,2	0,8	46,2	42,5	3,0	38,0	17,2	16,4	0,0	4,0	0,1	3,1
Juli	84	86,0	1,1	44,2	41,0	2,8	37,6	17,6	16,6	0,0	3,0	0,1	3,1
Landesbanken													
2004 Juni	13	1 394,8	3,7	719,8	575,2	142,0	588,6	61,1	411,5	0,3	112,8	31,7	51,0
Juli	13	1 403,9	4,1	724,3	575,2	147,2	593,2	67,0	411,3	0,3	112,1	30,7	51,7
Sparkassen													
2004 Juni	486	983,3	16,7	227,6	71,1	155,8	702,7	71,8	537,4	0,9	92,4	14,7	21,6
Juli	483	984,4	17,4	228,9	72,7	155,7	701,9	70,5	538,7	0,9	91,6	14,7	21,4
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2004 Juni	2	191,5	0,3	130,0	86,6	42,9	42,3	10,7	20,7	0,1	10,7	11,5	7,4
Juli	2	196,0	1,1	134,0	91,8	41,7	41,9	9,8	20,5	0,1	11,4	11,4	7,6
Kreditgenossenschaften													
2004 Juni	1 378	567,5	11,7	146,5	58,5	86,1	386,6	44,6	299,7	0,5	41,5	5,9	16,8
Juli	1 368	566,7	11,4	145,8	58,7	85,4	386,6	43,0	301,3	0,5	41,7	6,0	16,8
Realkreditinstitute													
2004 Juni	25	872,6	1,1	233,1	145,6	86,0	619,4	9,9	489,8	-	119,6	0,9	18,2
Juli	25	871,6	1,1	230,4	140,9	88,0	621,8	9,8	487,9	-	121,1	0,8	17,5
Bausparkassen													
2004 Juni	27	176,0	0,0	42,8	31,1	11,7	121,9	1,5	107,9	.	12,4	0,4	10,8
Juli	27	177,0	0,0	43,2	31,2	11,9	121,3	1,5	106,7	.	12,4	0,4	12,1
Banken mit Sonderaufgaben													
2004 Juni	14	558,4	0,4	322,7	277,9	44,6	195,7	5,5	156,7	-	32,6	2,1	37,6
Juli	14	560,8	0,3	325,2	279,0	46,0	196,1	5,0	157,9	-	32,5	2,1	37,2
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2004 Juni	127	400,1	3,6	176,7	123,3	52,6	205,6	36,5	123,9	0,2	44,6	1,2	13,0
Juli	126	399,6	2,7	175,0	124,0	50,5	208,6	37,4	124,9	0,2	45,8	0,8	12,5
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2004 Juni	44	311,8	2,8	130,6	80,7	49,7	167,6	19,3	107,5	0,1	40,6	1,1	9,9
Juli	42	313,6	1,6	130,8	83,0	47,7	171,0	19,7	108,3	0,2	42,8	0,7	9,4

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende	
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist					Sparbriefe
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)	Spareinlagen 3)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)										
Alle Bankengruppen															
1 818,6	256,7	1 561,8	2 470,4	691,2	319,9	750,7	83,4	601,4	511,2	107,1	1 548,5	285,0	365,5	2004 Febr.	
1 844,5	276,3	1 568,0	2 472,0	697,2	320,2	746,6	83,6	601,3	511,3	106,8	1 576,3	283,6	366,4	März	
1 873,9	270,9	1 602,9	2 477,8	701,0	319,4	750,3	84,4	601,0	512,2	106,0	1 593,8	286,2	372,7	April	
1 868,9	248,3	1 620,4	2 487,6	705,5	322,3	753,7	76,9	600,4	512,4	105,7	1 606,1	287,2	368,7	Mai	
1 861,1	258,6	1 602,4	2 468,5	704,0	302,5	756,9	68,0	599,7	512,1	105,4	1 601,3	287,6	369,0	Juni	
1 873,9	249,5	1 624,2	2 470,3	691,7	314,6	758,3	72,1	600,3	512,6	105,3	1 607,5	287,9	368,7	Juli	
Kreditbanken 5)															
720,4	153,0	567,3	699,3	327,8	139,0	123,2	57,0	100,1	90,2	9,2	209,5	92,2	121,8	2004 Juni	
721,7	142,3	579,3	702,6	318,8	151,1	122,1	62,9	101,6	91,7	9,1	208,7	91,9	122,8	Juli	
Großbanken 6)															
434,5	109,0	325,5	346,6	151,1	96,2	70,1	52,6	28,6	26,7	0,6	146,3	53,1	72,2	2004 Juni	
440,3	99,5	340,8	348,3	143,6	104,9	69,3	57,1	30,0	28,2	0,5	144,7	53,0	72,8	Juli	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
219,9	32,1	187,6	336,8	165,5	39,9	51,2	4,5	71,5	63,5	8,6	63,3	36,7	45,7	2004 Juni	
216,8	31,8	184,9	339,2	164,6	43,6	50,9	5,8	71,6	63,6	8,5	64,0	36,4	46,2	Juli	
Zweigstellen ausländischer Banken															
66,0	11,9	54,1	16,0	11,2	2,8	1,9	-	0,0	0,0	0,0	-	2,4	3,9	2004 Juni	
64,6	11,1	53,5	15,2	10,6	2,7	1,9	-	0,0	0,0	0,0	-	2,4	3,8	Juli	
Landesbanken															
463,9	60,4	403,5	327,7	47,8	40,0	223,9	8,5	15,3	14,4	0,7	479,0	60,4	63,9	2004 Juni	
469,6	60,2	409,5	323,9	43,6	39,4	224,8	6,7	15,3	14,4	0,8	487,6	60,6	62,3	Juli	
Sparkassen															
216,2	5,1	211,1	629,6	194,2	51,6	10,9	-	302,9	251,4	70,0	44,3	47,2	46,0	2004 Juni	
215,8	6,0	209,8	630,1	195,4	51,2	11,1	-	302,4	250,8	70,1	44,3	47,5	46,8	Juli	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
114,7	28,6	86,0	28,9	6,2	6,2	16,3	2,2	-	-	0,3	28,4	10,1	9,4	2004 Juni	
117,9	29,3	88,6	29,2	6,0	6,7	16,2	2,3	-	-	0,3	29,9	10,1	9,0	Juli	
Kreditgenossenschaften															
77,0	2,7	74,3	404,4	122,5	51,8	24,2	-	181,0	155,8	24,8	32,5	31,0	22,5	2004 Juni	
76,0	1,8	74,1	404,1	122,6	51,7	24,3	-	180,8	155,3	24,7	32,4	31,1	23,1	Juli	
Realkreditinstitute															
132,9	4,5	128,4	147,7	1,4	5,6	140,4	0,2	-	-	0,2	546,6	21,1	24,4	2004 Juni	
135,5	6,5	129,0	149,2	1,3	5,4	142,3	0,2	-	-	0,2	540,9	21,2	24,8	Juli	
Bausparkassen															
29,7	2,0	27,7	113,0	0,4	0,8	111,2	-	0,4	0,4	0,2	7,0	7,4	19,0	2004 Juni	
29,2	1,9	27,4	112,9	0,4	0,8	111,2	-	0,4	0,4	0,2	7,0	7,4	20,5	Juli	
Banken mit Sonderaufgaben															
106,2	2,2	104,0	117,9	3,8	7,5	106,6	-	-	-	-	254,0	18,2	62,0	2004 Juni	
108,2	1,6	106,5	118,3	3,6	8,1	106,5	-	-	-	-	256,5	18,2	59,6	Juli	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)															
139,6	23,7	115,8	127,5	81,7	11,8	23,8	0,2	7,0	6,8	3,2	98,5	13,0	21,6	2004 Juni	
139,2	23,7	115,5	126,3	79,8	12,0	24,5	0,2	6,9	6,7	3,1	99,0	13,0	22,0	Juli	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)															
73,5	11,8	61,7	111,5	70,5	9,0	21,9	0,2	6,9	6,8	3,2	98,5	10,6	17,7	2004 Juni	
74,6	12,6	62,0	111,1	69,3	9,3	22,6	0,2	6,9	6,7	3,1	99,0	10,6	18,2	Juli	

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG. — 7 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheits-

besitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Euro-Währungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 8)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 5)	Wertpapiere von Banken 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 7)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 9)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1994	25,0	61,5	1 695,6	1 150,6	17,4	4,6	513,6	9,5	4 137,2	3 502,8	45,9	2,2	433,7
1995	26,0	61,0	1 859,9	1 264,9	17,5	4,3	561,9	11,4	4 436,9	3 802,0	46,8	1,4	427,3
1996	28,9	59,7	2 134,0	1 443,3	17,9	3,4	657,2	12,2	4 773,1	4 097,9	44,8	5,9	437,2
1997	29,3	60,2	2 397,9	1 606,3	18,1	3,6	758,9	11,1	5 058,4	4 353,9	44,7	2,9	473,3
1998	28,5	63,6	2 738,2	1 814,7	14,6	12,2	887,7	9,1	5 379,8	4 639,7	32,8	5,0	527,8
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2003 Febr.	12,9	39,0	1 667,6	1 095,5	0,0	9,7	562,3	2,5	3 001,9	2 682,6	3,8	3,6	308,9
März	12,6	47,5	1 655,8	1 081,1	0,0	10,0	564,7	2,5	3 005,5	2 677,5	3,8	4,8	316,4
April	13,5	37,7	1 648,8	1 074,6	0,0	9,9	564,3	2,5	3 007,6	2 676,4	3,8	5,0	319,4
Mai	13,7	38,3	1 674,3	1 099,7	0,0	9,2	565,3	2,5	3 003,6	2 667,8	3,9	4,5	324,5
Juni	12,9	40,9	1 665,5	1 090,9	0,0	9,9	564,7	2,5	2 992,4	2 670,2	3,9	3,9	311,4
Juli	12,9	40,5	1 645,6	1 063,8	0,0	10,9	571,0	2,4	2 996,0	2 671,8	4,0	3,4	314,7
Aug.	13,2	42,5	1 636,2	1 056,4	0,0	9,3	570,5	2,4	2 986,9	2 667,9	4,0	3,4	309,6
Sept.	12,9	42,1	1 627,9	1 047,0	0,0	9,7	571,2	2,4	2 995,7	2 676,3	3,9	2,1	311,4
Okt.	13,3	44,3	1 630,0	1 046,2	0,0	9,7	574,1	2,4	2 992,9	2 675,4	3,9	3,1	308,4
Nov.	12,8	38,2	1 663,1	1 073,8	0,0	10,5	578,8	2,3	3 012,2	2 685,5	3,7	3,4	317,5
Dez.	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004 Jan.	12,9	39,5	1 632,9	1 055,9	0,0	8,4	568,5	2,3	2 992,0	2 667,0	3,5	2,6	316,8
Febr.	12,9	37,6	1 645,1	1 058,5	0,0	8,5	578,0	2,3	2 994,8	2 658,8	3,4	2,5	328,1
März	12,4	31,1	1 656,6	1 062,0	0,0	8,1	586,4	2,4	3 015,7	2 670,4	3,2	2,1	338,0
April	12,6	39,4	1 673,5	1 070,7	0,0	8,6	594,1	2,4	3 022,9	2 664,3	3,2	3,0	350,5
Mai	13,5	41,4	1 693,0	1 081,2	0,0	7,7	604,1	2,4	3 013,6	2 657,8	3,2	2,9	347,8
Juni	12,8	37,3	1 671,7	1 070,0	0,0	7,7	594,0	2,3	3 003,5	2 652,5	3,0	3,6	342,6
Juli	12,8	39,9	1 687,1	1 082,3	0,0	6,9	597,9	2,3	3 007,5	2 656,4	3,0	6,8	340,2
Veränderungen *)													
1995	+ 1,0	- 0,5	+ 193,5	+ 139,4	+ 0,1	- 0,5	+ 54,3	+ 0,2	+ 312,8	+ 303,6	+ 1,0	- 0,8	+ 2,9
1996	+ 2,9	- 1,3	+ 257,8	+ 161,8	+ 0,4	- 1,1	+ 95,8	+ 0,8	+ 336,3	+ 311,7	- 2,0	+ 4,7	+ 10,6
1997	+ 0,4	+ 0,5	+ 262,5	+ 160,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 102,6	- 1,1	+ 285,2	+ 255,5	- 0,1	- 3,0	+ 36,5
1998	- 0,8	+ 3,4	+ 343,3	+ 210,3	- 3,6	+ 8,6	+ 130,0	- 2,0	+ 335,3	+ 302,1	- 11,9	+ 2,1	+ 52,1
1999	+ 2,2	+ 13,2	+ 122,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 12,9	+ 42,8	- 0,7	+ 156,1	+ 136,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 16,7
2000	- 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	- 0,0	+ 7,6	+ 54,3	- 0,3	+ 100,7	+ 83,7	- 0,5	- 0,8	+ 19,0
2001	- 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	- 0,0	- 21,3	+ 35,8	- 0,9	+ 11,9	+ 40,8	- 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	- 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	- 20,3	- 0,2	- 19,2	- 18,0	- 0,8	- 1,1	+ 1,7
2003	- 0,5	+ 1,1	- 47,2	- 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 8,0	- 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2003 Febr.	+ 0,0	- 3,3	+ 6,0	+ 8,8	+ 0,0	+ 0,0	- 2,8	- 0,0	- 3,3	- 4,3	- 0,1	- 0,4	+ 1,5
März	- 0,4	+ 8,5	- 11,8	- 14,4	- 0,0	+ 0,2	+ 2,4	- 0,0	+ 3,7	- 5,0	- 0,0	+ 1,3	+ 7,4
April	+ 0,9	- 9,8	- 7,0	- 6,5	-	- 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 2,1	- 1,1	- 0,0	+ 0,2	+ 3,1
Mai	+ 0,2	+ 0,6	+ 25,5	+ 25,1	- 0,0	- 0,7	+ 1,1	- 0,1	- 3,8	- 8,7	+ 0,1	- 0,6	+ 5,3
Juni	- 0,7	+ 2,6	- 8,8	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	- 11,1	+ 2,5	+ 0,0	- 0,5	- 13,1
Juli	- 0,0	- 0,4	- 20,1	- 27,2	- 0,0	+ 0,8	+ 6,3	- 0,0	+ 3,8	+ 1,6	+ 0,1	- 0,3	+ 3,4
Aug.	+ 0,2	+ 2,0	- 9,4	- 7,4	- 0,0	- 1,5	- 0,5	- 0,0	- 9,1	- 3,9	- 0,0	- 0,0	+ 5,1
Sept.	- 0,2	- 0,3	- 7,8	- 9,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,2	- 0,0	+ 9,6	+ 8,4	- 0,1	- 1,3	+ 2,6
Okt.	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,1	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 2,9	+ 0,0	- 2,8	- 0,9	- 0,0	+ 1,1	- 3,0
Nov.	- 0,5	- 6,1	+ 33,1	+ 27,6	-	+ 1,0	+ 4,5	- 0,1	+ 19,3	+ 10,1	- 0,2	+ 0,3	+ 9,1
Dez.	+ 4,2	+ 8,5	- 19,3	- 9,8	-	- 1,7	- 7,8	- 0,0	- 16,1	- 8,6	- 0,0	- 0,0	- 7,4
2004 Jan.	- 4,1	- 7,1	- 11,0	- 8,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	- 3,7	- 10,0	- 0,1	- 0,7	+ 7,2
Febr.	+ 0,1	- 1,9	+ 12,0	+ 2,4	-	+ 0,1	+ 9,5	- 0,0	+ 2,8	- 8,1	- 0,2	- 0,2	+ 11,3
März	- 0,5	- 6,5	+ 11,5	+ 3,5	- 0,0	- 0,4	+ 8,4	+ 0,1	+ 20,9	+ 11,6	- 0,2	- 0,4	+ 9,9
April	+ 0,1	+ 8,3	+ 16,9	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,5	+ 7,7	+ 0,0	+ 7,3	- 6,1	+ 0,0	+ 0,8	+ 12,6
Mai	+ 0,9	+ 2,0	+ 19,6	+ 10,5	- 0,0	- 0,9	+ 9,9	- 0,1	- 9,4	- 6,5	- 0,0	- 0,1	- 2,7
Juni	- 0,7	- 4,1	- 21,3	- 11,2	-	- 0,1	- 10,1	- 0,0	- 10,1	- 5,4	- 0,2	+ 0,7	- 5,2
Juli	+ 0,1	+ 2,5	+ 15,4	+ 12,2	+ 0,0	- 0,8	+ 3,9	- 0,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,0	+ 3,2	- 2,3

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 7. — 4 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlich-

keiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 6. — 6 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 7 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 11) 12)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 17)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 13) 14)	Termin- ein- lagen 14) 15)	weiter- gegebene Wechsel 16)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 13)	Termin- ein- lagen 15) 18)	Spar- ein- lagen 19)	Spar- briefe 20)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)
68,1	84,4	70,7	1 427,9	342,8	976,9	75,2	33,1	2 875,7	540,2	1 109,3	940,5	206,9	78,8	1994
71,3	88,1	83,2	1 539,4	363,9	1 065,1	75,5	35,0	3 021,1	579,9	1 086,1	1 046,1	227,4	81,6	1995
81,3	106,0	89,7	1 731,0	401,1	1 202,4	75,4	52,2	3 241,5	675,1	1 109,8	1 143,0	227,8	85,8	1996
76,0	107,6	95,1	1 902,3	427,6	1 349,1	75,6	50,0	3 341,9	689,8	1 146,9	1 182,1	236,9	86,1	1997
71,6	102,8	129,2	2 086,9	472,5	1 505,2	59,4	49,7	3 520,3	799,5	1 194,1	1 211,0	234,9	80,9	1998
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
3,0	54,8	118,0	1 224,7	134,5	1 090,1	0,2	25,6	2 084,6	571,6	830,0	579,2	103,7	41,9	2003 Febr.
3,0	54,8	116,1	1 218,0	144,0	1 073,9	0,2	25,5	2 089,6	578,9	828,4	579,3	103,0	42,1	März
3,0	54,6	116,7	1 203,4	137,4	1 065,9	0,1	25,5	2 094,8	586,3	828,2	577,9	102,4	41,8	April
3,0	54,5	119,6	1 254,2	146,4	1 107,7	0,1	25,5	2 101,9	591,7	831,2	577,1	101,9	41,7	Mai
3,0	54,4	118,1	1 252,5	150,5	1 101,8	0,1	25,4	2 109,6	608,9	822,7	576,7	101,3	41,8	Juni
2,0	54,2	119,1	1 207,7	123,6	1 084,0	0,1	25,3	2 102,3	595,6	829,0	576,8	100,9	41,7	Juli
2,0	54,6	118,8	1 198,2	120,9	1 077,2	0,1	25,7	2 111,4	598,5	834,5	578,0	100,4	41,7	Aug.
2,0	54,4	115,1	1 188,2	116,0	1 072,0	0,1	25,5	2 112,3	608,8	825,4	578,3	99,9	41,5	Sept.
2,0	53,9	115,0	1 179,6	122,1	1 057,4	0,1	25,3	2 114,7	610,9	824,5	579,4	100,0	40,7	Okt.
2,0	54,1	113,3	1 214,5	135,3	1 079,1	0,1	25,5	2 138,6	634,1	824,0	580,3	100,1	40,7	Nov.
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	Dez.
2,0	57,2	108,9	1 213,2	142,0	1 071,1	0,1	28,3	2 137,5	632,2	814,3	590,6	100,3	40,3	2004 Jan.
2,0	56,6	108,8	1 215,7	134,0	1 081,6	0,1	28,2	2 141,8	635,4	814,8	591,5	100,1	40,5	Febr.
2,0	54,9	107,2	1 204,3	140,0	1 064,2	0,1	27,8	2 145,8	635,3	819,2	591,4	99,8	39,3	März
2,0	54,4	106,6	1 227,8	143,2	1 084,5	0,1	27,7	2 154,0	644,0	819,6	591,2	99,2	39,0	April
2,0	54,3	107,1	1 252,0	134,2	1 117,7	0,1	27,6	2 162,4	642,7	830,2	590,6	98,9	39,0	Mai
2,0	54,9	106,7	1 257,3	129,2	1 128,0	0,1	28,4	2 158,3	643,5	826,2	590,0	98,7	38,8	Juni
1,0	55,9	103,5	1 275,2	125,7	1 149,4	0,1	29,5	2 160,4	637,6	833,6	590,6	98,6	38,7	Juli
Veränderungen *)														
- 1,2	+ 7,3	+ 12,5	+ 134,2	+ 20,4	+ 111,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 158,3	+ 48,9	- 14,2	+ 105,6	+ 11,7	+ 6,3	1995
+ 8,0	+ 3,3	+ 6,5	+ 175,9	+ 36,6	+ 137,7	- 0,2	+ 1,7	+ 218,4	+ 94,3	+ 23,2	+ 96,9	+ 0,7	+ 3,3	1996
- 5,3	+ 1,6	+ 5,4	+ 175,9	+ 31,6	+ 146,7	+ 0,2	- 2,6	+ 100,5	+ 13,0	+ 37,1	+ 39,1	+ 0,2	+ 2,1	1997
- 4,4	- 4,8	+ 34,1	+ 179,0	+ 39,7	+ 156,4	- 16,2	- 0,9	+ 179,3	+ 110,6	+ 47,2	+ 28,9	- 2,1	- 5,3	1998
- 0,6	+ 0,1	+ 9,3	+ 69,0	- 1,8	+ 81,8	- 11,1	- 0,4	+ 67,3	+ 32,7	+ 48,4	- 4,5	- 9,3	+ 0,7	1999
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 0,0	+ 0,1	- 0,4	+ 17,8	- 0,3	+ 18,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 7,6	+ 6,4	- 0,3	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	2003 Febr.
+ 0,0	- 0,0	- 1,9	- 6,7	+ 9,5	- 16,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 7,3	- 1,6	+ 0,1	- 0,7	- 0,1	März
- 0,0	- 0,2	+ 0,6	- 14,6	- 6,6	- 8,0	- 0,0	+ 0,0	+ 5,1	+ 7,4	- 0,2	- 1,4	- 0,6	- 0,2	April
-	- 0,1	+ 3,0	+ 50,8	+ 8,9	+ 41,9	- 0,0	- 0,0	+ 7,1	+ 5,4	+ 3,0	- 0,8	- 0,5	- 0,1	Mai
- 0,0	- 0,1	- 1,5	- 1,7	+ 4,2	- 5,9	- 0,0	- 0,1	+ 7,7	+ 17,2	- 8,5	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	Juni
- 1,0	- 0,2	+ 1,0	- 44,9	- 27,0	- 18,0	- 0,0	- 0,1	- 7,1	- 13,3	+ 6,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	Juli
- 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 9,5	- 2,7	- 6,8	- 0,0	+ 0,4	+ 9,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 1,3	- 0,5	- 0,1	Aug.
+ 0,0	- 0,2	- 3,6	- 8,7	- 3,5	- 5,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,8	+ 10,3	- 9,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	Sept.
- 0,0	- 0,4	- 0,2	- 8,6	+ 6,1	- 14,7	+ 0,0	- 0,2	+ 2,5	+ 2,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	Okt.
-	+ 0,2	- 1,7	+ 34,9	+ 13,2	+ 21,7	+ 0,0	+ 0,2	+ 23,8	+ 23,2	- 0,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	Nov.
+ 0,0	+ 2,7	- 4,1	+ 15,1	- 18,6	+ 33,6	+ 0,1	+ 2,3	+ 1,7	- 10,1	+ 1,7	+ 10,0	+ 0,1	- 0,2	Dez.
- 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 16,3	+ 25,3	- 41,5	- 0,1	+ 0,4	- 2,8	+ 8,2	- 11,4	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	2004 Jan.
-	- 0,5	- 0,1	+ 2,4	- 8,0	+ 10,5	- 0,0	- 0,1	+ 4,3	+ 4,1	- 0,4	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	Febr.
+ 0,0	- 1,8	- 1,6	- 11,4	+ 6,0	- 17,4	+ 0,0	- 0,3	+ 4,0	- 0,0	+ 4,5	- 0,1	- 0,3	- 1,2	März
- 0,0	- 0,5	- 0,6	+ 23,2	+ 3,2	+ 20,0	+ 0,0	- 0,2	+ 8,5	+ 8,7	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	April
-	+ 0,1	+ 0,4	+ 24,2	- 9,0	+ 33,2	+ 0,0	- 0,1	+ 8,4	- 1,4	+ 10,6	- 0,6	- 0,2	- 0,0	Mai
-	+ 0,6	- 0,4	+ 5,3	- 5,0	+ 10,3	+ 0,0	+ 0,8	- 4,1	+ 0,4	- 3,6	- 0,6	- 0,3	- 0,2	Juni
- 0,9	+ 1,1	- 3,1	+ 17,9	- 3,4	+ 21,4	- 0,0	+ 1,1	+ 2,1	- 5,5	+ 7,0	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	Juli

Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 11 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 12 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 13 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 14 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 15 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 16 Eigene Akzepte und Sola-

wechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 17 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 18 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 19 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 18. — 20 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 4)	Wertpapiere von Banken 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1994	1,2	492,3	455,0	309,0	146,0	0,1	23,7	13,5	257,4	173,0	35,0	138,0	0,6	66,5
1995	1,2	538,4	500,8	349,7	151,1	0,1	25,6	11,8	289,2	191,1	42,1	148,9	1,7	79,7
1996	1,4	588,9	544,2	386,6	157,6	0,3	31,5	13,0	352,0	230,4	60,2	170,2	4,9	103,9
1997	1,5	689,1	635,3	456,1	179,2	0,2	43,1	10,5	474,8	312,7	96,2	216,5	6,0	140,3
1998	1,5	774,9	706,9	533,6	173,3	0,4	58,7	9,0	610,3	364,9	93,9	270,9	11,6	211,0
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2003 Febr.	0,3	713,7	637,5	488,8	148,6	1,3	74,9	2,6	576,6	352,7	109,9	242,8	10,2	213,8
März	0,3	733,3	654,1	504,0	150,1	1,0	78,3	2,6	574,8	354,5	113,1	241,3	8,5	211,8
April	0,3	738,6	657,2	505,9	151,2	1,7	79,8	2,6	583,3	364,8	125,1	239,7	7,4	211,1
Mai	0,3	760,1	676,4	524,6	151,8	1,3	82,4	2,5	578,6	362,3	126,8	235,6	6,8	209,4
Juni	0,4	794,3	707,2	553,1	154,1	1,3	85,8	2,6	578,1	351,6	115,2	236,4	7,0	219,5
Juli	0,3	779,1	689,4	533,9	155,5	1,4	88,3	2,6	567,4	345,3	106,5	238,8	6,8	215,3
Aug.	0,3	771,9	682,3	522,9	159,4	1,3	88,3	2,6	561,3	344,3	101,3	243,0	7,4	209,5
Sept.	0,4	769,8	680,3	520,2	160,1	1,3	88,2	2,3	569,4	346,6	110,3	236,3	7,2	215,6
Okt.	0,4	757,0	664,9	502,0	162,9	0,9	91,2	1,6	576,6	348,6	106,0	242,6	8,0	219,9
Nov.	0,3	764,6	672,3	512,8	159,5	1,3	91,1	1,6	583,8	357,5	118,0	239,6	6,4	219,8
Dez.	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004 Jan.	0,3	788,7	693,8	531,9	161,9	1,2	93,6	1,6	588,4	353,0	118,0	235,0	5,5	229,8
Febr.	0,3	790,5	691,5	530,7	160,8	1,3	97,7	1,6	598,7	360,7	126,1	234,6	6,0	232,0
März	0,3	803,2	700,1	538,5	161,6	1,7	101,4	1,7	617,6	370,2	133,9	236,4	4,8	242,5
April	0,3	825,5	720,4	557,5	162,9	2,2	102,8	1,7	625,8	376,7	137,2	239,5	5,0	244,0
Mai	0,3	836,2	725,7	570,5	155,2	1,9	108,7	1,7	613,1	361,8	123,6	238,2	5,0	246,3
Juni	0,4	835,5	722,1	566,9	155,2	2,1	111,3	1,7	618,9	363,8	124,6	239,1	7,3	247,8
Juli	0,4	829,1	717,3	557,4	159,9	1,7	110,1	1,6	626,0	366,1	127,6	238,5	9,7	250,2
Veränderungen *)														
1995	+ 0,1	+ 59,1	+ 57,6	+ 49,2	+ 8,4	+ 0,0	+ 2,9	- 1,4	+ 38,3	+ 21,3	+ 7,8	+ 13,6	+ 1,1	+ 16,1
1996	+ 0,2	+ 34,2	+ 29,9	+ 27,2	+ 2,7	+ 0,2	+ 5,2	- 1,1	+ 58,4	+ 36,2	+ 17,0	+ 19,2	+ 3,1	+ 21,4
1997	+ 0,1	+ 80,6	+ 71,5	+ 53,3	+ 18,2	- 0,1	+ 10,4	- 1,2	+ 109,3	+ 73,0	+ 33,7	+ 39,3	+ 0,7	+ 32,9
1998	- 0,0	+ 100,8	+ 89,5	+ 79,3	+ 10,2	+ 0,0	+ 13,1	- 1,8	+ 122,0	+ 42,7	- 6,4	+ 49,1	+ 5,5	+ 66,0
1999	- 0,3	+ 17,7	+ 5,7	- 5,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 11,7	- 0,0	+ 85,8	+ 42,8	+ 8,4	+ 34,4	+ 1,3	+ 41,8
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2003 Febr.	+ 0,0	+ 18,9	+ 17,3	+ 17,5	- 0,1	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	+ 16,8	+ 19,6	+ 18,3	+ 1,3	- 0,7	- 2,2
März	+ 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 16,3	+ 2,0	- 0,4	+ 3,5	- 0,0	+ 0,3	+ 3,5	+ 3,6	- 0,2	- 1,6	- 1,5
April	+ 0,0	+ 8,9	+ 6,4	+ 4,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,7	- 0,0	+ 12,8	+ 13,7	+ 12,8	+ 0,9	- 1,1	+ 0,2
Mai	+ 0,0	+ 30,1	+ 28,0	+ 24,9	+ 3,2	- 0,4	+ 2,5	- 0,0	+ 5,6	+ 6,0	+ 3,8	+ 2,3	- 0,4	- 0,0
Juni	+ 0,1	+ 29,4	+ 26,3	+ 25,1	+ 1,2	- 0,0	+ 3,2	+ 0,0	- 6,2	- 14,9	- 12,6	- 2,3	+ 0,1	+ 8,6
Juli	- 0,1	- 16,5	- 19,1	- 20,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,4	- 0,0	- 12,3	- 7,5	- 9,0	+ 1,5	- 0,3	- 4,6
Aug.	+ 0,0	- 13,2	- 12,8	- 15,3	+ 2,5	- 0,1	- 13,1	- 0,0	- 13,0	- 6,1	- 6,4	+ 0,2	+ 0,5	- 7,3
Sept.	+ 0,0	+ 5,7	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 0,3	+ 19,1	+ 10,6	+ 10,8	- 0,2	+ 0,0	+ 8,5
Okt.	- 0,0	- 14,4	- 17,0	- 18,8	+ 1,8	- 0,4	+ 3,0	- 0,0	+ 3,1	- 1,9	- 4,4	+ 2,5	+ 0,8	+ 4,2
Nov.	- 0,0	+ 12,5	+ 12,1	+ 14,3	- 2,3	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 12,8	+ 13,3	+ 12,9	+ 0,5	- 1,5	+ 1,0
Dez.	- 0,0	+ 11,7	+ 9,9	+ 7,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,0	+ 0,5	- 6,0	- 5,7	- 0,4	- 0,2	+ 6,8
2004 Jan.	+ 0,0	+ 16,3	+ 14,8	+ 14,0	+ 0,8	- 0,3	+ 1,8	+ 0,0	+ 7,6	+ 5,3	+ 6,4	- 1,1	- 0,6	+ 2,9
Febr.	- 0,0	+ 2,7	- 1,5	- 0,6	- 0,9	+ 0,1	+ 4,1	+ 0,0	+ 11,1	+ 8,0	+ 8,4	- 0,4	+ 0,6	+ 2,5
März	+ 0,0	+ 6,1	+ 2,2	+ 5,3	- 3,1	+ 0,3	+ 3,6	+ 0,0	+ 15,6	+ 7,4	+ 7,0	+ 0,4	- 1,3	+ 9,4
April	-	+ 20,3	+ 18,4	+ 17,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,0	+ 5,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,3
Mai	+ 0,0	+ 13,0	+ 7,5	+ 14,8	- 7,3	- 0,3	+ 5,8	- 0,0	- 9,7	- 12,7	- 13,1	+ 0,4	+ 0,0	+ 3,0
Juni	+ 0,0	- 1,1	- 4,1	- 3,9	- 0,2	+ 0,2	+ 2,9	- 0,0	+ 5,4	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 2,3	+ 2,7
Juli	+ 0,0	- 5,2	- 5,9	- 10,2	+ 4,3	- 0,4	+ 1,1	- 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,8	- 1,6	+ 2,4	+ 0,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 6. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 7)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparinlagen und Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	
				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
17,3	34,0	402,3	111,6	283,7	150,8	132,9	7,1	181,5	20,6	155,3	41,7	113,6	5,6	1994
16,7	38,8	463,7	116,9	339,7	191,6	148,2	7,0	224,4	22,1	198,0	45,3	152,6	4,4	1995
12,7	45,8	486,5	147,1	335,7	172,0	163,7	3,8	273,5	34,3	237,2	50,0	187,2	2,1	1996
15,7	54,7	670,3	226,0	440,2	254,3	185,9	4,0	333,9	43,5	285,7	63,0	222,7	4,8	1997
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
15,4	42,4	616,4	117,7	498,7	392,8	105,9	1,0	330,8	33,2	297,6	107,5	190,1	4,3	2003 Febr.
15,4	43,3	621,7	131,7	490,0	384,4	105,6	1,0	339,8	43,3	296,5	109,2	187,3	4,2	März
15,1	43,2	634,6	141,6	493,0	387,9	105,1	1,0	333,3	39,3	294,0	110,3	183,7	4,0	April
14,7	41,7	620,9	128,0	492,9	386,0	106,9	1,0	332,0	43,6	288,4	109,8	178,7	3,8	Mai
15,1	42,2	622,8	143,1	479,7	372,8	106,9	1,0	324,6	43,8	280,8	99,8	180,9	3,9	Juni
15,2	43,1	617,2	123,6	493,7	384,1	109,6	0,9	328,0	40,3	287,7	108,5	179,2	3,9	Juli
15,3	43,1	601,1	108,0	493,1	386,3	106,8	0,3	324,7	39,5	285,2	103,5	181,7	4,7	Aug.
15,0	43,7	607,5	144,2	463,3	361,2	102,1	0,3	326,6	40,0	286,6	109,5	177,1	6,8	Sept.
11,7	43,0	597,1	129,1	468,0	360,1	107,9	0,3	332,0	38,2	293,8	116,4	177,5	3,4	Okt.
11,7	41,3	583,1	113,9	469,2	361,3	107,9	0,3	333,5	38,8	294,7	121,6	173,1	3,3	Nov.
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	Dez.
11,7	40,9	606,8	138,7	468,2	359,1	109,0	0,5	315,6	44,8	270,8	99,6	171,2	3,7	2004 Jan.
12,0	39,7	602,9	122,7	480,2	368,1	112,1	0,5	328,7	55,9	272,8	104,6	168,2	3,4	Febr.
9,5	39,8	640,2	136,3	503,8	389,4	114,4	0,5	326,2	61,8	264,4	103,0	161,4	0,9	März
9,6	39,3	646,0	127,7	518,3	403,7	114,6	0,5	323,8	56,9	266,8	106,6	160,2	0,9	April
9,6	39,4	616,9	114,2	502,7	389,0	113,8	0,5	325,2	62,9	262,4	102,3	160,0	0,9	Mai
9,6	38,9	603,8	129,4	474,4	360,2	114,2	0,5	310,2	60,6	249,6	90,0	159,7	0,9	Juni
9,7	39,2	598,6	123,8	474,8	359,8	115,1	0,5	309,9	54,1	255,8	96,6	159,1	0,9	Juli
Veränderungen *)														
- 0,2	+ 5,2	+ 71,0	+ 7,9	+ 64,6	+ 45,9	+ 18,7	- 1,5	+ 47,8	+ 2,2	+ 46,5	+ 4,1	+ 42,4	- 0,9	1995
- 2,3	+ 5,9	+ 11,3	+ 27,1	- 13,9	- 26,6	+ 12,7	- 1,9	+ 44,7	+ 11,7	+ 35,0	+ 3,7	+ 31,3	- 2,0	1996
+ 2,7	+ 7,9	+ 157,3	+ 67,7	+ 89,5	+ 71,8	+ 17,7	+ 0,1	+ 51,0	+ 5,4	+ 43,3	+ 11,4	+ 31,9	+ 2,3	1997
+ 7,7	+ 8,8	+ 215,6	+ 87,7	+ 128,1	+ 108,1	+ 20,0	- 0,3	+ 64,7	+ 10,4	+ 48,9	+ 10,3	+ 38,6	+ 5,5	1998
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 20,6	- 16,5	+ 1,9	2003
+ 0,1	- 0,3	- 6,7	+ 5,4	- 12,0	- 13,5	+ 1,5	- 0,0	+ 6,6	- 2,5	+ 9,2	+ 12,2	- 3,1	- 0,1	2003 Febr.
- 0,1	+ 1,0	+ 7,4	+ 14,3	- 6,9	- 7,0	+ 0,0	- 0,0	+ 10,3	+ 10,2	+ 0,1	+ 2,0	- 1,9	- 0,1	März
- 0,3	+ 0,1	+ 17,1	+ 10,6	+ 6,5	+ 6,4	+ 0,2	+ 0,0	- 4,0	- 3,8	- 0,1	+ 1,8	- 1,9	- 0,3	April
- 0,4	- 0,7	- 4,3	- 11,8	+ 7,5	+ 4,2	+ 3,3	- 0,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 0,2	+ 0,9	- 0,7	- 0,2	Mai
+ 0,4	+ 0,1	- 3,0	+ 14,1	- 17,1	- 16,2	- 0,8	+ 0,0	- 10,9	+ 0,0	- 10,9	- 10,6	- 0,3	+ 0,2	Juni
+ 0,0	+ 0,3	- 6,9	- 19,8	+ 12,8	+ 10,4	+ 2,4	- 0,1	+ 2,7	- 3,6	+ 6,4	+ 8,5	- 2,1	- 0,0	Juli
+ 0,2	- 0,5	- 22,3	- 16,7	- 5,6	- 1,7	- 3,9	- 0,0	- 7,3	- 1,1	- 6,2	- 5,9	- 0,2	+ 0,1	Aug.
- 0,3	+ 1,2	+ 16,1	+ 37,6	- 21,5	- 18,4	- 3,1	- 0,0	+ 7,8	+ 1,1	+ 6,7	+ 7,5	- 0,8	+ 2,1	Sept.
+ 0,0	- 0,8	- 11,8	- 15,4	+ 3,6	- 1,5	+ 5,1	-	+ 1,4	- 1,8	+ 3,2	+ 6,7	- 3,6	+ 0,0	Okt.
- 0,0	- 1,3	- 9,2	- 14,2	+ 5,1	+ 4,0	+ 1,0	-	+ 4,9	+ 0,9	+ 4,0	+ 6,0	- 2,0	- 0,1	Nov.
- 0,1	+ 0,6	+ 14,9	- 17,7	+ 32,6	+ 31,1	+ 1,5	+ 0,1	- 21,2	- 6,2	- 15,0	- 17,7	+ 2,7	+ 0,3	Dez.
+ 0,1	- 0,8	+ 12,9	+ 43,2	- 30,2	- 30,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 5,8	+ 12,5	- 6,7	- 3,5	- 3,2	+ 0,1	2004 Jan.
+ 0,3	- 1,3	- 3,2	- 15,9	+ 12,7	+ 9,4	+ 3,2	- 0,0	+ 13,2	+ 11,1	+ 2,2	+ 5,1	- 2,9	- 0,3	Febr.
+ 0,1	- 0,1	+ 30,7	+ 13,1	+ 17,6	+ 19,0	- 1,4	- 0,0	- 1,5	+ 5,8	- 7,3	- 2,2	- 5,1	- 0,0	März
+ 0,0	- 0,6	+ 3,8	- 9,1	+ 12,8	+ 13,1	- 0,3	+ 0,0	- 3,8	- 5,1	+ 1,3	+ 3,1	- 1,9	- 0,0	April
+ 0,0	+ 0,3	- 26,7	- 13,1	- 13,6	- 13,4	- 0,2	- 0,0	+ 2,8	+ 6,1	- 3,3	- 3,8	+ 0,5	+ 0,0	Mai
+ 0,0	- 0,5	- 13,5	+ 15,2	- 28,7	- 29,1	+ 0,3	-	- 15,1	- 2,3	- 12,8	- 12,4	- 0,4	+ 0,0	Juni
+ 0,1	+ 0,1	- 6,2	- 5,9	- 0,3	- 1,0	+ 0,6	+ 0,0	- 1,2	- 6,6	+ 5,4	+ 6,5	- 1,1	- 0,0	Juli

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 5. — 5 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 6 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a.

Anm. 2. — 7 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 9 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	insgesamt	Buch-	Schatz-	wechsel 5)		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen			börsenfähige Geldmarktpapiere							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
1994	4 137,2	3 633,1	583,5	549,1	548,6	0,4	34,4	32,7	1,8	3 553,7	2 661,9
1995	4 436,9	3 936,9	615,2	584,0	583,3	0,7	31,3	30,5	0,8	3 821,7	2 785,5
1996	4 773,1	4 248,7	662,2	617,2	616,2	1,0	45,1	40,2	4,9	4 110,8	3 007,2
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2003 Febr.	3 001,9	2 686,4	364,4	329,3	328,1	1,2	35,1	32,7	2,4	2 637,4	2 077,5
März	3 005,5	2 681,3	369,2	332,5	330,4	2,2	36,7	34,0	2,7	2 636,3	2 071,6
April	3 007,6	2 680,2	366,3	326,5	324,2	2,2	39,8	37,0	2,8	2 641,3	2 079,0
Mai	3 003,6	2 671,7	356,2	321,4	319,1	2,3	34,7	32,6	2,2	2 647,4	2 080,5
Juni	2 992,4	2 674,1	359,6	328,9	326,9	2,0	30,7	28,8	1,9	2 632,8	2 077,4
Juli	2 996,0	2 675,8	357,5	315,5	314,2	1,3	42,0	39,8	2,2	2 638,6	2 081,8
Aug.	2 986,9	2 671,9	346,7	308,2	306,8	1,4	38,5	36,5	2,0	2 640,2	2 090,5
Sept.	2 995,7	2 680,2	356,7	323,8	322,9	0,9	32,9	31,7	1,2	2 639,0	2 088,3
Okt.	2 992,9	2 679,3	353,7	317,2	316,1	1,0	36,3	34,5	2,1	2 639,1	2 087,7
Nov.	3 012,2	2 689,2	360,7	317,5	316,6	0,9	43,2	40,6	2,6	2 651,5	2 097,0
Dez.	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004 Jan.	2 992,0	2 670,5	346,6	305,7	304,4	1,3	41,0	39,6	1,4	2 645,3	2 097,7
Febr.	2 994,8	2 662,2	339,5	306,0	304,8	1,1	33,6	32,2	1,3	2 655,2	2 091,2
März	3 015,7	2 673,6	353,0	306,8	305,9	0,8	46,3	45,0	1,3	2 662,7	2 098,5
April	3 022,9	2 667,5	346,1	304,0	303,3	0,7	42,2	39,9	2,3	2 676,8	2 116,1
Mai	3 013,6	2 661,0	335,4	297,1	296,2	0,9	38,3	36,3	2,0	2 678,2	2 113,0
Juni	3 003,5	2 655,4	331,5	294,9	294,2	0,7	36,7	33,8	2,9	2 672,0	2 102,1
Juli	3 007,5	2 659,4	335,7	287,6	287,0	0,6	48,2	42,0	6,2	2 671,7	2 104,4
Veränderungen *)											
1995	+ 312,8	+ 311,9	+ 35,9	+ 37,9	+ 37,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,0	- 1,0	+ 276,9	+ 185,1
1996	+ 336,3	+ 312,9	+ 44,3	+ 32,6	+ 32,2	+ 0,4	+ 11,7	+ 7,4	+ 4,3	+ 292,0	+ 221,5
1997	+ 285,2	+ 256,9	+ 2,7	+ 5,9	+ 5,9	+ 0,0	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 282,5	+ 219,9
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2003 Febr.	- 3,3	- 4,4	- 6,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 6,3	- 5,9	- 0,4	+ 3,5	+ 1,0
März	+ 3,7	- 5,1	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	- 1,2	- 5,9
April	+ 2,1	- 1,1	- 3,0	- 6,0	- 6,1	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 7,2
Mai	- 3,8	- 8,5	- 10,1	- 5,0	- 5,1	+ 0,1	- 5,1	- 4,5	- 0,6	+ 6,3	+ 1,8
Juni	- 11,1	+ 2,5	+ 3,4	+ 7,5	+ 7,8	- 0,3	- 4,1	- 3,8	- 0,2	- 14,6	- 3,1
Juli	+ 3,8	+ 1,7	- 1,9	- 13,2	- 12,7	- 0,5	+ 11,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 5,7	+ 4,3
Aug.	- 9,1	- 4,0	- 10,7	- 7,3	- 7,4	+ 0,1	- 3,4	- 3,3	- 0,1	+ 1,6	+ 8,7
Sept.	+ 9,6	+ 8,3	+ 10,0	+ 15,6	+ 16,1	- 0,5	- 5,6	- 4,8	- 0,9	- 0,4	- 2,2
Okt.	- 2,8	- 0,9	- 2,9	- 6,6	- 6,8	+ 0,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,2	- 0,6
Nov.	+ 19,3	+ 9,9	+ 6,9	+ 0,3	+ 0,5	- 0,2	+ 6,6	+ 6,2	+ 0,4	+ 12,4	+ 9,3
Dez.	- 16,1	- 8,6	- 5,4	- 2,4	- 3,2	+ 0,8	- 3,0	- 2,2	- 0,8	- 10,7	- 0,9
2004 Jan.	- 3,7	- 10,1	- 8,6	- 9,4	- 9,0	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1	- 0,4	+ 5,0	+ 1,7
Febr.	+ 2,8	- 8,3	- 7,1	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 7,4	- 7,4	- 0,0	+ 9,9	- 6,5
März	+ 20,9	+ 11,4	+ 13,8	+ 1,1	+ 1,4	- 0,3	+ 12,7	+ 12,8	- 0,1	+ 7,1	+ 7,1
April	+ 7,3	- 6,1	- 7,0	- 2,8	- 2,7	- 0,1	- 4,2	- 5,1	+ 0,9	+ 14,3	+ 17,6
Mai	- 9,4	- 6,5	- 10,4	- 6,6	- 6,8	+ 0,2	- 3,9	- 3,6	- 0,3	+ 1,1	- 3,4
Juni	- 10,1	- 5,6	- 3,7	- 2,0	- 1,8	- 0,2	- 1,6	- 2,6	+ 0,9	- 6,4	- 11,2
Juli	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,2	- 7,3	- 7,2	- 0,1	+ 11,5	+ 8,2	+ 3,3	- 0,3	+ 2,3

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 9. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zusätzlich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab Dezember 1993 einschl.

IV. Banken

Kredite 2) 6)												Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)							
Buchkredite			Wertpapiere 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)	zu-sammen	Buchkredite			Wertpapiere 6) 10)	Ausgleichs-forderungen 11)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 9)	
zu-sammen	mittel-fristig 7)	lang-fristig 8)				zu-sammen	mittel-fristig 7)	lang-fristig 8)				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2 390,4	228,3	2 162,0	203,2	68,3	891,8	577,0	34,5	542,5	230,5	68,1	16,1	1994
2 522,0	214,1	2 307,9	192,9	70,6	1 036,2	713,0	74,5	638,4	234,4	71,3	17,5	1995
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003
1 911,1	194,0	1 717,1	166,5	47,1	559,9	414,4	31,5	382,9	142,5	3,0	7,7	2003 Febr.
1 907,1	193,1	1 714,0	164,5	47,2	564,6	409,8	29,9	379,8	151,9	3,0	7,6	März
1 910,3	193,3	1 717,0	168,6	47,0	562,4	408,6	30,9	377,6	150,8	3,0	7,5	April
1 912,9	193,2	1 719,7	167,6	47,0	566,9	407,1	31,5	375,5	156,9	3,0	7,5	Mai
1 912,8	193,5	1 719,3	164,6	47,0	555,4	405,7	31,5	374,2	146,8	3,0	7,4	Juni
1 916,9	193,9	1 723,0	164,9	46,9	556,8	404,9	31,3	373,6	149,8	2,0	7,3	Juli
1 924,6	195,5	1 729,1	165,9	47,3	549,7	403,9	32,9	371,1	143,7	2,0	7,2	Aug.
1 922,2	195,0	1 727,2	166,1	47,2	550,6	403,3	33,7	369,6	145,3	2,0	7,2	Sept.
1 926,8	195,7	1 731,1	160,9	46,8	551,4	402,0	32,5	369,4	147,5	2,0	7,2	Okt.
1 930,3	195,9	1 734,3	166,7	47,0	554,5	401,7	33,1	368,6	150,8	2,0	7,1	Nov.
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	Dez.
1 926,0	195,0	1 731,0	171,7	50,1	547,6	400,5	33,9	366,5	145,1	2,0	7,1	2004 Jan.
1 925,4	194,3	1 731,1	165,8	49,6	564,1	399,8	34,8	365,0	162,3	2,0	7,0	Febr.
1 922,9	193,9	1 729,1	175,6	47,9	564,1	399,7	35,4	364,4	162,4	2,0	7,0	März
1 927,1	194,7	1 732,5	189,0	47,4	560,7	397,2	34,9	362,3	161,5	2,0	7,0	April
1 933,6	197,1	1 736,4	179,5	47,4	565,1	394,9	34,6	360,3	168,3	2,0	6,9	Mai
1 935,2	198,2	1 737,0	166,9	48,1	569,9	392,3	34,4	357,9	175,7	2,0	6,8	Juni
1 938,2	199,0	1 739,2	166,2	49,2	567,3	392,3	34,1	358,2	174,0	1,0	6,7	Juli
Veränderungen *)												
+ 176,0	- 1,9	+ 177,9	+ 3,3	+ 5,9	+ 91,8	+ 91,8	+ 15,3	+ 76,6	- 0,4	- 1,2	+ 1,5	1995
+ 204,4	+ 1,6	+ 202,8	+ 14,0	+ 3,1	+ 70,4	+ 65,7	- 5,5	+ 71,2	- 3,3	+ 8,0	+ 0,1	1996
+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001
+ 26,6	- 2,1	+ 28,7	- 19,0	- 1,6	- 3,4	- 23,1	+ 1,0	- 24,1	+ 20,7	- 1,0	- 0,5	2002
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	- 1,9	+ 2,6	- 5,9	- 16,1	+ 4,9	- 21,0	+ 11,2	- 1,0	- 0,5	2003
+ 1,7	- 0,7	+ 2,4	- 0,7	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,5	- 1,3	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	2003 Febr.
- 4,0	- 0,9	- 3,0	- 2,0	+ 0,1	+ 4,8	- 4,6	- 1,5	- 3,1	+ 9,4	+ 0,0	- 0,1	März
+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 4,0	- 0,2	- 2,1	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	April
+ 2,6	- 0,1	+ 2,7	- 0,8	- 0,1	+ 4,6	- 1,5	+ 0,6	- 2,1	+ 6,1	-	- 0,0	Mai
- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 11,5	- 1,4	- 0,0	- 1,4	- 10,1	- 0,0	- 0,1	Juni
+ 4,1	+ 0,4	+ 3,7	+ 0,3	- 0,1	+ 1,4	- 0,7	- 0,2	- 0,6	+ 3,1	- 1,0	- 0,1	Juli
+ 7,8	+ 1,6	+ 6,1	+ 1,0	+ 0,4	- 7,1	- 1,0	+ 1,5	- 2,5	- 6,1	- 0,0	- 0,1	Aug.
- 2,4	- 0,5	- 1,9	+ 0,2	- 0,2	+ 1,8	- 0,6	+ 0,9	- 1,5	+ 2,4	+ 0,0	- 0,0	Sept.
+ 4,5	+ 0,7	+ 3,8	- 5,1	- 0,4	+ 0,8	- 1,4	- 1,2	- 0,1	+ 2,2	- 0,0	- 0,0	Okt.
+ 3,5	+ 0,2	+ 3,3	+ 5,8	+ 0,2	+ 3,1	- 0,2	+ 0,6	- 0,8	+ 3,3	-	- 0,0	Nov.
- 2,5	- 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 2,9	- 9,7	- 0,7	+ 1,5	- 2,2	- 9,0	+ 0,0	- 0,1	Dez.
- 1,7	+ 0,0	- 1,7	+ 3,4	+ 0,2	+ 3,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 3,8	- 0,0	+ 0,1	2004 Jan.
- 0,7	- 0,8	+ 0,1	- 5,9	- 0,5	+ 16,4	- 0,7	+ 0,9	- 1,6	+ 17,1	-	- 0,0	Febr.
- 2,7	+ 0,3	- 3,0	+ 9,8	- 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 1,5	- 1,5	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	März
+ 4,2	+ 0,8	+ 3,4	+ 13,4	- 0,5	- 3,3	- 2,5	- 0,5	- 2,1	- 0,8	- 0,0	- 0,0	April
+ 6,1	+ 2,5	+ 3,7	- 9,5	- 0,1	+ 4,4	- 2,3	- 0,3	- 2,0	+ 6,8	-	- 0,0	Mai
+ 1,4	+ 1,0	+ 0,5	- 12,6	+ 0,8	+ 4,8	- 2,6	- 0,2	- 2,4	+ 7,4	-	- 0,2	Juni
+ 3,0	+ 0,8	+ 2,2	- 0,7	+ 1,1	- 2,6	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 1,7	- 0,9	- 0,0	Juli

sonstiger börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 6 Ab 1999 Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von

4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren. — 9 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 10 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 11. — 11 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	Baugewerbe	Handel 3)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsgewerbe
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau									
Kredite insgesamt														
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2001	2 236,3	981,4	1 053,9	757,7	296,2	1 295,6	346,1	174,3	36,7	67,9	172,9	31,3	50,0	39,0
2002	2 241,2	1 008,9	1 068,7	776,3	292,4	1 277,3	340,1	161,5	37,4	64,6	162,6	31,3	51,3	39,5
2003 Juni	2 240,1	1 011,4	1 070,5	782,5	288,0	1 267,1	338,0	157,8	37,0	62,9	156,9	32,5	52,2	48,7
Sept.	2 245,6	1 106,2	1 077,5	845,7	231,8	1 262,1	338,1	154,4	36,2	61,7	153,3	32,9	53,6	53,9
Dez.	2 241,6	1 124,5	1 083,3	867,1	216,2	1 252,2	335,1	151,0	37,2	59,0	152,3	32,1	54,4	54,4
2004 März	2 229,2	1 124,8	1 075,2	861,7	213,5	1 242,1	329,3	149,3	37,7	58,4	148,6	31,9	56,3	57,5
Juni	2 229,7	1 125,6	1 081,5	865,7	215,9	1 235,2	329,0	145,9	37,8	57,5	147,0	32,3	57,6	53,8
Kurzfristige Kredite														
2001	355,8	–	15,9	–	15,9	304,1	10,6	59,6	5,5	17,8	63,5	4,1	9,3	14,2
2002	331,4	–	14,5	–	14,5	281,1	9,3	52,0	5,1	15,9	58,7	4,2	8,4	13,6
2003 Juni	327,3	–	14,4	–	14,4	278,8	9,3	51,1	4,5	15,9	56,5	4,7	7,9	22,3
Sept.	323,3	–	14,0	–	14,0	274,7	8,7	48,7	4,0	15,1	54,6	4,7	7,8	26,3
Dez.	313,9	–	14,1	–	14,1	266,7	8,9	46,6	4,2	13,2	55,9	3,9	8,0	25,8
2004 März	306,3	–	13,2	–	13,2	261,4	8,0	47,0	4,0	13,5	53,8	4,1	8,6	27,6
Juni	294,6	–	12,4	–	12,4	250,0	7,4	44,8	4,1	13,1	52,8	4,4	6,9	24,0
Mittelfristige Kredite														
2001	191,1	–	37,1	–	37,1	120,1	12,0	18,5	1,9	6,5	13,4	3,2	7,2	7,7
2002	193,5	–	36,1	–	36,1	121,8	11,3	17,9	2,0	6,5	13,5	3,3	8,5	6,8
2003 Juni	193,5	–	37,4	–	37,4	121,0	11,9	17,6	2,5	6,0	12,7	3,4	9,9	6,4
Sept.	195,0	–	38,0	–	38,0	121,4	12,0	17,6	2,2	6,1	12,6	3,4	10,5	6,4
Dez.	195,0	–	38,2	–	38,2	121,2	12,0	17,5	2,3	6,0	11,9	3,4	10,9	6,5
2004 März	193,9	–	37,2	–	37,2	121,0	11,5	17,2	3,0	5,8	11,6	3,3	11,3	6,9
Juni	198,2	–	38,7	–	38,7	124,0	12,2	17,4	3,0	5,9	11,8	3,3	11,6	7,2
Langfristige Kredite														
2001	1 689,4	981,4	1 000,9	757,7	243,2	871,4	323,5	96,2	29,4	43,7	96,1	24,0	33,5	17,1
2002	1 716,3	1 008,9	1 018,1	776,3	241,9	874,4	319,4	94,3	30,3	42,2	90,3	23,8	34,4	19,0
2003 Juni	1 719,3	1 011,4	1 018,7	782,5	236,2	867,2	316,7	89,1	30,0	41,0	87,6	24,4	34,4	20,1
Sept.	1 727,2	1 106,2	1 025,5	845,7	179,8	866,1	317,4	88,1	30,0	40,6	86,1	24,7	35,2	21,2
Dez.	1 732,8	1 124,5	1 031,0	867,1	164,0	864,3	314,2	86,9	30,6	39,9	84,5	24,7	35,5	22,1
2004 März	1 729,0	1 124,8	1 024,8	861,7	163,0	859,7	309,8	85,0	30,6	39,1	83,3	24,5	36,4	23,0
Juni	1 737,0	1 125,6	1 030,4	865,7	164,8	861,2	309,4	83,6	30,8	38,5	82,4	24,6	39,1	22,6
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2003 2.Vj.	+ 2,2	+ 0,7	+ 5,8	+ 2,7	+ 3,1	– 6,1	– 1,1	– 0,7	– 0,2	– 0,6	– 2,3	+ 0,5	+ 1,0	– 1,6
3.Vj.	+ 5,4	+ 4,5	+ 7,9	+ 5,8	+ 2,1	– 4,9	– 0,8	– 3,5	– 0,8	– 1,1	– 3,4	+ 0,4	+ 1,4	+ 5,1
4.Vj.	– 4,0	+ 1,7	+ 5,0	+ 4,5	+ 0,5	– 9,9	– 2,6	– 3,4	+ 0,9	– 2,7	– 1,0	– 0,8	+ 0,8	+ 0,5
2004 1.Vj.	+ 12,4	– 0,6	– 2,0	– 0,1	– 1,9	– 9,2	– 2,5	– 1,6	+ 0,5	– 0,5	– 3,6	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,9
2.Vj.	+ 0,5	+ 1,8	+ 5,2	+ 2,0	+ 3,2	– 6,5	– 0,6	– 3,0	+ 0,2	– 0,8	– 1,2	+ 0,5	+ 0,8	– 3,6
Kurzfristige Kredite														
2003 2.Vj.	– 3,4	–	+ 0,4	–	+ 0,4	– 4,0	+ 0,3	+ 0,5	– 0,2	– 0,1	– 0,8	+ 0,2	– 0,1	– 2,0
3.Vj.	– 4,0	–	– 0,4	–	– 0,4	– 4,2	+ 0,7	– 2,4	– 0,6	– 0,8	– 1,8	+ 0,0	– 0,1	+ 3,9
4.Vj.	– 9,5	–	+ 0,1	–	+ 0,1	– 7,9	+ 0,2	– 2,1	+ 0,3	– 1,9	+ 1,3	– 0,8	+ 0,2	– 0,6
2004 1.Vj.	– 7,3	–	– 0,9	–	– 0,9	– 5,1	– 0,9	+ 0,5	– 0,2	+ 0,3	– 2,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 2,0
2.Vj.	– 11,3	–	– 0,8	–	– 0,8	– 10,9	– 0,7	– 2,2	+ 0,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,3	– 1,7	– 3,5
Mittelfristige Kredite														
2003 2.Vj.	+ 0,4	–	+ 0,7	–	+ 0,7	– 0,3	+ 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,3	– 0,3	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,1
3.Vj.	+ 1,5	–	+ 0,5	–	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,0	– 0,0	– 0,2	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1
4.Vj.	– 0,0	–	+ 0,2	–	+ 0,2	– 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	– 0,7	– 0,1	+ 0,4	+ 0,1
2004 1.Vj.	– 0,4	–	– 0,2	–	– 0,2	– 0,1	– 0,2	– 0,3	+ 0,7	– 0,2	– 0,3	– 0,1	+ 0,5	– 0,0
2.Vj.	+ 4,2	–	+ 1,5	–	+ 1,5	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,3	– 0,0	+ 0,3	+ 0,0
Langfristige Kredite														
2003 2.Vj.	+ 5,3	+ 0,7	+ 4,6	+ 2,7	+ 2,0	– 1,8	– 1,6	– 1,1	– 0,3	– 0,3	– 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
3.Vj.	+ 7,9	+ 4,5	+ 7,8	+ 5,8	+ 2,0	– 1,1	– 0,2	– 1,0	+ 0,0	– 0,4	– 1,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,1
4.Vj.	+ 5,5	+ 1,7	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,2	– 1,8	– 2,7	– 1,2	+ 0,6	– 0,8	– 1,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,0
2004 1.Vj.	– 4,7	– 0,6	– 1,0	– 0,1	– 0,9	– 4,1	– 1,4	– 1,8	– 0,0	– 0,7	– 1,2	– 0,0	+ 0,9	+ 0,9
2.Vj.	+ 7,6	+ 1,8	+ 4,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,6	– 0,6	– 0,9	+ 0,2	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 2,2	– 0,1

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den

jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. —

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
				nachrichtlich:		sonstige Kredite				zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
zusammen	darunter:			Kredite an Selbständige 4)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter:			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen						Ratenkredite 5)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten			
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													
Kredite insgesamt													
723,3	169,4	50,3	194,3	458,6	74,7	926,7	704,3	222,4	110,7	22,9	14,1	3,5	2001
729,2	165,0	50,2	207,2	451,8	72,4	949,5	725,1	224,3	114,3	23,0	14,4	3,5	2002
719,1	163,2	48,5	206,8	444,5	71,9	958,8	729,1	229,8	114,2	22,7	14,2	3,5	2003 Juni
716,1	162,3	48,6	205,7	441,8	70,2	969,6	735,9	233,7	116,1	23,2	13,8	3,5	Sept.
711,9	160,7	44,0	207,2	437,0	67,7	975,6	744,7	230,9	118,6	21,6	13,7	3,5	Dez.
702,5	158,7	43,6	206,2	429,5	66,5	973,4	742,6	230,9	119,1	20,1	13,7	3,3	2004 März
703,2	165,6	45,3	200,7	428,4	66,2	981,2	749,2	232,0	120,9	20,1	13,3	3,3	Juni
Kurzfristige Kredite													
130,1	21,6	20,4	34,1	56,0	15,8	50,3	5,3	45,0	2,8	22,9	1,4	0,0	2001
123,3	19,8	19,1	34,7	53,8	14,8	48,5	5,2	43,3	2,4	23,0	1,7	0,0	2002
115,9	18,7	17,9	33,6	51,8	15,0	46,8	5,0	41,7	2,3	22,7	1,7	0,0	2003 Juni
113,5	17,9	18,3	32,1	50,6	14,4	47,2	5,2	42,0	2,3	23,2	1,4	0,0	Sept.
109,1	17,9	14,6	31,2	49,4	12,9	45,9	5,1	40,8	2,4	21,6	1,2	0,0	Dez.
102,7	17,2	14,2	29,4	47,2	13,0	43,5	5,2	38,4	2,2	20,1	1,4	0,0	2004 März
99,9	17,2	14,9	27,4	46,5	12,7	43,5	5,0	38,5	2,3	20,1	1,1	0,0	Juni
Mittelfristige Kredite													
61,9	6,7	6,5	14,7	31,2	5,3	70,5	25,0	45,4	33,4	-	0,6	0,1	2001
63,2	6,2	7,2	16,7	31,2	4,8	71,1	24,7	46,4	35,3	-	0,5	0,1	2002
62,5	6,1	6,3	17,6	31,0	4,7	72,0	25,4	46,6	36,4	-	0,5	0,1	2003 Juni
62,5	5,9	6,0	17,7	30,8	4,6	73,1	26,0	47,2	37,3	-	0,5	0,1	Sept.
62,7	5,7	5,6	18,0	30,4	4,5	73,2	26,2	47,0	37,1	-	0,6	0,1	Dez.
61,9	5,5	5,8	18,1	29,6	4,2	72,3	25,6	46,7	37,3	-	0,6	0,1	2004 März
63,7	6,8	6,4	17,5	30,0	4,1	73,7	26,5	47,2	38,1	-	0,5	0,1	Juni
Langfristige Kredite													
531,3	141,1	23,4	145,6	371,3	53,7	806,0	674,0	132,0	74,4	-	12,1	3,5	2001
542,8	139,0	24,0	155,8	366,8	52,8	829,8	695,3	134,6	76,6	-	12,1	3,4	2002
540,7	138,4	24,3	155,6	361,8	52,2	840,1	698,6	141,5	75,5	-	12,0	3,4	2003 Juni
540,1	138,4	24,2	155,9	360,4	51,2	849,2	704,7	144,5	76,5	-	11,9	3,4	Sept.
540,0	137,1	23,8	158,0	357,2	50,4	856,5	713,4	143,1	79,1	-	11,9	3,4	Dez.
537,9	136,0	23,6	158,6	352,7	49,3	857,6	711,8	145,8	79,6	-	11,7	3,2	2004 März
539,6	141,5	24,0	155,8	352,0	49,3	864,1	717,8	146,3	80,6	-	11,7	3,2	Juni
Veränderungen im Vierteljahr *)													
Kredite insgesamt													
- 2,2	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	- 3,2	- 1,0	+ 8,4	+ 6,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2003 2.Vj.
- 3,1	- 1,2	- 0,1	+ 0,5	- 2,4	- 1,4	+ 10,8	+ 8,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,0	3.Vj.
- 4,2	- 0,5	- 4,6	+ 0,4	- 4,8	- 1,9	+ 6,0	+ 7,6	- 1,6	+ 0,4	+ 1,6	- 0,1	- 0,0	4.Vj.
- 8,8	- 2,1	- 0,3	- 0,7	- 6,6	- 1,2	- 3,1	+ 0,6	- 3,7	+ 0,5	- 1,5	- 0,1	- 0,2	2004 1.Vj.
+ 0,5	+ 2,4	+ 1,9	- 1,6	- 0,9	- 0,3	+ 7,4	+ 5,8	+ 1,6	+ 2,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	2.Vj.
Kurzfristige Kredite													
- 1,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2003 2.Vj.
- 2,3	- 0,8	+ 0,4	- 1,5	- 1,2	- 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	3.Vj.
- 4,4	- 0,0	+ 3,7	- 0,9	- 1,1	- 1,5	- 1,3	- 0,1	- 1,2	+ 0,0	+ 1,6	- 0,2	+ 0,0	4.Vj.
- 6,3	- 0,7	- 0,4	- 1,8	- 2,3	+ 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 2,4	- 0,2	- 1,5	+ 0,1	-	2004 1.Vj.
- 2,7	+ 0,1	+ 0,7	- 2,0	- 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,0	2.Vj.
Mittelfristige Kredite													
- 1,0	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2003 2.Vj.
- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,9	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.
+ 0,3	- 0,2	- 0,5	+ 0,3	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	-	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.
- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,2	-	- 0,0	- 0,0	2004 1.Vj.
+ 2,2	+ 1,3	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.
Langfristige Kredite													
+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,5	- 2,7	- 0,6	+ 7,1	+ 6,3	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	- 0,0	2003 2.Vj.
- 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 1,0	- 0,7	+ 9,2	+ 8,0	+ 1,2	+ 1,1	-	- 0,1	- 0,0	3.Vj.
- 0,1	- 0,2	- 0,4	+ 1,0	- 3,3	- 0,3	+ 7,3	+ 7,5	- 0,2	+ 0,5	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.
- 2,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,7	- 3,9	- 1,0	- 0,4	+ 0,5	- 1,0	+ 0,5	-	- 0,2	- 0,2	2004 1.Vj.
+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 1,0	+ 6,1	+ 5,1	+ 1,0	+ 1,3	-	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.

2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zugl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Einschl. Einzelkaufleute. — 5 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den

Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1		
2002	2 085,9	575,6	830,6	258,3	572,3	8,8	563,5	575,3	104,4	42,1	27,9	1,5		
2003	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3		
2003 Aug.	2 111,4	598,5	834,5	248,0	586,5	8,0	578,5	578,0	100,4	41,7	30,1	6,1		
Sept.	2 112,3	608,8	825,4	240,3	585,1	7,9	577,2	578,3	99,9	41,5	30,1	11,6		
Okt.	2 114,7	610,9	824,5	238,7	585,7	8,0	577,7	579,4	100,0	40,7	30,4	14,5		
Nov.	2 138,6	634,1	824,0	237,5	586,5	8,3	578,2	580,3	100,1	40,7	30,5	12,7		
Dez.	2 140,3	624,0	825,7	237,8	587,9	8,3	579,6	590,3	100,3	40,5	30,4	9,3		
2004 Jan.	2 137,5	632,2	814,3	225,0	589,3	8,3	581,0	590,6	100,3	40,3	30,7	9,8		
Febr.	2 141,8	635,4	814,8	223,4	591,4	8,3	583,1	591,5	100,1	40,5	30,8	10,4		
März	2 145,8	635,3	819,2	225,3	594,0	8,6	585,4	591,4	99,8	39,3	31,2	10,9		
April	2 154,0	644,0	819,6	220,8	598,8	8,5	590,3	591,2	99,2	39,0	31,3	10,6		
Mai	2 162,4	642,7	830,2	227,9	602,3	8,4	593,9	590,6	98,9	39,0	31,3	11,4		
Juni	2 158,3	643,5	826,2	220,4	605,8	8,2	597,5	590,0	98,7	38,8	31,4	9,9		
Juli	2 160,4	637,6	833,6	225,8	607,7	8,2	599,5	590,6	98,6	38,7	31,5	10,3		
Veränderungen *)														
2002	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	- 10,2	+ 14,3	- 1,5	+ 15,8	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	+ 1,8	- 1,6		
2003	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	- 20,3	+ 15,6	- 0,5	+ 16,1	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	+ 2,0	+ 7,8		
2003 Aug.	+ 9,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 1,6	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,9	+ 1,3	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	- 1,0		
Sept.	+ 0,8	+ 10,3	- 9,1	- 7,8	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 2,5	+ 2,1	- 0,9	- 1,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 2,9		
Nov.	+ 23,8	+ 23,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,8		
Dez.	+ 1,7	- 10,1	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 0,0	+ 1,4	+ 10,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 2,8	+ 8,2	- 11,4	- 12,9	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 0,5		
Febr.	+ 4,3	+ 4,1	- 0,4	- 2,5	+ 2,1	- 0,0	+ 2,1	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,7		
März	+ 4,0	- 0,0	+ 4,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 2,3	- 0,1	- 0,3	- 1,2	+ 0,4	+ 0,5		
April	+ 8,5	+ 8,7	+ 0,3	- 4,4	+ 4,8	- 0,1	+ 4,9	- 0,2	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 8,4	- 1,4	+ 10,6	+ 7,1	+ 3,5	- 0,1	+ 3,5	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Juni	- 4,1	+ 0,4	- 3,6	- 7,1	+ 3,5	- 0,2	+ 3,7	- 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 1,5		
Juli	+ 2,1	- 5,5	+ 7,0	+ 5,1	+ 1,9	- 0,1	+ 2,0	+ 0,7	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-		
2002	113,9	16,6	93,3	30,9	62,4	0,9	61,5	2,1	1,9	36,3	1,2	-		
2003	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-		
2003 Aug.	107,7	14,7	89,2	30,8	58,4	0,5	57,9	2,0	1,7	36,1	1,1	-		
Sept.	105,0	15,4	85,9	28,7	57,2	0,5	56,7	2,0	1,7	36,0	1,1	-		
Okt.	101,6	15,2	82,7	25,7	57,0	0,5	56,5	2,0	1,7	35,8	1,1	-		
Nov.	104,1	15,8	84,6	27,0	57,7	0,5	57,2	2,0	1,7	35,8	1,1	-		
Dez.	108,1	17,8	86,6	29,1	57,5	0,5	57,0	2,0	1,7	34,9	1,1	-		
2004 Jan.	106,3	16,1	86,6	29,8	56,8	0,5	56,3	2,0	1,7	34,8	1,2	-		
Febr.	107,4	16,6	87,2	30,0	57,1	0,5	56,7	2,1	1,6	34,8	1,2	-		
März	106,4	17,6	85,0	28,6	56,4	0,9	55,6	2,2	1,6	33,5	1,0	-		
April	105,8	17,3	84,7	28,6	56,2	0,9	55,3	2,2	1,6	33,3	1,1	-		
Mai	108,9	18,5	86,6	30,6	56,0	0,9	55,0	2,2	1,6	33,2	1,0	-		
Juni	111,4	20,0	87,5	32,1	55,4	0,9	54,5	2,2	1,6	33,1	1,1	-		
Juli	109,5	18,5	87,0	31,5	55,5	0,9	54,6	2,4	1,6	33,0	1,0	-		
Veränderungen *)														
2002	- 8,6	+ 0,5	- 8,7	- 6,6	- 2,1	- 0,3	- 1,8	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	-		
2003	- 4,8	+ 1,2	- 5,7	- 1,6	- 4,1	- 0,4	- 3,7	- 0,1	- 0,2	- 1,6	- 0,1	-		
2003 Aug.	- 0,5	+ 0,2	- 0,8	- 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Sept.	- 2,6	+ 0,7	- 3,3	- 2,1	- 1,2	+ 0,0	- 1,3	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
Okt.	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 3,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Nov.	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,6	-	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
Dez.	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,0	-		
2004 Jan.	- 1,8	- 1,7	- 0,0	+ 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Febr.	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	+ 0,4	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
März	- 1,0	+ 1,0	- 2,1	- 1,4	- 0,7	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	- 0,0	- 1,3	- 0,1	-		
April	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Mai	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Juni	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,5	- 0,6	- 0,0	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	-		
Juli	- 1,9	- 1,5	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2002	1 972,0	559,0	737,3	227,5	509,8	7,9	502,0	573,2	102,5	5,8	26,6	1,5		
2003	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2003 Aug.	2 003,8	583,8	745,3	217,2	528,1	7,5	520,6	576,0	98,7	5,5	28,9	6,1		
Sept.	2 007,3	593,4	739,5	211,6	527,9	7,4	520,5	576,2	98,1	5,5	29,0	11,6		
Okt.	2 013,1	595,7	741,8	213,0	528,7	7,5	521,2	577,4	98,3	5,0	29,2	14,5		
Nov.	2 034,5	618,3	739,4	210,6	528,8	7,8	521,0	578,3	98,4	4,9	29,4	12,7		
Dez.	2 032,2	606,2	739,1	208,7	530,4	7,8	522,6	588,3	98,6	5,7	29,3	9,3		
2004 Jan.	2 031,1	616,1	727,7	195,2	532,6	7,8	524,7	588,6	98,7	5,6	29,6	9,8		
Febr.	2 034,3	618,8	727,6	193,4	534,3	7,8	526,4	589,4	98,5	5,7	29,6	10,4		
März	2 039,3	617,7	734,2	196,7	537,6	7,7	529,8	589,2	98,2	5,8	30,1	10,9		
April	2 048,2	626,8	734,9	192,3	542,7	7,6	535,0	589,0	97,5	5,8	30,2	10,6		
Mai	2 053,5	624,2	743,6	197,3	546,3	7,5	538,8	588,3	97,3	5,8	30,2	11,4		
Juni	2 046,8	623,4	738,7	188,3	550,4	7,4	543,0	587,7	97,1	5,7	30,4	9,9		
Juli	2 050,9	619,0	746,5	194,3	552,2	7,3	544,9	588,3	97,0	5,7	30,5	10,3		
Veränderungen *)														
2002	+ 60,3	+ 47,9	+ 12,8	- 3,6	+ 16,4	- 1,2	+ 17,5	+ 1,0	- 1,4	- 0,8	+ 2,0	- 1,6		
2003	+ 58,7	+ 47,2	+ 1,0	- 18,7	+ 19,7	- 0,1	+ 19,8	+ 15,1	- 4,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 7,8		
2003 Aug.	+ 9,6	+ 2,6	+ 6,3	+ 2,3	+ 4,0	+ 0,0	+ 4,0	+ 1,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,2	- 1,0		
Sept.	+ 3,5	+ 9,6	- 5,8	- 5,6	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 5,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 2,9		
Nov.	+ 21,2	+ 22,6	- 2,5	- 2,6	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	- 1,8		
Dez.	- 2,3	- 12,1	- 0,3	- 1,9	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	+ 10,0	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 1,1	+ 9,9	- 11,4	- 13,6	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5		
Febr.	+ 3,2	+ 3,6	- 1,0	- 2,7	+ 1,7	- 0,0	+ 1,7	+ 0,8	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,7		
März	+ 5,0	- 1,1	+ 6,6	+ 3,3	+ 3,3	- 0,1	+ 3,4	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5		
April	+ 9,1	+ 9,0	+ 0,6	- 4,4	+ 5,0	- 0,1	+ 5,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 5,3	+ 2,6	+ 8,7	+ 5,0	+ 3,7	- 0,1	+ 3,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Juni	- 6,7	- 1,2	- 4,6	- 8,6	+ 4,1	- 0,1	+ 4,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 1,5		
Juli	+ 4,0	- 4,0	+ 7,5	+ 5,7	+ 1,8	- 0,1	+ 1,9	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,5		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2001	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2002	700,4	194,6	479,4	99,2	380,2	1,5	378,7	4,4	22,0	5,6	15,8	1,5		
2003	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2003 Aug.	716,9	189,6	500,0	103,2	396,8	1,5	395,2	4,8	22,4	5,3	17,4	6,1		
Sept.	723,7	200,7	495,9	99,7	396,2	1,5	394,7	4,8	22,3	5,3	17,4	11,6		
Okt.	727,9	201,0	500,0	103,2	396,8	1,5	395,3	4,8	22,1	4,7	17,4	14,5		
Nov.	733,5	206,0	500,7	102,8	397,9	1,7	396,2	4,7	22,0	4,7	17,4	12,7		
Dez.	730,8	205,8	498,1	102,1	396,0	1,6	394,4	4,8	22,1	5,4	17,3	9,3		
2004 Jan.	726,6	211,6	488,2	90,4	397,9	1,8	396,1	4,9	21,9	5,3	17,4	9,8		
Febr.	723,7	207,6	489,3	90,0	399,3	1,8	397,5	5,1	21,7	5,4	17,4	10,4		
März	730,9	207,4	496,5	94,6	401,9	1,9	400,0	5,1	21,8	5,5	17,8	10,9		
April	740,0	213,5	499,5	92,7	406,8	2,0	404,9	5,2	21,8	5,5	17,8	10,6		
Mai	741,6	205,6	509,0	98,2	410,8	1,9	408,9	5,3	21,8	5,5	17,8	11,4		
Juni	737,6	204,6	506,2	91,6	414,5	1,9	412,7	5,1	21,7	5,5	18,0	9,9		
Juli	742,9	200,6	515,4	99,0	416,4	1,9	414,5	5,2	21,8	5,4	18,0	10,3		
Veränderungen *)														
2002	+ 31,1	+ 13,4	+ 18,3	+ 7,4	+ 10,9	- 1,3	+ 12,2	+ 0,1	- 0,7	- 0,8	+ 1,6	- 1,6		
2003	+ 29,6	+ 11,2	+ 17,9	+ 2,9	+ 15,0	+ 0,1	+ 14,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 7,8		
2003 Aug.	+ 4,8	- 2,8	+ 7,6	+ 3,7	+ 3,9	+ 0,1	+ 3,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 1,0		
Sept.	+ 6,8	+ 11,1	- 4,1	- 3,5	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 5,4		
Okt.	+ 4,3	+ 0,3	+ 4,1	+ 3,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 2,9		
Nov.	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,5	- 0,6	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,9	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 1,8		
Dez.	- 2,7	- 0,2	- 2,6	- 0,7	- 1,9	- 0,1	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	- 0,1	- 3,4		
2004 Jan.	- 4,2	+ 5,8	- 9,9	- 11,7	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5		
Febr.	- 2,9	- 3,1	+ 0,2	- 1,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,7		
März	+ 7,1	- 0,2	+ 7,2	+ 4,6	+ 2,6	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5		
April	+ 9,5	+ 6,1	+ 3,0	- 1,9	+ 4,9	+ 0,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,3		
Mai	+ 1,6	- 7,9	+ 9,4	+ 5,5	+ 4,0	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7		
Juni	- 4,1	- 1,0	- 2,8	- 6,6	+ 3,7	- 0,0	+ 3,7	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 1,5		
Juli	+ 5,3	- 4,1	+ 9,2	+ 7,4	+ 1,8	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2001	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2002	1 271,6	364,5	352,8	61,3	241,4	50,0	11,7	257,9	238,3	35,2	180,5	22,6	
2003	1 301,4	400,4	388,1	66,9	265,1	56,1	12,3	241,0	222,1	29,2	174,5	18,4	
2004 Febr.	1 310,6	411,2	398,3	69,3	269,9	59,1	12,9	238,3	220,6	28,8	173,7	18,1	
März	1 308,5	410,3	397,0	67,5	270,8	58,6	13,3	237,8	219,8	28,2	173,7	17,9	
April	1 308,1	413,3	400,2	69,4	272,9	58,0	13,0	235,4	218,0	27,5	172,8	17,6	
Mai	1 311,9	418,6	405,9	69,4	278,2	58,4	12,7	234,7	216,8	26,7	172,6	17,5	
Juni	1 309,3	418,8	405,2	68,0	279,2	58,0	13,5	232,5	214,8	26,2	171,6	17,0	
Juli	1 308,0	418,5	405,5	70,1	277,9	57,5	13,0	231,2	214,1	26,1	171,4	16,6	
Veränderungen *)													
2002	+ 29,2	+ 34,5	+ 33,1	+ 5,6	+ 22,4	+ 5,1	+ 1,5	- 5,5	- 4,2	- 1,0	- 1,1	- 2,1	
2003	+ 29,2	+ 36,0	+ 35,3	+ 5,6	+ 23,7	+ 6,0	+ 0,6	- 16,9	- 16,2	- 6,0	- 6,0	- 4,2	
2004 Febr.	+ 6,0	+ 6,7	+ 6,2	+ 0,6	+ 4,1	+ 1,5	+ 0,4	- 1,2	- 0,9	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	
März	- 2,1	- 0,9	- 1,4	- 1,7	+ 0,9	- 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,8	- 0,6	- 0,0	- 0,2	
April	- 0,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 1,9	+ 2,1	- 0,7	- 0,3	- 2,4	- 1,8	- 0,6	- 0,9	- 0,3	
Mai	+ 3,7	+ 5,4	+ 5,6	- 0,1	+ 5,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,2	- 0,1	
Juni	- 2,6	- 0,2	- 1,0	- 1,4	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,7	- 1,7	- 0,5	- 0,6	- 0,5	
Juli	- 1,3	+ 0,0	+ 0,6	+ 2,1	- 1,1	- 0,5	- 0,5	- 1,7	- 1,0	- 0,1	- 0,5	- 0,4	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2001	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2002	113,9	45,6	0,9	3,6	41,1	0,0	13,5	18,9	2,5	1,4	14,9	0,1	22,6		
2003	108,1	44,2	2,0	5,2	36,9	0,0	12,6	18,5	3,1	1,3	14,1	0,1	21,9		
2004 Febr.	107,4	45,8	1,6	6,8	37,3	0,0	12,7	19,6	3,3	3,1	13,2	0,1	21,8		
März	106,4	46,2	2,5	7,0	36,7	0,0	12,4	19,6	3,6	2,9	13,0	0,1	20,9		
April	105,8	46,2	2,5	7,2	36,5	0,0	12,6	19,6	3,5	3,0	13,0	0,1	20,4		
Mai	108,9	45,8	2,7	6,6	36,4	0,0	12,6	18,4	2,5	2,7	13,1	0,0	20,3		
Juni	111,4	47,1	2,8	8,2	36,0	0,0	12,6	21,2	4,8	3,4	12,9	0,1	20,2		
Juli	109,5	47,2	3,0	8,1	36,0	0,0	12,5	19,4	3,2	3,4	12,7	0,1	20,2		
Veränderungen *)															
2002	- 8,6	- 1,3	- 0,6	+ 0,9	- 1,6	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	- 0,6		
2003	- 4,8	- 1,4	+ 1,1	+ 1,7	- 4,2	- 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,7		
2004 Febr.	+ 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0		
März	- 1,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 1,0		
April	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,5		
Mai	+ 3,0	- 0,4	+ 0,3	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Juni	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,6	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 2,8	+ 2,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,0	- 0,1		
Juli	- 1,9	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	-	- 0,0	- 1,8	- 1,6	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:								bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	2001	
19,6	128,3	129,6	6,3	123,3	568,8	559,9	8,9	80,4	0,2	10,8	-	2002	
18,9	106,7	134,3	6,1	128,2	583,5	574,3	9,2	76,5	0,2	12,0	-	2003	
17,8	103,4	134,9	6,0	129,0	584,3	575,0	9,4	76,7	0,2	12,2	-	2004 Febr.	
18,0	102,1	135,7	5,9	129,8	584,1	574,7	9,4	76,3	0,2	12,4	-	März	
17,4	99,6	135,8	5,6	130,2	583,8	574,3	9,5	75,7	0,2	12,4	-	April	
17,8	99,1	135,5	5,6	129,9	583,1	573,6	9,5	75,5	0,2	12,4	-	Mai	
17,7	96,7	135,8	5,5	130,4	582,6	573,1	9,5	75,4	0,2	12,4	-	Juni	
17,0	95,3	135,9	5,4	130,5	583,1	573,6	9,5	75,2	0,3	12,5	-	Juli	
Veränderungen *)													
- 1,3	- 10,9	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 0,9	+ 1,3	- 0,5	- 0,7	- 0,0	+ 0,3	-	2002	
- 0,7	- 21,6	+ 4,7	- 0,2	+ 4,9	+ 14,7	+ 14,4	+ 0,3	- 4,6	+ 0,0	+ 0,6	-	2003	
- 0,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-	2004 Febr.	
+ 0,2	- 1,3	+ 0,8	- 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	-	März	
- 0,6	- 2,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	-	April	
+ 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	-	Mai	
- 0,1	- 2,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	-	Juni	
- 0,7	- 1,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-	Juli	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	2001
27,6	10,5	12,2	2,0	3,0	0,2	21,7	2,7	13,7	4,5	0,9	0,1	2002
24,8	9,9	10,1	1,9	2,8	0,2	20,6	2,8	12,5	4,5	0,8	0,0	2003
23,8	9,2	9,8	2,0	2,9	0,2	18,2	2,5	10,2	4,7	0,8	0,0	2004 Febr.
23,0	8,5	9,6	2,0	2,9	0,2	17,6	3,0	9,1	4,7	0,9	0,0	März
22,8	8,8	9,1	2,0	2,9	0,2	17,2	2,5	9,3	4,6	0,9	0,0	April
24,8	10,2	9,7	2,0	2,9	0,2	19,9	3,0	11,5	4,5	0,9	0,0	Mai
23,8	9,4	9,6	2,0	2,9	0,3	19,3	3,0	10,9	4,5	0,9	0,0	Juni
23,9	9,6	9,3	2,0	3,0	0,2	19,1	2,8	10,6	4,8	0,9	0,0	Juli
Veränderungen *)												
+ 0,0	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 7,0	- 0,0	- 5,7	- 1,0	- 0,3	- 0,0	2002
- 2,8	- 0,5	- 2,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,9	- 0,1	- 0,0	2003
+ 1,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,2	+ 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 0,0	-	2004 Febr.
- 0,8	- 0,6	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,6	+ 0,5	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	März
- 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	April
+ 2,0	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	-	Mai
- 1,0	- 0,8	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	Juni
+ 0,0	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,0	-	Juli

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern				von Ausländern					Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		auslän- dische Nicht- banken	
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2001	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	19,9	112,8	106,0	87,2	6,8	
2002	586,2	575,3	472,8	343,5	102,4	88,5	10,9	8,1	17,6	111,3	104,4	86,3	6,9	
2003	600,4	590,3	500,8	377,1	89,5	76,4	10,1	7,9	16,0	107,2	100,3	83,9	7,0	
2004 März	601,3	591,4	503,5	382,2	88,0	76,3	9,9	7,8	0,3	106,8	99,8	84,5	7,0	
April	601,0	591,2	504,4	383,5	86,8	75,0	9,9	7,8	0,3	106,0	99,2	84,7	6,9	
Mai	600,4	590,6	504,6	384,3	86,0	74,2	9,8	7,8	0,3	105,7	98,9	84,8	6,8	
Juni	599,7	590,0	504,3	385,1	85,6	73,8	9,7	7,8	0,3	105,4	98,7	84,9	6,8	
Juli	600,3	590,6	504,9	387,4	85,7	74,0	9,7	7,8	0,3	105,3	98,6	85,1	6,7	
Veränderungen *)														
2002	- 0,3	+ 0,8	+ 11,0	+ 16,4	- 10,2	- 8,7	- 1,1	- 0,7	.	- 1,5	- 1,6	- 0,9	+ 0,1	
2003	+ 14,2	+ 15,1	+ 28,0	+ 23,8	- 12,9	- 12,1	- 0,8	- 0,2	.	- 4,6	- 4,8	- 3,0	+ 0,1	
2004 März	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,8	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	
April	- 0,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,3	- 1,1	- 1,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	
Mai	- 0,7	- 0,6	+ 0,3	+ 0,8	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,0	.	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	
Juni	- 0,7	- 0,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,0	.	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	
Juli	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)				Nachrangig begebene	
	ins- gesamt 1)	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen
		variabel verzins- liche Anlei- hen 2)	Null- Kupon- anlei- hen 2) 3)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 4) 5)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl. 1)	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl. 1)	über 2 Jahre 1)		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2001	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2002	1 462,9	339,2	16,1	159,5	34,7	62,3	120,1	1 280,5	9,9	7,8	0,7	1,3	42,4	2,3
2003	1 490,1	353,4	20,8	177,5	39,0	70,1	105,2	1 314,8	2,4	0,6	0,5	1,2	40,2	3,2
2004 März	1 535,3	370,8	22,1	198,6	36,9	68,3	110,9	1 356,0	2,5	0,8	0,5	1,3	41,0	3,3
April	1 553,0	376,8	21,5	206,5	36,5	69,6	111,2	1 372,2	2,3	0,4	0,5	1,4	40,9	3,3
Mai	1 565,4	383,4	20,1	208,0	36,5	67,6	111,8	1 386,1	2,4	0,5	0,5	1,4	40,7	3,3
Juni	1 560,4	374,6	20,8	210,6	40,0	71,3	100,3	1 388,8	2,4	0,5	0,4	1,5	41,0	3,3
Juli	1 566,5	377,8	22,1	218,5	37,5	69,4	100,3	1 396,9	2,3	0,4	0,4	1,5	41,0	3,3
Veränderungen *)														
2002	+ 9,1	+ 6,3	- 4,5	+ 12,1	+ 16,2	+ 14,2	+ 4,6	- 9,7	+ 4,8	+ 4,9	- 0,3	+ 0,2	- 1,9	- 0,1
2003	+ 19,6	+ 7,0	+ 4,7	+ 13,2	+ 3,2	+ 0,1	- 14,9	+ 34,4	+ 2,6	+ 2,9	- 0,2	- 0,1	- 1,5	+ 0,3
2004 März	+ 24,8	+ 13,7	+ 0,0	+ 11,8	+ 3,7	+ 4,0	+ 2,6	+ 18,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,1
April	+ 17,7	+ 6,1	- 0,6	+ 7,9	- 0,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 16,1	- 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0
Mai	+ 12,4	+ 6,6	- 1,4	+ 1,6	+ 0,1	- 2,0	+ 0,5	+ 13,9	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0
Juni	- 5,1	- 8,8	+ 0,7	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,7	- 11,5	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0
Juli	+ 6,2	+ 3,2	+ 1,3	+ 7,9	- 2,5	- 2,0	+ 0,0	+ 8,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 2 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 3 Emissionswert bei Auflegung. — 4 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 5 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2003	27	172,9	30,1	0,1	10,6	37,3	63,6	8,6	11,3	0,4	29,3	106,8	4,0	7,1	7,2	105,5
2004 Mai	27	175,3	30,7	0,1	11,9	36,1	64,8	8,8	12,5	0,4	29,6	108,7	4,0	7,2	7,3	7,0
Juni	27	176,0	31,0	0,1	11,8	36,0	64,5	9,0	12,5	0,4	29,3	108,8	4,2	7,0	7,4	7,6
Juli	27	177,0	31,2	0,1	12,0	35,9	63,3	9,1	13,0	0,4	28,8	108,7	4,2	7,0	7,4	7,0
Private Bausparkassen																
2004 Mai	16	126,5	24,1	0,0	6,2	23,1	47,0	8,0	8,5	0,3	21,8	73,8	3,9	7,2	4,7	4,4
Juni	16	127,4	24,7	0,0	5,9	23,0	46,6	8,2	8,4	0,3	21,5	74,0	4,0	7,0	4,7	4,9
Juli	16	128,6	25,1	0,0	6,0	22,9	45,4	8,3	9,0	0,3	21,4	73,9	4,0	7,0	4,7	4,4
Öffentliche Bausparkassen																
2004 Mai	11	48,8	6,7	0,1	5,7	13,0	17,8	0,8	4,0	0,1	7,9	34,9	0,2	-	2,6	2,6
Juni	11	48,6	6,3	0,1	5,9	13,0	17,9	0,8	4,0	0,1	7,7	34,8	0,2	-	2,6	2,7
Juli	11	48,4	6,0	0,1	6,0	13,0	17,8	0,8	4,0	0,1	7,5	34,8	0,2	-	2,6	2,5

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 12)
	einge- zahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen				neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lun- gen	ins- gesamt	darunter Tilg- un- gen im Quartal	
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 9)							
							zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten	zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungskrediten						
Alle Bausparkassen																
2003	27,0	2,9	5,7	48,2	29,7	43,7	17,9	4,0	8,2	3,2	17,5	12,2	8,0	14,8	11,9	0,6
2004 Mai	2,0	0,0	0,4	3,6	2,2	3,2	1,4	0,3	0,6	0,2	1,2	11,8	8,1	1,1		0,1
Juni	2,1	0,0	0,5	3,7	2,4	3,7	1,5	0,3	0,7	0,3	1,5	12,0	8,0	1,1	2,7	0,0
Juli	2,0	0,0	0,5	4,0	2,8	4,1	1,7	0,5	0,9	0,4	1,5	11,6	8,0	1,0		0,1
Private Bausparkassen																
2004 Mai	1,3	0,0	0,3	2,5	1,3	2,3	0,9	0,2	0,4	0,2	1,0	7,2	4,0	0,7		0,0
Juni	1,4	0,0	0,3	2,6	1,5	2,6	1,0	0,2	0,4	0,2	1,2	7,3	4,0	0,8	1,8	0,0
Juli	1,3	0,0	0,3	2,9	1,8	3,0	1,2	0,4	0,5	0,3	1,2	7,0	3,9	0,7		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2004 Mai	0,7	0,0	0,2	1,1	0,9	0,9	0,5	0,1	0,2	0,0	0,2	4,6	4,1	0,3		0,0
Juni	0,7	0,0	0,2	1,2	0,9	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,3	4,7	4,1	0,4	0,9	0,0
Juli	0,7	0,0	0,2	1,2	1,0	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,3	4,6	4,0	0,3		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der deutschen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchtern		Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
					ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2)		
						zu- sammen	deutsche Banken	auslä- ndische Banken			ins- gesamt	an deutsche Nichtbanken				an auslä- ndische Nicht- banken
												zu- sammen	darunter Unter- nehmen und Privat- personen			
Auslandsfilialen																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2001	68	216	1 689,3	870,6	761,6	213,6	548,0	109,0	744,9	549,0	20,6	17,2	528,4	195,9	73,9	
2002	60	205	1 407,4	679,9	572,3	198,3	374,0	107,6	668,5	484,0	18,8	15,0	465,1	184,6	59,0	
2003	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5	
2003 Sept.	54	201	1 380,3	634,8	560,8	171,2	389,6	74,0	685,3	484,2	19,1	16,3	465,0	201,2	60,1	
Okt.	55	200	1 368,7	621,8	540,7	168,3	372,5	81,1	680,1	476,0	20,0	16,5	456,0	204,1	66,8	
Nov.	55	201	1 356,0	618,6	539,3	173,7	365,6	79,2	670,9	471,2	18,3	15,7	452,8	199,7	66,6	
Dez.	55	202	1 294,1	599,0	522,9	185,6	337,3	76,1	632,7	438,0	19,0	16,8	419,0	194,7	62,5	
2004 Jan.	55	202	1 390,3	647,7	566,3	191,5	374,8	81,3	673,5	472,8	19,2	16,9	453,6	200,8	69,1	
Febr.	55	203	1 413,6	666,3	587,2	190,0	397,2	79,1	679,6	482,5	19,3	17,1	463,1	197,1	67,8	
März	55	203	1 466,2	689,6	607,6	198,5	409,1	82,0	708,6	506,9	19,0	16,9	487,9	201,7	67,9	
April	55	205	1 493,1	713,2	631,2	207,6	423,6	82,0	711,1	509,6	18,8	16,6	490,8	201,5	68,8	
Mai	55	206	1 435,9	672,9	591,4	199,1	392,3	81,5	691,9	506,0	18,1	16,0	487,9	185,9	71,2	
Juni	55	205	1 435,5	670,2	588,8	190,3	398,5	81,5	681,9	486,5	18,3	16,7	468,1	195,4	83,3	
Veränderungen *)																
2002	- 8	- 11	-139,1	-133,4	-139,9	- 15,4	-124,5	+ 6,5	- 3,6	- 9,2	- 1,9	- 2,2	- 7,3	+ 5,7	- 2,2	
2003	- 5	- 3	- 6,8	- 45,3	- 17,4	- 12,7	- 4,7	- 27,9	+ 22,5	- 2,5	+ 0,2	+ 1,7	- 2,7	+ 24,9	+ 15,9	
2003 Sept.	-	- 1	- 9,1	+ 15,8	+ 17,0	- 6,6	+ 23,5	- 1,2	- 18,0	- 9,8	- 0,4	+ 0,5	- 9,4	- 8,2	- 6,9	
Okt.	+ 1	- 1	- 13,6	- 13,7	- 20,8	- 3,0	- 17,8	+ 7,1	- 6,4	- 8,9	+ 0,9	+ 0,2	- 9,8	+ 2,5	+ 6,5	
Nov.	-	+ 1	+ 10,8	+ 4,9	+ 6,0	+ 5,5	+ 0,5	- 1,1	+ 3,8	+ 4,6	- 1,7	- 0,8	+ 6,3	- 0,8	+ 2,1	
Dez.	-	+ 1	- 28,0	- 8,3	- 6,2	+ 11,9	- 18,0	- 2,2	- 19,6	- 19,5	+ 0,7	+ 1,0	- 20,2	- 0,1	- 0,1	
2004 Jan.	-	-	+ 80,6	+ 42,7	+ 38,0	+ 6,0	+ 32,1	+ 4,7	+ 31,7	+ 28,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 28,0	+ 3,7	+ 6,2	
Febr.	-	+ 1	+ 24,8	+ 19,5	+ 21,7	- 1,6	+ 23,2	- 2,2	+ 6,7	+ 9,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 9,5	- 3,0	- 1,3	
März	-	-	+ 36,7	+ 16,7	+ 14,4	+ 8,5	+ 5,9	+ 2,4	+ 20,1	+ 18,3	- 0,3	- 0,3	+ 18,6	+ 1,8	- 0,2	
April	-	+ 2	+ 19,9	+ 21,1	+ 21,4	+ 9,1	+ 12,3	- 0,2	- 1,9	- 0,7	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 1,2	+ 0,7	
Mai	-	+ 1	- 44,9	- 36,0	- 35,8	- 8,5	- 27,4	- 0,1	- 13,0	+ 0,7	- 0,7	- 0,6	+ 1,4	- 13,7	+ 4,0	
Juni	-	- 1	- 2,1	- 3,3	- 3,2	- 8,8	+ 5,6	- 0,1	- 10,7	- 19,9	+ 0,3	+ 0,6	- 20,1	+ 9,2	+ 12,0	
Auslandstöchter																
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
2001	46	200	811,5	342,4	262,8	105,7	157,1	79,6	382,2	293,1	51,9	47,7	241,2	89,2	87,0	
2002	47	200	704,2	333,7	265,5	125,7	139,8	68,2	300,1	239,1	46,7	42,9	192,4	61,0	70,4	
2003	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6	
2003 Sept.	47	190	661,6	311,9	248,2	131,2	117,1	63,6	274,6	209,8	40,3	37,4	169,5	64,8	75,1	
Okt.	46	187	652,0	308,5	244,4	128,1	116,3	64,1	272,2	206,3	39,3	36,9	167,0	65,9	71,4	
Nov.	46	182	649,9	308,4	244,9	128,7	116,3	63,5	270,2	204,5	39,8	37,0	164,7	65,7	71,3	
Dez.	46	179	645,8	307,2	246,4	127,3	119,1	60,7	277,0	213,8	41,5	37,9	172,3	63,3	61,6	
2004 Jan.	46	177	618,1	295,8	233,1	115,2	117,9	62,7	263,3	199,1	41,6	37,9	157,5	64,2	59,0	
Febr.	46	179	621,3	297,2	235,7	114,8	120,9	61,5	260,4	196,5	38,8	37,1	157,7	63,9	63,7	
März	46	176	650,7	300,5	238,8	111,7	127,1	61,7	270,0	204,6	41,6	38,0	163,0	65,4	80,3	
April	46	176	663,2	298,4	236,6	111,1	125,5	61,8	274,8	207,7	40,9	37,8	166,8	67,1	90,1	
Mai	46	175	629,3	280,2	218,7	106,5	112,1	61,5	275,1	206,6	39,5	37,9	167,1	68,5	74,0	
Juni	45	173	628,6	283,0	220,9	110,7	110,2	62,1	278,9	210,0	40,3	37,3	169,7	68,9	66,7	
Veränderungen *)																
2002	+ 1	± 0	- 78,3	+ 6,7	+ 13,3	+ 20,0	- 6,7	- 6,6	- 70,0	- 42,0	- 5,2	- 4,8	- 36,8	- 28,1	- 15,0	
2003	- 1	- 21	- 32,8	- 14,0	- 10,7	+ 1,6	- 12,3	- 3,3	- 11,9	- 14,2	- 5,2	- 5,0	- 9,0	+ 2,3	- 6,9	
2003 Sept.	-	- 4	+ 2,1	+ 1,8	+ 4,2	+ 4,8	- 0,6	- 2,4	- 6,9	- 6,5	- 1,5	- 1,3	- 5,0	- 0,4	+ 7,1	
Okt.	- 1	- 3	- 10,2	- 3,8	- 4,1	- 3,1	- 1,1	+ 0,3	- 2,6	- 3,6	- 1,0	- 0,5	- 2,6	+ 1,0	- 3,8	
Nov.	-	- 5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	+ 0,3	
Dez.	-	- 3	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,7	- 1,4	+ 5,1	- 1,6	+ 9,5	+ 11,9	+ 1,6	+ 0,9	+ 10,3	- 2,4	- 8,9	
2004 Jan.	-	- 2	- 30,7	- 13,1	- 14,4	- 12,1	- 2,3	+ 1,4	- 14,9	- 15,8	+ 0,1	+ 0,0	- 15,9	+ 0,9	- 2,8	
Febr.	-	+ 2	+ 3,6	+ 1,5	+ 2,6	- 0,4	+ 3,0	- 1,1	- 2,6	- 2,3	- 2,8	- 0,7	+ 0,5	- 0,3	+ 4,7	
März	-	- 3	+ 26,7	+ 1,8	+ 2,1	- 3,1	+ 5,2	- 0,3	+ 8,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,8	+ 4,3	+ 1,5	+ 16,4	
April	-	-	+ 10,8	- 3,1	- 3,0	- 0,6	- 2,4	- 0,1	+ 3,9	+ 2,2	- 0,7	- 0,2	+ 2,9	+ 1,7	+ 10,0	
Mai	-	- 1	- 32,5	- 17,3	- 17,3	- 4,6	- 12,8	+ 0,1	+ 1,0	- 0,5	- 1,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,5	- 16,2	
Juni	- 1	- 2	- 0,9	+ 2,7	+ 2,1	+ 4,2	- 2,0	+ 0,5	+ 3,7	+ 3,3	+ 0,8	- 0,6	+ 2,5	+ 0,4	- 7,2	

* Ab März 2000 einschl. Auslandsfilialen der Bausparkassen. „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises

werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit		
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken						
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)											
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristige									
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandsfilialen	
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	2001		
1 116,0	758,5	250,1	508,4	357,5	62,6	58,4	55,0	4,2	3,8	294,9	212,1	25,9	53,6	2002		
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	2003		
1 143,7	749,9	274,6	475,3	393,8	73,5	68,1	63,3	5,4	5,1	320,3	149,7	24,7	62,2	2003 Sept.		
1 136,7	739,5	265,4	474,1	397,2	76,4	70,9	66,7	5,5	5,2	320,9	149,0	24,8	58,2	Okt.		
1 124,7	738,8	261,6	477,2	385,9	69,5	64,0	60,6	5,5	5,2	316,4	149,4	26,6	55,3	Nov.		
1 076,8	727,6	267,1	460,5	349,2	66,2	60,6	56,8	5,7	5,4	283,0	139,4	30,5	47,4	Dez.		
1 155,0	765,6	281,4	484,3	389,4	74,0	68,0	64,8	6,0	5,7	315,4	149,9	28,9	56,4	2004 Jan.		
1 186,4	790,4	267,1	523,2	396,1	72,4	66,3	62,6	6,1	5,7	323,7	144,6	28,9	53,7	Febr.		
1 227,8	808,2	273,9	534,3	419,5	71,8	65,6	62,4	6,1	5,7	347,8	155,4	28,1	55,0	März		
1 249,4	822,6	275,2	547,4	426,8	69,1	62,9	58,7	6,3	5,9	357,7	157,4	28,1	58,2	April		
1 193,8	776,0	268,5	507,5	417,9	65,0	58,3	54,4	6,7	6,3	352,9	155,3	27,8	59,0	Mai		
1 187,6	775,6	267,1	508,5	412,0	65,9	59,2	55,8	6,7	6,4	346,1	160,2	28,0	59,7	Juni		
Veränderungen *)																
- 53,4	- 31,7	+ 56,0	- 87,7	- 21,7	+ 5,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 1,0	+ 0,8	- 26,9	-104,8	+ 1,8	+ 17,2	2002		
+ 34,4	+ 12,6	+ 17,0	- 4,4	+ 21,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 18,1	- 72,6	+ 4,6	+ 26,8	2003		
- 3,9	- 27,7	- 17,4	- 10,3	+ 23,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 23,5	- 9,7	- 0,1	+ 4,7	2003 Sept.		
- 8,3	- 11,4	- 9,2	- 2,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,8	+ 0,1	- 4,6	Okt.		
+ 4,4	+ 8,8	- 3,7	+ 12,5	- 4,4	- 6,9	- 6,9	- 6,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 1,8	+ 4,1	Nov.		
- 23,4	+ 2,8	+ 5,5	- 2,7	- 26,2	- 3,3	- 3,5	- 3,9	+ 0,2	+ 0,2	- 22,9	- 10,0	+ 3,9	+ 1,4	Dez.		
+ 66,6	+ 31,0	+ 14,2	+ 16,8	+ 35,5	+ 7,8	+ 7,4	+ 8,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 27,8	+ 10,5	- 1,5	+ 5,1	2004 Jan.		
+ 31,9	+ 25,5	- 14,2	+ 39,7	+ 6,4	- 1,6	- 1,7	- 2,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 8,0	- 5,3	- 0,0	- 1,7	Febr.		
+ 29,7	+ 10,0	+ 6,8	+ 3,2	+ 19,6	- 0,6	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 20,3	+ 10,8	- 0,8	- 2,9	März		
+ 14,8	+ 10,7	+ 1,3	+ 9,5	+ 4,1	- 2,7	- 2,8	- 3,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,8	+ 2,1	- 0,0	+ 3,0	April		
- 47,3	- 41,3	- 6,7	- 34,6	- 6,0	- 4,1	- 4,6	- 4,3	+ 0,4	+ 0,4	- 1,8	- 2,2	- 0,2	+ 4,7	Mai		
- 7,2	- 1,2	- 1,4	+ 0,2	- 6,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 0,1	- 7,0	+ 4,9	+ 0,2	+ 0,0	Juni		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandstöchter	
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	2001		
503,5	307,7	99,5	208,2	195,7	27,0	22,5	21,1	4,5	4,5	168,7	78,4	43,0	79,3	2002		
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	2003		
478,5	292,6	95,8	196,9	185,9	29,8	25,6	25,3	4,2	4,2	156,0	69,3	40,8	73,1	2003 Sept.		
469,3	288,2	92,9	195,3	181,1	29,6	25,4	23,5	4,3	4,2	151,5	71,0	40,1	71,6	Okt.		
469,7	291,3	94,9	196,5	178,3	31,0	26,8	24,4	4,2	4,2	147,3	71,9	39,2	69,1	Nov.		
467,9	283,1	99,8	183,3	184,8	29,9	25,9	24,0	4,0	3,9	155,0	68,2	41,3	68,4	Dez.		
444,3	263,0	86,3	176,7	181,3	30,0	26,0	25,7	4,0	3,9	151,3	67,9	38,3	67,6	2004 Jan.		
447,4	263,5	86,0	177,4	183,9	30,1	26,1	25,7	4,0	3,9	153,8	68,3	39,0	66,7	Febr.		
470,2	273,7	88,0	185,7	196,5	32,6	28,7	28,3	3,9	3,8	163,9	71,1	39,2	70,2	März		
480,6	297,0	75,6	221,4	183,6	30,0	26,2	25,8	3,9	3,8	153,6	70,7	39,4	72,4	April		
451,1	271,9	75,7	196,3	179,2	28,5	24,7	24,2	3,8	3,7	150,7	70,6	39,2	68,5	Mai		
449,2	273,7	81,0	192,6	175,5	29,4	25,6	25,1	3,8	3,7	146,1	70,3	39,5	69,6	Juni		
Veränderungen *)																
- 47,1	- 37,4	+ 20,3	- 57,8	- 9,7	- 9,4	- 10,0	- 2,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,3	- 21,4	- 4,4	- 5,4	2002		
- 13,8	- 10,3	+ 0,3	- 10,6	- 3,5	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,9	- 0,5	- 0,5	- 6,3	- 10,3	- 1,6	- 7,2	2003		
+ 7,5	+ 4,7	- 0,7	+ 5,4	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	- 0,3	- 0,3	+ 1,2	- 6,0	- 2,2	+ 2,8	2003 Sept.		
- 9,7	- 4,7	- 2,9	- 1,9	- 5,0	- 0,2	- 0,3	- 1,8	+ 0,1	+ 0,1	- 4,8	+ 1,7	- 0,6	- 1,6	Okt.		
+ 4,0	+ 5,4	+ 2,0	+ 3,4	- 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,8	+ 0,9	- 0,9	- 1,8	Nov.		
+ 4,0	- 4,4	+ 4,9	- 9,3	+ 8,4	- 1,2	- 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 9,5	- 3,7	+ 2,1	+ 0,3	Dez.		
- 26,1	- 21,4	- 13,5	- 7,9	- 4,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7	- 0,0	- 0,0	- 4,7	- 0,3	- 3,0	- 1,4	2004 Jan.		
+ 3,2	+ 0,7	- 0,2	+ 0,9	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,7	- 0,6	Febr.		
+ 20,8	+ 9,0	+ 1,9	+ 7,1	+ 11,9	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	- 0,1	- 0,1	+ 9,3	+ 2,8	+ 0,2	+ 2,9	März		
+ 8,8	+ 22,5	- 12,4	+ 34,9	- 13,7	- 2,6	- 2,6	- 2,5	- 0,0	- 0,1	- 11,1	- 0,4	+ 0,3	+ 2,2	April		
- 28,0	- 24,1	+ 0,1	- 24,2	- 3,9	- 1,5	- 1,4	- 1,6	- 0,1	- 0,0	- 2,4	- 0,2	- 0,3	- 4,0	Mai		
- 2,1	+ 1,6	+ 5,4	- 3,8	- 3,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,0	- 4,6	- 0,2	+ 0,3	+ 1,1	Juni		

angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsen-

fähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt
im Monat 1)

	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs-
periode
beginnend
im Monat 1)

	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2004 Jan.	6 696,7	133,9	0,5	133,4	134,1	0,7	0,0
Febr. 8)	–	–	–	–	–	–	–
März	6 756,2	135,1	0,5	134,6	135,3	0,7	0,0
April	6 747,2	134,9	0,5	134,4	135,0	0,6	0,0
Mai	6 847,2	136,9	0,5	136,4	137,1	0,7	0,0
Juni	6 925,3	138,5	0,5	138,0	138,8	0,8	0,0
Juli	6 949,1	139,0	0,5	138,5	139,1	0,6	0,0
Aug. 9) 9)	6 963,2	139,3	0,5	138,7	139,3	0,6	...
Sept. 9)	138,7
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2004 Jan.	1 891 545	37 831	217	37 614	37 860	246	4
Febr. 8)	–	–	–	–	–	–	–
März	1 885 245	37 705	217	37 488	37 784	296	3
April	1 883 341	37 667	216	37 451	37 681	230	0
Mai	1 911 592	38 232	216	38 016	38 331	315	1
Juni	1 913 668	38 273	216	38 058	38 465	407	4
Juli	1 914 325	38 287	214	38 073	38 336	263	1
Aug. 9)	1 890 399	37 808	213	37 595	37 860	265	1
Sept. 9)	1 875 073	37 501	212	37 290

1 Bis Dezember 2003 begann die Mindestreserveerfüllungsperiode des Eurosystem-Mindestreservesystems am 24. eines jeden Monats und endete am 23. des Folgemonats (Dauer der ersten Mindestreserveerfüllungsperiode vom 1. Januar 1999 bis 23. Februar 1999). Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. Für den Übergang galt eine verlängerte Mindestreserveerfüllungsperiode vom 24. Januar 2004 bis 9. März 2004. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs.

1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Auf Grund der Änderungen im geldpolitischen Handlungsrahmen begann im Monat Februar 2004 keine Mindestreserveerfüllungsperiode. — 9 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte 1)	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50	2002 6. Dez.	1,75	2,75	3,75
4. Jan.	2,75	3,00	3,25	7. März	1,50	2,50	3,50
22. Jan.	2,00	3,00	4,50	6. Juni	1,00	2,00	3,00
9. April	1,50	2,50	3,50				
5. Nov.	2,00	3,00	4,00				
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25				
17. März	2,50	3,50	4,50				
28. April	2,75	3,75	4,75				
9. Juni	3,25	4,25	5,25				
1. Sept.	3,50	4,50	5,50				
6. Okt.	3,75	4,75	5,75				
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50				
31. Aug.	3,25	4,25	5,25				
18. Sept.	2,75	3,75	4,75				
9. Nov.	2,25	3,25	4,25				

% p.a.

Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß DÜG 2)	Gültig ab	Basis- zinssatz gemäß BGB 3)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26	2004 1. Jan.	1,14
2001 1. Sept.	3,62	1. Juli	1,13
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71		

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der

Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung. — 3 Gemäß § 247 BGB.

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	
	Mio €			% p.a.			Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2004 4. Aug.	342 842	255 000	—	2,00	2,01	2,02	7
11. Aug.	336 449	247 500	—	2,00	2,01	2,02	7
18. Aug.	332 633	246 000	—	2,00	2,01	2,02	7
25. Aug.	339 539	259 000	—	2,00	2,02	2,02	7
1. Sept.	343 768	254 000	—	2,00	2,02	2,02	7
8. Sept.	326 708	252 500	—	2,00	2,02	2,02	7
15. Sept.	332 636	253 000	—	2,00	2,02	2,02	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2004 27. Mai	45 594	25 000	—	—	2,04	2,05	91
1. Juli	37 698	25 000	—	—	2,06	2,08	91
29. Juli	40 354	25 000	—	—	2,07	2,08	91
26. Aug.	37 957	25 000	—	—	2,06	2,08	91

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld		EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durch- schnitt	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durch- schnitt	Niedrigst- und Höchstsätze	Monatsdurchschnitt						
2004 Febr.	2,03	2,00 – 2,08	2,05	2,02 – 2,09	2,03	2,06	2,06	2,07	2,09	2,11	2,16
März	2,01	1,80 – 2,08	2,01	1,92 – 2,06	2,01	2,05	2,04	2,03	2,02	2,02	2,06
April	2,07	2,00 – 2,80	2,03	1,92 – 2,07	2,08	2,05	2,05	2,05	2,06	2,11	2,16
Mai	2,02	1,55 – 2,30	2,07	2,04 – 2,09	2,02	2,05	2,06	2,09	2,14	2,21	2,30
Juni	2,03	1,70 – 2,20	2,09	2,05 – 2,12	2,03	2,07	2,08	2,11	2,19	2,29	2,40
Juli	2,06	2,02 – 2,45	2,10	2,08 – 2,12	2,07	2,07	2,08	2,12	2,19	2,26	2,36
Aug.	2,04	1,85 – 2,12	2,09	2,07 – 2,11	2,04	2,07	2,08	2,11	2,17	2,22	2,30

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände o)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		
	mit vereinbarter Laufzeit		mit Laufzeit		Wohnungsbaukredite		Konsumentenkredite und sonstige Kredite						
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2003 Nov.	1,98	3,44	2,13	4,43	4,97	4,90	5,17	7,98	7,09	5,82	4,52	4,18	4,67
2003 Dez.	1,97	3,54	2,14	4,25	5,09	4,88	5,14	8,04	7,05	6,00	4,56	4,23	4,67
2004 Jan.	1,94	3,36	2,09	4,27	5,05	4,89	5,11	8,15	7,02	5,92	4,58	4,07	4,56
2004 Febr.	1,93	3,42	2,09	4,22	5,01	4,91	5,11	8,13	7,16	5,95	4,62	4,06	4,58
2004 März	1,92	3,32	2,08	4,17	4,98	4,82	5,03	8,05	7,17	5,89	4,56	3,96	4,61
2004 April	1,90	3,35	2,09	4,16	4,90	4,75	5,01	8,03	7,08	5,85	4,51	3,91	4,59
2004 Mai	1,89	3,28	2,07	4,15	4,89	4,73	4,99	7,99	7,04	5,82	4,50	3,87	4,55
2004 Juni	1,89	3,27	2,09	4,11	4,87	4,69	4,97	7,93	6,99	5,80	4,47	3,89	4,53
2004 Juli	1,89	3,25	2,10	4,04	4,90	4,63	4,94	7,93	6,99	5,76	4,47	3,88	4,50

b) Neugeschäft +)

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2003 Nov.	0,70	1,87	2,24	2,61	2,01	2,70	0,87	1,97	2,36	2,70		
2003 Dez.	0,69	1,89	2,40	2,41	2,02	2,68	0,86	2,00	2,42	3,35		
2004 Jan.	0,69	1,91	2,37	2,74	2,03	2,65	0,93	1,99	2,07	3,12		
2004 Febr.	0,69	1,88	2,16	2,45	2,02	2,63	0,86	1,98	2,21	3,59		
2004 März	0,70	1,92	2,15	2,34	2,00	2,59	0,86	1,96	2,11	3,35		
2004 April	0,70	1,92	2,14	2,44	2,02	2,57	0,85	1,97	2,00	3,50		
2004 Mai	0,70	1,85	2,16	2,41	2,00	2,55	0,86	1,96	2,06	3,75		
2004 Juni	0,70	1,88	2,23	2,40	2,00	2,55	0,87	1,99	2,27	3,79		
2004 Juli	0,70	1,91	2,21	2,53	1,99	2,55	0,86	2,00	2,56	3,72		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite 2)	Konsumentenkredite				Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite			
		insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2003 Nov.	9,64	7,84	7,57	6,59	7,93	4,42	3,59	4,09	4,92	4,84	4,15	5,25	5,17
2003 Dez.	9,69	7,71	7,66	6,43	7,63	4,45	3,63	4,17	5,02	4,95	3,85	5,00	5,08
2004 Jan.	9,87	8,32	7,62	7,04	8,49	4,48	3,63	4,28	5,02	4,92	4,06	5,12	5,16
2004 Febr.	9,81	8,16	7,43	6,91	8,44	4,34	3,55	4,21	4,97	4,84	4,10	5,07	5,05
2004 März	9,71	8,01	7,34	6,80	8,28	4,28	3,47	4,12	4,86	4,78	3,94	5,06	4,97
2004 April	9,73	7,82	7,31	6,60	8,22	4,27	3,43	4,03	4,78	4,68	3,87	4,89	4,92
2004 Mai	9,68	7,92	7,30	6,69	8,17	4,20	3,40	4,03	4,75	4,61	4,11	4,81	4,94
2004 Juni	9,55	7,99	7,18	6,70	8,30	4,20	3,42	4,11	4,81	4,69	3,93	4,94	5,01
2004 Juli	9,57	8,12	7,23	6,89	8,41	4,21	3,46	4,15	4,81	4,69	4,03	4,92	5,02

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungs- kredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2003 Nov.	5,41	4,10	4,94	4,71	3,02	4,23	
2003 Dez.	5,58	4,04	4,84	4,81	3,12	4,34	
2004 Jan.	5,67	4,06	4,86	4,81	3,01	4,29	
2004 Febr.	5,63	4,02	4,94	4,78	2,97	4,30	
2004 März	5,56	3,94	4,79	4,77	2,91	4,41	
2004 April	5,51	3,87	4,71	4,64	2,96	4,41	
2004 Mai	5,46	3,98	4,58	4,57	2,95	4,24	
2004 Juni	5,46	3,96	4,76	4,71	3,02	4,08	
2004 Juli	5,34	4,03	4,86	4,65	3,03	4,25	

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 87/102/EWG, der die even-

tuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Juli	2,06	137 602	3,25	187 705	2,07	77 253	5,06	28 346
Aug.	2,04	135 705	3,24	187 639	2,05	80 491	5,03	28 452
Sept.	2,00	133 458	3,23	187 511	2,04	77 051	5,04	29 069
Okt.	1,99	131 553	3,22	187 892	2,02	80 075	5,02	29 052
Nov.	1,98	129 649	3,16	186 957	2,02	80 795	4,99	29 633
Dez.	2,00	128 564	3,16	190 465	2,05	74 309	4,98	29 363
2004 Jan.	1,97	126 519	3,14	191 301	2,00	65 515	4,97	29 816
Febr.	1,94	124 617	3,13	191 935	1,99	72 633	4,96	29 775
März	1,94	122 662	3,11	192 728	1,98	71 568	4,96	29 211
April	1,92	119 413	3,07	192 985	1,97	71 450	4,93	29 591
Mai	1,90	118 543	3,05	192 822	1,98	73 261	4,93	29 523
Juni	1,89	115 574	3,03	193 431	1,98	71 355	4,88	29 376
Juli	1,91	113 814	3,03	193 676	1,99	72 644	4,86	29 729

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ⁴⁾ 5)					
	mit Laufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Juli	5,53	7 737	5,20	32 621	5,88	876 065	9,01	89 466	6,49	71 055	6,36	332 013
Aug.	5,54	7 963	5,15	32 709	5,87	877 688	8,91	87 862	6,40	71 011	6,34	333 305
Sept.	5,48	8 022	5,11	32 871	5,85	879 014	8,94	90 945	6,38	70 957	6,34	333 058
Okt.	5,50	7 772	5,07	33 146	5,83	882 447	8,89	89 093	6,36	70 809	6,32	332 152
Nov.	5,44	7 751	5,04	33 167	5,82	884 545	8,74	84 602	6,33	70 975	6,30	331 730
Dez.	5,55	7 756	5,01	33 052	5,79	886 159	8,90	88 558	6,35	70 446	6,28	329 925
2004 Jan.	5,43	7 641	4,97	32 907	5,78	885 875	8,87	84 977	6,32	69 872	6,27	328 719
Febr.	5,38	7 521	4,96	32 809	5,77	884 820	8,77	83 635	6,29	69 585	6,26	328 977
März	5,32	7 690	4,90	32 180	5,75	880 980	8,74	84 319	6,27	69 587	6,25	331 220
April	5,29	7 401	4,87	32 148	5,74	881 832	8,81	82 911	6,19	70 268	6,22	331 533
Mai	5,27	7 501	4,84	32 268	5,73	882 795	8,74	81 301	6,15	70 586	6,21	331 611
Juni	5,23	7 635	4,83	33 008	5,71	886 304	8,88	83 204	6,14	70 479	6,21	331 013
Juli	5,24	7 579	4,77	33 071	5,69	888 750	8,81	81 262	6,10	71 135	6,21	331 665

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Laufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Juli	4,92	192 725	4,58	87 735	5,42	487 473
Aug.	4,89	188 935	4,54	88 871	5,40	489 036
Sept.	4,88	193 086	4,51	88 151	5,39	486 570
Okt.	4,83	188 707	4,48	88 246	5,37	487 573
Nov.	4,75	190 666	4,48	88 462	5,36	489 132
Dez.	4,84	187 742	4,46	87 966	5,33	488 777
2004 Jan.	4,82	181 660	4,40	88 474	5,30	487 166
Febr.	4,78	181 186	4,37	87 879	5,29	488 299
März	4,76	183 464	4,34	87 519	5,27	487 244
April	4,75	179 606	4,32	87 478	5,25	489 214
Mai	4,77	174 716	4,28	89 876	5,23	491 825
Juni	4,79	176 791	4,32	90 154	5,22	488 805
Juli	4,73	171 106	4,26	90 012	5,21	487 182

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstitutionen (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur neuen Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankstatistik / EWU-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeit-

punktbezogen zum Monatsultimo erhoben. — 1 Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — 2 Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — 3 Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bausparanleihen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — 4 Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — 5 Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — 6 Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft *)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2003 Juli	1,06	389 222	1,98	29 175	2,54	665	2,63	1 689	2,11	488 133	2,97	90 491
Aug.	1,05	394 794	2,07	25 650	2,59	627	2,68	1 378	2,08	490 805	2,92	88 948
Sept.	1,06	393 137	1,88	28 352	2,46	679	2,73	1 891	2,04	491 693	2,88	88 197
Okt.	1,07	394 958	1,94	28 477	2,47	986	2,93	3 332	2,20	492 668	2,76	88 289
Nov.	1,06	412 862	1,89	24 839	2,52	1 065	3,04	3 325	2,15	493 279	2,73	88 529
Dez.	1,08	400 936	1,89	29 428	2,84	1 512	2,91	2 519	2,17	502 167	2,72	89 528
2004 Jan.	1,10	405 052	1,92	30 791	2,78	1 542	3,15	3 852	2,18	503 431	2,68	88 506
Febr.	1,10	411 617	1,95	23 387	2,41	1 056	2,86	2 340	2,12	504 560	2,66	88 115
März	1,12	410 717	2,03	28 021	2,31	840	2,66	2 357	2,10	504 583	2,62	87 863
April	1,13	412 968	2,01	32 020	2,30	1 243	2,76	2 061	2,13	505 420	2,60	86 706
Mai	1,13	418 859	1,88	30 506	2,33	1 097	2,74	2 404	2,10	505 649	2,58	85 838
Juni	1,13	419 073	1,88	25 696	2,46	838	2,71	1 725	2,13	505 366	2,57	85 480
Juli	1,14	418 729	1,90	25 850	2,43	1 071	2,86	2 113	2,10	505 800	2,57	85 562

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Juli	1,16	120 786	2,03	61 029	2,02	109	4,23	424
Aug.	1,16	118 994	2,00	40 582	2,52	187	3,68	2 473
Sept.	1,15	124 565	1,94	34 584	2,61	210	3,92	1 179
Okt.	1,15	127 129	1,93	40 008	2,41	156	4,02	4 523
Nov.	1,07	129 086	1,95	35 693	2,56	256	3,26	1 160
Dez.	1,05	138 713	1,96	36 247	2,76	360	4,09	1 075
2004 Jan.	1,16	136 443	1,92	35 633	2,43	174	3,90	823
Febr.	1,11	128 210	1,95	38 596	2,18	197	4,26	697
März	1,11	130 095	1,92	34 914	2,28	201	3,82	1 274
April	1,10	134 285	1,90	30 589	1,85	222	3,93	1 075
Mai	1,10	131 703	1,92	32 753	2,44	115	4,24	1 535
Juni	1,09	134 255	1,92	31 971	2,59	163	4,22	1 273
Juli	1,08	131 254	1,97	34 216	3,10	334	4,28	2 661

Kredite an private Haushalte													
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)						Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)							
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Erhebungs- zeitraum	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Juli	7,83	5,58	1 913	6,59	5 969	8,75	4 405	3,76	9 268	4,94	1 802	5,06	2 654
Aug.	7,73	5,57	1 388	6,36	4 844	8,66	3 658	3,84	7 060	4,96	1 461	5,03	2 316
Sept.	7,65	5,41	1 785	6,33	5 374	8,36	4 575	3,69	9 281	4,94	1 693	5,24	2 684
Okt.	7,52	5,26	2 631	6,33	5 096	8,42	4 398	3,73	11 515	5,00	3 368	5,26	2 543
Nov.	7,47	5,24	1 532	6,27	5 631	8,32	3 851	3,93	7 820	5,14	1 440	5,21	2 004
Dez.	6,90	5,02	1 541	5,80	5 234	7,81	3 701	3,57	12 315	4,93	2 578	5,13	3 978
2004 Jan.	8,01	5,30	1 427	6,62	4 233	9,00	3 746	3,85	8 611	5,08	1 992	5,27	1 998
Febr.	7,98	4,98	1 308	6,50	4 963	9,08	3 539	3,85	5 613	5,04	1 588	5,07	2 112
März	7,83	5,28	1 553	6,29	5 806	8,88	4 494	3,69	8 974	5,11	2 037	5,00	3 549
April	7,56	5,05	1 664	6,08	6 345	8,86	4 074	3,50	9 264	4,92	1 658	5,00	2 903
Mai	7,77	5,21	1 147	6,21	5 257	8,94	3 147	3,94	5 901	4,85	1 552	5,10	1 725
Juni	7,87	5,34	1 402	6,21	5 371	9,11	3 794	3,48	8 704	5,00	2 816	5,07	3 278
Juli	8,02	5,25	1 492	6,34	5 020	9,27	3 792	3,64	9 119	4,90	1 908	5,15	2 018

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-
monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen
werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neuge-
schäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grund-
gesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalge-
sellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz
nach PAngV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für An-
fragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversi-
cherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Juli	10,44	63 287	4,69	4,58	2 805	4,16	3 589	4,70	6 864	4,85	3 973
Aug.	10,38	63 305	4,79	4,73	1 695	4,25	2 701	4,81	5 441	4,91	3 600
Sept.	10,47	64 592	4,90	4,63	2 033	4,52	3 166	4,96	6 143	5,03	3 584
Okt.	10,41	63 212	4,90	4,44	2 463	4,48	3 292	5,00	6 201	5,08	3 200
Nov.	10,27	59 790	5,00	4,68	1 866	4,62	2 903	5,07	5 368	5,12	3 108
Dez.	10,48	62 675	5,06	4,63	2 878	4,75	3 710	5,14	7 473	5,19	3 380
2004 Jan.	10,40	59 768	5,02	4,57	2 827	4,65	3 280	5,15	5 978	5,19	3 201
Febr.	10,40	57 555	4,95	4,56	1 999	4,61	2 457	5,06	4 262	5,03	2 628
März	10,38	57 884	4,85	4,43	2 504	4,48	3 240	4,99	5 417	4,98	2 983
April	10,36	56 755	4,76	4,26	2 706	4,32	3 127	4,91	5 106	4,95	2 964
Mai	10,35	55 144	4,80	4,49	2 079	4,37	2 736	4,91	4 497	4,94	2 865
Juni	10,38	56 024	4,83	4,49	2 314	4,32	3 479	4,96	5 292	5,09	2 934
Juli	10,35	54 012	4,84	4,26	3 233	4,51	3 279	4,92	5 963	5,11	2 873

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Juli	6,51	88 185	4,39	7 881	4,88	1 575	4,90	1 620
Aug.	6,54	86 025	4,36	5 782	4,91	1 626	4,93	1 714
Sept.	6,40	88 489	4,52	7 119	5,00	1 205	5,02	1 671
Okt.	6,47	85 930	4,51	7 345	4,99	1 471	5,08	1 868
Nov.	6,36	88 429	4,47	7 001	5,20	1 146	4,95	1 215
Dez.	6,44	87 201	4,55	6 976	5,05	1 613	5,14	1 850
2004 Jan.	6,33	84 562	4,52	6 495	5,13	1 152	5,20	1 579
Febr.	6,26	86 480	4,58	6 151	5,12	1 510	5,04	1 068
März	6,22	87 095	4,44	7 140	5,00	1 262	5,20	1 385
April	6,11	84 844	4,43	6 733	4,89	1 419	5,04	1 211
Mai	6,27	81 810	4,52	6 616	5,00	987	4,93	1 186
Juni	6,23	84 291	4,54	7 185	4,98	1 268	5,19	1 509
Juli	6,21	80 484	4,62	7 222	5,01	1 360	5,05	1 171

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2003 Juli	3,32	33 140	3,91	2 885	4,27	6 336
Aug.	3,36	27 749	3,84	2 478	4,50	4 873
Sept.	3,24	34 013	3,84	3 239	4,72	4 921
Okt.	3,25	34 631	4,06	3 284	4,63	5 125
Nov.	3,16	35 610	3,90	3 669	4,73	4 434
Dez.	3,32	41 204	3,87	5 084	4,78	7 639
2004 Jan.	3,25	32 666	4,33	4 274	4,99	4 169
Febr.	3,24	26 802	3,60	2 681	4,58	3 317
März	3,20	35 662	3,85	3 509	4,85	5 627
April	3,25	30 662	3,79	3 034	4,57	5 536
Mai	3,26	26 670	3,93	3 403	4,79	4 593
Juni	3,26	32 704	3,93	3 754	4,63	5 444
Juli	3,27	35 348	3,91	4 012	4,89	4 475

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt
1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz					Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Schuldverschreibungen 1)				ausländische Schuldverschreibungen 3)	Inländer				Ausländer 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obligati- onen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1991	231 965	219 346	131 670	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866
1992	291 762	284 054	106 857	175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	1 336	211 915
1994	303 339	276 058	117 185	65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	1 557	23 349
1995	227 099	203 029	162 538	350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	2 320	85 815
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	853	106 109
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	–	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	–	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	–	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 398	151 568	91 447	60 121	–	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 572	117 119	35 848	81 271	–	63 108
2002	178 057	124 035	47 296	14 506	62 235	54 021	83 314	13 536	69 778	–	94 743
2003	170 154	134 455	31 404	30 262	72 788	35 699	101 553	35 748	65 805	–	68 601
2004 Mai	29 126	21 890	13 759	261	7 870	7 236	21 483	18 498	2 985	–	7 643
Juni	17 742	4 835	675	2 211	3 299	12 907	29 832	8 588	21 244	–	12 090
Juli	32 535	20 006	6 888	8 716	4 402	12 529	19 582	11 753	7 829	–	12 953

Aktien									
Zeit	Absatz			Erwerb					
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)		
				zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)			
Mio DM									
1991	33 478	13 317	20 161	32 247	2 466	29 781	1 230		
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	8 055		
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	8 485		
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	659		
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	2 931		
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	16 529		
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 677		
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 352		
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 005	103 136	18 637	84 499	46 877		
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194		
2001	81 546	17 575	63 971	3 371	14 714	11 343	84 918		
2002	39 700	9 232	30 470	19 058	23 236	42 294	20 642		
2003	17 382	16 838	544	7 885	7 056	14 941	25 268		
2004 Mai	4 639	327	4 312	10 291	4 072	14 363	5 652		
Juni	893	1 306	413	16 699	14 792	1 907	17 592		
Juli	–	1 851	244	5 482	4 221	1 261	3 631		

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Investmentzertifikate siehe Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(–) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (–) inländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004 April	73 207	56 797	2 134	8 277	14 799	31 587	716	15 694	7 524
Mai	79 506	54 816	3 510	8 013	7 458	35 836	2 315	22 375	3 400
Juni	78 494	54 369	3 268	6 264	14 324	30 513	3 566	20 560	–
Juli	92 541	55 773	3 399	2 630	14 833	34 912	10 710	26 058	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004 April	26 256	23 412	1 055	3 566	6 604	12 186	335	2 509	2 500
Mai	43 733	27 078	2 717	5 780	2 931	15 650	2 150	14 505	400
Juni	25 868	20 131	2 363	3 101	3 566	11 101	535	5 202	–
Juli	41 977	22 990	2 893	1 222	2 377	16 498	5 401	13 586	–
Netto-Absatz 6)									
1991	227 822	139 396	4 729	22 290	65 985	46 390	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	–	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	–	13 156	180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	–	6 897	62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	–	354	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	–
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	–
2002	131 976	56 393	7 936	–	26 806	20 707	14 306	61 277	–
2003	124 556	40 873	2 700	–	42 521	44 173	18 431	65 253	–
2004 April	20 667	15 758	–	308	–	1 341	7 277	10 129	644
Mai	29 454	18 525	–	1 007	–	1 518	3 122	12 878	1 563
Juni	2 805	1 098	–	549	–	7 676	7 126	1	2 123
Juli	28 213	6 802	–	554	–	8 127	3 148	11 227	10 577

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothecken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
Mio DM									
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004 Mai	2 726 633	1 676 893	161 553	599 998	293 400	621 942	55 602	994 138	186 491
Juni	2 729 438	1 675 796	161 005	592 321	300 527	621 943	57 725	995 918	185 037
Juli	2 757 651	1 682 598	161 559	584 195	303 675	633 170	68 302	1 006 752	180 952
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)									
Stand Ende Juli 2004									
bis unter 2	975 693	645 613	53 284	234 618	92 496	265 215	18 738	311 342	56 879
2 bis unter 4	638 163	436 556	53 316	175 998	86 583	120 660	17 965	183 643	53 940
4 bis unter 6	436 074	265 643	28 381	90 193	52 961	94 108	7 348	163 082	44 840
6 bis unter 8	257 447	129 450	18 244	49 463	21 724	40 020	12 636	115 360	8 786
8 bis unter 10	208 981	92 670	6 617	21 981	18 940	45 132	4 982	111 330	7 695
10 bis unter 15	94 428	67 253	1 684	7 221	9 018	49 329	3 003	24 172	4 921
15 bis unter 20	24 502	11 020	35	919	6 507	3 559	452	13 030	2 076
20 und darüber	122 364	34 392	-	3 799	15 444	15 148	3 179	84 793	1 816

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechtet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei ge-

samtfülligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfülligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)	
			Barein- zahlung und Umtausch von Wandel- schuld- verschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapital- berichts- ungsaktien	Einbringung von Forde- rungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-An- teilen u.Ä.	Verschmel- zung und Vermögens- übertragung	Umwand- lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher- absetzung und Auflösung		
Mio DM											
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	-	182	411	-	386
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	-	732	3 030	-	942
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	-	10	707	-	783
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	-	447	5 086	-	1 367
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	-	623	13 739	-	2 133
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	-	3 056	833	-	2 432
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	-	2 423	197	-	1 678
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	-	4 055	3 905	-	1 188
Mio €											
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	-	2 099	1 560	-	708
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	-	1 986	1 827	-	1 745
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	-	1 018	905	-	3 152
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	-	868	-	2 152	-
2003	162 131	-	6 585	4 482	923	211	-	322	-	10 806	-
2004 Mai	162 365	-	16	76	47	3	-	162	201	-	285
Juni	163 175	-	810	420	180	0	-	34	294	-	67
Juli	163 742	-	567	143	199	2	-	287	108	-	264

o Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7 771 Mio DM). — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Amtlichen Markt, zum Regelt Markt oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner

auch Gesellschaften, deren Aktien im Freiverkehr gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausbergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. — 3 Durch Revision um 1 902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)									Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	Indus-trieobli-gationen		Tagesdurchschnittskurs	Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)									
% p.a.								Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000			
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	.	148,16	1 577,98	
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	.	134,92	1 545,05	
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	.	191,13	2 266,68	
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,8	7,2	7,0	6,9	99,90	.	176,87	2 106,58	
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	.	181,47	2 253,88	
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	.	217,47	2 888,69	
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	.	301,47	4 249,69	
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	100,00	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	92,52	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	94,11	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	94,16	319,38	5 160,10	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	5,6	117,56	97,80	188,46	2 892,63	
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	4,5	117,36	97,09	252,48	3 965,16	
2004 Mai	3,9	3,9	3,9	4,3	3,8	4,4	4,0	4,3	117,30	96,88	249,22	3 921,41	
Juni	4,0	4,0	4,0	4,3	3,9	4,5	4,0	4,3	116,96	96,84	256,55	4 052,73	
Juli	3,9	3,9	3,9	4,2	3,8	4,4	3,9	4,2	117,54	97,33	246,85	3 895,61	
Aug.	3,7	3,8	3,8	4,1	3,6	4,3	4,3	4,0	118,53	98,30	239,67	3 785,21	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. 5 Soweit an deutschen Börsen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentwertpapieren in Deutschland

Zeit	Absatz von Zertifikaten							Erwerb							
	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							Inländer							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		Geldmarkt-fonds	Wert-papier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds	Spezial-fonds	aus-ländi-scher Fonds 3)	zu-sammen	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 2)		Aus-länder 4)	
		zu-sammen	zu-sammen							zu-sammen	darunter ausländische Zerti-fikate	zu-sammen	darunter ausländische Zerti-fikate		
Mio DM															
1991	50 064	37 492	13 738	-	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	-	5	41 296	12 577	174
1992	81 514	20 474	- 3 102	-	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	-	4
1993	80 259	61 672	20 791	-	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001	
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	-	689	116 094	22 770	5 052
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	-	1 049
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	-	2 318
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	-	4 172
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	-	2 775
Mio €															
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	-	637	85 659	14 722	5 761
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 000	
2001	97 032	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 221	96 082	10 251	2 703	85 831	17 518	951	
2002	66 478	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	6 996	67 150	2 100	3 007	65 050	3 989	-	673
2003	48 195	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	4 252	49 726	- 2 658	734	52 384	3 518	-	1 530
2004 Mai	- 1 871	- 2 218	- 663	- 83	- 742	89	- 1 555	347	- 1 633	229	152	- 1 862	195	-	238
Juni	88	- 432	- 886	- 200	- 1 048	365	453	520	633	- 436	153	1 069	367	-	545
Juli	1 623	1 493	3 550	3 834	- 970	677	- 2 056	130	- 2 036	- 1 217	-	630	- 819	760	3 659

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentwertpapiere durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer

Investmentwertpapiere durch Ausländer; Transaktionswerte (bis einschl. 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)										Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen		Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 5)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern	insgesamt 3)	Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- auf- wand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- aus- gaben	Sach- investio- nen	Finanz- ierungs- hilfen 4)								
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	-131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	-129,4	
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	-106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	-106,5	
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	-110,1	731,2	743,8	-12,5	1 664,9	1 787,5	-122,6	
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	-121,5	769,4	784,0	-14,6	1 665,6	1 801,6	-136,1	
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	-94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	-91,7	
1998	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	-56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 765,5	1 818,9	-53,4	
1999	566,1	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	-26,8	429,1	425,6	+ 3,5	925,2	948,6	-23,4	
2000 p)	612,3	467,3	595,5	169,3	73,7	205,7	67,6	40,7	37,9	+ 16,8	433,8	434,3	- 0,5	974,6	958,2	+ 16,4	
2001 p) p)	555,8	446,2	599,9	169,9	69,8	213,8	66,6	40,1	39,2	- 44,1	445,0	449,1	- 4,1	923,5	971,7	- 48,2	
2002 ts)	550,9	441,7	608,0	173,3	69,5	225,9	66,1	38,7	33,5	- 57,1	457,9	466,4	- 8,5	924,1	989,7	- 65,6	
2003 ts)	546,6	442,2	615,2	174,0	68,8	236,4	65,7	36,3	32,5	- 68,6	466,8	473,3	- 6,5	924,5	999,6	- 75,1	
2002 1.Vj.	118,3	98,6	150,2	39,9	15,3	57,9	24,0	6,5	6,0	- 31,8	111,3	112,8	- 1,5	206,4	239,8	- 33,4	
2.Vj.	137,8	105,1	141,8	40,4	15,6	58,5	11,9	7,8	6,7	- 4,0	113,0	115,6	- 2,6	228,9	235,6	- 6,6	
3.Vj.	135,3	109,4	148,7	41,4	16,5	54,7	19,2	9,7	7,8	- 13,4	113,1	116,6	- 3,5	228,0	244,9	- 16,9	
4.Vj.	157,2	129,0	165,6	49,9	21,5	55,2	10,7	13,6	13,1	- 8,5	119,3	120,0	- 0,7	257,5	266,6	- 9,2	
2003 1.Vj.	117,2	96,3	154,5	40,9	15,6	61,8	23,6	5,6	6,5	- 37,3	116,3	116,8	- 0,5	207,7	245,5	- 37,8	
2.Vj.	135,8	108,9	143,8	40,9	15,5	61,3	10,8	7,5	7,5	- 8,0	115,5	118,4	- 2,9	228,2	239,1	- 10,9	
3.Vj.	131,2	109,6	155,8	42,4	16,6	58,5	21,6	9,2	7,4	- 24,6	115,1	117,8	- 2,7	225,0	252,3	- 27,4	
4.Vj. p)	160,7	127,4	159,8	48,1	20,5	55,2	9,5	12,9	13,7	+ 0,9	119,0	120,4	- 1,5	261,1	261,7	- 0,6	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die

Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 4 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 5 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 6 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 4)	292,1	265,2	193,4	200,9	50,7	53,6	122,4	120,5	25,6	25,6
2001 p)	240,6	261,3	184,6	207,1	50,5	52,5	119,0	123,2	24,7	25,2
2002 ts)	238,9	271,6	183,5	207,4	47,8	53,2	119,9	124,5	25,1	25,3
2003 ts)	239,6	278,8	182,3	208,7	48,3	53,5	117,1	125,0	24,7	25,5
2002 1.Vj.	47,4	68,9	42,4	49,4	10,2	12,0	24,7	29,1	5,2	5,4
2.Vj.	56,3	62,6	43,3	48,8	11,1	11,9	28,8	29,1	5,9	5,8
3.Vj.	62,7	70,6	45,3	49,3	11,8	12,9	29,1	30,5	6,1	6,2
4.Vj.	72,5	69,5	52,0	59,5	14,5	16,1	37,0	35,4	7,8	7,7
2003 1.Vj.	46,6	71,9	42,2	51,1	9,7	12,6	25,2	29,4	5,3	5,6
2.Vj.	59,1	64,6	44,4	50,2	12,0	12,0	26,7	29,1	5,6	5,8
3.Vj.	57,6	74,5	45,3	50,5	12,2	13,1	29,3	30,6	6,1	6,3
4.Vj.	76,3	67,8	49,9	56,5	14,1	15,6	35,6	35,3	7,6	7,6
2004 1.Vj. p)	44,8	73,4	42,4	51,5	11,1	12,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten und Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1996	1997	1998	1999	2000 1)	2001	2002	2003 ts)
Einnahmen	1 704,0	1 726,8	1 775,9	943,2	965,8	951,2	954,2	961,4
darunter:								
Steuern	850,0	856,9	897,4	490,4	511,7	488,3	486,0	489,9
Sozialbeiträge	696,7	720,1	727,7	375,4	378,4	383,6	389,3	394,8
Ausgaben	1 826,6	1 826,5	1 859,6	972,6	989,7	1 009,8	1 031,7	1 042,7
darunter:								
Vorleistungen	142,7	140,2	144,1	76,2	78,0	81,0	84,5	83,9
Arbeitnehmerentgelte	319,6	319,0	319,3	165,4	165,9	165,7	168,0	167,9
Zinsen	131,7	133,2	136,4	68,9	68,4	67,7	66,0	66,7
Sozialleistungen 2)	970,7	984,7	998,4	523,1	532,7	549,2	573,1	587,1
Bruttoinvestitionen	76,4	69,4	69,9	37,8	37,0	36,8	35,9	31,9
Finanzierungssaldo	- 122,7	- 99,7	- 83,7	- 29,4	- 23,9	- 58,6	- 77,5	- 81,3
in % des Bruttoinlandsprodukts	- 3,4	- 2,7	- 2,2	- 1,5	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8
Nachrichtlich:								
Verschuldung gemäß								
Maastricht-Vertrag	2 143,9	2 232,9	2 298,2	1 210,3	1 221,8	1 232,8	1 283,6	1 366,6
in % des Bruttoinlandsprodukts	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,4	60,9	64,2

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG '95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese

Erlöse (50,85 Mrd €) beim Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (22,8 Mrd € bzw. 1,1% des BIP) ausgewiesen wird. — 2 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter: in den neuen Bundesländern	
				zusammen	darunter: neue Bundesländer				
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+ 137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+ 359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	- 714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	- 117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+ 164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+ 1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	- 104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+ 12
2002	441 703	389 162	214 371	156 231	.	18 560	52 490	4 769	+ 51
2003	442 235	390 437	214 002	155 510	.	20 925	51 671	4 751	+ 127
2004 1.Vj. p)	97 312	84 148	42 010	36 033	.	6 105	9 679	...	+ 3 486
2.Vj.	.	97 988	53 116	40 298	.	4 574	.	.	.
2004 März	.	26 916	14 813	10 640	.	1 463	.	.	.
April	.	29 375	16 227	12 095	.	1 053	.	.	.
Mai	.	29 974	16 246	11 964	.	1 764	.	.	.
Juni	.	38 640	20 644	16 239	.	1 757	.	.	.
Juli	.	28 561	14 927	11 858	.	1 776	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindefeuersteuern 9)
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)				Umsatzsteuern 5) 6)				Gewerbesteuerumlage 6) 7)				
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
1991	615 506	298 804	214 175	41 532	31 716	11 381	179 672	98 797	80 875	5 986	92 583	29 113	8 307	38 356
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	104 802	32 963	7 742	43 328
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 678	34 720	7 240	44 973
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 410	36 551	7 173	45 450
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170
2002	414 008	165 096	132 190	7 541	2 864	22 502	138 195	105 463	32 732	5 752	83 494	18 576	2 896	24 846
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409
2004 1.Vj.	88 802	32 644	29 518	- 5 808	2 177	6 756	34 243	25 919	8 324	133	15 570	5 522	691	4 654
2004 2.Vj.	103 712	41 892	29 560	3 054	4 481	4 797	33 673	25 023	8 650	1 317	20 979	5 097	755	5 723
2004 März	27 954	9 347	8 892	- 3 642	3 475	621	9 715	6 726	2 990	5	6 795	1 848	245	1 039
April	30 961	10 717	9 700	- 955	545	1 427	10 775	7 588	3 187	927	6 616	1 663	262	1 586
Mai	31 566	10 305	9 859	- 1 225	46	1 626	12 109	9 289	2 821	384	6 989	1 528	251	1 592
Juni	41 186	20 870	10 002	5 234	3 891	1 744	10 788	8 146	2 642	5	7 374	1 906	242	2 546
Juli	30 246	10 426	10 844	- 1 430	- 350	1 362	10 750	8 329	2 421	943	6 265	1 602	261	1 686

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999 5,63% für den Bund zur Fi-

nanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuer- und die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögenssteuer	Erbsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1991	47 266	19 592	5 648	5 862	.	14 215	11 012	6 729	2 636	1 647	7 090	41 297	9 921	1 181
1992	55 166	19 253	5 545	8 094	.	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	.	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	.	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2002	42 193	13 778	2 149	8 327	5 097	11 951	7 592	239	3 021	811	6 913	23 489	9 261	696
2003	43 188	14 094	2 204	8 870	6 531	11 722	7 336	230	3 373	786	6 989	24 146	9 658	671
2004 1.Vj. p)	4 612	2 376	439	3 834	1 473	2 836	2 091	34	1 197	178	2 021	6 200	2 239	204
2004 2.Vj.	10 599	3 484	502	1 627	1 861	2 905	2 076	13	1 245	201	1 563	.	.	.
2004 März	3 296	1 098	161	603	506	1 131	765	9	342	54	678	.	.	.
April	3 320	1 326	161	524	508	777	717	4	315	62	566	.	.	.
Mai	3 828	1 136	169	604	464	789	652	2	329	69	475	.	.	.
Juni	3 452	1 022	172	499	890	1 339	707	6	601	70	522	.	.	.
Juli	3 195	1 130	180	420	584	756	692	9	293	76	533	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe 2)	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Öffentliche Haushalte													
1998	2 280 154	.	25 631	227 536	199 774	92 698	723 403	894 456	550	26 073	1 249	88 582	202
1999	1 199 975	.	12 594	102 364	120 998	41 621	416 051	450 111	281	10 200	476	45 175	105
2000	1 211 439	.	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	285	44 146	108
2001	1 223 929	.	23 036	151 401	130 045	26 395	448 148	422 440	174	13 110	85	8 986	108
2002	1 277 630	.	30 815	203 951	137 669	17 898	456 300	404 046	137	18 844	29	7 845	97
2003 Juni	1 326 312	.	31 165	232 373	150 627	14 284	462 639	401 696	135	25 460	- 4	7 845	92
Sept.	1 346 412	.	33 424	237 449	146 729	13 754	469 120	406 758	317	32 071	- 6	6 706	91
Dez.	1 358 121	.	36 022	246 414	153 616	12 810	471 129	396 832	341	34 163	- 1	6 711	86
2004 März p)	1 403 438	.	37 209	260 445	159 735	11 245	485 920	400 897	345	40 890	- 45	6 711	88
Bund 7) 8)													
1998	957 983	.	24 666	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999	714 069	.	11 553	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	.	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	.	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	.	30 227	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003 Juni	749 920	.	30 416	82 834	140 442	14 284	428 166	43 744	-	2 102	- 4	7 845	91
Sept.	766 213	.	32 892	85 526	136 544	13 754	434 085	49 360	186	7 076	- 6	6 706	90
Dez.	767 697	.	35 235	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 März	802 690	.	36 463	88 901	150 050	11 245	450 711	49 888	223	8 456	- 45	6 711	87
Juni	803 991	.	35 630	92 190	152 957	10 590	453 479	43 026	223	9 144	- 45	6 711	88
Westdeutsche Länder													
1998	525 380	.	520	83 390	.	.	.	430 709	43	10 716	.	-	2
1999	274 208	.	150	43 033	.	.	.	226 022	23	4 979	.	-	1
2000	282 431	.	-	48 702	.	.	.	227 914	22	5 792	.	.	1
2001	305 788	.	1 800	67 721	.	.	.	228 270	5	7 991	.	.	1
2002	328 390	.	250	97 556	.	.	.	217 333	5	13 246	.	.	1
2003 Juni	345 390	.	322	116 274	.	.	.	209 820	8	18 966	.	.	1
Sept.	348 006	.	322	118 815	.	.	.	208 313	3	20 552	.	.	1
Dez.	355 661	.	472	125 356	.	.	.	207 880	4	21 949	.	.	1
2004 März p)	363 202	.	222	136 105	.	.	.	200 366	4	26 504	.	.	1
Ostdeutsche Länder													
1998	98 192	.	445	27 228	.	.	.	70 289	-	230	.	.	.
1999	53 200	.	891	14 517	.	.	.	37 602	-	189	.	.	.
2000	55 712	.	100	16 092	.	.	.	39 339	-	182	.	.	.
2001	58 771	.	100	20 135	.	.	.	37 382	-	1 154	.	.	.
2002	63 782	.	338	23 838	.	.	.	37 739	-	1 867	.	.	.
2003 Juni	66 910	.	427	28 418	.	.	.	36 204	-	1 861	.	.	.
Sept.	66 595	.	211	28 260	.	.	.	36 214	-	1 911	.	.	.
Dez.	68 076	.	315	28 833	.	.	.	37 022	-	1 906	.	.	.
2004 März p)	69 661	.	524	30 752	.	.	.	35 314	-	3 070	.	.	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
Westdeutsche Gemeinden 9)													
1998	158 960	.	.	300	.	.	1 330	153 208	119	4 003	.	.	.
1999	81 511	.	.	153	.	.	680	78 726	53	1 898	.	.	.
2000	81 414	.	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	.	.
2001	82 203	.	.	153	.	.	629	79 470	29	1 922	.	.	.
2002	84 097	.	.	153	.	.	629	81 307	22	1 986	.	.	.
2003 Juni	88 000	.	.	153	.	.	578	85 269	20	1 980	.	.	.
Sept.	89 250	.	.	153	.	.	578	86 519	20	1 980	.	.	.
Dez.	90 906	.	.	77	.	.	603	87 868	19	2 339	.	.	.
2004 März p)	92 400	.	.	77	.	.	732	89 231	20	2 340	.	.	.
Ostdeutsche Gemeinden 9)													
1998	39 873	.	.	225	.	.	460	38 777	255	156	.	.	.
1999	20 726	.	.	51	.	.	335	20 138	124	78	.	.	.
2000	17 048	.	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	.	.
2001	17 005	.	.	-	.	.	284	16 581	107	33	.	.	.
2002	16 745	.	.	-	.	.	284	16 318	102	41	.	.	.
2003 Juni	16 750	.	.	-	.	.	284	16 326	100	40	.	.	.
Sept.	16 850	.	.	-	.	.	284	16 426	100	40	.	.	.
Dez.	16 951	.	.	-	.	.	131	16 601	87	132	.	.	.
2004 März p)	16 900	.	.	-	.	.	131	16 549	90	130	.	.	.
Fonds „Deutsche Einheit“ / Entschädigungsfonds 7)													
1998	79 413	.	-	-	.	.	47 998	30 975	-	440	.	.	.
1999	40 234	.	-	275	500	.	28 978	10 292	-	189	.	.	.
2000	40 629	.	-	275	2 634	.	29 797	7 790	-	133	.	.	.
2001	39 923	.	-	3 748	10 134	.	21 577	4 315	-	149	.	.	.
2002	39 810	.	-	3 820	10 134	.	22 685	3 146	-	26	.	.	.
2003 März	40 422	.	.	4 694	10 134	.	23 420	2 175	-	-	.	.	.
Juni	39 942	.	.	4 694	10 134	.	23 443	1 672	-	-	.	.	.
Sept.	40 099	.	.	4 694	10 134	.	24 005	1 266	-	-	.	.	.
Dez.	39 568	.	.	4 610	10 134	.	24 032	793	-	-	.	.	.
2004 März	40 010	.	.	4 610	9 634	.	24 177	1 589	-	-	.	.	.
Juni	39 500	.	.	4 538	9 634	.	24 183	1 144	-	-	.	.	.
ERP-Sondervermögen 7)													
1998	34 159	11 944	20 988	-	1 227	.	.	.
1999	16 028	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001	19 161	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002	19 400	.	.	.	51	.	10 144	8 686	8	512	.	.	.
2003 März	19 369	.	.	.	51	.	10 138	8 660	8	512	.	.	.
Juni	19 399	.	.	.	51	.	10 169	8 660	8	512	.	.	.
Sept.	19 399	.	.	.	51	.	10 169	8 660	8	512	.	.	.
Dez.	19 261	.	.	.	51	.	10 169	8 522	8	512	.	.	.
2004 März	18 576	.	.	.	51	.	10 169	7 960	8	389	.	.	.
Juni	18 525	.	.	.	51	.	10 169	7 909	8	389	.	.	.
Bundeseisenbahnvermögen 7) 8)													
1998	77 246	.	.	-	500	.	31 648	42 488	79	2 531	.	.	.
1999 Juni	39 231	.	.	-	1 023	.	16 805	20 401	34	968	.	.	.
Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7) 8)													
1998	304 978	.	-	31 633	-	.	110 006	79 226	54	4 167	- 20	79 899	15
1999 Juni	151 097	.	-	11 127	2 000	.	58 897	36 133	27	2 015	- 9	40 902	4
Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz 7) 8)													
1998	3 971	300	3 671	-	-	.	.	.
1999 Juni	2 302	153	2 148	-	-	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkom-

men; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung *)

Position	Stand Ende			Nettokreditaufnahme 1)						2004
	2002	2003	März 2004 p)	2002		2003		2004		
				insgesamt	insgesamt	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. p)
	Mio €									
Kreditnehmer										
Bund 2)	725 405	767 697	802 690	+ 24 328	+ 42 292	+ 19 995	+ 4 520	+ 16 293	+ 1 484	+ 34 993
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	39 620	- 197	- 342	+ 588	- 503	+ 131	- 558	+ 520
ERP- Sondervermögen	19 400	19 261	18 576	+ 239	- 139	- 31	+ 30	-	- 138	- 685
Entschädigungsfonds	369	469	391	+ 84	+ 100	+ 25	+ 23	+ 26	+ 27	- 79
Westdeutsche Länder	328 390	355 661	363 202	+ 22 603	+ 27 271	+ 11 596	+ 5 404	+ 2 616	+ 7 655	+ 7 541
Ostdeutsche Länder	63 782	68 076	69 661	+ 5 011	+ 4 294	+ 1 183	+ 1 945	- 315	+ 1 481	+ 1 585
Westdeutsche Gemeinden 3)	84 097	90 906	92 400	+ 2 630	+ 7 439	+ 2 003	+ 1 739	+ 1 154	+ 2 543	+ 1 961
Ostdeutsche Gemeinden 3)	16 745	16 951	16 900	- 242	+ 249	- 46	+ 63	+ 111	+ 121	- 30
Insgesamt	1 277 630	1 358 121	1 403 438	+ 54 455	+ 81 164	+ 35 311	+ 13 221	+ 20 015	+ 12 616	+ 45 805
Schuldarten										
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	30 815	36 022	37 209	+ 7 779	+ 5 207	- 185	+ 535	+ 2 258	+ 2 598	+ 1 187
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	203 951	246 414	260 445	+ 52 551	+ 42 463	+ 16 486	+ 11 936	+ 5 075	+ 8 965	+ 14 031
Bundesschatzbriefe	17 898	12 810	11 245	- 8 497	- 5 088	- 2 464	- 1 150	- 530	- 944	- 1 565
Anleihen 5)	456 300	471 129	485 920	+ 8 152	+ 14 829	+ 13 266	- 6 927	+ 6 481	+ 2 008	+ 14 792
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	404 046	396 832	400 897	- 17 640	- 6 541	- 945	- 1 554	+ 4 977	- 9 019	+ 4 553
Darlehen von Sozialversicherungen	137	341	345	- 37	+ 204	- 2	+ 1	+ 181	+ 24	+ 4
Sonstige Darlehen 6)	18 803	34 122	40 849	+ 5 733	+ 15 319	+ 3 684	+ 2 932	+ 6 611	+ 2 092	+ 6 727
Altschulden 7)	126	85	43	- 67	- 41	- 33	- 6	- 3	+ 0	- 42
Ausgleichsforderungen	7 845	6 711	6 711	- 1 142	- 1 134	-	+ 0	- 1 139	+ 5	+ 0
Investitionshilfeabgabe	41	41	41	- 0	- 0	+ 0	- 0	+ 0	+ 0	-
Insgesamt	1 277 630	1 358 121	1 403 438	+ 54 455	+ 81 164	+ 35 311	+ 13 221	+ 20 015	+ 12 616	+ 45 805
Gläubiger										
Bankensystem										
Bundesbank	4 440	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-
Kreditinstitute	532 600	524 800	550 400	- 746	- 7 127	+ 13 319	- 8 968	+ 2 215	- 13 693	+ 26 088
Inländische Nichtbanken										
Sozialversicherungen	137	341	345	- 37	+ 204	- 2	+ 1	+ 181	+ 24	+ 4
Sonstige 8)	228 653	289 840	292 653	+ 1 438	+ 61 187	+ 2 594	+ 9 788	+ 17 919	+ 30 885	+ 2 813
Ausland ts)	511 800	538 700	555 600	+ 53 800	+ 26 900	+ 19 400	+ 12 400	- 300	- 4 600	+ 16 900
Insgesamt	1 277 630	1 358 121	1 403 438	+ 54 455	+ 81 164	+ 35 311	+ 13 221	+ 20 015	+ 12 616	+ 45 805

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

len Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn-vermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001	416 067	44 791	4 464	9 699	267 988	89 126	-	-	-
2002	398 910	34 636	3 172	9 205	262 840	89 057	-	-	-
2003 März	396 685	33 202	1 585	9 180	264 827	87 892	-	-	-
Juni	396 008	33 375	1 329	9 180	263 083	89 041	-	-	-
Sept.	398 318	38 309	793	9 180	260 264	89 773	-	-	-
Dez.	399 304	38 410	793	9 042	260 046	91 013	-	-	-
2004 März p)	396 842	38 307	793	8 357	258 808	90 578	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland
10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bund- obliga- tionen 2)	Bund- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden			
	Ins- gesamt	zu- sam- men						darunter: Finanzie- rungs- schätze	Sozial- versiche- rungen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1996	839 883	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002	725 405	30 227	1 618	78 584	127 484	17 898	422 558	39 517	0	1 167	29	7 845	97
2003	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2003 Aug.	764 368	31 420	1 206	88 295	135 298	13 754	433 479	53 227	-	2 102	- 7	6 706	93
Sept.	766 213	32 892	1 229	85 526	136 544	13 754	434 085	49 360	186	7 076	- 6	6 706	90
Okt.	769 146	33 239	1 218	90 274	142 861	12 761	439 993	35 959	186	7 076	2	6 706	89
Nov.	769 493	34 180	1 215	90 637	143 575	12 792	436 109	38 142	186	7 076	2	6 706	87
Dez.	767 697	35 235	1 240	87 538	143 431	12 810	436 194	38 146	223	7 326	- 1	6 711	85
2004 Jan.	786 023	35 941	1 229	92 560	143 816	11 830	448 242	39 290	223	7 326	- 1	6 711	86
Febr.	789 107	35 197	1 208	92 768	144 190	11 212	453 213	38 183	223	7 326	- 1	6 711	86
März	802 690	36 463	1 178	88 901	150 050	11 245	450 711	49 888	223	8 456	- 45	6 711	87
April	798 786	35 616	1 128	95 468	150 031	10 786	449 577	41 875	223	8 456	- 45	6 711	88
Mai	804 270	36 639	1 096	95 913	152 810	10 575	452 391	40 513	223	8 456	- 46	6 708	88
Juni	803 991	35 630	1 105	92 190	152 957	10 590	453 479	43 026	223	9 144	- 45	6 711	88
Juli	821 291	35 744	1 111	97 599	153 362	10 439	461 338	47 829	223	9 144	- 45	5 572	88
Aug. p)	825 472	35 324	1 066	98 285	155 881	10 512	469 476	41 013	223	9 144	- 45	5 572	88

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden hier ab Juli 1999 dem Bund zugerechnet.

11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:								Verän- derung der Geldmarkt- einlagen	
	brutto 1)	netto	Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen			Geld- markt- kredite
			brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto		
1996	+ 185 696	+ 83 049	+ 54 038	+ 31 988	+ 45 445	+ 5 445	+ 67 015	+ 39 586	+ 15 050	+ 1 906	+ 4 148	+ 6 548
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	- 8 009	- 30	- 3 304
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	- 1 327	+ 12 023	- 2 927	- 3 065	- 5 440
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	- 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	- 5 323	+ 7 273	- 9 973	- 5 563	- 940
2001	+ 135 018	- 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	- 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	- 9 941	+ 3 595	- 1 495
2002	+ 178 203	+ 24 328	+ 41 378	+ 6 364	+ 36 037	+ 7 572	+ 93 853	+ 19 535	+ 4 716	- 10 155	+ 2 221	+ 22
2003	+ 227 078	+ 42 292	+ 62 535	+ 13 636	+ 42 327	+ 15 947	+ 109 500	+ 8 874	+ 11 480	+ 3 775	+ 1 236	+ 7 218
2003 Jan.-Aug.	+ 161 428	+ 38 963	+ 46 109	+ 10 921	+ 28 229	+ 7 815	+ 67 106	+ 6 760	+ 8 715	+ 3 375	+ 11 270	+ 524
2004 Jan.-Aug. p)	+ 165 997	+ 57 775	+ 46 535	+ 33 282	+ 26 252	+ 12 450	+ 83 448	+ 8 538	+ 4 903	- 174	+ 4 859	+ 11 931
2003 Aug.	+ 15 812	+ 3 976	+ 7 161	+ 7 161	+ 657	- 5 859	+ 6 329	+ 1 134	+ 1 440	+ 1 315	+ 225	+ 328
Sept.	+ 23 605	+ 1 845	+ 6 694	+ 606	+ 1 246	+ 1 246	+ 13 693	- 1 297	+ 977	+ 298	+ 995	- 73
Okt.	+ 11 968	+ 2 933	+ 8 442	+ 5 908	+ 6 317	+ 6 317	+ 10 100	+ 4 102	+ 296	- 214	- 13 187	- 188
Nov.	+ 17 180	+ 347	+ 1 205	- 3 883	+ 6 680	+ 715	+ 6 311	+ 1 335	+ 394	- 408	+ 2 590	- 189
Dez.	+ 12 897	- 1 796	+ 85	+ 85	- 145	- 145	+ 12 290	- 2 026	+ 1 099	+ 723	- 432	+ 7 144
2004 Jan.	+ 26 811	+ 18 326	+ 12 047	+ 12 048	+ 385	+ 385	+ 11 926	+ 4 748	+ 533	- 776	+ 1 920	- 321
Febr.	+ 17 553	+ 3 084	+ 4 971	+ 4 971	+ 7 849	+ 375	+ 5 535	- 1 156	+ 760	+ 456	- 1 563	- 1 186
März	+ 36 156	+ 13 583	+ 1 580	- 2 502	+ 5 860	+ 5 860	+ 15 425	- 2 567	+ 673	+ 217	+ 12 619	+ 6 423
April	+ 3 991	- 3 904	- 1 135	- 1 135	- 19	- 19	+ 11 797	+ 5 262	+ 855	- 507	- 7 507	- 5 683
Mai	+ 17 688	+ 5 484	+ 6 903	+ 2 815	+ 4 133	+ 2 779	+ 7 549	+ 1 257	+ 448	- 17	- 1 345	+ 3 254
Juni	+ 17 741	- 279	+ 1 087	+ 1 087	+ 146	+ 146	+ 13 163	- 4 717	+ 187	+ 44	+ 3 157	+ 87
Juli	+ 30 551	+ 17 300	+ 12 942	+ 7 859	+ 405	+ 405	+ 11 629	+ 5 371	+ 1 111	+ 340	+ 4 464	+ 7 072
Aug. p)	+ 15 506	+ 4 181	+ 8 139	+ 8 139	+ 7 493	+ 2 519	+ 6 425	+ 339	+ 335	+ 70	- 6 886	+ 2 285

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
Gesamtdeutschland													
1993	290 393	232 408	52 671	298 065	252 920	15 898	- 7 672	39 786	29 957	8 499	1 100	229	6 297
1994	322 335	256 662	61 891	324 323	273 880	17 751	- 1 988	33 578	24 194	8 170	909	305	6 890
1995	338 185	270 294	64 387	348 115	294 034	20 285	- 9 930	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	353 672	282 616	68 388	362 667	305 780	21 660	- 8 995	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	374 853	297 402	74 961	372 955	316 511	23 280	+ 1 898	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	389 101	297 827	88 755	385 707	327 823	24 393	+ 3 394	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	208 173	152 206	54 628	203 295	172 919	12 950	+ 4 878	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000	211 137	150 712	58 862	210 558	178 599	13 365	+ 5 79	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 8)	216 927	152 048	63 093	217 497	184 730	13 762	- 5 70	13 973	10 646	1 517	1 699	111	4 917
2002	221 563	152 810	66 958	225 689	191 133	14 498	- 4 126	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2002 2.Vj.	54 621	37 404	16 780	55 560	47 012	3 508	- 939	10 663	7 490	1 366	1 696	111	4 954
3.Vj.	55 043	37 938	16 614	57 105	48 276	3 704	- 2 062	8 911	5 919	1 182	1 689	121	4 947
4.Vj.	58 392	41 409	16 585	57 549	48 441	3 898	+ 843	9 826	6 943	1 072	1 685	126	4 878
2003 1.Vj.	55 374	37 289	17 761	57 255	48 883	3 727	- 1 881	8 686	5 649	1 230	1 685	122	4 874
2.Vj.	56 442	38 349	17 749	57 396	48 763	3 735	- 954	7 698	4 906	980	1 686	126	4 867
3.Vj.	57 241	39 085	17 830	58 256	49 409	3 858	- 1 015	6 348	3 822	727	1 683	116	4 855
4.Vj.	59 796	41 772	17 703	58 269	49 363	3 916	+ 1 527	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 1.Vj.	55 431	37 289	17 846	58 350	49 858	3 873	- 2 919	6 196	3 693	695	1 681	127	4 866
2.Vj.	56 665	38 446	17 873	57 794	49 437	3 416	- 1 129	3 750	1 914	28	1 682	126	4 892

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger

an die Krankenkassen nach § 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	Arbeitslosenunterstützungen 3) 4)	davon:			Winterbau-förderung				
		Beiträge	Umlagen 2)			West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	berufliche Förde-rung 4) 5)					
										West-deutsch-land			Ost-deutsch-land
Gesamtdeutschland													
1993	85 109	79 895	1 829	109 536	48 005	34 149	13 856	36 891	15 895	20 996	1 919	- 24 426	24 419
1994	89 658	81 536	3 822	99 863	48 342	35 163	13 179	31 273	14 382	16 891	1 822	- 10 205	10 142
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	1 586	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2002	50 885	47 405	2 088	56 508	27 610	19 751	7 860	21 011	11 568	9 443	245	- 5 623	5 623
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	272	- 6 215	6 215
2002 1.Vj.	11 502	11 188	51	13 093	6 587	4 608	1 979	4 665	2 523	2 142	139	- 1 591	3 720
2.Vj.	12 200	11 459	433	14 141	7 098	5 005	2 093	5 230	2 903	2 327	97	- 1 941	2 200
3.Vj.	12 710	11 808	528	13 905	6 708	4 839	1 869	5 182	2 849	2 334	7	- 1 195	854
4.Vj.	14 473	12 951	1 077	15 369	7 218	5 299	1 919	5 933	3 293	2 640	2	- 896	- 1 151
2003 1.Vj.	11 617	11 281	48	14 408	7 647	5 422	2 225	4 785	2 576	2 209	180	- 2 790	5 151
2.Vj.	12 272	11 487	536	14 667	7 975	5 708	2 267	4 721	2 623	2 098	84	- 2 395	2 408
3.Vj.	12 828	11 797	619	13 645	7 251	5 313	1 938	4 453	2 462	1 991	7	- 817	514
4.Vj.	13 917	12 773	878	14 131	6 863	5 086	1 777	5 196	2 903	2 293	1	- 214	- 1 858
2004 1.Vj.	11 524	11 261	47	14 448	8 200	6 001	2 199	4 389	2 491	1 898	144	- 2 924	5 244
2.Vj.	12 042	11 419	394	13 949	7 782	5 673	2 109	4 268	2 510	1 758	67	- 1 907	1 946

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Insolvenzgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. — 4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. Januar-Rentenver-

sicherungsbeiträge für Bezieher von Lohnersatzleistungen werden seit 2003 nicht mehr schon im Dezember, sondern im Januar gezahlt. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse.

IX. Konjunkturlage

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens Deutschland

Position	2000	2001	2002	2003	1.Hj. 2004	2001	2002	2003	1.Hj. 2004	2000	2001	2002	2003
	Mrd €					Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
in Preisen von 1995													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	450,5	444,6	443,0	445,0	227,1	- 1,3	- 0,4	0,5	- 4,6	22,9	22,4	22,3	22,4
Baugewerbe	102,6	96,9	92,3	88,2	41,5	- 5,6	- 4,8	- 4,4	- 0,3	5,2	4,9	4,6	4,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	345,9	359,4	364,5	367,8	183,4	3,9	1,4	0,9	2,5	17,6	18,1	18,3	18,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	572,9	594,6	595,2	598,5	299,1	3,8	0,1	0,5	1,3	29,1	29,9	29,9	30,1
Öffentliche und private Dienst- leister 3)	390,1	390,8	397,1	395,4	197,6	0,2	1,6	- 0,4	0,2	19,8	19,7	20,0	19,9
Alle Wirtschaftsbereiche	1 886,5	1 910,9	1 916,2	1 918,9	960,9	1,3	0,3	0,1	2,0	95,8	96,2	96,4	96,7
Nachr.: Unternehmenssektor	1 657,7	1 683,0	1 688,5	1 693,3	848,6	1,5	0,3	0,3	2,4	84,2	84,7	85,0	85,3
Wirtschaftsbereiche bereinigt 4)	1 786,2	1 805,9	1 811,3	1 812,7	907,2	1,1	0,3	0,1	2,1	90,7	90,9	91,1	91,3
Bruttoinlandsprodukt	1 969,5	1 986,0	1 987,6	1 985,2	993,2	0,8	0,1	- 0,1	1,8	100	100	100	100
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 121,2	1 140,7	1 132,5	1 132,5	555,2	1,7	- 0,7	0,0	- 0,4	56,9	57,4	57,0	57,0
Konsumausgaben des Staates	378,6	382,4	389,8	390,2	192,0	1,0	1,9	0,1	0,1	19,2	19,3	19,6	19,7
Ausrüstungen	176,5	167,8	153,4	151,2	70,6	- 4,9	- 8,6	- 1,4	- 1,2	9,0	8,4	7,7	7,6
Bauten	242,1	230,5	217,2	210,1	98,6	- 4,8	- 5,8	- 3,2	- 0,8	12,3	11,6	10,9	10,6
Sonstige Anlagen 6)	25,5	26,9	27,3	27,8	13,8	5,5	1,4	1,7	2,2	1,3	1,4	1,4	1,4
Vorratsveränderungen 7)	- 7,7	- 26,9	- 35,5	- 18,1	2,2	- 0,4	- 1,4	- 1,8	- 0,9
Inländische Verwendung	1 936,3	1 921,6	1 884,5	1 893,7	932,5	- 0,8	- 1,9	0,5	- 0,2	98,3	96,8	94,8	95,4
Außenbeitrag	33,2	64,5	103,1	91,5	60,8	1,7	3,2	5,2	4,6
Exporte	660,4	698,1	726,6	740,0	397,7	5,7	4,1	1,8	10,1	33,5	35,2	36,6	37,3
Importe	627,3	633,7	623,5	648,5	337,0	1,0	- 1,6	4,0	5,6	31,8	31,9	31,4	32,7
Bruttoinlandsprodukt	1 969,5	1 986,0	1 987,6	1 985,2	993,2	0,8	0,1	- 0,1	1,8	100	100	100	100
in jeweiligen Preisen													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 196,8	1 237,2	1 242,2	1 255,3	623,7	3,4	0,4	1,1	1,2	59,0	59,7	58,9	59,0
Konsumausgaben des Staates	385,8	394,2	405,4	408,5	193,9	2,2	2,8	0,8	- 0,3	19,0	19,0	19,2	19,2
Ausrüstungen	176,7	167,4	151,9	146,9	68,5	- 5,3	- 9,3	- 3,2	- 2,2	8,7	8,1	7,2	6,9
Bauten	240,2	228,9	215,4	208,3	98,7	- 4,7	- 5,9	- 3,3	- 0,0	11,8	11,0	10,2	9,8
Sonstige Anlagen 6)	23,2	24,3	24,5	24,5	12,0	5,0	0,6	0,2	0,3	1,1	1,2	1,2	1,2
Vorratsveränderungen 7)	- 0,6	- 19,3	- 26,9	- 7,6	10,5	- 0,0	- 0,9	- 1,3	- 0,4
Inländische Verwendung	2 022,0	2 032,8	2 012,5	2 036,0	1 007,3	0,5	- 1,0	1,2	0,7	99,6	98,0	95,5	95,7
Außenbeitrag	8,0	41,2	94,8	92,2	63,4	0,4	2,0	4,5	4,3
Exporte	685,3	730,7	761,6	769,3	412,7	6,6	4,2	1,0	9,2	33,8	35,2	36,1	36,1
Importe	677,3	689,5	666,8	677,1	349,2	1,8	- 3,3	1,5	3,5	33,4	33,2	31,6	31,8
Bruttoinlandsprodukt	2 030,0	2 074,0	2 107,3	2 128,2	1 070,7	2,2	1,6	1,0	2,9	100	100	100	100
IV. Preise (1995 = 100)													
Privater Konsum	106,7	108,5	109,7	110,8	112,3	1,6	1,1	1,0	1,6
Bruttoinlandsprodukt	103,1	104,4	106,0	107,2	107,8	1,3	1,5	1,1	1,1
Terms of Trade	96,1	96,2	98,0	99,6	100,1	0,1	1,9	1,6	1,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 099,1	1 120,8	1 129,4	1 132,2	537,2	2,0	0,8	0,2	- 0,1	72,8	72,9	72,8	72,1
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	410,4	417,6	422,4	437,1	252,2	1,7	1,2	3,5	14,8	27,2	27,1	27,2	27,9
Volkseinkommen	1 509,5	1 538,4	1 551,9	1 569,3	789,4	1,9	0,9	1,1	4,2	100	100	100	100
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 021,2	2 062,9	2 088,1	2 114,2	1 064,0	2,1	1,2	1,2	3,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2004. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung nach Abzug unterstellter Bankge-

bühr, jedoch ohne Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe
Deutschland

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie ¹⁾									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungsgüterproduzenten ⁴⁾	Investitionsgüterproduzenten ⁵⁾	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten ⁶⁾	Chemische Industrie	Metallerzeugung und -bearbeitung	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2000 = 100												
1999	95,3	103,7	100,2	94,0	94,5	91,1	96,2	98,5	97,2	92,4	93,3	89,8
2000	99,9	100,0	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9
2001	99,5	92,4	97,3	100,4	99,4	102,3	100,4	98,8	98,0	101,1	102,1	104,0
2002	98,3	89,0	97,4	99,3	98,9	101,1	92,0	98,2	101,7	101,8	99,5	105,4
2003	98,4	85,1	99,8	99,5	99,5	102,0	87,2	97,4	102,0	99,9	97,8	107,6
2002 Nov.	105,8	96,2	103,1	107,0	104,3	110,9	103,5	105,8	102,1	105,3	105,7	119,9
2002 Dez.	92,6	63,4	106,6	93,7	84,5	105,4	83,3	92,8	88,3	81,5	118,6	90,6
2003 Jan.	90,3	51,8	110,3	91,7	93,9	89,9	82,0	92,9	102,6	101,0	80,7	101,9
2003 Febr.	92,4	51,5	104,1	94,9	94,2	98,3	87,1	91,7	98,3	100,1	91,4	110,9
2003 März	104,6	83,8	109,0	106,0	105,9	110,0	97,1	100,6	112,0	110,4	103,5	121,4
2003 April	98,4	92,1	100,3	98,7	100,4	99,4	85,7	96,7	105,6	102,9	93,2	108,9
2003 Mai	96,0	91,2	95,3	96,5	98,9	97,3	79,8	93,9	102,5	101,3	91,8	106,9
2003 Juni	100,0	98,6	91,6	101,0	102,5	103,4	83,5	97,4	103,4	97,7	102,0	106,8
2003 Juli	100,4	102,3	90,5	101,3	102,5	103,1	85,8	98,6	105,1	101,7	98,9	108,7
2003 Aug.	90,0	89,8	90,4	90,0	93,1	86,6	67,2	95,4	98,8	88,2	85,6	80,0
2003 Sept.	102,3	100,9	92,2	103,5	103,3	106,6	97,2	99,1	97,6	101,6	104,4	110,8
2003 Okt.	105,1	99,3	102,2	106,0	106,9	106,3	97,9	105,2	104,0	107,3	98,1	112,3
2003 Nov.	106,4	93,1	104,6	107,8	105,3	113,9	100,1	103,2	101,4	103,2	105,9	125,1
2003 Dez.	95,0	67,0	107,0	96,2	87,1	108,8	82,9	94,2	92,6	83,0	117,9	97,5
2004 Jan.	92,0	49,3	115,8	93,3	96,4	90,7	83,4	94,0	101,4	104,5	82,6	98,8
2004 Febr.	94,1	56,7	105,8	96,3	98,4	97,0	86,4	92,4	101,0	103,0	87,7	111,7
2004 März	7) 104,8	7) 74,0	109,7	107,2	107,6	111,8	96,0	99,8	107,0	111,7	106,1	123,2
2004 April ^{x)}	7) 100,2	7) 83,2	102,6	101,5	103,4	103,5	88,5	96,6	105,9	103,8	97,8	114,9
2004 Mai ^{x)}	7) 99,3	7) 84,1	97,5	100,9	102,5	103,8	86,5	95,1	101,1	104,9	98,0	115,8
2004 Juni ^{x)}	7) 102,8	7) 90,2	89,5	105,4	106,1	110,8	87,4	97,5	102,0	110,9	105,7	121,1
2004 Juli ^{+))}	7) 102,7	7) 92,6	92,2	104,7	106,2	107,7	88,4	99,1	105,6	107,4	104,3	113,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1999	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	- 0,4	+ 1,9	+ 3,5	- 3,6	- 2,2	+ 3,2
2000	+ 4,8	- 3,6	- 0,3	+ 6,3	+ 5,7	+ 9,7	+ 3,8	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,1	+ 7,1	+ 11,2
2001	- 0,4	- 7,6	- 2,6	+ 0,5	- 0,5	+ 2,4	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 1,2	+ 2,2	+ 4,1
2002	- 1,2	- 3,7	+ 0,1	- 1,1	- 0,5	- 1,2	- 8,4	- 0,6	+ 3,8	+ 0,7	- 2,5	+ 1,3
2003	+ 0,1	- 4,4	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 5,2	- 0,8	+ 0,3	- 1,9	- 1,7	+ 2,1
2002 Nov.	+ 2,8	- 3,0	- 0,9	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,9	- 3,0	+ 2,5	+ 6,6	+ 7,4	+ 2,3	+ 11,4
2002 Dez.	+ 0,1	- 12,2	- 3,4	+ 1,3	+ 3,3	+ 0,9	- 8,4	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,4	- 1,5	+ 5,2
2003 Jan.	+ 0,9	- 9,9	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,3	- 8,5	- 0,9	+ 3,8	+ 3,3	- 3,5	+ 6,7
2003 Febr.	+ 0,4	- 23,0	+ 7,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,7	- 5,9	- 2,0	- 1,0	- 1,5	+ 2,1	+ 10,0
2003 März	+ 0,8	- 6,6	+ 6,3	+ 0,7	+ 1,4	+ 2,0	- 6,6	- 2,0	+ 1,5	+ 1,8	- 1,3	+ 5,1
2003 April	+ 0,3	- 4,5	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,1	- 0,3	- 4,9	+ 1,2	+ 3,0	- 1,5	- 4,0	+ 2,9
2003 Mai	+ 0,4	- 3,8	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 2,2	- 4,4	- 1,9	± 0,0	- 0,5	- 0,2	+ 5,8
2003 Juni	- 2,0	- 1,6	+ 5,3	- 2,8	- 0,5	- 5,1	- 12,1	- 0,3	- 8,9	- 8,9	- 6,6	- 7,7
2003 Juli	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,1	- 0,4	- 1,8	- 1,2	+ 6,7
2003 Aug.	- 2,6	- 4,5	+ 1,2	- 2,8	- 2,4	- 3,8	- 9,2	- 0,5	- 1,1	- 7,3	+ 0,4	- 12,8
2003 Sept.	- 2,3	- 3,4	± 0,0	- 2,5	- 2,3	- 2,1	- 6,4	- 3,0	- 5,4	- 5,9	- 4,0	- 3,2
2003 Okt.	+ 1,1	- 2,6	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	- 2,7	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 1,1	+ 0,8
2003 Nov.	+ 0,6	- 3,2	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,7	- 3,3	- 2,5	- 0,7	- 2,0	+ 0,2	+ 4,3
2003 Dez.	+ 2,6	+ 5,7	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,2	- 0,5	+ 1,5	+ 4,9	+ 1,8	- 0,6	+ 7,6
2004 Jan.	+ 1,9	- 4,8	+ 5,0	+ 1,7	+ 2,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,2	- 1,2	+ 3,5	+ 2,4	- 3,0
2004 Febr.	+ 1,8	+ 10,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 4,5	- 1,3	- 0,8	+ 0,8	+ 2,7	+ 2,9	- 4,0	+ 0,7
2004 März	7) + 0,2	7) - 11,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	- 1,1	- 0,8	- 4,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,5
2004 April ^{x)}	7) + 1,8	7) - 9,7	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,9	+ 4,9	+ 5,5
2004 Mai ^{x)}	7) + 3,4	7) - 7,8	+ 2,3	+ 4,6	+ 3,6	+ 6,7	+ 8,4	+ 1,3	- 1,4	+ 3,6	+ 6,8	+ 8,3
2004 Juni ^{x)}	7) + 2,8	7) - 8,5	- 2,3	+ 4,4	+ 3,5	+ 7,2	+ 4,7	+ 0,1	- 1,4	+ 13,5	+ 3,6	+ 13,4
2004 Juli ^{+))}	7) + 2,3	7) - 9,5	+ 1,9	+ 3,4	+ 3,6	+ 4,5	+ 3,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 5,6	+ 5,5	+ 4,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — ¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ²⁾ Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ³⁾ Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung. — ⁴⁾ Einschließlich Erzbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — ⁵⁾ Einschließlich Her-

stellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — ⁶⁾ Einschließlich Druckgewerbe. — ⁷⁾ Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe vorläufig. — ^{x)} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das II. Quartal (Industrie: durchschnittlich - 2,6%). — ^{+))} Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das III. Quartal (Industrie: durchschnittlich - 2,6%).

IX. Konjunkturlage
3. Auftragseingang in der Industrie *)

 Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie insgesamt		davon:				davon:					
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten ¹⁾		Konsumgüter- produzenten ²⁾	
	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2000=100	Veränderung gegen Vorjahr %
Deutschland												
2000	99,9	+ 13,8	99,9	+ 8,2	100,0	+ 21,8	100,0	+ 14,2	100,0	+ 16,3	99,9	+ 4,2
2001	98,3	- 1,6	97,6	- 2,3	99,1	- 0,9	95,9	- 4,1	99,4	- 0,6	101,4	+ 1,5
2002	98,3	± 0,0	94,6	- 3,1	102,8	+ 3,7	96,4	+ 0,5	99,6	+ 0,2	99,0	- 2,4
2003	99,0	+ 0,7	94,7	+ 0,1	104,4	+ 1,6	97,8	+ 1,5	100,7	+ 1,1	95,4	- 3,6
2003 Juli	97,6	- 0,2	94,9	- 0,9	100,9	+ 0,6	98,1	+ 0,6	98,0	- 0,8	93,8	- 0,7
Aug.	89,9	- 2,0	87,3	- 3,5	93,2	± 0,0	89,5	± 0,0	89,5	- 3,1	92,9	- 3,2
Sept.	102,9	+ 1,1	98,4	+ 0,1	108,5	+ 2,2	100,9	+ 0,7	104,4	+ 2,6	102,8	- 4,3
Okt.	102,7	+ 2,4	99,1	+ 1,5	107,2	+ 3,4	102,5	+ 2,8	102,9	+ 2,4	102,8	+ 0,9
Nov.	102,5	+ 0,9	99,2	+ 1,8	106,6	- 0,2	102,1	+ 2,7	104,4	+ 0,8	95,6	- 4,7
Dez.	98,0	+ 6,8	89,7	+ 1,5	108,5	+ 12,9	91,1	+ 5,3	106,4	+ 9,0	86,9	+ 1,5
2004 Jan.	99,8	+ 1,2	93,7	+ 1,2	107,4	+ 1,1	101,9	+ 3,3	99,8	+ 0,6	93,0	- 3,5
Febr.	101,2	+ 2,4	95,9	+ 0,4	107,8	+ 4,8	102,2	+ 5,6	101,2	+ 1,5	98,4	- 3,6
März	111,1	+ 5,2	105,2	+ 5,2	118,6	+ 5,4	110,8	+ 5,3	113,1	+ 6,7	103,7	- 1,1
April	104,1	+ 7,1	98,0	+ 5,4	111,8	+ 9,1	106,3	+ 9,1	105,2	+ 6,8	92,8	+ 1,6
Mai	103,9	+ 11,6	95,1	+ 4,5	115,0	+ 20,2	105,0	+ 12,4	107,1	+ 13,3	88,3	+ 2,3
Juni	105,6	+ 4,9	98,4	+ 3,5	114,6	+ 6,4	107,3	+ 8,9	108,3	+ 2,9	89,3	+ 0,1
Juli ^{p)}	105,5	+ 8,1	99,5	+ 4,8	113,1	+ 12,1	106,6	+ 8,7	107,2	+ 9,4	95,4	+ 1,7
Westdeutschland												
2000	100,0	+ 13,6	99,9	+ 7,8	100,0	+ 21,4	99,9	+ 13,5	100,0	+ 16,3	99,9	+ 3,5
2001	97,8	- 2,2	97,2	- 2,7	98,6	- 1,4	95,1	- 4,8	99,2	- 0,8	101,2	+ 1,3
2002	97,3	- 0,5	93,7	- 3,6	101,6	+ 3,0	95,1	± 0,0	98,9	- 0,3	98,3	- 2,9
2003	97,6	+ 0,3	93,2	- 0,5	102,9	+ 1,3	95,7	+ 0,6	99,9	+ 1,0	94,3	- 4,1
2003 Juli	96,5	- 1,0	93,7	- 1,7	99,8	- 0,4	95,9	- 0,3	97,8	- 1,6	93,1	- 1,3
Aug.	88,6	- 1,8	85,6	- 4,0	92,2	+ 0,9	86,7	- 1,1	89,2	- 2,0	91,9	- 3,6
Sept.	101,3	+ 0,2	96,3	- 1,1	107,4	+ 1,8	98,6	- 0,2	103,4	+ 2,0	101,8	- 4,9
Okt.	101,1	+ 1,7	97,1	+ 0,6	106,0	+ 3,1	100,1	+ 1,9	101,9	+ 2,0	101,5	+ 0,4
Nov.	100,4	+ 0,1	97,4	+ 1,0	103,9	- 1,0	100,0	+ 1,7	102,2	+ 0,1	94,0	- 5,3
Dez.	96,0	+ 6,1	88,0	+ 1,3	105,5	+ 11,4	89,7	+ 4,9	103,4	+ 7,9	85,3	+ 0,6
2004 Jan.	98,1	+ 0,5	92,4	+ 0,7	105,0	+ 0,4	99,9	+ 4,1	98,4	- 1,0	91,9	- 3,8
Febr.	99,8	+ 1,9	94,2	- 0,6	106,5	+ 4,7	100,2	+ 5,1	100,1	+ 1,0	97,5	- 4,1
März	109,6	+ 5,2	103,6	+ 4,9	116,9	+ 5,6	108,3	+ 4,7	112,4	+ 7,1	102,6	- 1,3
April	102,8	+ 7,2	96,3	+ 5,1	110,7	+ 9,5	103,9	+ 9,1	104,9	+ 7,2	91,3	+ 1,4
Mai	102,3	+ 11,3	93,0	+ 3,9	113,4	+ 19,6	102,2	+ 11,8	106,2	+ 13,0	86,6	+ 1,9
Juni	103,6	+ 3,9	96,3	+ 3,3	112,3	+ 4,4	104,5	+ 8,4	106,8	+ 1,5	87,8	- 0,5
Juli ^{p)}	104,2	+ 8,0	97,9	+ 4,5	111,8	+ 12,0	104,0	+ 8,4	107,0	+ 9,4	94,1	+ 1,1
Ostdeutschland												
2000	100,0	+ 18,2	100,0	+ 13,9	99,9	+ 29,7	99,9	+ 20,7	100,0	+ 16,3	100,0	+ 15,1
2001	104,9	+ 4,9	102,4	+ 2,4	110,9	+ 11,0	106,0	+ 6,1	103,4	+ 3,4	106,1	+ 6,1
2002	111,0	+ 5,8	104,0	+ 1,6	127,8	+ 15,2	111,7	+ 5,4	110,7	+ 7,1	109,4	+ 3,1
2003	117,9	+ 6,2	110,8	+ 6,5	135,1	+ 5,7	122,8	+ 9,9	114,1	+ 3,1	112,7	+ 3,0
2003 Juli	112,2	+ 11,0	107,5	+ 6,5	123,6	+ 21,8	124,0	+ 10,2	101,3	+ 12,9	106,0	+ 7,9
Aug.	108,3	- 3,7	105,5	+ 1,2	115,0	- 13,1	121,1	+ 8,4	94,4	- 17,6	109,8	+ 2,1
Sept.	124,3	+ 11,2	121,1	+ 12,3	132,1	+ 8,7	128,4	+ 10,8	121,1	+ 13,5	119,9	+ 4,4
Okt.	124,9	+ 9,8	121,1	+ 10,2	134,0	+ 8,9	131,0	+ 12,7	118,7	+ 6,9	123,3	+ 7,5
Nov.	132,2	+ 11,2	118,4	+ 9,8	165,3	+ 13,6	127,3	+ 13,1	139,9	+ 10,7	121,6	+ 5,2
Dez.	127,3	+ 14,7	108,3	+ 3,3	173,1	+ 37,4	106,9	+ 7,9	152,5	+ 20,4	112,6	+ 14,0
2004 Jan.	122,6	+ 8,9	107,8	+ 6,4	158,4	+ 13,3	125,8	- 3,3	122,4	+ 29,3	110,1	- 0,1
Febr.	120,7	+ 8,7	114,3	+ 10,4	136,0	+ 5,3	125,4	+ 10,1	117,7	+ 8,0	112,6	+ 5,4
März	131,9	+ 6,2	122,6	+ 8,7	154,4	+ 1,7	139,7	+ 10,3	126,2	+ 2,7	121,8	+ 2,5
April	121,9	+ 5,9	116,0	+ 7,6	136,0	+ 2,6	135,1	+ 9,6	109,4	+ 1,9	116,0	+ 4,8
Mai	127,3	+ 16,7	117,6	+ 10,1	150,6	+ 31,3	136,6	+ 16,4	120,4	+ 19,1	114,7	+ 8,0
Juni	133,6	+ 17,3	120,7	+ 4,5	164,7	+ 49,7	139,4	+ 13,1	132,1	+ 24,9	114,1	+ 7,1
Juli ^{p)}	124,2	+ 10,7	116,7	+ 8,6	142,2	+ 15,0	138,1	+ 11,4	111,6	+ 10,2	115,9	+ 9,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschließlich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊)

Zeit	Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	insgesamt	davon:				insgesamt	davon:				insgesamt	davon:			
		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %		Wohnungsbau	gewerblicher Bau 1)	öffentlicher Bau	Veränderung gegen Vorjahr %
2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	2000 = 100	
2000	100,0	- 8,5	100,0	99,9	100,0	99,9	- 7,0	99,9	99,9	100,0	100,0	- 13,4	100,0	99,9	100,0
2001	94,5	- 5,5	82,8	96,9	99,0	97,4	- 2,5	87,6	99,9	100,7	85,2	- 14,8	68,3	86,4	94,2
2002	88,7	- 6,1	72,8	91,5	95,6	90,9	- 6,7	79,6	93,1	95,6	81,7	- 4,1	51,9	85,8	95,7
2003	79,2	- 10,7	67,5	78,5	87,4	80,8	- 11,1	74,5	78,3	87,8	74,2	- 9,2	46,1	79,2	86,2
2003 Juni	94,4	- 11,3	75,7	91,8	109,0	95,9	- 11,6	83,7	92,1	108,2	89,7	- 9,8	51,4	91,1	111,2
Juli	90,6	- 3,4	71,2	86,6	107,3	91,1	- 5,5	79,1	85,7	105,1	89,0	+ 4,2	46,9	89,9	113,5
Aug.	81,1	- 8,3	67,7	76,1	95,2	81,7	- 6,2	73,8	74,7	94,9	79,2	- 14,3	49,0	81,0	95,7
Sept.	91,2	- 10,5	76,3	88,8	103,1	91,2	- 11,8	84,9	85,3	102,3	90,9	- 6,4	50,2	101,3	105,4
Okt.	80,1	- 5,2	70,6	75,8	90,8	83,4	- 3,0	79,8	76,4	93,9	69,6	- 13,0	42,6	73,7	81,9
Nov.	69,2	- 7,5	62,0	73,5	68,7	71,0	- 3,8	69,5	74,0	68,5	63,1	- 19,0	39,1	71,7	69,3
Dez.	69,3	- 12,6	66,7	68,4	71,9	71,1	- 14,4	73,9	68,4	72,5	63,4	- 5,8	44,9	68,3	69,8
2004 Jan.	53,2	- 6,2	41,5	65,7	46,6	55,3	- 5,5	47,8	67,6	45,4	46,6	- 9,0	22,1	58,6	49,7
Febr.	66,2	+ 2,8	58,3	75,3	60,8	67,3	- 0,3	64,7	79,2	54,9	62,6	+ 15,3	38,8	61,8	77,7
März	81,9	- 7,7	70,7	72,7	99,2	83,4	- 9,1	81,0	70,8	99,8	77,0	- 2,5	39,2	79,3	97,4
April	77,1	- 6,4	62,8	72,4	91,2	78,7	- 7,3	71,6	73,3	89,5	71,9	- 3,5	36,1	69,4	95,9
Mai	75,8	- 8,3	66,7	65,2	93,4	77,0	- 5,6	73,8	64,3	94,1	71,9	- 16,6	44,9	68,3	91,5
Juni	89,6	- 5,1	72,8	82,6	107,9	92,0	- 4,1	82,3	83,7	107,8	82,0	- 8,6	43,9	78,6	108,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vor-

reitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — ◊ Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze *)
Deutschland

Kalenderbereinigt ◊)

Zeit	Einzelhandel 1)										Nachrichtlich:					
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:										darunter					
	Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Kosmetische, pharmazeutische und medizinische Produkte 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)		Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf 2)		Einzelhandel zuzüglich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und zuzüglich Tankstellen			Einzelhandel mit Kraftwagen 3)				
insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr in %	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr in %	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr			
2000 = 100	nicht bereinigt	preisbereinigt 4)	2000 = 100	%	2000 = 100	%	2000 = 100	%	2000 = 100	%	2000 = 100	nicht bereinigt	preisbereinigt 4)	2000 = 100	%	
1996	96,8	- 0,2	- 1,1	96,7	- 0,5	81,6	+ 3,6	103,0	- 1,2	96,2	- 1,4	95,9	+ 0,9	+ 0,1	91,0	+ 5,7
1997	96,1	- 0,7	- 1,3	96,0	- 0,7	83,4	+ 2,2	101,4	- 1,6	95,4	- 0,8	96,0	+ 0,1	- 0,4	94,4	+ 3,7
1998	97,0	+ 0,9	+ 1,0	97,3	+ 1,4	88,1	+ 5,6	100,2	- 1,2	98,3	+ 3,0	97,5	+ 1,6	+ 1,3	98,9	+ 4,8
1999	97,5	+ 0,5	+ 0,2	97,8	+ 0,5	94,4	+ 7,2	99,9	- 0,3	97,3	- 1,0	98,3	+ 0,8	+ 0,5	102,2	+ 3,3
2000	100,0	+ 2,6	+ 1,4	99,8	+ 2,0	100,1	+ 6,0	99,9	± 0,0	99,9	+ 2,7	100,0	+ 1,7	+ 0,4	100,0	- 2,2
2001	101,9	+ 1,9	.	104,7	+ 4,9	107,4	+ 7,3	99,5	- 0,4	96,6	- 3,3	102,0	+ 2,0	.	102,9	+ 2,9
2002	100,3	- 1,6	- 2,2	107,5	+ 2,7	111,2	+ 3,5	94,5	- 5,0	89,0	- 7,9	101,3	- 0,7	- 1,4	105,9	+ 2,9
2003	100,1	- 0,2	- 0,3	109,9	+ 2,2	114,1	+ 2,6	89,7	- 5,1	88,2	- 0,9	101,8	+ 0,5	+ 0,2	108,8	+ 2,7
2003 Juli	98,0	- 0,9	- 1,0	109,8	+ 2,9	116,3	+ 3,2	86,3	- 6,4	84,5	- 2,9	102,3	+ 0,8	+ 0,4	118,1	+ 5,9
Aug.	93,8	- 1,5	- 1,7	108,5	+ 3,2	106,6	- 1,8	76,1	- 10,5	80,8	- 3,6	95,5	- 0,2	- 0,7	101,5	+ 4,2
Sept.	97,5	- 1,9	- 2,3	105,3	+ 1,4	109,8	+ 0,2	95,4	- 5,8	84,6	- 3,4	99,1	- 0,6	- 1,2	105,6	+ 4,1
Okt.	104,6	+ 0,1	- 0,3	112,3	+ 3,1	115,9	+ 2,7	105,8	- 2,3	93,4	+ 0,1	106,1	+ 0,9	+ 0,2	113,2	+ 3,3
Nov.	104,5	- 0,5	- 1,1	112,4	+ 1,8	116,7	+ 3,3	89,9	- 7,6	95,9	- 1,0	105,1	- 0,1	- 1,0	109,6	+ 1,4
Dez.	122,5	+ 0,2	- 0,2	130,2	+ 2,0	144,6	+ 12,4	110,4	- 6,6	104,4	- 1,2	117,5	- 0,2	- 0,9	101,1	- 1,8
2004 Jan.	90,1	- 1,6	- 1,7	100,7	+ 1,7	101,0	- 7,8	74,3	- 6,3	79,0	+ 1,7	89,1	- 1,8	- 2,0	86,3	- 2,5
Febr.	86,0	- 3,4	- 2,6	97,5	- 1,4	100,3	- 5,2	67,8	- 1,5	77,1	- 0,6	87,1	- 3,3	- 3,1	91,9	- 3,4
März	100,4	- 2,1	- 1,5	111,4	- 1,8	112,7	+ 1,2	88,0	- 6,8	92,8	- 2,4	103,1	- 3,2	- 3,1	113,9	- 6,3
April	100,1	- 1,8	- 1,9	110,6	- 0,6	112,5	+ 0,4	95,5	+ 3,4	91,3	- 0,9	103,4	- 1,7	- 2,2	115,9	- 1,6
Mai	96,1	- 2,8	- 3,4	108,6	± 0,0	108,1	- 2,1	85,6	- 6,7	86,5	- 2,4	99,7	- 2,9	- 3,8	113,1	- 2,9
Juni	94,2	- 2,3	- 2,7	105,8	- 2,8	110,5	- 0,1	81,4	- 4,7	83,5	+ 0,5	97,6	- 3,2	- 3,8	110,4	- 5,7
Juli	96,6	- 1,4	- 1,9	108,5	- 1,2	116,3	± 0,0	86,2	- 0,1	84,2	- 0,4	100,2	- 2,1	- 2,8	113,7	- 3,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Angaben ab 2003 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten erfahrungsgemäß besonders unsicher. — ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Handel mit Kraftfahr-

zeugen und ohne Tankstellen. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschließlich Kraftwagenteilen und Zubehör. — 4 Bis einschließlich 2000 in Preisen von 1995, ab 2001 in Preisen von 2000.

IX. Konjunkturlage
6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) 2)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 3)		Kurz- arbeiter 2)	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 2) 5)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 2)	Arbeitslose 2)		Arbeits- losen- quote 2) 6) %	Offene Stellen 2) Tsd			
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beitendes Ge- werbe 2)				Tsd	Bau- haupt- gewerbe 4)			Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	%
		%	Tsd														
Deutschland																	
2001	38 923	+ 0,4	+ 172	34 843	+ 0,3	6 395	958	123	243	352	3 853	- 37	9,4	507			
2002	38 698	- 0,6	- 225	34 598	- 0,7	6 217	7) 883	207	192	340	4 061	+ 209	9,8	452			
2003	38 316	- 1,0	- 382	34 146	- 1,3	8) 6 136	817	195	140	260	4 377	+ 315	10,5	355			
2003 Aug.	38 383	- 0,9	- 355	34 260	- 1,2	6 145	836	150	131	222	4 316	+ 296	10,4	356			
Sept.	38 589	- 0,8	- 317			6 146	835	169	133	233	4 208	+ 265	10,1	330			
Okt.	38 715	- 0,7	- 254			6 114	824	163	138	242	4 151	+ 220	10,0	297			
Nov.	38 690	- 0,5	- 199	34 421	- 0,9	6 096	814	162	140	245	4 184	+ 157	10,0	275			
Dez.	38 517	- 0,4	- 164			6 060	790	149	135	235	4 315	+ 89	10,4	258			
2004 Jan.	37 714	- 0,4	- 147			6 035	737	164	123	217	9) 4 597	9) + 37	9) 11,0	277			
Febr.	37 713	- 0,3	- 131	33 519	- 0,7	6 019	711	186	117	203	4 641	+ 15	11,1	309			
März	37 892	- 0,3	- 105			6 018	10) 728	197	109	200	4 547	+ 30	10,9	324			
April	38 097	- 0,3	- 101			6 013	10) 745	177	102	199	4 443	+ 32	10,7	324			
Mai	38 183	- 0,3	- 100	33 888	- 0,7	6 004	10) 748	171	103	197	4 293	+ 43	11) 10,3	319			
Juni	o) 38 241	o) - 0,3	o) - 122			6 006	10) 752	162	109	p) 184	4 233	+ 62	10,2	305			
Juli	138	116	p) 164	4 360	+ 83	10,5	297			
Aug.	107	119	p) 156	4 347	+ 110	10,5	287			
Westdeutschland 12)																	
2001	5 769	696	94	53	202	2 321	- 60	7,2	436			
2002	5 593	7) 654	162	42	198	2 498	+ 178	7,7	378			
2003	8) 5 503	607	160	30	161	2 753	+ 255	8,4	292			
2003 Aug.	5 507	617	119	28	140	2 724	+ 246	8,3	287			
Sept.	5 507	617	139	27	149	2 653	+ 213	8,1	261			
Okt.	5 476	609	136	27	157	2 637	+ 187	8,0	237			
Nov.	5 459	603	135	26	159	2 665	+ 144	8,1	222			
Dez.	5 427	587	122	25	152	2 750	+ 102	8,4	212			
2004 Jan.	5 401	553	135	22	139	9) 2 927	9) + 71	9) 8,9	234			
Febr.	5 386	535	151	21	131	2 945	+ 49	8,9	263			
März	5 384	10) 548	159	21	129	2 871	+ 52	8,7	275			
April	5 377	10) 559	143	21	130	2 805	+ 50	8,5	274			
Mai	5 368	10) 560	139	22	130	2 710	+ 58	11) 8,2	265			
Juni	5 368	10) 562	133	23	p) 122	2 669	+ 65	8,1	253			
Juli	112	25	p) 109	2 760	+ 79	8,4	247			
Aug.	84	25	p) 103	2 764	+ 92	8,4	239			
Ostdeutschland 13)																	
2001	626	262	29	190	150	1 532	+ 23	17,3	71			
2002	624	7) 229	45	150	142	1 563	+ 31	17,7	74			
2003	8) 632	210	35	110	99	1 624	+ 61	18,5	63			
2003 Aug.	638	219	31	104	82	1 592	+ 50	18,2	69			
Sept.	639	218	30	106	83	1 554	+ 52	17,8	69			
Okt.	638	215	27	112	85	1 514	+ 34	17,3	60			
Nov.	637	211	27	113	86	1 519	+ 13	17,4	53			
Dez.	633	203	27	110	83	1 565	- 14	17,9	46			
2004 Jan.	634	183	29	101	78	9) 1 670	9) - 33	9) 19,1	43			
Febr.	633	175	35	96	72	1 696	- 33	19,4	46			
März	633	10) 181	37	89	70	1 676	- 22	19,2	49			
April	637	10) 186	34	81	69	1 639	- 18	18,8	51			
Mai	637	10) 188	32	81	67	1 583	- 15	11) 18,3	54			
Juni	638	10) 190	29	85	p) 62	1 565	- 3	18,1	53			
Juli	26	91	p) 55	1 600	+ 4	18,5	50			
Aug.	24	94	p) 53	1 582	+ 18	18,3	48			

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Arbeitnehmer: Durchschnitt; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt. — 1 Inlandskonzept. — 2 Jahreswerte: Eigene Berechnung; die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — 3 Einschl. tätiger Inhaber. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Ergebnisse ab März 2002 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Baubetriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmens-

registers festgestellt worden sind. — 8 Ergebnisse ab 2003 positiv beeinflusst durch erstmalige Einbeziehung meldepflichtiger Betriebe, die im Zuge des Aufbaus des Unternehmensregisters festgestellt worden sind. — 9 Ab Januar 2004 Arbeitslose ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 10 Bis zur Anpassung an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung vorläufig. — 11 Ab Mai 2004 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 12 Ohne West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe einschließlich derjenigen in West-Berlin. — 13 Einschließlich West-Berlin; Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie Bauhauptgewerbe ohne diejenigen in West-Berlin. — o Erste vorläufige Schätzung.

IX. Konjunkturlage

7. Preise
Deutschland

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex 2) 3)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 4)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnmieten 2)	Wohnmieten							
	2000 = 100								1995 = 100	2000 = 100			
Indexstand													
1999	98,6	100,6	100,3	87,7	99,0	98,8	99,3 2)	97,0	89,9	97,0	90,8	57,6	83,1
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	95,4	100,0	100,0	100,0	100,0
2001	102,0	105,1	100,3	105,7	102,5	101,2	100,3	103,0	100,8	101,0	100,6	91,4	91,9
2002	103,4	106,1	101,1	106,0	105,0	102,6	100,2	102,4	94,6	100,8	98,4	86,1	91,1
2003	104,5	106,0	101,4	110,2	106,4	103,8	100,3	104,1	94,8	100,6	96,2	82,9	86,9
2002 Nov.	103,0	103,6	101,0	105,1	104,5	103,0	100,2	102,2	94,8	100,7	97,3	80,5	90,8
Dez.	104,0	104,0	100,9	105,6	107,9	103,0		102,4	94,4	100,7	97,9	87,2	89,6
2003 Jan.	104,0	105,3	101,4	110,7	105,1	103,2		103,8	94,8	100,9	98,2	92,2	88,3
Febr.	104,5	105,9	101,6	113,0	105,9	103,4	100,3	104,2	96,4	101,0	98,5	97,3	89,7
März	104,6	106,3	101,6	113,8	105,6	103,5		104,4	94,8	101,0	98,0	89,5	88,3
April	104,3	106,6	101,4	110,2	105,8	103,7		104,2	94,6	100,9	96,5	76,0	87,8
Mai	104,1	106,8	101,4	108,2	105,6	103,7	100,3	103,9	93,9	100,5	95,2	72,5	83,5
Juni	104,4	107,1	101,3	108,8	106,1	103,8		103,9	95,4	100,3	95,1	77,0	81,3
Juli	104,6	106,3	101,1	109,2	107,4	103,8		104,1	92,4	100,3	95,2	81,5	82,7
Aug.	104,6	105,1	101,0	110,4	107,7	103,9	100,3	104,1	94,0	100,4	95,8	86,4	85,2
Sept.	104,5	105,6	101,4	109,7	106,7	103,9		104,2	97,4	100,5	95,7	78,7	87,5
Okt.	104,5	105,7	101,4	110,0	106,4	103,9		104,2	96,2	100,4	95,5	81,0	88,7
Nov.	104,3	105,5	101,4	109,5	105,8	104,1	100,3	104,2	97,6	100,4	95,5	81,7	91,0
Dez.	105,1	105,7	101,4	109,4	109,0	104,1		104,2	96,1	100,2	95,1	80,7	89,4
2004 Jan.	105,2	106,9	102,1	110,5	107,2	104,4		104,0	96,6	100,2	95,2	82,6	92,8
Febr.	105,4	106,4	101,9	110,2	108,3	104,5	100,5	104,1	97,8	100,3	95,3	82,2	96,2
März	105,7	106,1	103,1	111,4	108,0	104,6		104,7	98,2	100,8	96,4	91,2	103,5
April	106,0	106,3	103,3	113,1	108,1	104,7		105,1	96,8	101,1	96,9	94,9	105,1
Mai	106,2	106,6	103,1	116,1	108,1	104,7	101,4	105,6 p)	96,0	101,3	97,6	104,5	101,1
Juni	106,2	106,7	103,1	114,2	108,6	104,8		105,5 p)	97,7	101,1	97,0	100,8	99,1
Juli	106,5	106,0	102,8	115,5	109,9	104,8		106,1	...	101,2	97,3	104,7	97,6
Aug.	106,7	104,9	102,8	117,3	110,3	105,0	114,3	94,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
1999	+ 0,6	- 1,1	+ 0,1	+ 4,0	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3 2)	- 1,0	- 6,0	- 0,5	- 0,5	+ 37,1	- 6,2
2000	+ 1,4	- 0,6	- 0,3	+ 14,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7 2)	+ 3,1	+ 6,1	+ 3,1	+ 10,1	+ 73,6	+ 20,3
2001	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 5,7	+ 2,5	+ 1,2	+ 0,3	+ 3,0	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,6	- 8,6	- 8,1
2002	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,4	- 0,1	- 0,6	- 6,2	- 0,2	- 2,2	- 5,8	- 0,9
2003	+ 1,1	- 0,1	+ 0,3	+ 4,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,2	- 0,2	- 2,2	- 3,7	- 4,6
2002 Nov.	+ 1,2	- 0,9	+ 0,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 0,2	- 5,7	+ 0,1	- 0,9	+ 12,1	+ 3,9
Dez.	+ 1,2	- 1,1	+ 0,1	+ 4,1	+ 2,0	+ 1,4		+ 0,6	- 5,4	+ 0,1	- 0,1	+ 23,2	+ 2,9
2003 Jan.	+ 1,1	- 3,1	± 0,0	+ 7,0	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,5	- 3,5	+ 0,2	- 0,1	+ 25,1	- 1,1
Febr.	+ 1,3	- 1,9	+ 0,1	+ 8,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,9	- 3,0	+ 0,3	- 0,3	+ 26,0	- 2,1
März	+ 1,2	- 1,4	+ 0,1	+ 7,4	+ 1,2	+ 1,1		+ 1,7	- 4,9	+ 0,1	- 1,5	- 0,1	- 6,4
April	+ 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,3		+ 1,7	- 1,5	- 0,1	- 3,2	- 19,5	- 6,2
Mai	+ 0,7	- 0,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 0,4	- 4,0	- 20,7	- 8,0
Juni	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,2		+ 1,4	+ 1,8	- 0,6	- 3,1	- 8,7	- 9,6
Juli	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,1		+ 1,9	- 1,2	- 0,5	- 2,4	- 3,0	- 7,5
Aug.	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 4,0	+ 1,4	+ 1,1	± 0,0	+ 2,0	+ 0,6	- 0,4	- 2,1	- 1,7	- 5,2
Sept.	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,1		+ 2,0	+ 3,0	- 0,4	- 2,6	- 15,3	- 4,7
Okt.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,0		+ 1,7	+ 2,0	- 0,4	- 2,8	- 10,5	- 3,7
Nov.	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,4	+ 4,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,0	+ 3,0	- 0,3	- 1,8	+ 1,5	+ 0,2
Dez.	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,1		+ 1,8	+ 1,8	- 0,5	- 2,9	- 7,5	- 0,2
2004 Jan.	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,7	- 0,2	+ 2,0	+ 1,2		+ 0,2	+ 1,9	- 0,7	- 3,1	- 10,4	+ 5,1
Febr.	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	- 2,5	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,5	- 0,7	- 3,2	- 15,5	+ 7,2
März	+ 1,1	- 0,2	+ 1,5	- 2,1	+ 2,3	+ 1,1		+ 0,3	+ 3,6	- 0,2	- 1,6	+ 1,9	+ 17,2
April	+ 1,6	- 0,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,0		+ 0,9	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 24,9	+ 19,7
Mai	+ 2,0	- 0,2	+ 1,7	+ 7,3	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6 p)	+ 2,2	+ 0,8	+ 2,5	+ 44,1	+ 21,1
Juni	+ 1,7	- 0,4	+ 1,8	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,0		+ 1,5 p)	+ 2,4	+ 0,8	+ 2,0	+ 30,9	+ 21,9
Juli	+ 1,8	- 0,3	+ 1,7	+ 5,8	+ 2,3	+ 1,0		+ 1,9	...	+ 0,9	+ 2,2	+ 28,5	+ 18,0
Aug.	+ 2,0	- 0,2	+ 1,8	+ 6,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 32,3	+ 11,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe.— 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesam-

tes. — 3 Früher: Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWA-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe.

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte *)
Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 355,4	.	941,4	.	426,2	.	1 367,6	.	1 917,5	.	250,1	.	13,0
1992	1 467,3	8,3	1 003,0	6,5	473,9	11,2	1 476,9	8,0	2 054,3	7,1	266,1	6,4	13,0
1993	1 505,9	2,6	1 032,7	3,0	511,2	7,9	1 543,9	4,5	2 120,6	3,2	261,3	- 1,8	12,3
1994	1 528,1	1,5	1 029,3	- 0,3	529,4	3,6	1 558,6	1,0	2 181,9	2,9	254,0	- 2,8	11,6
1995	1 577,1	3,2	1 037,9	- 0,8	553,7	4,6	1 591,7	2,1	2 256,4	3,4	252,1	- 0,7	11,2
1996	1 594,0	1,1	1 032,7	- 0,5	595,7	7,6	1 628,3	2,3	2 307,5	2,3	249,5	- 1,0	10,8
1997	1 591,3	- 0,2	1 015,9	- 1,6	609,6	2,3	1 625,5	- 0,2	2 356,5	2,1	244,7	- 1,9	10,4
1998	1 624,3	2,1	1 038,9	2,3	621,5	1,9	1 660,3	2,1	2 422,8	2,8	249,6	2,0	10,3
1999	855,4	3,0	549,2	3,4	327,5	3,1	876,7	3,3	1 281,1	3,4	125,1	- 1,9	9,8
2000	884,7	3,4	571,8	4,1	336,8	2,8	908,6	3,6	1 325,8	3,5	129,0	3,1	9,7
2001	904,2	2,2	592,9	3,7	348,1	3,3	941,0	3,6	1 377,6	3,9	140,4	8,8	10,2
2002	911,2	0,8	595,3	0,4	364,4	4,7	959,7	2,0	1 388,5	0,8	146,3	4,2	10,5
2003	909,8	- 0,2	590,5	- 0,8	373,9	2,6	964,4	0,5	1 406,4	1,3	151,1	3,3	10,7
2002 3.Vj.	227,5	1,1	152,7	0,6	91,6	5,6	244,3	2,5	342,2	1,0	30,7	4,9	9,0
4.Vj.	254,3	0,3	164,4	0,1	91,5	4,1	255,8	1,5	357,9	1,2	34,1	6,4	9,5
2003 1.Vj.	211,2	0,3	137,0	- 0,6	94,1	3,1	231,1	0,9	352,4	2,1	50,1	5,6	14,2
2.Vj.	218,7	- 0,1	138,9	- 1,0	92,7	2,8	231,6	0,5	349,4	1,8	35,3	3,8	10,1
3.Vj.	227,2	- 0,1	151,6	- 0,7	93,1	1,7	244,7	0,2	346,0	1,1	32,0	4,3	9,3
4.Vj.	252,7	- 0,6	163,0	- 0,8	94,0	2,8	257,0	0,5	358,6	0,2	33,7	- 1,1	9,4
2004 1.Vj.	211,5	0,2	138,8	1,3	95,7	1,8	234,5	1,5	356,6	1,2	50,9	1,5	14,3
2.Vj.	218,5	- 0,1	141,1	1,6	93,4	0,7	234,4	1,2	354,8	1,5	36,9	4,4	10,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2004. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich emp-

fangene monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft					Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)						
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) 2)	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)		
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis			auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				
	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr	1995 = 100	% gegen Vorjahr		
1995	100,0	4,9	100,0	4,6	100,0	3,2	100,0	6,1	100,0	5,5	100,0	4,1
1996	102,6	2,6	102,4	2,4	101,4	1,4	103,8	3,8	102,9	2,9	102,9	2,9
1997	104,1	1,5	103,9	1,5	101,7	0,3	105,8	1,9	104,6	1,7	104,7	1,7
1998	106,1	1,9	105,8	1,8	102,7	1,0	107,7	1,8	106,4	1,7	106,4	1,6
1999	109,1	2,9	108,7	2,7	104,3	1,5	110,9	3,0	109,4	2,9	108,3	1,8
2000	111,3	2,0	110,8	2,0	105,9	1,6	113,2	2,0	111,6	2,0	111,2	2,7
2001	113,5	2,0	113,0	2,0	107,9	1,9	115,2	1,8	113,6	1,8	113,7	2,2
2002	116,6	2,7	116,0	2,7	109,5	1,5	118,9	3,2	117,3	3,2	116,0	2,0
2003	118,9	2,0	118,5	2,1	110,8	1,1	122,0	2,6	120,3	2,5	.	.
2002 3.Vj.	120,4	2,7	119,9	2,8	109,3	1,9	128,2	3,7	126,4	3,7	112,9	3,4
4.Vj.	132,0	2,8	131,4	2,8	121,8	1,5	132,0	3,4	130,2	3,4	125,4	2,3
2003 1.Vj.	109,2	2,8	108,8	3,0	104,0	1,9	109,7	3,2	108,2	3,1	.	.
2.Vj.	110,0	2,2	109,7	2,3	106,7	1,5	112,0	2,6	110,5	2,6	.	.
3.Vj.	122,8	2,0	122,4	2,1	110,4	1,1	131,1	2,3	129,3	2,3	.	.
4.Vj.	133,5	1,1	133,0	1,2	122,1	0,2	135,1	2,3	133,2	2,3	.	.
2004 1.Vj.	111,1	1,7	110,9	1,9	104,9	0,9	113,2	3,2	111,7	3,3	.	.
2.Vj.	111,7	1,5	111,4	1,6	107,3	0,6	113,5	1,3	112,0	1,4	.	.
2004 Jan.	110,8	1,9	110,6	2,1	.	.	112,3	2,3	110,8	2,4	.	.
Febr.	110,8	1,9	110,6	2,1	.	.	112,4	2,4	110,9	2,5	.	.
März	111,7	1,4	111,5	1,6	.	.	115,0	4,8	113,5	4,9	.	.
April	111,3	1,1	111,1	1,3	.	.	113,1	0,8	111,6	0,8	.	.
Mai	112,0	1,8	111,7	2,0	.	.	114,2	2,2	112,7	2,3	.	.
Juni	111,7	1,4	111,5	1,6	.	.	113,3	1,0	111,8	1,1	.	.
Juli	147,9	0,5	147,6	0,7	.	.	169,1	1,1	166,9	1,2	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch auf Grund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2004. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung

sowie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2001 1	2002	2003	2003	2004					
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	April	Mai	Juni	
A. Leistungsbilanz	- 16 684	+ 54 455	+ 24 856	+ 17 338	+ 13 285	+ 8 174	+ 338	+ 3 378	+ 4 458	
1. Außenhandel										
Ausfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	1 033 862	1 063 218	1 036 195	271 362	265 149	286 241	94 118	92 421	99 702	
Einfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	960 211	929 666	927 716	240 683	237 083	252 393	83 458	81 183	87 752	
Saldo	+ 73 651	+ 133 551	+ 108 481	+ 30 680	+ 28 066	+ 33 847	+ 10 660	+ 11 237	+ 11 950	
2. Dienstleistungen										
Einnahmen	321 672	329 844	325 956	84 373	75 027	84 381	25 973	28 748	29 660	
Ausgaben	322 038	316 728	310 311	80 060	77 615	77 785	25 434	25 058	27 293	
Saldo	- 369	+ 13 114	+ 15 645	+ 4 313	- 2 587	+ 6 597	+ 539	+ 3 690	+ 2 368	
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 38 582	- 44 110	- 43 418	- 4 954	- 5 232	- 15 260	- 6 696	- 5 801	- 2 763	
4. laufende Übertragungen										
fremde Leistungen	78 798	85 305	80 753	19 375	31 698	14 912	4 699	4 987	5 226	
eigene Leistungen	130 182	133 400	136 606	32 076	38 661	31 922	8 864	10 736	12 322	
Saldo	- 51 387	- 48 097	- 55 851	- 12 700	- 6 964	- 17 010	- 4 165	- 5 749	- 7 096	
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 6 574	+ 10 977	+ 13 434	+ 7 373	+ 2 940	+ 3 805	+ 669	+ 2 313	+ 823	
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 34 165	- 65 808	- 50 462	- 3 558	- 14 033	- 14 503	- 8 492	- 7 137	+ 1 126	
1. Direktinvestitionen	- 112 440	- 4 718	- 13 125	- 9 650	- 28 862	- 13 377	- 2 922	- 1 601	- 8 854	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 316 489	- 151 328	- 118 595	- 27 248	- 25 860	- 20 486	- 7 853	- 1 004	- 11 629	
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 204 055	+ 146 610	+ 105 471	+ 17 598	- 3 002	+ 7 108	+ 4 931	- 598	+ 2 775	
2. Wertpapieranlagen	+ 67 948	+ 114 633	+ 17 608	+ 10 500	+ 5 196	+ 2 524	- 3 012	- 23 965	+ 29 501	
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 281 866	- 175 759	- 283 802	- 64 325	- 89 883	- 60 999	- 29 834	- 18 741	- 12 424	
Dividendenwerte	- 101 583	- 40 365	- 67 741	- 26 302	- 31 309	- 21 806	- 2 503	- 4 512	- 14 791	
festverzinsliche Wertpapiere	- 155 875	- 89 592	- 172 769	- 25 429	- 46 358	- 30 631	- 8 740	- 16 661	- 5 230	
Geldmarktpapiere	- 24 411	- 45 803	- 43 291	- 12 594	- 12 216	- 8 563	- 18 592	+ 2 432	+ 7 597	
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 349 814	+ 290 394	+ 301 412	+ 74 827	+ 95 080	+ 63 523	+ 26 822	- 5 224	+ 41 925	
Dividendenwerte	+ 232 553	+ 88 853	+ 103 619	+ 45 746	+ 19 925	+ 1 812	- 12 856	- 221	+ 14 889	
festverzinsliche Wertpapiere	+ 113 135	+ 133 670	+ 191 829	+ 34 639	+ 53 431	+ 64 784	+ 27 151	+ 12 569	+ 25 064	
Geldmarktpapiere	+ 4 129	+ 67 869	+ 5 965	- 5 559	+ 21 725	- 3 072	+ 12 526	- 17 571	+ 1 973	
3. Finanzderivate	- 856	- 10 785	- 13 090	- 4 075	+ 6 241	- 1 537	- 26	- 1 579	+ 68	
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	- 6 632	- 162 664	- 71 674	- 13 924	- 6 000	+ 1 005	+ 155	+ 19 344	- 18 494	
Eurosysteem	+ 5 032	+ 18 185	+ 11 236	- 1 350	- 1 888	+ 2 307	+ 1 148	- 188	+ 1 347	
öffentliche Stellen	+ 2 545	- 8 160	- 4 974	- 1 862	- 6 638	- 2 426	- 1 204	+ 672	- 1 894	
Monetäre Finanzinstitute 2)	+ 3 256	- 138 175	- 18 946	- 17 625	- 30	+ 16 825	+ 2 151	+ 27 120	- 12 446	
langfristig	- 24 190	+ 19 536	+ 1 293	+ 1 574	- 17 319	- 5 298	- 10 392	+ 4 721	+ 373	
kurzfristig	+ 27 446	- 157 704	- 20 240	- 19 199	+ 17 289	+ 22 123	+ 12 543	+ 22 399	- 12 819	
Unternehmen und Privatpersonen	- 17 462	- 34 518	- 58 988	+ 6 916	+ 2 553	- 15 703	- 1 940	- 8 261	- 5 502	
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 17 815	- 2 277	+ 29 817	+ 13 589	+ 9 390	- 3 118	- 2 687	+ 664	- 1 095	
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 44 278	+ 372	+ 12 172	- 21 153	- 2 192	+ 2 526	+ 7 486	+ 1 447	- 6 407	

* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland. — 2 Ohne Eurosystem.

X. Außenwirtschaft
**2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)**

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern 7)	Kapitalbilanz 7)	Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 8)	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	Nachrichtlich: Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten 8)
	Saldo der Leistungsbilanz 1)	Außenhandel 1) 2) 3)	Ergänzungen zum Warenhandel 4) 5)	Dienstleistungen 6)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen					
Mio DM											
1990 o)	+ 73 021	+ 105 382	- 3 833	- 26 118	+ 32 859	- 35 269	- 4 975	- 89 497	- 11 611	+ 33 062	- 10 976
1991	- 36 298	+ 21 899	- 2 804	- 30 724	+ 33 144	- 57 812	- 4 565	+ 12 614	+ 9 605	+ 18 643	- 319
1992	- 30 013	+ 33 656	- 1 426	- 44 983	+ 33 962	- 51 222	- 1 963	+ 69 792	+ 52 888	+ 15 072	- 68 745
1993	- 23 062	+ 60 304	- 3 038	- 52 549	+ 27 373	- 55 151	- 1 915	+ 21 442	+ 22 795	- 19 260	+ 35 766
1994	- 46 749	+ 71 762	- 1 104	- 62 803	+ 4 852	- 59 455	- 2 637	+ 57 871	+ 2 846	- 11 332	- 12 242
1995	- 38 642	+ 85 303	- 4 722	- 63 985	+ 178	- 55 416	- 3 845	+ 63 647	- 10 355	- 10 805	- 17 754
1996	- 20 643	+ 98 538	- 5 264	- 64 743	+ 1 815	- 50 989	- 3 283	+ 23 607	+ 1 882	- 1 564	+ 1 610
1997	- 14 916	+ 116 467	- 7 360	- 68 696	- 2 588	- 52 738	+ 52	+ 31	+ 6 640	+ 8 193	+ 8 468
1998	- 20 677	+ 126 970	- 5 934	- 75 072	- 13 337	- 53 304	+ 1 289	+ 32 810	- 7 128	- 6 295	- 8 231
1999	- 43 915	+ 127 542	- 13 656	- 90 099	- 18 775	- 48 927	+ 301	- 44 849	+ 24 517	+ 64 548	- 72 364
2000	- 54 471	+ 115 645	- 13 505	- 95 967	- 5 166	- 55 478	+ 13 345	+ 55 434	+ 11 429	- 25 737	+ 94 329
2001	+ 3 421	+ 186 771	- 10 499	- 98 323	- 20 889	- 53 639	- 756	- 51 306	+ 11 797	+ 36 844	+ 63 911
Mio €											
1999	- 22 454	+ 65 211	- 6 982	- 46 067	- 9 599	- 25 016	- 154	- 22 931	+ 12 535	+ 33 003	- 36 999
2000	- 27 851	+ 59 128	- 6 905	- 49 067	- 2 641	- 28 366	+ 6 823	+ 28 343	+ 5 844	- 13 159	+ 48 230
2001	+ 1 749	+ 95 495	- 5 368	- 50 272	- 10 680	- 27 425	- 387	- 26 233	+ 6 032	+ 18 838	+ 32 677
2002	+ 45 670	+ 132 788	- 5 968	- 36 422	- 16 844	- 27 883	- 212	- 70 724	+ 2 065	+ 23 201	- 33 292
2003	+ 48 062	+ 132 215	- 7 335	- 35 537	- 12 515	- 28 767	+ 316	- 55 015	+ 445	+ 6 192	+ 2 658
2001 3.Vj.	- 2 466	+ 25 547	- 1 768	- 16 479	- 3 518	- 6 250	- 446	- 2 722	- 2 165	+ 7 798	- 13 360
4.Vj.	+ 8 737	+ 25 303	- 703	- 7 447	- 1 050	- 7 365	- 479	- 46 370	+ 2 085	+ 36 027	+ 36 688
2002 1.Vj.	+ 9 445	+ 33 328	- 1 028	- 10 633	- 6 722	- 5 500	+ 160	+ 5 740	- 1 352	- 13 993	- 18 496
2.Vj.	+ 10 420	+ 31 721	- 1 383	- 8 605	- 2 682	- 8 631	- 75	- 9 488	+ 2 432	- 3 289	+ 1 694
3.Vj.	+ 9 507	+ 35 543	- 1 552	- 12 652	- 5 563	- 6 269	+ 62	- 17 554	+ 87	+ 7 899	- 17 588
4.Vj.	+ 16 299	+ 32 195	- 2 005	- 4 532	- 1 877	- 7 483	- 359	- 49 422	+ 898	+ 32 584	+ 1 099
2003 1.Vj.	+ 9 124	+ 29 949	- 2 049	- 8 307	- 4 690	- 5 779	- 30	- 13 099	- 1 495	+ 5 500	+ 3 444
2.Vj.	+ 8 698	+ 30 436	- 1 860	- 8 340	- 3 649	- 7 890	+ 149	- 25 399	+ 1 505	+ 15 047	+ 22 123
3.Vj.	+ 11 377	+ 39 533	- 1 582	- 13 275	- 4 479	- 8 820	+ 208	+ 3 279	- 751	- 14 113	- 15 902
4.Vj.	+ 18 863	+ 32 297	- 1 844	- 5 615	+ 303	- 6 278	- 12	- 19 796	+ 1 186	- 241	- 7 008
2004 1.Vj.	+ 21 277	+ 41 150	- 1 483	- 8 878	- 3 942	- 5 571	+ 430	- 14 387	+ 205	- 7 526	- 6 821
2.Vj.	+ 26 209	+ 43 042	- 2 223	- 7 566	+ 46	- 7 090	+ 206	- 67 869	- 339	+ 41 793	+ 30 993
2002 Febr.	+ 2 642	+ 10 558	- 323	- 2 995	- 1 228	- 3 370	- 155	- 5 211	+ 67	+ 2 656	+ 1 535
März	+ 6 441	+ 12 245	- 198	- 3 814	+ 955	- 2 746	- 162	+ 1 044	+ 328	- 7 651	- 2 116
April	+ 2 949	+ 10 015	- 910	- 2 509	- 620	- 3 027	- 148	+ 330	+ 1 657	- 4 788	- 9 839
Mai	+ 3 584	+ 10 408	- 565	- 3 230	- 557	- 2 472	+ 47	+ 492	+ 1 379	- 5 501	+ 3 826
Juni	+ 3 887	+ 11 299	+ 92	- 2 866	- 1 506	- 3 132	+ 26	- 10 310	- 603	+ 7 000	+ 7 707
Juli	+ 1 110	+ 13 224	- 770	- 3 705	- 5 416	- 2 224	- 203	- 11 194	- 548	+ 10 836	- 15 567
Aug.	+ 2 031	+ 10 477	- 312	- 5 856	- 921	- 1 359	+ 86	- 4 630	+ 886	+ 1 627	+ 5 579
Sept.	+ 6 367	+ 11 842	- 471	- 3 092	+ 773	- 2 686	+ 179	- 1 730	- 252	- 4 564	+ 3 559
Okt.	+ 3 087	+ 11 529	- 364	- 3 826	- 966	- 3 287	- 82	- 21 706	+ 570	+ 18 132	- 5 279
Nov.	+ 8 450	+ 12 283	- 632	- 1 346	+ 446	- 2 301	- 137	- 5 800	- 842	- 1 670	+ 4 265
Dez.	+ 4 762	+ 8 383	- 1 009	+ 640	- 1 357	- 1 895	- 139	- 21 916	+ 1 171	+ 16 122	+ 2 112
2003 Jan.	- 1 449	+ 9 184	- 1 024	- 3 327	- 5 184	- 1 098	+ 461	- 3 299	- 97	+ 4 384	+ 6 799
Febr.	+ 4 067	+ 10 880	- 635	- 2 974	- 522	- 2 682	- 504	- 22 519	- 320	+ 19 276	+ 677
März	+ 6 507	+ 9 886	- 390	- 2 006	+ 1 016	- 2 000	+ 13	+ 12 719	- 1 078	- 18 160	- 4 032
April	+ 3 320	+ 9 425	- 752	- 2 310	- 339	- 2 704	- 126	- 3 365	+ 1 449	- 1 278	+ 1 477
Mai	+ 3 186	+ 10 416	- 549	- 2 775	- 1 379	- 2 527	+ 156	- 7 420	- 854	+ 4 932	+ 22 684
Juni	+ 2 191	+ 10 595	- 559	- 3 255	- 1 931	- 2 659	+ 119	- 14 614	+ 910	+ 11 393	- 2 037
Juli	+ 1 677	+ 14 374	- 695	- 3 648	- 5 401	- 2 953	+ 62	+ 3 144	+ 225	- 5 109	- 16 353
Aug.	+ 1 792	+ 10 609	- 356	- 5 401	- 74	- 2 987	+ 224	- 7 334	- 717	+ 6 036	- 3 057
Sept.	+ 7 908	+ 14 550	- 531	- 4 227	+ 997	- 2 880	- 78	+ 7 469	- 259	- 15 040	+ 3 508
Okt.	+ 6 595	+ 11 061	- 510	- 3 786	+ 1 704	- 1 874	- 27	- 4 471	- 255	- 1 842	- 21 689
Nov.	+ 5 254	+ 10 607	- 591	- 1 543	- 320	- 2 899	+ 49	- 4 277	+ 521	- 1 547	+ 14 870
Dez.	+ 7 015	+ 10 629	- 742	- 286	- 1 081	- 1 505	- 35	- 11 048	+ 921	+ 3 148	- 190
2004 Jan.	+ 1 642	+ 12 487	- 640	- 4 140	- 5 528	- 537	+ 53	- 1 592	- 206	+ 103	+ 5 619
Febr.	+ 6 338	+ 12 111	- 369	- 2 318	- 471	- 2 615	- 130	+ 4 471	- 26	- 10 652	+ 556
März	+ 13 297	+ 16 552	- 473	- 2 420	+ 2 057	- 2 419	+ 507	- 17 265	+ 437	+ 3 024	- 12 996
April	+ 9 739	+ 14 278	- 524	- 3 105	+ 835	- 1 745	+ 82	- 37 457	- 628	+ 28 264	+ 315
Mai	+ 8 762	+ 14 084	- 889	- 1 839	- 99	- 2 495	- 29	- 12 412	+ 607	+ 3 073	+ 9 981
Juni	+ 7 709	+ 14 681	- 810	- 2 622	- 689	- 2 850	+ 153	- 18 000	- 318	+ 10 457	+ 20 697
Juli p)	+ 3 060	+ 13 522	- 1 239	- 3 593	- 2 503	- 3 128	+ 183	- 475	+ 847	- 3 615	- 1 588

o Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Ergebnisse ab Anfang 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3 Ab Januar 1993 einschl. der Zuschätzungen für nicht meldepflichtigen Außen-

handel, die bis Dezember 1992 in den Ergänzungen zum Warenverkehr enthalten sind. — 4 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 5 S. Fußnote 3. — 6 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 7 Kapitalexport: -. — 8 Zunahme: -. —

X. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland
nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2001	2002	2003	2004		April	Mai	Juni	Juli p)
					Jan. / Jun.	März				
Alle Länder 1)	Ausfuhr	638 268	651 320	664 185	362 510	64 931	61 738	60 683	62 903	62 549
	Einfuhr	542 774	518 532	531 970	278 317	48 379	47 460	46 599	48 223	49 027
	Saldo	+ 95 495	+ 132 788	+ 132 215	+ 84 192	+ 16 552	+ 14 278	+ 14 084	+ 14 681	+ 13 522
I. Europäische Länder	Ausfuhr	461 512	470 873	490 496	268 871	48 432	45 539	45 102	46 672	...
	Einfuhr	384 901	372 955	385 358	200 959	35 389	34 036	33 358	34 426	...
	Saldo	+ 76 611	+ 97 918	+ 105 139	+ 67 912	+ 13 044	+ 11 503	+ 11 744	+ 12 246	...
1. EU-Länder (25)	Ausfuhr	401 887	408 286	426 298	232 380	41 916	39 269	38 850	39 980	...
	Einfuhr	325 968	314 981	325 614	170 079	30 360	28 583	28 400	28 731	...
	Saldo	+ 75 919	+ 93 304	+ 100 684	+ 62 301	+ 11 556	+ 10 686	+ 10 450	+ 11 249	...
nachrichtlich: EU-Länder (15)	Ausfuhr	351 611	354 813	369 763	201 160	36 119	33 666	33 483	35 047	...
	Einfuhr	277 034	262 849	268 295	140 678	24 712	22 807	24 075	24 840	...
	Saldo	+ 74 577	+ 91 964	+ 101 468	+ 60 482	+ 11 407	+ 10 859	+ 9 409	+ 10 206	...
EWU-Länder	Ausfuhr	275 384	276 270	288 458	157 598	28 316	26 348	26 306	27 596	...
	Einfuhr	221 680	211 642	217 853	114 953	19 998	18 778	19 743	20 211	...
	Saldo	+ 53 704	+ 64 628	+ 70 605	+ 42 645	+ 8 317	+ 7 570	+ 6 563	+ 7 385	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	35 187	34 108	38 412	21 810	4 089	3 687	3 654	3 914	...
	Einfuhr	28 521	26 505	27 710	14 769	2 699	2 440	2 469	2 685	...
	Saldo	+ 6 666	+ 7 603	+ 10 702	+ 7 041	+ 1 390	+ 1 247	+ 1 186	+ 1 229	...
Frankreich	Ausfuhr	69 601	68 721	69 413	37 504	6 775	6 367	6 179	6 619	...
	Einfuhr	49 743	48 200	48 832	26 159	4 512	4 203	4 749	4 763	...
	Saldo	+ 19 858	+ 20 521	+ 20 581	+ 11 345	+ 2 263	+ 2 164	+ 1 430	+ 1 857	...
Italien	Ausfuhr	47 119	47 335	48 597	26 608	4 759	4 309	4 394	4 621	...
	Einfuhr	35 280	33 482	33 670	17 194	3 041	2 798	2 936	3 077	...
	Saldo	+ 11 839	+ 13 853	+ 14 927	+ 9 413	+ 1 719	+ 1 511	+ 1 459	+ 1 544	...
Niederlande	Ausfuhr	40 011	40 463	41 711	21 907	3 875	3 511	3 660	3 868	...
	Einfuhr	43 233	40 751	44 404	22 625	3 915	3 621	3 735	3 918	...
	Saldo	- 3 222	- 288	- 2 694	- 718	- 40	- 109	- 75	- 51	...
Österreich	Ausfuhr	33 486	33 863	35 637	18 826	3 368	3 220	3 117	3 229	...
	Einfuhr	20 664	21 047	21 026	11 741	2 178	2 197	1 962	1 931	...
	Saldo	+ 12 822	+ 12 816	+ 14 611	+ 7 085	+ 1 191	+ 1 022	+ 1 154	+ 1 298	...
Spanien	Ausfuhr	27 841	29 436	32 314	18 560	3 185	3 156	3 287	3 202	...
	Einfuhr	15 226	15 532	16 421	8 583	1 441	1 365	1 487	1 466	...
	Saldo	+ 12 615	+ 13 903	+ 15 893	+ 9 977	+ 1 744	+ 1 791	+ 1 800	+ 1 736	...
Anderer EU-Länder	Ausfuhr	126 503	132 016	137 840	74 782	13 600	12 921	12 544	12 384	...
	Einfuhr	104 288	103 339	107 761	55 126	10 361	9 805	8 658	8 520	...
	Saldo	+ 22 215	+ 28 677	+ 30 079	+ 19 656	+ 3 239	+ 3 116	+ 3 887	+ 3 864	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	52 764	53 761	55 580	30 344	5 457	5 033	4 949	5 233	...
	Einfuhr	37 259	33 075	31 961	16 132	2 904	2 597	2 762	2 918	...
	Saldo	+ 15 505	+ 20 685	+ 23 619	+ 14 212	+ 2 553	+ 2 436	+ 2 187	+ 2 315	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	59 624	62 588	64 198	36 491	6 516	6 271	6 251	6 692	...
	Einfuhr	58 933	57 974	59 744	30 880	5 029	5 454	4 958	5 695	...
	Saldo	+ 692	+ 4 614	+ 4 454	+ 5 611	+ 1 487	+ 817	+ 1 294	+ 996	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	175 203	178 818	172 236	92 980	16 394	16 097	15 498	16 088	...
	Einfuhr	157 199	144 950	145 910	77 037	12 930	13 365	13 198	13 751	...
	Saldo	+ 18 003	+ 33 869	+ 26 326	+ 15 943	+ 3 464	+ 2 732	+ 2 300	+ 2 338	...
1. Afrika	Ausfuhr	12 042	11 797	12 079	6 416	1 072	1 247	1 026	1 161	...
	Einfuhr	11 356	10 248	9 846	4 681	925	707	691	905	...
	Saldo	+ 686	+ 1 549	+ 2 233	+ 1 735	+ 148	+ 540	+ 335	+ 256	...
2. Amerika	Ausfuhr	89 801	89 081	79 617	41 865	7 326	7 451	6 849	7 202	...
	Einfuhr	59 575	52 822	51 322	26 537	4 395	4 702	4 736	4 967	...
	Saldo	+ 30 226	+ 36 259	+ 28 295	+ 15 328	+ 2 931	+ 2 749	+ 2 113	+ 2 235	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	67 824	68 263	61 669	32 192	5 624	5 692	5 305	5 574	...
	Einfuhr	45 982	40 376	39 046	20 165	3 161	3 669	3 697	3 820	...
	Saldo	+ 21 842	+ 27 887	+ 22 624	+ 12 027	+ 2 464	+ 2 023	+ 1 608	+ 1 755	...
3. Asien	Ausfuhr	68 936	72 915	75 539	42 090	7 532	6 968	7 202	7 278	...
	Einfuhr	84 220	79 892	82 991	44 833	7 404	7 818	7 641	7 689	...
	Saldo	- 15 285	- 6 977	- 7 453	- 2 742	+ 128	- 849	- 439	- 412	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	14 130	15 045	15 503	8 282	1 519	1 271	1 490	1 438	...
	Einfuhr	5 434	4 696	4 460	2 036	344	295	411	384	...
	Saldo	+ 8 696	+ 10 349	+ 11 043	+ 6 246	+ 1 175	+ 975	+ 1 080	+ 1 054	...
Japan	Ausfuhr	13 103	12 576	11 838	6 200	1 203	952	902	1 020	...
	Einfuhr	22 910	19 896	19 139	10 514	1 892	1 889	1 757	1 715	...
	Saldo	- 9 807	- 7 320	- 7 301	- 4 314	- 690	- 937	- 855	- 695	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	12 118	14 571	18 201	10 863	1 838	2 004	1 891	1 927	...
	Einfuhr	19 942	21 338	25 024	13 949	2 180	2 424	2 382	2 485	...
	Saldo	- 7 824	- 6 768	- 6 823	- 3 086	- 342	- 420	- 491	- 559	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	4 424	5 026	5 001	2 609	464	431	421	448	...
	Einfuhr	2 048	1 988	1 751	987	207	139	130	189	...
	Saldo	+ 2 375	+ 3 038	+ 3 250	+ 1 622	+ 257	+ 292	+ 290	+ 259	...
Nachrichtlich:										
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	24 735	25 282	24 557	13 596	2 418	2 219	2 347	2 349	...
	Einfuhr	28 351	26 660	26 581	13 938	2 256	2 409	2 379	2 383	...
	Saldo	- 3 616	- 1 377	- 2 023	- 343	+ 162	- 190	- 32	- 35	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

X. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen							übrige Dienstleistungen			Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	zusammen	darunter:				
								Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
1999	- 46 067	- 35 468	+ 2 882	+ 1 005	- 1 896	+ 1 997	- 14 588	- 2 245	- 403	- 756	- 8 843	
2000	- 49 067	- 37 249	+ 3 386	+ 1 668	- 3 012	+ 2 221	- 16 081	- 2 757	- 753	- 512	- 2 129	
2001	- 50 272	- 37 955	+ 4 151	+ 1 079	- 2 455	+ 3 488	- 18 581	- 2 538	- 619	- 257	- 10 424	
2002	- 36 422	- 35 445	+ 2 750	+ 1 380	- 1 461	+ 5 237	- 8 883	- 2 035	+ 403	- 144	- 16 700	
2003	- 35 537	- 36 869	+ 1 825	+ 1 529	- 882	+ 5 050	- 6 190	- 1 863	+ 1 419	- 86	- 12 428	
2002 4.Vj.	- 4 532	- 6 677	+ 1 072	+ 425	+ 100	+ 1 253	- 704	- 465	+ 250	+ 24	- 1 901	
2003 1.Vj.	- 8 307	- 6 921	+ 168	+ 449	- 293	+ 1 273	- 2 983	- 574	+ 473	+ 216	- 4 906	
2.Vj.	- 8 340	- 9 127	+ 695	+ 355	- 193	+ 1 203	- 1 272	- 485	+ 177	- 85	- 3 565	
3.Vj.	- 13 275	- 13 994	+ 453	+ 339	- 369	+ 1 316	- 1 020	- 410	+ 439	- 240	- 4 239	
4.Vj.	- 5 615	- 6 827	+ 509	+ 386	- 26	+ 1 257	- 915	- 393	+ 330	+ 22	+ 281	
2004 1.Vj.	- 8 878	- 7 018	+ 517	+ 351	- 188	+ 1 317	- 3 858	- 342	+ 214	+ 210	- 4 152	
2.Vj.	- 7 566	- 8 965	+ 1 529	+ 255	- 344	+ 1 438	- 1 478	- 303	- 13	- 57	+ 103	
2003 Sept.	- 4 227	- 4 490	+ 103	+ 48	- 170	+ 444	- 162	- 103	+ 97	- 84	+ 1 081	
Okt.	- 3 786	- 3 904	+ 37	+ 85	- 37	+ 380	- 347	- 133	+ 100	- 0	+ 1 704	
Nov.	- 1 543	- 1 778	+ 183	+ 176	+ 2	+ 383	- 509	- 99	+ 92	- 8	- 312	
Dez.	- 286	- 1 144	+ 289	+ 125	+ 9	+ 494	- 58	- 161	+ 139	+ 30	- 1 111	
2004 Jan.	- 4 140	- 2 378	+ 32	+ 103	- 0	+ 437	- 2 333	- 143	+ 31	+ 67	- 5 595	
Febr.	- 2 318	- 1 907	+ 134	+ 112	+ 7	+ 426	- 1 091	- 93	+ 114	+ 64	- 534	
März	- 2 420	- 2 733	+ 351	+ 136	- 195	+ 455	- 434	- 105	+ 68	+ 80	+ 1 977	
April	- 3 105	- 2 689	+ 578	+ 66	- 125	+ 470	- 1 405	- 83	- 58	- 20	+ 855	
Mai	- 1 839	- 2 557	+ 256	+ 121	- 24	+ 453	- 88	- 107	+ 61	- 25	- 74	
Juni	- 2 622	- 3 719	+ 695	+ 68	- 195	+ 515	+ 14	- 113	- 17	- 12	- 677	
Juli	- 3 593	- 3 387	+ 307	+ 168	+ 43	+ 485	- 1 208	- 114	+ 69	- 76	- 2 427	

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet.— 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten.— 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärische Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen.— 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m.— 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)			Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen			
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften							
1999	- 25 016	- 17 348	- 15 428	- 13 846	- 1 920	- 7 667	- 3 429	- 4 239	- 154	- 1 351	+ 1 197
2000	- 28 366	- 19 094	- 17 100	- 15 398	- 1 995	- 9 271	- 3 458	- 5 814	- 1 599	- 1 189	- 410
2001	- 27 425	- 16 927	- 14 257	- 12 587	- 2 670	- 10 499	- 3 520	- 6 978	- 387	- 1 361	+ 974
2002	- 27 883	- 16 207	- 13 045	- 11 214	- 3 162	- 11 676	- 3 470	- 8 206	- 212	- 1 416	+ 1 204
2003	- 28 767	- 18 793	- 15 397	- 13 732	- 3 396	- 9 974	- 3 332	- 6 642	+ 316	- 1 235	+ 1 551
2002 4.Vj.	- 7 483	- 4 477	- 3 232	- 2 998	- 1 245	- 3 006	- 868	- 2 139	- 359	- 565	+ 207
2003 1.Vj.	- 5 779	- 3 317	- 2 297	- 1 628	- 1 020	- 2 463	- 833	- 1 629	- 30	- 253	+ 223
2.Vj.	- 7 890	- 5 403	- 5 375	- 4 790	- 28	- 2 487	- 833	- 1 654	+ 149	- 276	+ 425
3.Vj.	- 8 820	- 6 017	- 4 896	- 4 650	- 1 121	- 2 803	- 833	- 1 970	+ 208	- 249	+ 457
4.Vj.	- 6 278	- 4 057	- 2 829	- 2 665	- 1 227	- 2 222	- 833	- 1 389	- 12	- 457	+ 445
2004 1.Vj.	- 5 571	- 3 337	- 2 466	- 1 822	- 871	- 2 233	- 795	- 1 438	+ 430	- 254	+ 684
2.Vj.	- 7 090	- 4 404	- 4 474	- 4 187	+ 70	- 2 687	- 795	- 1 892	+ 206	- 239	+ 445
2003 Sept.	- 2 880	- 1 864	- 1 662	- 1 603	- 202	- 1 016	- 278	- 738	- 78	- 91	+ 13
Okt.	- 1 874	- 1 071	- 631	- 514	- 441	- 803	- 278	- 525	- 27	- 87	+ 60
Nov.	- 2 899	- 2 161	- 1 684	- 1 674	- 477	- 739	- 278	- 461	+ 49	- 229	+ 278
Dez.	- 1 505	- 824	- 515	- 477	- 310	- 681	- 278	- 403	- 35	- 141	+ 107
2004 Jan.	- 537	+ 278	+ 501	+ 863	- 223	- 815	- 265	- 550	+ 53	- 84	+ 137
Febr.	- 2 615	- 1 912	- 1 547	- 1 388	- 366	- 702	- 265	- 437	- 130	- 95	- 36
März	- 2 419	- 1 703	- 1 420	- 1 296	- 282	- 716	- 265	- 451	+ 507	- 75	+ 582
April	- 1 745	- 851	- 941	- 859	+ 90	- 894	- 265	- 629	+ 82	- 71	+ 153
Mai	- 2 495	- 1 475	- 1 538	- 1 422	+ 63	- 1 020	- 265	- 755	- 29	- 91	+ 62
Juni	- 2 850	- 2 078	- 1 995	- 1 906	- 82	- 773	- 265	- 508	+ 153	- 77	+ 230
Juli	- 3 128	- 2 130	- 1 617	- 1 501	- 514	- 997	- 265	- 732	+ 183	- 87	+ 270

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.— 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen).— 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m.— 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2001	2002	2003	2003		2004				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 270 632	- 249 672	- 174 719	+ 7 919	- 18 278	- 77 020	- 10 199	+ 9 811	+ 7 849	- 8 927
1. Direktinvestitionen 1)	- 41 185	- 9 161	- 2 268	- 3 041	+ 1 085	+ 10 210	- 2 503	- 415	- 1 229	+ 596
Beteiligungskapital	- 70 254	- 38 266	- 13 052	- 2 297	- 2 324	+ 21 155	- 1 091	- 1 183	+ 478	+ 797
reinvestierte Gewinne 2)	+ 17 892	+ 16 224	+ 1 380	+ 345	+ 345	+ 325	+ 149	+ 108	- 68	+ 272
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 16 260	+ 20 639	+ 18 881	+ 939	+ 6 329	- 9 760	+ 935	+ 1 309	- 346	+ 55
übrige Anlagen	- 5 083	- 7 759	- 9 477	- 2 029	- 3 265	- 1 511	- 2 496	- 650	- 1 294	- 528
2. Wertpapieranlagen	- 124 375	- 65 848	- 32 323	- 1 554	- 10 668	- 25 990	- 31 569	- 10 966	- 13 225	- 10 647
Dividendenwerte 3)	- 10 581	- 4 832	+ 7 628	- 734	- 5 969	+ 1 230	+ 926	- 3 383	+ 202	+ 2 012
Investmentzertifikate 4)	- 20 222	- 6 995	- 4 253	- 240	- 467	- 7 059	- 2 526	- 347	- 520	- 130
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 95 067	- 49 056	- 37 811	- 860	- 6 645	- 26 144	- 25 642	- 6 633	- 10 061	- 10 358
Geldmarktpapiere	+ 1 495	+ 4 965	+ 2 112	+ 280	+ 2 412	+ 5 983	- 4 327	- 603	- 2 846	- 2 171
3. Finanzderivate 6)	+ 6 829	- 863	- 493	- 384	- 36	- 1 255	+ 2 236	+ 922	+ 538	- 468
4. Kredite	- 110 515	- 172 208	- 137 045	+ 13 575	- 7 988	- 58 969	+ 22 456	+ 20 334	+ 22 227	+ 1 802
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 130 648	- 132 536	- 122 307	+ 29 417	- 10 941	- 36 597	- 14 365	+ 5 540	+ 3 599	+ 4 411
langfristig	- 47 636	- 33 790	- 32 556	- 8 176	- 4 882	+ 3 570	+ 5 597	+ 6 776	+ 704	- 2 825
kurzfristig	- 83 012	- 98 746	- 89 750	+ 37 593	- 6 059	- 40 167	- 19 962	- 1 236	+ 2 895	+ 7 236
Unternehmen und Privatpersonen	- 19 861	- 10 830	- 16 234	- 113	+ 9 965	- 17 505	+ 4 860	+ 3 812	- 2 268	- 1 144
langfristig	- 2 502	- 1 187	- 2 729	- 565	- 888	- 669	- 480	- 38	- 194	- 472
kurzfristig 7)	- 17 360	- 9 643	- 13 505	+ 452	+ 10 853	- 16 836	+ 5 340	+ 3 850	- 2 074	- 672
Staat	+ 15 980	+ 7 168	+ 1 265	- 160	+ 1 021	+ 1 158	+ 64	+ 511	+ 333	+ 481
langfristig	+ 257	+ 218	+ 692	+ 274	+ 115	+ 305	+ 7	- 23	- 6	+ 117
kurzfristig 7)	+ 15 723	+ 6 950	+ 572	- 434	+ 906	+ 853	+ 57	+ 534	+ 339	+ 364
Bundesbank	+ 24 015	- 36 010	+ 230	- 15 569	- 8 033	- 6 025	+ 31 896	+ 10 471	+ 20 563	- 1 946
5. sonstige Kapitalanlagen 9)	- 1 385	- 1 592	- 2 590	- 677	- 670	- 1 016	- 819	- 65	- 462	- 211
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 244 399	+ 178 948	+ 119 704	- 4 640	- 1 518	+ 62 633	- 57 670	- 22 223	- 25 849	+ 8 452
1. Direktinvestitionen 1)	+ 23 622	+ 38 269	+ 11 400	+ 5 829	- 12 994	- 32 076	- 5 025	- 37	- 1 919	- 1 809
Beteiligungskapital	+ 29 702	+ 29 311	+ 27 956	+ 3 906	+ 11 409	+ 5 014	- 2 515	+ 1 692	- 4 152	- 66
reinvestierte Gewinne 2)	- 20 520	- 13 008	- 5 484	- 1 371	- 1 371	- 6 898	- 910	- 433	- 45	+ 44
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 14 584	+ 22 162	- 10 886	+ 3 266	- 22 980	- 30 246	- 1 581	- 1 286	+ 2 287	- 1 779
übrige Anlagen	- 143	- 197	- 186	+ 27	- 52	+ 54	- 19	- 11	- 10	- 8
2. Wertpapieranlagen	+ 150 870	+ 109 783	+ 91 276	- 4 798	+ 31 075	+ 34 063	+ 1 523	+ 1 744	+ 4 952	+ 20 237
Dividendenwerte 3)	+ 86 812	+ 15 712	+ 24 204	+ 2 989	+ 20 306	+ 2 793	- 11 739	- 5 661	+ 17 587	+ 3 625
Investmentzertifikate	+ 951	- 673	- 1 530	- 802	+ 278	- 835	- 981	- 238	- 545	+ 3 659
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 80 299	+ 83 473	+ 69 243	+ 6 343	+ 14 389	+ 42 914	+ 15 436	+ 8 682	- 13 352	+ 14 001
Geldmarktpapiere	- 17 191	+ 11 271	- 642	- 13 328	- 3 897	- 12 479	- 1 193	- 1 039	+ 1 262	- 1 049
3. Kredite	+ 69 859	+ 30 814	+ 17 005	- 5 676	- 19 580	+ 60 603	- 54 247	- 23 937	- 28 886	- 9 972
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 54 341	+ 28 453	+ 12 160	- 9 428	- 19 300	+ 57 886	- 52 845	- 23 432	- 29 308	- 7 257
langfristig	+ 4 425	+ 18 379	- 4 512	- 7 407	+ 6 012	- 8 845	- 1 543	+ 497	- 63	- 506
kurzfristig	+ 49 916	+ 10 075	+ 16 672	- 2 021	- 25 312	+ 66 730	- 51 302	- 23 929	- 29 245	- 6 750
Unternehmen und Privatpersonen	+ 12 008	+ 3 332	- 820	+ 1 032	+ 1 068	+ 7 908	- 3 371	- 162	- 606	- 1 805
langfristig	+ 11 743	+ 5 250	- 1 901	+ 1 345	+ 57	+ 3 078	+ 95	- 183	+ 560	- 158
kurzfristig 7)	+ 265	- 1 918	+ 1 081	- 314	+ 1 011	+ 4 830	- 3 467	+ 21	- 1 166	- 1 647
Staat	+ 879	- 1 625	+ 3 682	+ 2 302	- 1 186	- 4 188	+ 2 534	+ 754	+ 576	- 421
langfristig	- 217	- 125	+ 4 861	+ 158	+ 1 178	- 2 208	+ 1 359	+ 812	- 669	+ 596
kurzfristig 7)	+ 1 096	- 1 500	- 1 179	+ 2 460	- 2 365	- 1 980	+ 1 176	- 58	+ 1 245	- 1 017
Bundesbank	+ 2 631	+ 653	+ 1 983	+ 418	- 161	- 1 002	- 564	- 1 097	+ 452	- 489
4. sonstige Kapitalanlagen	+ 47	+ 83	+ 24	+ 6	- 19	+ 43	+ 79	+ 7	+ 5	- 4
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	- 26 233	- 70 724	- 55 015	+ 3 279	- 19 796	- 14 387	- 67 869	- 12 412	- 18 000	- 475

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbrieft Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

X. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten			Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)	
	insgesamt	Währungsreserven				Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte						Forde- rungen an die EZB 2)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	–	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	–	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen							Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position der Bundesbank (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)	
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)			sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2003 März	98 240	82 530	34 100	8 348	40 083	312	14 908	490	10 599	87 641
April	93 702	79 453	33 442	8 123	37 888	312	13 496	441	9 126	84 575
Mai	70 456	78 904	34 252	7 871	36 781	312	– 9 216	455	9 818	60 638
Juni	73 550	78 425	33 435	8 292	36 698	312	– 5 663	476	10 537	63 014
Juli	90 714	79 218	34 759	8 289	36 170	312	10 710	474	10 375	80 339
Aug.	98 605	84 197	37 546	8 583	38 068	312	13 592	504	11 060	87 545
Sept.	91 894	81 206	36 491	8 492	36 223	312	9 902	474	10 879	81 016
Okt.	113 947	81 401	36 595	8 539	36 267	312	31 794	440	11 319	102 628
Nov.	97 130	79 624	36 705	8 374	34 545	312	16 742	452	10 518	86 612
Dez.	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004 Jan.	89 895	76 992	35 834	7 726	33 432	312	12 135	456	10 522	79 374
Febr.	87 987	76 089	34 930	7 736	33 423	312	11 140	446	10 078	77 910
März	104 464	79 717	38 266	7 610	33 841	312	23 981	454	9 545	94 920
April	102 021	78 143	35 849	7 880	34 414	312	23 134	432	9 694	92 327
Mai	89 877	76 473	35 705	7 685	33 083	312	12 641	451	8 537	81 340
Juni	69 837	76 996	35 793	7 390	33 813	312	– 7 951	480	9 003	60 834
Juli	70 865	76 076	35 721	7 395	32 960	312	– 6 009	486	8 545	62 320
Aug.	87 570	77 171	37 195	7 395	32 581	312	9 455	632	7 755	79 815

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl.

Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2000	320 874	43 462	277 412	152 752	124 660	116 971	7 689	446 060	52 663	393 397	309 024	84 373	63 093	21 280
2001	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2002 4)	331 671	63 817	267 854	148 913	118 941	111 406	7 535	533 423	57 696	475 727	387 850	87 877	62 622	25 255
2003	357 399	86 627	270 772	154 953	115 819	108 515	7 304	543 186	54 822	488 364	400 431	87 933	60 464	27 469
2004 Febr.	373 952	100 262	273 690	158 957	114 733	106 933	7 800	525 880	61 515	464 365	379 646	84 719	55 887	28 832
März	383 299	101 332	281 967	162 540	119 427	112 036	7 391	523 358	58 687	464 671	373 242	91 429	60 912	30 517
April	378 176	98 826	279 350	161 096	118 254	110 603	7 651	516 565	57 255	459 310	371 128	88 182	57 028	31 154
Mai	375 102	94 057	281 045	161 579	119 466	111 809	7 657	518 986	56 858	462 128	372 372	89 756	57 967	31 789
Juni	383 333	96 394	286 939	163 660	123 279	115 754	7 525	525 509	54 845	470 664	379 253	91 411	60 242	31 169
Juli	384 727	99 250	285 477	164 940	120 537	112 958	7 579	521 160	53 175	467 985	377 346	90 639	58 787	31 852
Industrieländer 2)														
2000	262 284	42 488	219 796	132 570	87 226	81 391	5 835	407 513	50 184	357 329	294 569	62 760	51 078	11 682
2001	298 904	61 403	237 501	151 047	86 454	79 453	7 001	466 206	57 861	408 345	340 344	68 001	54 364	13 637
2002 4)	278 074	62 861	215 213	133 509	81 704	75 996	5 708	493 155	55 770	437 385	372 464	64 921	50 731	14 190
2003	305 754	85 390	220 364	140 280	80 084	75 236	4 848	499 436	53 087	446 349	383 919	62 430	48 210	14 220
2004 Febr.	323 349	98 758	224 591	144 333	80 258	74 980	5 278	480 772	59 120	421 652	362 647	59 005	44 087	14 918
März	331 633	99 757	231 876	147 990	83 886	78 987	4 899	476 713	56 284	420 429	355 947	64 482	48 285	16 197
April	326 684	97 406	229 278	146 701	82 577	77 612	4 965	470 049	54 973	415 076	353 847	61 229	44 745	16 484
Mai	333 646	92 672	240 974	151 041	89 933	84 613	5 320	480 255	54 711	425 544	358 690	66 854	48 839	18 015
Juni	341 730	95 129	246 601	153 095	93 506	88 252	5 254	487 219	52 718	434 501	365 438	69 063	51 545	17 518
Juli	342 717	97 853	244 864	154 277	90 587	85 286	5 301	482 661	51 086	431 575	363 602	67 973	50 079	17 894
EU-Länder 2)														
2000	177 782	39 563	138 219	78 298	59 921	55 718	4 203	323 049	45 473	277 576	237 583	39 993	32 457	7 536
2001	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2002 4)	200 930	60 118	140 812	84 643	56 169	51 693	4 476	402 561	52 503	350 058	307 920	42 138	32 650	9 488
2003	225 973	81 430	144 543	89 392	55 151	51 459	3 692	411 811	50 304	361 507	321 010	40 497	30 855	9 642
2004 Febr.	244 375	92 678	151 697	95 345	56 352	52 249	4 103	392 919	53 931	338 988	300 405	38 583	28 560	10 023
März	251 007	93 160	157 847	99 577	58 270	54 521	3 749	384 501	50 947	333 554	290 940	42 614	31 286	11 328
April	247 132	90 875	156 257	99 192	57 065	53 335	3 730	378 851	49 982	328 869	289 006	39 863	28 413	11 450
Mai	255 423	86 130	169 293	103 970	65 323	61 205	4 118	391 604	49 732	341 872	295 897	45 975	33 084	12 891
Juni	259 865	88 680	171 185	103 659	67 526	63 401	4 125	396 192	47 760	348 432	301 273	47 159	34 708	12 451
Juli	260 893	90 783	170 110	105 315	64 795	60 688	4 107	393 232	46 239	346 993	300 284	46 709	33 963	12 746
darunter: EWU-Mitgliedsländer 1)														
2000	120 976	22 737	98 239	52 976	45 263	42 389	2 874	247 830	33 698	214 132	185 595	28 537	23 569	4 968
2001	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2002 4)	129 490	32 521	96 969	54 542	42 427	39 350	3 077	331 733	37 366	294 367	263 863	30 504	22 996	7 508
2003	147 633	45 887	101 746	59 279	42 467	39 619	2 848	338 794	29 541	309 253	279 101	30 152	22 748	7 404
2004 Febr.	156 892	51 807	105 085	61 008	44 077	40 823	3 254	313 682	34 891	278 791	250 138	28 653	20 953	7 700
März	162 182	52 802	109 380	64 168	45 212	42 367	2 845	321 381	33 888	287 493	255 488	32 005	23 105	8 900
April	158 519	50 134	108 385	63 943	44 442	41 615	2 827	316 676	32 987	283 689	253 466	30 223	21 163	9 060
Mai	157 317	47 971	109 346	64 396	44 950	42 112	2 838	321 627	32 318	289 309	258 190	31 119	21 768	9 351
Juni	160 788	49 919	110 869	64 454	46 415	43 462	2 953	327 205	31 976	295 229	263 503	31 726	22 679	9 047
Juli	161 410	50 688	110 722	66 161	44 561	41 628	2 933	325 669	30 848	294 821	263 281	31 540	22 224	9 316
Schwellen- und Entwicklungsländer 3)														
2000	58 590	974	57 616	20 182	37 434	35 580	1 854	38 547	2 479	36 068	14 455	21 613	12 015	9 598
2001	59 216	1 031	58 185	20 892	37 293	35 404	1 889	39 060	2 271	36 789	14 217	22 572	11 624	10 948
2002 4)	53 597	956	52 641	15 404	37 237	35 410	1 827	40 268	1 926	38 342	15 386	22 956	11 891	11 065
2003	51 645	1 237	50 408	14 673	35 735	33 279	2 456	43 750	1 735	42 015	16 512	25 503	12 254	13 249
2004 Febr.	50 603	1 504	49 099	14 624	34 475	31 953	2 522	45 108	2 395	42 713	16 999	25 714	11 800	13 914
März	51 666	1 575	50 091	14 550	35 541	33 049	2 492	46 645	2 403	44 242	17 295	26 947	12 627	14 320
April	51 492	1 420	50 072	14 395	35 677	32 991	2 686	46 516	2 282	44 234	17 281	26 953	12 283	14 670
Mai	41 456	1 385	40 071	10 538	29 533	27 196	2 337	38 731	2 147	36 584	13 682	22 902	9 128	13 774
Juni	41 603	1 265	40 338	10 565	29 773	27 502	2 271	38 290	2 127	36 163	13 815	22 348	8 697	13 651
Juli	42 010	1 397	40 613	10 663	29 950	27 672	2 278	38 499	2 089	36 410	13 744	22 666	8 708	13 958

* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle X. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2001

einschl. Griechenland. — 2 Ab Mai 2004 einschl. neuer Beitrittsländer: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. — 4 Änderung des Berichtszeitraums wegen Erhöhung der Meldefreigrenze.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen *)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Schweden SEK	Vereinigtes Königreich GBP	Norwegen NOK	Schweiz CHF	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)										
1991	1,6612	1,2346	25,932	27,421	2,926	25,580	115,740	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	26,912	2,753	25,143	111,198	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	21,248	2,483	23,303	111,949	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	21,013	2,4816	22,982	118,712	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	20,116	2,2620	22,614	121,240	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	22,434	2,3478	23,292	121,891	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	22,718	2,8410	24,508	119,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	22,128	2,9142	23,297	121,414	1,1884	1,1070	0,9445
Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)										
1999	1,0658	121,32	7,4355	8,8075	0,65874	8,3104	1,6003	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	8,4452	0,60948	8,1129	1,5579	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	9,2551	0,62187	8,0484	1,5105	1,3864	1,7319	2,1300
2002	0,9456	118,06	7,4305	9,1611	0,62883	7,5086	1,4670	1,4838	1,7376	2,0366
2003	1,1312	130,97	7,4307	9,1242	0,69199	8,0033	1,5212	1,5817	1,7379	1,9438
2002 Dez.	1,0183	124,20	7,4264	9,0961	0,64218	7,2948	1,4679	1,5872	1,8076	1,9947
2003 Jan.	1,0622	126,12	7,4324	9,1733	0,65711	7,3328	1,4621	1,6364	1,8218	1,9648
Febr.	1,0773	128,60	7,4317	9,1455	0,66977	7,5439	1,4674	1,6299	1,8112	1,9457
März	1,0807	128,16	7,4274	9,2265	0,68255	7,8450	1,4695	1,5943	1,7950	1,9497
April	1,0848	130,12	7,4255	9,1541	0,68902	7,8317	1,4964	1,5851	1,7813	1,9700
Mai	1,1582	135,83	7,4246	9,1559	0,71322	7,8715	1,5155	1,6016	1,7866	2,0083
Juni	1,1663	138,05	7,4250	9,1182	0,70224	8,1619	1,5411	1,5798	1,7552	2,0069
Juli	1,1372	134,99	7,4332	9,1856	0,70045	8,2893	1,5476	1,5694	1,7184	1,9386
Aug.	1,1139	132,38	7,4322	9,2378	0,69919	8,2558	1,5400	1,5570	1,7114	1,9137
Sept.	1,1222	128,94	7,4273	9,0682	0,69693	8,1952	1,5474	1,5330	1,6967	1,9227
Okt.	1,1692	128,12	7,4301	9,0105	0,69763	8,2274	1,5485	1,5489	1,6867	1,9446
Nov.	1,1702	127,84	7,4370	8,9939	0,69278	8,1969	1,5590	1,5361	1,6337	1,8608
Dez.	1,2286	132,43	7,4419	9,0228	0,70196	8,2421	1,5544	1,6131	1,6626	1,8982
2004 Jan.	1,2613	134,13	7,4481	9,1368	0,69215	8,5925	1,5657	1,6346	1,6374	1,8751
Febr.	1,2646	134,78	7,4511	9,1763	0,67690	8,7752	1,5734	1,6817	1,6260	1,8262
März	1,2262	133,13	7,4493	9,2346	0,67124	8,5407	1,5670	1,6314	1,6370	1,8566
April	1,1985	129,08	7,4436	9,1653	0,66533	8,2976	1,5547	1,6068	1,6142	1,8727
Mai	1,2007	134,48	7,4405	9,1277	0,67157	8,2074	1,5400	1,6541	1,7033	1,9484
Juni	1,2138	132,86	7,4342	9,1430	0,66428	8,2856	1,5192	1,6492	1,7483	1,9301
Juli	1,2266	134,08	7,4355	9,1962	0,66576	8,4751	1,5270	1,6220	1,7135	1,8961
Aug.	1,2176	134,54	7,4365	9,1861	0,66942	8,3315	1,5387	1,6007	1,7147	1,8604

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU *)
sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	325,76	.
2000	336,63	.
Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

renzkurse der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse *) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Nachrichtlich: Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft 3) 4)		Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 3) 5)					
	EWK-23 1)		EWK-42 2)		19 Industrieländer 5)		49 Länder 6)		US-Dollar	Pfund Sterling	Japanischer Yen	
	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	Real, auf Basis des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts 7)	Real, auf Basis der Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft 7)	Nominal	Real, auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtabsatzes 7)	auf Basis der Verbraucherpreise				
1999	96,0	95,9	95,8	96,1	96,5	95,8	97,8	98,0	97,6	100,8	102,3	105,1
2000	86,1	86,0	85,7	85,3	87,9	85,8	91,7	92,6	91,1	105,4	105,2	117,9
2001	86,7	86,8	86,7	85,2	90,4	87,0	91,9	93,0	91,4	112,0	103,6	106,7
2002	89,3	90,3	90,2	88,2	94,8	90,8	93,0	94,0	92,5	110,7	104,2	100,8
2003	99,9	101,7	101,6	99,3	106,6	101,6	p) 96,6	97,7	97,2	97,7	99,2	99,9
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2.Vj.	96,2	96,2	96,2	96,7	96,4	96,0	98,5	98,3	97,8	102,8	102,8	99,0
3.Vj.	94,9	94,8	94,6	94,7	95,5	94,6	97,0	97,8	97,2	101,4	102,3	106,2
4.Vj.	93,0	92,7	92,5	93,0	94,3	92,8	95,6	95,9	95,5	99,1	104,1	115,2
2000 1.Vj.	89,5	89,3	89,0	88,3	91,0	89,1	93,6	94,8	93,5	101,5	106,4	114,9
2.Vj.	86,6	86,4	86,1	86,0	88,2	86,2	91,9	92,5	91,3	104,3	105,4	118,4
3.Vj.	85,2	85,0	84,6	84,5	87,0	84,8	91,3	92,1	90,4	106,2	103,9	119,2
4.Vj.	83,3	83,3	82,9	82,6	85,5	83,0	90,1	91,0	89,2	109,4	105,0	119,2
2001 Jan.	89,0	88,6	.	.	91,3	88,2	.	94,0	92,3	107,7	102,4	108,3
Febr.	88,0	87,7	88,1	86,3	90,5	87,6	92,7	93,9	92,2	108,8	102,0	109,9
März	87,9	87,8	.	.	90,8	87,7	.	93,6	92,0	111,5	102,9	106,0
April	87,0	87,0	.	.	90,3	87,2	.	93,1	91,5	113,0	103,7	104,9
Mai	85,3	85,3	85,3	83,8	88,6	85,5	91,3	92,4	90,4	113,1	104,3	107,5
Juni	83,9	83,9	.	.	87,3	84,1	.	91,9	89,8	114,1	104,4	108,3
Juli	84,7	84,7	.	.	88,4	85,1	.	92,7	90,8	114,3	104,9	105,8
Aug.	87,2	87,2	86,4	84,7	91,2	87,6	91,4	93,4	91,9	111,6	103,0	106,4
Sept.	87,6	87,9	.	.	92,0	88,5	.	93,1	91,9	110,7	103,8	108,2
Okt.	87,5	87,8	.	.	92,1	88,5	.	92,7	91,5	111,8	103,7	106,2
Nov.	86,2	86,5	87,2	85,9	90,6	86,9	92,0	92,0	90,5	113,3	104,0	106,3
Dez.	86,8	87,4	.	.	91,0	87,5	.	93,5	91,7	114,1	104,3	102,1
2002 Jan.	86,5	87,4	.	.	90,7	87,2	.	93,6	91,4	116,4	104,9	98,3
Febr.	85,7	86,6	86,9	85,0	90,1	86,5	92,2	93,3	91,0	117,3	105,3	98,2
März	85,8	86,8	.	.	90,3	86,7	.	93,2	90,9	116,1	104,6	99,8
April	86,1	87,1	.	.	90,7	87,0	.	92,7	90,4	115,3	105,2	99,4
Mai	87,8	88,8	88,7	86,7	92,8	89,0	92,6	93,2	91,3	112,0	103,5	101,2
Juni	89,9	90,9	.	.	95,6	91,5	.	94,2	92,7	109,0	101,9	101,7
Juli	91,3	92,4	.	.	97,5	93,4	.	95,2	94,4	106,0	103,5	104,3
Aug.	90,7	91,9	92,0	90,1	96,9	92,8	93,4	94,6	93,6	107,3	103,5	104,3
Sept.	90,8	92,1	.	.	97,2	93,1	.	94,1	93,2	107,6	104,7	102,5
Okt.	91,1	92,5	.	.	97,7	93,5	.	94,0	93,3	108,5	105,0	99,8
Nov.	91,9	93,1	93,3	91,1	98,5	94,0	93,9	94,0	93,1	106,8	104,3	100,8
Dez.	93,0	94,3	.	.	99,6	95,1	.	95,6	94,7	106,0	104,0	99,6
2003 Jan.	95,3	96,8	.	.	102,3	97,6	.	96,3	95,8	103,0	102,6	100,4
Febr.	96,7	98,2	97,6	95,6	103,7	99,0	95,6	97,0	96,6	102,2	101,2	99,2
März	97,4	99,0	.	.	104,4	99,5	.	97,0	96,5	101,4	99,3	99,8
April	98,0	99,5	.	.	104,6	99,5	.	96,9	96,3	101,4	98,7	98,6
Mai	101,8	103,5	102,4	100,1	108,5	103,2	97,2	98,3	97,8	96,7	96,9	97,7
Juni	102,3	104,2	.	.	108,8	103,7	.	98,7	98,2	96,1	98,9	96,3
Juli	101,0	102,8	.	.	107,2	102,2	.	98,8	97,9	97,8	98,5	97,3
Aug.	99,8	101,8	101,9	100,1	106,0	101,2	96,8	98,1	97,1	99,1	98,1	98,3
Sept.	99,6	101,7	.	.	105,9	101,1	.	97,2	96,5	97,2	98,2	101,1
Okt.	101,3	103,3	.	.	108,0	102,9	.	97,5	97,1	93,3	98,8	103,7
Nov.	101,3	103,3	104,3	101,2	108,0	102,9	p) 96,9	97,4	96,9	93,0	99,5	103,9
Dez.	104,3	106,2	.	.	111,2	105,9	.	99,3	99,3	90,6	99,5	102,9
2004 Jan.	105,5	107,4	.	.	112,5	106,9	.	100,1	99,8	88,9	101,6	102,9
Febr.	105,4	107,3	106,8	103,6	112,3	106,8	p) 97,7	99,8	99,7	89,3	104,1	102,4
März	103,5	105,4	.	.	110,2	104,7	.	98,9	98,5	90,9	104,2	102,1
April	101,7	103,7	.	.	108,3	103,0	.	98,1	97,4	91,8	104,3	104,0
Mai	102,5	104,4	109,6	104,1	p) 96,7	98,4	97,9	93,4	103,7	100,0
Juni	102,4	104,2	.	.	109,6	104,0	.	98,2	97,8	91,9	104,9	101,6
Juli	102,9	104,7	.	.	110,1	104,3	.	98,8	98,1	90,9	105,0	101,2
Aug.	102,7	104,5	109,9	104,0	...	98,7	98,0	91,3	104,6	100,5

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Zypern. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorlagen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, September 2004, S. 78 ff. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. — 2 Berechnungen der EZB.

Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-23-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Rumänien, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand und Türkei. — 3 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). Im Unterschied zur Fußnote 1 beruhen die verwendeten Gewichte auf dem entsprechenden Handel im Zeitraum 1995 bis 1997. — 4 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 5 EWU-Länder sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. — 6 EWU-Länder sowie EWK-42-Länder außer Bulgarien, Lettland, Litauen und Malta — 7 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.



Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder Zip-Diskette über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2003 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2004 beigefügte Verzeichnis.

Oktober 2003

- Wettbewerbsposition und Außenhandel der deutschen Wirtschaft innerhalb des Euro-Raums

- Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland
- Zur Entwicklung und Bedeutung der Bildungsausgaben in Deutschland

November 2003

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2003
- Zur Währungsverfassung nach dem Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union

Dezember 2003

- Bericht zur Stabilität des deutschen Finanzsystems
- Das deutsche Bankensystem im Stresstest

Januar 2004

- Der Euro und die Preise: zwei Jahre später
- Zahlungsverkehrsüberwachung – ein Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems und zur Effizienz des Zahlungsverkehrs
- Die neue EWU-Zinsstatistik – Methodik zur Erhebung des deutschen Beitrags

Februar 2004

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2003/2004

März 2004

- Öffentliche Finanzen in der Krise – Ursachen und Handlungserfordernisse
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2003

April 2004

- Neuere Entwicklungen am Markt für Unternehmensanleihen
- Instrumente zum Kreditrisikotransfer: Einsatz bei deutschen Banken und Aspekte der Finanzstabilität

- Zur Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie

Mai 2004

- Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die deutsche Wirtschaft
- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2004

Juni 2004

- Geldpolitik unter Unsicherheit
- Die Kaufkraftparitätentheorie als Konzept zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2003

Juli 2004

- Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung
- Zur Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte
- Erste Erfahrungen mit dem neuen geldpolitischen Handlungsrahmen und der Beitrag der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung des Eurosystems

August 2004

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2004

September 2004

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2003
- Mehr Flexibilität am deutschen Arbeitsmarkt
- Die Bonitätsanalyse von Wirtschaftsunternehmen durch die Deutsche Bundesbank
- Neue Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute (Basel II)

Statistische Beihefte zum Monatsbericht ¹⁾

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

Sonderveröffentlichungen

Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995²⁾

Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996³⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997³⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999³⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003³⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Februar 2004

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juli 2004⁴⁾

2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, September 2004³⁾⁵⁾

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000³⁾

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2003, September 2004

5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, März 1999¹⁾

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen für 1998 bis 2000, März 2003¹⁾

7 Erläuterungen zu den Leistungspositionen der Zahlungsbilanz, September 2001³⁾

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾

9 Wertpapierdepots, September 2004

10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 2004¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2004

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2004³⁾

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer, russischer und chinesischer Sprache verfügbar.

3 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.

5 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Serie 1:

Volkswirtschaftliches Forschungszentrum

16/2004

On the decision to go public: Evidence from privately-held firms

17/2004

Who do you trust while bubbles grow and blow? A comparative analysis of the explanatory power of accounting and patent information for the market values of German firms

18/2004

The Economic Impact of Venture Capital

19/2004

The Economic Impact of Venture Capital: Additional Evidence

20/2004

Financial constraints for investors and the speed of adaptation: Are innovators special?

21/2004

How effective are automatic stabilisers? Theory and empirical results for Germany and other OECD countries

22/2004

Asset Prices in Taylor Rules: Specification, Estimation and Policy Implications for the ECB

23/2004

Financial Liberalization and Business Cycles: The Experience of Countries in the Baltics and Central Eastern Europe

24/2004

Towards a Joint Characterization of Monetary Policy and the Dynamics of the Term Structure of Interest Rates

Serie 2:

Banken und Finanzaufsicht

1/2003

Measuring the Discriminative Power of Rating Systems

2/2003

Credit Risk Factor Modeling and the Basel II IRB Approach

1/2004

Forecasting Credit Portfolio Risk

2/2004

Systematic Risk in Recovery Rates – An Empirical Analysis of US Corporate Credit Exposures

3/2004

Does capital regulation matter for bank behaviour? Evidence for German savings banks

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001³⁾

2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001³⁾

2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999³⁾

7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

* Frühere Diskussionspapiere sind – zum Teil als Zusammenfassungen – im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.